26. Jahrgang 1978 / 1. Heft / Januar

E 217 6 FX

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER UND HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

WILFRIED LOTH
Das Ausscheiden der französischen Kommunisten aus der Regierung 1947

PETER D. STACHURA
Die NSDAP und die Reichstagswahlen von 1928

GEORG H. KLEINE
Adel und Nationalsozialismus

DOKUMENTATION
Ein Briefwechsel zwischen Otto Braun und Joseph Wirth im Exil
(Hagen Schulze)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion: Martin Broszat, Thilo Vogelsang, Hermann Graml, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz

Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml

Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/18 00 26

INHALTSVERZEICHNIS

Zur Einführung 1

Wilfried Loth . . . . . Frankreichs Kommunisten und der Beginn des Kalten Krieges 9

Peter D. Stachura . . . . . Der kritische Wendepunkt? Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 66

Georg H. Kleine . . . . . Adelsgenossenschaft und Nationalsozialismus 100

DOKUMENTATION

Rückblick auf Weimar, Ein Briefwechsel zwischen Otto Braun und Joseph Wirth im Exil (*Hagen Schulze*) 144

NOTIZEN 186

BIBLIOGRAPHIE *97*

Inhaltsverzeichnis 25. Jahrgang 1977 . . . . . Beilage

Diesem Heft liegen Verzeichnisse der Verlage Frommann-Holzboog, Stuttgart und Ernst Vögel, München bei. Wir bitten um Beachtung.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/2151–1. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Preis ab 1978: Einzelheft DM 16,- (zuzüglich Versandspesen); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 50,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 40,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 33,- (DM 1,40 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren zu erteilen.

Satz und Druck: Ch. Traut-Verlag, München

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

26. Jahrgang 1978 Heft 1

ZUR EINFÜHRUNG

Als Hans Rothfels und Theodor Eschenburg vor genau einem Vierteljahrhundert das erste Heft der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte erscheinen ließen, erkannte die deutsche Zeitgeschichtsforschung eine ihrer Hauptaufgaben „in der Notwendigkeit des Nachholens auf einem Gebiet, auf dem die Forschung in vielen Ländern weit vorwärtsgetrieben worden ist". Wenn es in der Folgezeit dann sehr rasch gelungen ist, die Lücke mit überzeugenden Arbeiten zu schließen, so kommt das Verdienst daran zu einem Gutteil dieser Zeitschrift und ihren Herausgebern zu. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, den neuen Zweig der Geschichtsforschung innerhalb des Fachs, aber auch in einer breiteren Öffentlichkeit voll durchzusetzen. Sie haben in eindrucksvoller geistiger Unabhängigkeit Qualitätsmaßstäbe gesetzt. Und sie haben in den ersten 25 Bänden der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte eine wissenschaftliche Ernte versammelt, die Dauer hat.

So sehen die neuen Herausgeber ihre erste Aufgabe darin, vor dieser Leistung ihren Respekt zu bekunden. Sie sprechen sicherlich im Namen aller, die in Deutschland und außerhalb zeitgeschichtlich arbeiten oder die Ergebnisse zeitgeschichtlicher Forschung interessiert verfolgen, wenn sie – im Gedenken an die unvergeßliche Persönlichkeit von Hans Rothfels – Theodor Eschenburg den Dank einer ganzen Generation von Lesern und Mitarbeitern an der Zeitschrift zum Ausdruck bringen.

Der Erfolg ist aber zu einem Gutteil auch der unermüdlichen und selbstlosen Arbeit der Schriftleitung im Institut für Zeitgeschichte zu verdanken, vor allem den beiden langjährigen geschäftsführenden Redakteuren Helmut Krausnick (1950–1967) und Hellmuth Auerbach (1968–1977).

„Zeitgeschichte als Aufgabe" hat Hans Rothfels im Januar 1953 den programmatischen ersten Aufsatz der Vierteljahrshefte betitelt. Es waren knappe Betrachtungen, die aber in starkem Maß orientierend gewirkt haben. Beim Bedenken der Aufgaben, an denen sich die deutsche Zeitgeschichte und damit auch die Zeitschrift künftig zu bewähren haben, ist es angebracht, die Lage im Licht dieser Stellungnahme zu prüfen. Was bleibt von dem dort entfalteten Konzept, welche Ziele wurden erreicht und wo zeigen sich neue Herausforderungen?

Hans Rothfels hat damals den Blick auf fünf Problemkreise gelenkt, denen sich die Zeitgeschichte allgemein und die deutsche Zeitgeschichtsforschung im besonderen gegenübersieht und die diesem Zweig der Historiographie ein eigenes Gepräge geben:

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1. Eigenart der Quellen;
2. Besonderheiten der Zeitgeschichtsforschung im damaligen Nachkriegs-Deutschland;
3. das existentielle Moment: Zeitgeschichte ist Geschichte der Zeitgenossen;
4. das Problem der inneren Einheit unserer Epoche;
5. das Erfordernis multidimensionaler Perspektive.

Jedes dieser Problemfelder läßt – wie sich aus der Sicht des Jahres 1978 erweist – eine starke Kontinuität der Bedingungen und Aufgaben erkennen. Da und dort stellen sich aber doch auch neue Fragen.

1. Die systematische Sammlung und Aufbereitung zeitgenössischer Quellen gehört nach wie vor zu den wichtigsten Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung.

Während sich aber in den fünfziger Jahren das Hauptaugenmerk darauf richten mußte, die amtlichen Akten zur Weimarer Republik und zum Dritten Reich der deutschen Forschung voll zugänglich zu machen sowie eine Menge verstreuter nichtamtlicher Quellen zur Geschichte jener Perioden aufzuspüren, ist dieser Nachholprozeß heute weitgehend abgeschlossen.

Anders steht es in bezug auf die Jahre nach 1945. Dadurch, daß die amtlichen Archive in den USA bislang einige Jahre früher zugänglich sind als die deutschen, fallen auch für die Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik besonders wichtige Materialien an, zu denen hinzuführen eine Aufgabe ist und die in Einzelfällen auch die Veröffentlichung als „Dokumentation" verdienen. Ebenso wird auch weiterhin im Überblick darzustellen sein, wo Akteneditionen im In- und Ausland für die Kriegs- und Nach-Kriegszeit neue Bestände erschließen.

Die wichtigsten Aufschlüsse für die deutsche Zeitgeschichte nach 1949 werden aber für absehbare Zeit noch aus nichtamtlichen Archiven (insbesondere Parteiarchiven) und aus Nachlässen zu gewinnen sein. Hier zeichnen sich da und dort gute Möglichkeiten ab, die 30-Jahr-Sperre zu überspringen, und es wird zu den künftigen Aufgaben gehören, ständig Umschau zu halten, wo das Auftauchen bisher unbekannter Quellen in wichtigen Bereichen eine Korrektur unseres Geschichtsbildes erforderlich macht oder doch ein vertieftes Verständnis ermöglicht.

Gewiß wird sich die Zeitgeschichtsforschung auch künftig der Aufgabe gegenübersehen, die unübersehbare Flut veröffentlichter Quellen zur zeitgenössischen Geschichte auszuwerten. Allerdings ist hier manche Arbeit schon in Jahrbüchern und monographischen Darstellungen zeitgeschichtlich arbeitender Politikwissenschaftler geleistet, so daß die Forschung unter historischen Aspekten vorwiegend dort belangvoll wird, wo die bereits bekannten Materialien mit neuen Fragestellungen durchdrungen werden. Solche Bemühungen um Neuinterpretation des Bekannten verdienen gewiß Beachtung; im ganzen dürfte aber die bisher von den Vierteljahrsheften geübte Praxis bewahrenswert sein, vorwiegend solche Untersuchungen zu bringen, in denen bisher unbekannte oder schwer zugängliche Materialien herangezogen werden.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das setzt aber auch voraus, daß die behandelten Vorgänge und Abschnitte erst dann aufgegriffen werden, wenn die Quellen so weit verfügbar sind, daß die Darstellung durch neue Funde nicht wieder zu rasch obsolet gemacht wird. Die vorliegenden Jahrgänge der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind nicht zuletzt deshalb heute noch lesenswert und ein unentbehrliches Arbeitsmittel, weil sie zu einem großen Teil Beiträge enthalten, die auch in bezug auf die Verarbeitung relevanter Quellen Bestand haben.

Diese Tradition verdient es, fortgesetzt zu werden.

2. Hans Rothfels hat in dem genannten Aufsatz mit aller Deutlichkeit herausgearbeitet, wie weitgehend moderne Zeitgeschichtsforschung heute „im internationalen Rahmen abgehandelt werden muß".

Die deutsche Forschung hat sich diesen Grundsatz weitgehend zu eigen gemacht. Was damals ein Programm war, ist inzwischen zur selbstverständlich geübten Forschungspraxis geworden. Zwar fällt es selbst den Sozialwissenschaften immer noch schwer, den Interdependenzbegriff mit überzeugenden makro-politischen Analysen operativ fruchtbar zu machen. Aber als leitende Perspektive ist der Grundsatz einer Zeitgeschichtsschreibung im Licht globaler Interdependenz durchgedrungen.

Freilich bedeutet die Tatsache der Interdependenz auch, daß die Fülle der relevanten Forschungen zur Zeitgeschichte unübersehbar ist. Wenn alles, was in anderen Staaten, im zwischenstaatlichen Bereich oder auf transnationaler Ebene geschieht, irgendwie für uns relevant ist, so tritt die praktische Frage auf, nach welchen Kriterien aus der Vielzahl internationaler Forschungen in den für uns heute bedeutenden Staaten Europas, des atlantischen Raums, des Fernen Ostens und der jungen überseeischen Staaten berichtet und ausgewählt werden soll.

Eine gewisse Beschränkung auf das unter deutscher Perspektive Wesentliche wird auch weiter unerläßlich sein, wobei der Rahmen weit gezogen werden muß. Selbstdarstellung der Forschung, die in der Bundesrepublik Deutschland betrieben wird, gehört also ebenso zu den zentralen Aufgaben wie die Vermittlung jener ausländischen Forschungen, die thematisch, methodologisch oder unter grundsätzlichen Aspekten für die deutsche Zeitgeschichtsforschung relevant sind und einem vertieften Verständnis unserer Probleme dienen können.

Doch bleibt der deutschen Zeitgeschichte trotz aller zu beobachtenden Weltoffenheit noch genug zu tun. Stärker als bisher wird sie sich der Herausforderung zu stellen haben, Zeitgeschichte auch aus transnationaler Perspektive zu schreiben: die Geschichte der europäischen Einigungsbewegung ebenso wie die der europäischen „Faschismen" oder der sozialistischen Strömungen; die Zusammenhänge der multilateralen Diplomatie und der internationalen Abhängigkeiten wie die politischen, ökonomischen und geistigen Entwicklungen besonders in den für die Bundesrepublik wichtigen Staaten.

Aber für eine deutsche Zeitschrift wird doch auch künftig der Grundsatz internationaler Arbeitsteilung gelten müssen, zumal die Zeitgeschichtsschreibung in

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wichtigen ausländischen Partnerstaaten über jeweils eigene Organe verfügt. Eine weltoffene deutsche Perspektive wird also maßgebend bleiben – wenn man so will: Zeitgeschichte einer vielfach interdependenten Epoche im Focus des deutschen Standorts. So werden weiterhin im Mittelpunkt stehen: Vorgeschichte und Geschichte der Weimarer Republik, des Dritten Reiches, die Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland, doch auch die der DDR nach 1945.

Daß dabei die Forschungsschwerpunkte und Beiträge aus dem Institut für Zeitgeschichte wie bisher in besonderer Weise einfließen werden, versteht sich von selbst. Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte wollen weiterhin als international anerkanntes Forum deutscher Zeitgeschichtsforschung zwischen der deutschen und der internationalen Forschung vermitteln. Dabei wird die Bibliographie zur Zeitgeschichte eine tragende Säule der Zeitschrift bleiben; „Forschungsberichte" werden wie bisher über die Wege der Forschung im In- und Ausland berichten.

3. Die Frage des Standorts ist freilich nicht bloß ein Problem redaktioneller Auswahl. Rothfels hat in seinem Aufsatz betont, daß das Element der existentiellen Betroffenheit für die Zeitgeschichte noch wesentlicher, aber auch schwieriger zu bewältigen sei als für die Geschichte generell. Wie nach der Sage bei der Schlacht auf den Katalaunischen Feldern die Geister der Verstorbenen in den Wolken den Kampf weiterführten, werden die politischen Schlachten jüngst durchschrittener Epochen von den Forschern früher oder später noch einmal geschlagen: die Auseinandersetzungen über Rätedemokratie und parlamentarische Demokratie, der Streit darüber, was der Nationalsozialismus im Kontext der deutschen und europäischen Geschichte eigentlich gewesen ist, oder auch die ordnungspolitischen und sicherheitspolitischen Kontroversen der Jahre nach 1945.

Solche Diskussionen sind nicht nur unvermeidlich, sondern notwendig, ganz abgesehen davon, daß sonst die Wissenschaft in der Routine verstaubter Darstellung vertrocknen würde. So wird die Zeitschrift auch künftig gerade den Kontroversen ihre Spalten weit öffnen. An solchen ist ja seit Ende der sechziger Jahre auch in der Zeitgeschichte kein Mangel. Und jedermann weiß auch, daß in den Auseinandersetzungen, die das Fach durchziehen, genuin wissenschaftliche Fragestellungen mit politischen Positionen vielfältige Verbindungen eingegangen sind. Daß damit eine spannungsvolle, auch für die konkrete redaktionelle Entscheidung nicht einfache Aufgabe vorgegeben ist, läßt sich nicht bestreiten. Es ist aber nicht einzusehen, weshalb dies heute weniger gut lösbar sein sollte als in den fünfziger und sechziger Jahren.

Eine Zeitschrift, die mitten im Strom der Forschung steht, wird bestrebt sein müssen, für die unterschiedlichen Strömungen als Plattform zu dienen – auch als Plattform, auf der methodische Auseinandersetzungen oder der Streit um neue Interpretationsmuster ausgetragen werden. Allerdings verdienen in erster Linie jene Arbeiten Aufmerksamkeit, in denen die Erkenntnis von der Vielfalt der Faktoren und Möglichkeiten, von der Kompliziertheit der Strukturen und Abläufe

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihren Ausdruck findet. Sie bilden ein Korrektiv gegen modische Tendenzen unserer Tage, die darauf ausgehen, durch theoretisierende und ideologisierende Verfremdung der Personen- und Ereignisgeschichte die Kapitalismus- und Demokratiekritik der Gegenwart als herrschendes Leitthema für die gesamte Zeitgeschichte zu erweisen und durchzusetzen.

Endlich geht es auch darum, neben der vergleichenden Strukturbetrachtung nicht die Bedeutung der Personen und der personalen Beziehungen zu vernachlässigen. Theodor Eschenburg hat die beiden Aspekte schon in seinen großen Aufsätzen zum Problem der deutschen Einheit nach den beiden Weltkriegen (1957) und zur Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik (1961) auf exemplarische Weise hervorgehoben.

Die deutsche Zeitgeschichte wird auch in Zukunft der Erfahrung gerecht zu werden haben, daß nur die volle Entfaltung und stete Kontrolle der begrifflichen und interpretatorischen Möglichkeiten ein wissenschaftliches Niveau verbürgt, das auch der politischen Bildung im gegenwärtigen Streit der Meinungen und Interessen zulängliche Grundlagen und sicheren Rückhalt gibt. Der tiefe Unterschied zum Ansatz einer Geschichtsschreibung mit monokausaler Perspektive, die ja auch unter Historikern der Bundesrepublik ihre Proselyten gefunden hat, wird dabei weiterhin bestehen bleiben. Offenheit der Geschichtsbetrachtung und Orientierung an freiheitlichen Werten, die im Unterschied zu früheren Verengungen national- oder klassenpolitischer Geschichtsschreibung dem neuen, so fruchtbaren Aufschwung der Zeitgeschichte nach 1945 seine Bedeutung auch für die politische Selbstfindung der zweiten deutschen Demokratie gegeben haben, dürfen nicht dem Rückfall in dogmatisierende oder bloß machtrealistische Betrachtungsweisen Platz machen.

Im notwendigen Wandel der Themen und Methoden bleibt die Bewahrung der inneren Substanz unserer zeitgeschichtlichen Forschung, voran ihre anti-totalitäre, von nationalen Verengungen freie Blickrichtung, ein Festpunkt und Maßstab, an dem auch die künftigen Aufgaben, zumal die fortschreitende Darstellung der Bundesrepublik im Zusammenhang Europas und der Welt, zu messen sind.

4. Seitdem nach dem Ersten Weltkrieg Begriff und Programmatik der Zeitgeschichte in den Kontroversen der Zeitschrift „History" erstmals entwickelt wurden, muß sich dieser Zweig der Historiographie immer wieder der Frage nach dem Gegenstandsbereich stellen.

Auf der einen Seite dehnen sich jetzt die Grenzen der wissenschaftlichen Zeitgeschichte weit hinein in die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Auf der anderen Seite kann heute ebensowenig wie Anfang der fünfziger Jahre ein Zweifel an der Bedeutung des Schwellenjahrs 1917 bestehen, mit dem unsere Epoche begonnen hat. Hans Rothfels hat die Bedeutung dieses Jahres mit seinem Doppelereignis – Russische Revolution und weltpolitischer Eintritt der USA – schon seinerzeit deutlich herausgearbeitet. Im Blick auf den Bipolarismus der Weltmächte und die

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Krise Europas erweist sich dieser Ausgangspunkt noch immer als konstitutiv im Zusammenhang der Epoche. Die beiden Nachkriegsperioden und der Vergleich von Weimar und Bonn stellen zentrale Forschungsaufgaben, und wie nach dem Ersten Weltkrieg bilden das Funktionieren und Scheitern politischer Systeme, vor allem aber das Gegeneinander von Demokratie und Diktatur und die Fortdauer der großen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ideologischen Strömungen, den Rahmen der Betrachtung, an dem sich nicht nur die Geister scheiden, sondern in denen auch die innere Einheit der Epoche erkannt wird.

Freilich wird heute vernehmlicher als vor 25 Jahren gefragt, ob dieser Zeitraum unter bestimmten Fragestellungen nicht wieder stärker zum 19. Jahrhundert hin geöffnet werden sollte – man denke etwa an die Imperialismus-Forschung oder an die Erforschung des Nationalismus. Auch wird mit guten Gründen geltend gemacht, daß der Abschluß der Dekolonisierung und die Errichtung eines neuen Weltstaatensystems während der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts den Abschluß einer Epoche und den Anfang eines neuen Zeitalters markieren, dessen Dimensionen sich erst erahnen lassen.

Für die Einzelforschung wird man aber aus wissenschaftsorganisatorischen Gründen mit guten Argumenten doch weiter am Epochenjahr 1917 festhalten können, auch wenn umfassendere strukturanalytische und ideengeschichtliche Studien zur Zeitgeschichte weiter ausholen müssen. Und stärker als zuvor wird künftig sowohl unter methodischen Aspekten wie in praktischer Hinsicht zu bedenken sein, wie sich die deutsche Zeitgeschichte den Herausforderungen eines globalen Forschungsfeldes stellt.

Bevor unsere Zeitgeschichtsforschung aber in die Ferne schweift, wird sie das Naheliegende anzupacken haben. Nachdem die Öffnung der Archive zu den Jahren der Besatzungsperiode diesen Zeitraum zu einem beliebten Forschungsgebiet gemacht hat, steht man heute vor der Aufgabe einer Erforschung der Adenauer-Ära. Damit ist eine Vielzahl von Themen angesprochen: Kalter Krieg in Deutschland und Geschichte der europäischen Integration, Stabilisierung der Zweiten Republik und Frustration deutscher Nationalstaatspolitik, kritische Aufarbeitung der Geschichte der DDR. Bewertung und Neubewertung dieser abgeschlossenen Periode werden dabei unerläßlich sein.

Dabei spricht viel dafür, daß die Bildung einer ersten Schicht historischen Bewußtseins, worin Waldemar Besson die Aufgabe der Zeitgeschichte sah, sicherer durch Erschließung neuer Quellen gelingt als durch Entwicklung theoretischer Fragestellungen, wie sie gegenwärtig aus Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie auch in die Zeitgeschichtsforschung hereindringen.

5. Anfang der fünfziger Jahre mußten Überlegungen zur wissenschaftsorganisatorischen Verortung der Zeitgeschichte in erster Linie bemüht sein, deren Eigenart und Wissenschaftswürdigkeit gegenüber der mittelalterlichen und neueren Historie zu begründen. In diesem Punkt hat sich die Situation besonders stark verändert.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Zeitgeschichte ist in der Historie voll etabliert, und die diesbezüglichen Arbeiten sind auf einen kaum mehr überschaubaren Umfang angeschwollen. Heute müssen die Bemühungen um Klärung des wissenschaftstheoretischen Selbstverständnisses der Zeitgeschichte viel weniger den Bezug zur Geschichtswissenschaft im Auge haben, wohl aber den zu den systematischen Sozialwissenschaften, insbesondere zu Soziologie und Politikwissenschaft, deren Fragestellungen seit über einem Jahrzehnt in breiter Front in die Geschichtswissenschaft eindringen. Das Fach ist dabei allerdings, wie Ernst Schulin vor Jahren schon spöttisch bemerkte, aus dem ideengeschichtlichen Regen unter die theoretische Traufe geraten, und gewiß wird die Zeitgeschichte auch in Zukunft mehr als einen Spritzer davon abbekommen.

Daß die Zeitgeschichte ihren Anspruch immer mit Politikwissenschaft, Soziologie und Ökonomie zu teilen hatte, ist an und für sich schon lange ein gesichertes Gemeingut des interdisziplinären Gesprächs. Immerhin bestand aber vor 20 und 30 Jahren unter den Historikern noch ein gewisses Einverständnis darüber, daß die Zeitgeschichtsforschung primär die einzelnen Geschehniszusammenhänge aus ihrer einmaligen geschichtlichen Konstellation heraus zu verstehen habe, während sich Soziologie und Politikwissenschaft stärker um systematische Erfassung der Regelmäßigkeiten zu kümmern hätten oder aber die Gegenwartsgeschichte in pragmatischer Absicht behandeln sollten.

Dieses Selbstverständnis zeitgeschichtlicher Forschung ist heute nicht mehr unangefochten. Auch in den Reihen der zeitgeschichtlichen Forscher regt sich mit einer gewissen Berechtigung der Wunsch nach stärkerer strukturanalytischer Durchdringung des Stoffes, und von der sozialwissenschaftlichen Modellbauerei geht auch auf solide historische Handwerksmeister ein eigenartiger Reiz aus.

Gerade der Zeitgeschichtler, der sich mit Phänomenen wie Sozialismus, Nationalsozialismus, Kommunismus, Faschismus, Krise der Demokratie, doch auch mit den strukturellen Wandlungen des Weltstaatensystems, mit dem Modernisierungsphänomen oder mit den verschiedensten transnationalen Strömungen befaßt, wird darauf bestehen müssen, daß die zeitgeschichtliche Forschung die großen Entwicklungslinien zu analysieren und dabei auch angemessene Begriffe zu entwickeln oder kritisch zu reflektieren habe.

Dennoch dürfte zwischen den heute immer noch nicht voll eingelösten Ansprüchen einer systematischen Soziologie einerseits und den Bemühungen einer pragmatischen, am aktuellen Problemlösen interessierten Politikwissenschaft andererseits auch weiterhin Bedarf nach Forschungen bestehen, die die zeitgeschichtlichen Vorgänge primär aus spezifischen Konstellationen heraus zu verstehen suchen, die darauf aus sind, die kausale Verknüpfung oder die strukturellen Bedingungsfaktoren im Einzelfall zu erhellen und die sich nicht scheuen, zeitgeschichtliche Vorgänge als solche darzustellen und ihren zeitlichen Ablauf zu analysieren.

Ein derartiger Ansatz besitzt als Korrektiv gegenüber den systematischen Sozialwissenschaften ebenso seine Bedeutung wie als Beitrag zur permanenten histo-

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

riographischen Korrektur des Geschichtsbilds einer breiteren Öffentlichkeit. Die so verstandene Zeitgeschichte wird sich jeder amtlich verfügten oder selbstverordneten Einseitigkeit wissenschaftlichen Fragens zu enthalten haben – einer Einseitigkeit, die doch meist darauf hinausläuft, das eigene Geschichtsbild eben nicht kritisch in Frage zu stellen.

Daß jedes Verständnis von Zeitgeschichte multidimensional ansetzen muß, ist selbstverständlich. Politische Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Ideengeschichte, Kulturgeschichte gehören prinzipiell ebenso in den Fragehorizont einer modernen Zeitgeschichte hinein wie die Dimensionen der Innenpolitik und der internationalen Politik.

Wo die thematischen Hauptakzente solcher Forschungen liegen, entscheidet freilich jeweils das im Fach vorherrschende Interesse. Der Geist weht auch hier wo er will, bald aus der sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Ecke und bald von der politischen Geschichte im engeren Sinne her.

Nur dann, wenn die bereits abgeschlossene, aber unsere Gegenwart noch prägende jüngste Vergangenheit von den verschiedensten Seiten her angeleuchtet wird, verschwinden jene langen Schatten, die dort aufzutreten pflegen, wo nur die trübe Lampe einer eindimensionalen Fragestellung den Forschern die Richtung weist. Die Erhellung historischer Schattenwinkel, in denen die mächtigen Geschichtsmythen zu hausen pflegen, war aber schon immer eine der vornehmsten Aufgaben gerade der Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik. Sie sollte es bleiben.

Karl Dietrich Bracher *Hans-Peter Schwarz*

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WILFRIED LOTH

FRANKREICHS KOMMUNISTEN UND DER BEGINN DES KALTEN KRIEGES

Die Entlassung der kommunistischen Minister im Mai 1947

Am 30. April 1947 kündigte Maurice Thorez, Generalsekretär der französischen Kommunistischen Partei (PCF) und Stellvertretender Ministerpräsident der Regierung Ramadier, in einer Sitzung des Kabinettsrats seinem sozialistischen Ministerpräsidenten die Gefolgschaft in der in den Regierungsbildungs-Verhandlungen vom Januar 1947 vereinbarten Lohn- und Preispolitik auf. Um der Schwierigkeiten des Katastrophenwinters 1946/47 Herr zu werden und die Inflation zu bannen, hatte die Regierung einen strikten Lohnstopp verfügt, und die mehrheitlich kommunistisch geführte Gewerkschafts-Dachorganisation CGT hatte sich in einem Stillhalteabkommen verpflichten müssen, vor Juli 1947 auf jede Lohnerhöhung zu verzichten; nun verlangten die CGT wie die kommunistische Partei ein sofortiges Ende der Lohnpause, während die nichtkommunistischen Regierungspartner – insbesondere Sozialisten (SFIO) und Christdemokraten (MRP), daneben Unabhängige, Radikale und die Résistance-Nachfolgepartei UDSR – an der bisherigen Politik festhielten. Am 1. Mai beauftragte der Ministerrat Ramadier, in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage zu stellen; am 4. Mai stimmten die kommunistischen Minister mit der gesamten kommunistischen Fraktion gegen Ramadier, ohne jedoch zu demissionieren; am 5. Mai verkündete ein Dekret Ramadiers im „Journal Officiel" die Entlassung der kommunistischen Minister als Folge des Bruchs der Kabinettssolidarität und die vorläufige Überantwortung ihrer Ämter an andere Kabinettsmitglieder[1]. Damit war nach ziemlich genau drei Jahren und einem Monat das in der bisherigen Geschichte der PCF einmalige Experiment kommunistischer Regierungsbeteiligung[1a] zu Ende gegangen, ein Wendepunkt in der französischen Nachkriegspolitik erreicht und ein entscheidender Schritt zur offenen Austragung des Kalten Krieges getan.

Die Ereignisse vom 30. April bis 5. Mai 1947 haben je nach Ansicht über die Bedeutung der kommunistischen Regierungsbeteiligung und die Entstehung des Kalten Krieges unterschiedliche Interpretationen erfahren. Die *antiamerikanische These* sieht in der Entlassung der kommunistischen Minister einen ersten Effekt der amerikanischen Containment-Politik: Seit der Proklamierung der Truman-

[1] Text des Entlassungsdekrets in: Journal Officiel de la République Française, Lois et décrets, 5 mai 1947, S. 4215; Abstimmung in: Journal Officiel de la République Française, Assembleé nationale, Débats (im folgenden: JO) 4 mai 1947; zum Ablauf der Krise bester Überblick in: L'Année politique (im folgenden: AP) 1947, Paris 1948, S. 91–95.

[1a] Die Volksfrontregierung Léon Blums 1936/37 unterstützte die PCF zwar, beteiligte sich aber nicht selbst daran.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doktrin am 12. März 1947 und seit dem Scheitern der Moskauer Außenministerratstagung, die am 24. April 1947 zu Ende ging, sei die amerikanische Intention unübersehbar gewesen, die Kommunisten aus den Regierungen Westeuropas zu vertreiben; unter dem Druck des amerikanischen Imperialismus habe der rechte Flügel der SFIO um Léon Blum, Paul Ramadier und Vincent Auriol bewußt auf den Bruch hingearbeitet[2]. Die *prowestliche These* behauptet die gleichen Zusammenhänge unter positiven Vorzeichen: Wie in Belgien und Italien, wo die Kommunisten seit dem 19. März bzw. dem 13. Mai 1947 nicht mehr in der Regierung waren, habe man auch in Frankreich zu wissen geglaubt, die ersehnte und fast schon angekündigte amerikanische Wirtschaftshilfe setze eine Trennung von den Kommunisten voraus; der Bruch sei folglich nur „l'incidence intérieure d'un événement de politique internationale"[3]. Die *antikommunistische These* sieht die Verantwortung für den Bruch dagegen auf kommunistischer Seite: Auf Moskauer Weisung hin habe die PCF-Führung die Krise provoziert, um eine Revision der französischen Westorientierung zu erzwingen; sie habe entweder gehofft, mit Hilfe des linken SFIO-Flügels um Guy Mollet in einer Regierungsneubildung ihr Gewicht stärker behaupten zu können, oder damit gerechnet, als Oppositionspartei über soziale Unruhen eine allgemeine Aufstandsbewegung entfesseln zu

[2] Die These vom amerikanisch-sozialistischen Komplott, sichtlich eine Neuauflage der leninistischen These von der Korrumpierung der Arbeiteraristokratie durch den Imperialismus, tauchte erstmals am 27. Mai 1947 in einem Kommentar der Prawda auf (Ia. Viktorov, Mezhdunarodnoe obozrenie, Prawda 27. 5. 1947), wurde ab Oktober 1947 von der PCF aufgegriffen (erstmals Jacques Duclos, Notre pays ne sera la colonie de personne, L'Humanité 8. 10. 1947) und gilt seither als die offizielle kommunistische Interpretation, etwa in der PCF-offiziellen Darstellung von Henri Claude, Danielle Tartakowsky, Elie Mignot, Roland Leroy: La IVe République, La France de 1945 à 1958, Paris (Editions sociales) 1972, S. 10, 51–58, oder in den Memoiren von François Billoux, Quand nous étions ministres, Paris (Editions sociales) 1972, S. 78 f. Sie findet sich darüber hinaus in zahlreichen auf politischen Effekt bedachten Darstellungen wie Georgette Elgey, La République des illusions, Paris (Fayard) 1965, S. 277–293; Frederick F. Ritsch, The French Left and the European Idea, 1947–1949, New York 1966, S. 80–85, oder Claude Julien, Das amerikanische Imperium, Frankfurt/Berlin 1969, S. 506. Daß sie dem gegenwärtigen politischen Bewußtsein in Frankreich noch am ehesten präsent ist, zeigt die Tatsache, daß die Entlassung der kommunistischen Minister selbst in der Darstellung eines Vorstandsmitglieds der heutigen Sozialistischen Partei als eine der großen Sünden der SFIO erscheint; Jean-Piere Chevènement, Le Vieux, la Crise, le Neuf, Paris (Flammarion) 1974, S. 66.

[3] Die beste Darstellung dieser These gibt Jacques Fauvet, Histoire du Parti communiste français, Bd. 2, Paris (Fayard) 1965, S. 191–214 (in der Neuaufl. 1977, S. 582–402); knapper ders., La IVe République, Paris (Fayard) 1959, S. 109–119; sie hat in die meisten „westlichen" überblickartigen Darstellungen Eingang gefunden, so François Goguel, France under the Fourth Republic New York 1952, S. 25; Wolfgang Wagner, Europa zwischen Aufbruch und Restauration (= dtv – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts Bd. 14), München 1968, S. 99 f.; Herbert Feis, From Trust to Terror, The Onset of the Cold War 1945–1950, New York 1970, S. 234 f.; Herbert Tint, French Foreign Policy since the Second World War, London 1972, S. 121; Ronald Tiersky, Le mouvement communiste en France 1920–1972, Paris (Fayard) 1973, S. 128 f. u. 517.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

können[4]. Die *innenpolitische These* sieht in dem Anlaß des Konflikts auch schon seine Ursache: Ramadiers vordringliches Interesse habe darin bestanden, seine Lohn- und Preispolitik zum Erfolg zu führen; unter dem Druck von Partei- und Gewerkschaftsbasis seien die Kommunisten nicht mehr in der Lage gewesen, dieser Politik Folge zu leisten; außenpolitische Überlegungen hätten bei dem Bruch keine Rolle gespielt[5]. Für jede dieser Thesen gibt es Indizien, aber keine ist bisher hinreichend belegt[6]; es ist offensichtlich, daß sie jeweils nur – unter dem selektierenden Blick einer Apriori-Interpretation des Kalten Krieges oder der kommunistischen Politik – Teilaspekte des gesamten Vorgangs ansprechen und diese verallgemeinern.

Mit der vorliegenden Untersuchung soll nun der umgekehrte Weg beschritten werden: sie versucht, über eine möglichst vollständige Analyse aller Vorgänge und Gründe, die zu der Entlassung der PCF-Minister geführt haben, neue Aufschlüsse über Zielsetzung und Funktion der kommunistischen Regierungsbeteiligung von

---

[4] Vom Beginn einer insurrektionellen Strategie spricht Jean-Baptiste Duroselle, The Turning-Point in French Politics: 1947, in: The Review of Politics 13 (1951), S. 302–328, hier S. 310. Die Hoffnung auf ein weniger prowestliches Kabinett betonen Alfred J. Rieber, Stalin and the French Communist Party 1941–1947, New York/London 1962, S. 347–354 (mit der These, infolge der internationalen Entwicklung habe die PCF zwischen Moskau und der Ramadier-Regierung wählen müssen), und Philippe Robrieux, Maurice Thorez, Vie secrète et vie publique, Paris (Fayard) 1975, S. 242–245 (mit dem Hinweis auf Moskauer Direktiven), und Edward Mortimer, France, in: Martin McCauley (Hrsg.), Communist Power in Europe 1944–1949, London 1977, S. 151–167, hier S. 164 f.

[5] Daß die PCF-Führung die Krise povoziert habe, weil sie fürchtete, von einer Streikbewegung links überholt zu werden, die in den Renault-Werken am 25. April 1947 ihren Anfang genommen hatte, wurde zunächst in der zeitgenössischen Presse vermutet (am ausführlichsten Le Monde 4./5. 5. 1947) und dann von der SFIO als offizielle Gegenthese gegen die kommunistischen Anschuldigungen verwandt, so von Paul Ramadier: „La rupture avec les communistes se présentait comme un simple événement de politique intérieure française et n'avait pas d'incidences internationales", Brief Ramadiers vom 18. 1. 1958, in: J.-R. Tournoux, Carnets secrets de la politique, Paris (Plon) 1958, S. 133. Die innenpolitische These wird bestätigt in den Darstellungen von Vernon Van Dyke, The Communists and the Foreign Relations of France, in: E. M. Earle (Hrsg.), Modern France, Princeton 1951, S. 232–250, insbes.. S. 241; Bruce D. Graham, The French Socialists and Tripartisme, 1944–1947, London/Canberra 1965, S. 252–264; und Klaus Hänsch, Frankreich zwischen Ost und West, Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konfliktes 1946–1948, Berlin/New York 1972, S. 205–207.

[6] Die Verfechter der antiamerikanischen These begnügen sich in der Regel mit dem Hinweis auf die Interessenkonkordanz der amerikanischen und der französischen Bourgeoisie; was die ausführlicheren Darstellungen betrifft, so fehlt bei Ritsch (Anm. 2) jeder Beleg und legen (wie noch auszuführen sein wird) die zahlreichen Zeugnisse bei Elgey (Anm. 2) eher die gegenteilige Version nahe. Die prowestliche These bei Fauvet (Anm. 3) steht in einem unaufgeklärten Widerspruch zu der Feststellung, daß sich die beiden Hauptkontrahenten Ramadier und Thorez der internationalen Dimension des Konflikts nicht bewußt waren (ebda. S. 199). Bei den Vertretern der antikommunistischen These (Anm. 4) bleiben Moskauer Weisung und Insurrektionsabsicht ohne jeden Beleg; bei den Vertretern der innenpolitischen These (Anm. 5) wird die internationale Perspektive einfach ausgespart.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1944 bis 1947 sowie über den Verlauf der Inkubationsphase des Kalten Krieges zu gewinnen. Eine restlose Vollständigkeit in der Analyse ist gewiß noch nicht möglich, solange die Archive der Regierung wie der PCF-Führung nicht zur Auswertung freigegeben sind; inzwischen liegt jedoch mit den Dossiers, die Vincent Auriol in seinem Journal des Staatspräsidenten gesammelt hat, mit zahlreichen Zeugnissen ehemals Beteiligter, darunter einer Reihe ehemaliger Kommunisten, mit den Sitzungsprotokollen der SFIO-Führungsgremien, schließlich mit der Gesamtheit der zeitgenössischen Presse eine solche Fülle von – in den bisherigen Darstellungen noch kaum ausgewerteten – Informationen vor[7], daß eine solche Untersuchung gewagt werden kann. Sie vorzulegen, erscheint zudem besonders dringlich, seit eine kommunistische Regierungsbeteiligung in Frankreich grundsätzlich wieder in den Bereich des Möglichen gerückt ist[8].

I

Die kommunistische Politik der Jahre 1944 bis 1947 bewegte sich im Spannungsfeld zweier grundlegender Faktoren: des sowjetrussischen Macht- und Sicherheitsinteresses und der Impulse einer französischen Bewegung der Arbeiterklasse. In ihrem Selbstverständnis als Teil einer mit der Oktoberrevolution erstmals erfolgreichen weltrevolutionären Bewegung waren die französischen Kommunisten durchaus bereit, die Sicherung und Ausweitung der Sowjetmacht mit dem revolutionären Kampf für den Sozialismus zu identifizieren, und sie konnten daher je-

[7] Vincent Auriol, Journal du Septennat 1947–1954, Bd. I, 1947, hrsg. von Pierre Nora, Paris (A. Colin) 1970, enthält neben den üblichen Tagebuchaufzeichnungen Protokollnotizen der Ministerratssitzungen und Dossiers über die Sitzungen des Politischen Büros der PCF; zum Quellenwert der letzteren vgl. unten Anm. 45. Wichtige Zeugnisse bieten: von sozialistischer Seite Paul Ramadier in Tournoux (Anm. 5), S. 128–139, sowie Edouard Depreux, Souvenirs d'un militant, Paris (Fayard) 1972, S. 277–282 u. 291–295; von kommunistischer Seite die Berichte der später Eliminierten André Marty, L'Affaire Marty, Paris (Ed. des deux Rives) 1955, Auguste Lecoeur, L'autocritique attendue, Saint-Cloud (Girault) 1955, ders., Le partisan, Paris (Flammarion) 1963, sowie Charles Tillon, On chantait rouge, Paris 1977; enttäuschend in ihrer Wiederholung parteioffizieller Propagandathesen dagegen François Billoux (Anm. 2) und Jacques Duclos Mémoires, Bd. 4, Sur la brèche 1945–1952, Paris (Fayard) 1971. Die Protokolle der SFIO wurden erstmals ausgewertet von Roger Quilliot, La S. F. I. O. et l'exercice du pouvoir 1944–1958, Paris (Fayard) 1972, S. 222–227 und 233 f., und waren auch mir – wofür ich den Herren Pierre Joxe und Jean-Michel Bichat zu Dank verpflichtet bin – im Nationalsekretariat der Sozialistischen Partei in Paris zugänglich. Zu den übrigen Quellen vgl. die Gesamtheit der folgenden Anmerkungen.

[8] Daß eine kommunistische Regierungsbeteiligung im Rahmen der Linksunion wieder als reale Alternative besteht, ist ein wesentliches Ergebnis der französischen Präsidentschaftswahlen vom Mai 1974; die Ereignisse vom Mai 1974 haben ähnlich stark strukturverändernd auf das politische System Frankreichs gewirkt wie im umgekehrten Sinne die Ereignisse vom Mai 1947; vgl. Wilfried Loth, Sozialisten und Kommunisten in Frankreich: Zwischenbilanz einer Strategie, in: Europa-Archiv 30 (1975), S. 39–50, ders., Frankreichs Linke in Vormarsch und Krise, in: Schweizer Monatshefte 58 (1978), S. 7–19.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

derzeit als Instrumente sowjetimperialen Machtdenkens in Dienst genommen werden; zugleich aber standen sie in der Tradition einer intentional revolutionären und de facto emanzipatorischen nationalen Arbeiterbewegung und belebten diese Tradition mit den verbalrevolutionären Elementen ihrer Ideologie ständig aufs neue. Widersprüche zwischen beiden Faktoren waren nicht auszuschließen; gewiß waren die hierarchische Entscheidungsstruktur der PCF und das subjektive Wollen ihrer Führer darauf ausgerichtet, das latent emanzipatorische Potential im Sinne der sowjetrussischen Interessen zu instrumentalisieren; doch fand diese Strategie in der Eigendynamik der nationalen Bewegung ihre objektive Begrenzung. Welcher der beiden Faktoren im Falle eines Konfliktes den Sieg davontragen sollte, war also grundsätzlich offen; erst aus der Spannung zwischen beiden Faktoren konstituierten sich die spezifischen Probleme kommunistischer Politik[9].

In der sowjetrussischen Nachkriegsplanung wurde den französischen Kommunisten eine eindeutig systemstabilisierende Funktion zugewiesen. Mit der Auflösung der Komintern im Mai 1943 war ihnen wie allen nichtrussischen Bruderparteien von Stalin der Auftrag erteilt worden, künftig in Neuauflage der Volksfrontstrategie mit den „Patrioten aller freiheitsliebenden Völker" „unabhängig von deren Parteizugehörigkeit und religiösen Überzeugung" ein „einheitliches internationales Lager" zu bilden[10]. Als Ziele dieses „antifaschistischen" Bündnisses nannte das Zentralkomitee der PCF im September 1943 in einem Schreiben an de Gaulle: „1. Bereitstellung aller Mittel Frankreichs und des Empire für die Kriegführung (. . .); 2. Bestrafung der Verräter (. . .); 3. Mutige demokratische und soziale Politik, die es erlaubt, die Energie des Volkes voll für den Krieg einzusetzen; 4. Politik der Einigung aller Franzosen und aller Empire-Bewohner durch Verständigung und durch Erfüllung der berechtigten Forderungen der eingeborenen Massen; 5. Stärkung der Rolle Frankeichs im Block der Vereinten Nationen auf der Grundlage der Achtung der Unabhängigkeit Frankreichs und der

---

[9] Der hier vorgelegte Ansatz zur Analyse des französischen Kommunismus unterscheidet sich also sowohl von den Arbeiten Georges Lavaus, der die PCF im wesentlichen nur in ihrer nationalen Funktion analysiert (vgl. Georges Lavau, Le P. C. dans le système politique français, in: Le Communisme en France, Paris [A.Colin] 1969, S. 7–82; ähnlich Fauvet [Anm. 3] und Louis Bodin, De Tours à Villeurbanne: Pour une lecture renouvelée de l'histoire du Parti Communiste Français, in: Annales 30 [1975], S. 279–296), als auch von der „Schule" Annie Kriegels, für die der weltrevolutionäre Faktor konstitutiv und daher stets determinierend ist; Annie Kriegel, Les Communistes français, Paris (Seuil) 1970[2]; diess., Communismes au miroir français, Paris (Gallimard) 1974; ähnlich, wenn auch der Existenz in der nationalen Gesellschaft ein größeres Eigengewicht zugestehend, Tiersky (Anm. 3); sowie dem nationalen Faktor überhaupt keinen Einfluß mehr zubilligend Robrieux (Anm. 4).

[10] Erklärung Stalins über die Auflösung der Kommunistischen Internationale vom 28.5. 1943 (Antworten an den Moskauer Reuter-Korrespondenten King); Josef Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin 1945, S. 85 f.

[11] Brief Fernand Greniers im Auftrag des Zentralkomitees der PCF an de Gaulle vom 5. September 1943, veröffentlicht in: Fernand Grenier, C'était ainsi (1940–1945), Paris 1959[1] 1970[2], S. 225 f.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wiederherstellung der französischen Grandeur (. . .)."[11] Wie dieses Fünf-Punkte-Programm, seit Herbst 1943 Standardformel der kommunistischen Propaganda[12], deutlich macht, galt die Verpflichtung der PCF zu einem Bündnis mit der französischen Widerstandsbewegung keineswegs nur der – in Anbetracht der Kräfteverhältnisse auf dem europäischen Kriegsschauplatz ohnehin nur marginalen – Stärkung der Anti-Hitler-Koalition; sie galt vielmehr über den Krieg hinaus der Wiederherstellung der französischen Großmachtposition; selbst die traditionelle emanzipatorische Programmatik behielt nur noch soweit Gültigkeit, wie sie der Stärkung des französischen Potentials dienlich sein konnte.

War für französische Nationalisten wie de Gaulle das Bemühen um ein Fernhalten amerikanischen und britischen Einflusses auf Westeuropa eine Konsequenz der auf Restauration der französischen Grandeur gerichteten Politik, so lag für die Sowjetführung hierin das eigentliche Motiv, das sie zum Bündnis mit dem französischen Nationalismus führte. Frankreich, so wußte man in Moskau seit den Analysen, die die sowjetische Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Eugen Varga vorlegte[13], war durch den Krieg ruiniert worden; der rasche Zusammenbruch von 1940 war Symptom einer fundamentalen Schwäche; Rohstoffmangel, Zerstörung der Industrien und generelle Verarmung hatten in der westeuropäischen Region ein Machtvakuum entstehen lassen. Daß in dieses Vakuum der angelsächsische Kapitalismus vorstoßen würde, mußte von den Moskauer Führungskräften um so eher befürchtet werden, als sie bei den USA im Gegensatz zu der Situation in Europa ein gewaltiges Wachstum der Produktion diagnostizierten und mit einer Überproduktionskrise als Folge der Umstellung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft rechneten, in der sich ein verstärkter Waffen- und Kapitalexport in das verarmte Europa als natürlicher Ausweg anbot. Über die Grenze des sowjetischen Einflußbereiches und die Form sowjetischen Einflusses in Europa war noch nicht entschieden, solange die Zukunft des deutschen Potentials noch im ungewissen lag, doch mußte für die Sowjetführung als sicher gelten, daß Frankreich, in Anbetracht der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA, der Befreiung durch angelsächsische Truppen, der Abneigung breiter Bevölkerungskreise gegen das sowjetische Regime und des Unvermögens der selbst zerstörten Sowjetunion, mit den amerikanischen Wirtschaftskräften zu konkurrieren, nicht in diesen Einflußbereich einzubeziehen war, und daß erst recht eine revolutionäre Situation in Frankreich nicht bestand[14]. Ein Teil der sowjetischen Führungskräfte war 1944

---

[12] Wörtlich in: Liberté, 18. 11. 1943, und Jacques Duclos, L'Intérêt de la France exige, L'Humanité 5. 12. 1943; inhaltlich in allen parteioffiziellen Verlautbarungen bis Anfang 1945.

[13] Vgl. Laszlo Tikos, E. Vargas Tätigkeit als Wirtschaftsanalytiker und Publizist, Tübingen 1965, S. 68–79; sowie als besten Überblick über die sowjetische Nachkriegsplanung Dietrich Geyer, Von der Kriegskoalition zum Kalten Krieg, in: Sowjetunion, Außenpolitik, Bd. 1: 1917–1955 (Reihe: Osteuropa-Handbuch), Köln/Wien 1972, S. 343–381.

[14] Wie die Kommunisten selbst nachträglich immer wieder betonten; vgl. etwa Jacques Duclos auf der Kominform-Gründungskonferenz im September 1947: „En 1944, une politique différente aurait isolé notre parti (. . .); il aurait été impossible à ce moment-là de chasser

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unter dem Einfluß der Thesen des Akademiemitglieds Tarlé sogar bereit, Frankreich bereits als definitiv an den angelsächsischen Einflußbereich verloren zu betrachten, und forderte daher, die bisherige Zusammenarbeit mit de Gaulle zugunsten einer äußersten Zurückhaltung aufzugeben; unter dem Einfluß des im Moskauer Exil weilenden Maurice Thorez ließ sich Stalin dann doch noch davon überzeugen, „daß die Schwäche Frankreichs keine unabänderliche Gegebenheit darstellte und man den angelsächsischen Einfluß wenn schon nicht verhindern, so doch begrenzen könne, indem man Frankreich helfe, eine unabhängige Politik zu verfolgen", und daß die Fortsetzung, ja Intensivierung der Zusammenarbeit der französischen Kommunisten mit de Gaulle das einzige Mittel sei, den angelsächsischen Einfluß in Westeuropa in für das sowjetische Sicherheitsinteresse erträglichen Grenzen zu halten[15].

Daß sich die Sowjetführung das Ziel der Wiederherstellung der Großmachtstellung Frankreichs zu eigen machte, schloß nicht aus, daß die französische und die sowjetische Regierung in ihrer konkreten Außenpolitik erheblich divergierten. Für de Gaulle war die französische Grandeur Primärziel, für Stalin nur ein Teilziel, das mit anderen Zielen in Konkurrenz treten konnte. Sicherer als die Perspektive auf die französische Unabhängigkeit war ihm die Aussicht, mit Hilfe zentraler deutscher Verwaltungsinstanzen und einer Vier-Mächte-Kontrolle des Ruhrgebiets die Preisgabe des deutschen Potentials an die Angelsachsen verhindern zu können; daher seine Weigerung, beim Abschluß des französisch-sowjetischen Vertrages vom 10. Dezember 1944 und auf den Alliierten Außenministerrats-

---

de Gaulle. Toute action contre lui aurait fourni des armes aux alliées contre les communistes." Eugenio Reale, Avec Jacques Duclos au banc des accusés, Paris (Plon) 1958, S. 81; Josef Stalin an die jugoslawischen Kommunisten im Mai 1948: „Even though the French and Italian Communist Parties have so far achieved less success than the CPY, this is not because of any special qualities of the CPY, but mainly because (...) the Soviet Army did not and could not render such assistance to the French and Italien Communist parties"; Royal Institute of International Affairs, The Soviet-Yugoslav Dispute (Dokumente), London 1948, S. 51; André Marty, nachdem das Zentralkomitee der PCF ihm 1952 vorgeworfen (!) hatte, 1944 auf einen Umsturz hingearbeitet zu haben: „La prise du pouvoir par le prolétariat (...) n'était pas possible à ce moment-là, les conditions étant encore loin d'être réalisées." Marty (Anm. 7), S. 241; schließlich François Billoux 1972: „Les conditions intérieures et extérieures n'étaient pas remplies pour cela. (...) Un retournement des alliances et un compromis entre les alliés occidentaux et l'Allemagne n'étaient pas à écarter, avec les terribles conséquences que cela n'aurait pas manqué de comporter, certes pour l'Union soviétique et les pays de l'Europe de l'Est, mais également pour la France et son peuple. Le Parti communiste français ne voulut à aucun moment prendre la responsabilité d'une telle aventure, qui aurait mené tout droit notre pays à une dictature militaire sous hégémonie étrangère." Billoux (Anm. 7), S. 60.

[15] So das Zeugnis des Schriftstellers Jean Richard Bloch, der Thorez während seines russischen Exils begleitet hatte, im Gespräch mit dem damaligen Informationsdirektor der Agence France Presse, Géraud Jouve, während de Gaulles Moskau-Reise Anfang Dezember 1944; Géraud Jouve, Le retour de Maurice Thorez en France, Le Monde 26. 11. 1969; zitiert in: Kriegel 1970 (Anm. 9), S. 188 f.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tagungen auf die französischen Forderungen nach Separierung der Rheinlande und des Ruhrgebiets vom deutschen Staatsverband, Lieferung großer Teile der Ruhrproduktion an Frankreich und Zerstückelung des verbleibenden deutschen Gebiets einzugehen. Wichtiger als die französische Großmachtstellung war ihm die französische Unabhängigkeit; daher auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam sein Widerstand gegen die Bemühungen Churchills, Frankreich als Juniorpartner Großbritanniens durch Zuteilung einer Besatzungszone in Deutschland, eines ständigen Sitzes im Weltsicherheitsrat und eines Platzes im Alliierten Außenministerrat in den Kreis der Großmächte aufzunehmen, um dort dem sowjetischen Einfluß ein britisch-französisches Gegengewicht entgegensetzen zu können[16]. Eine Stärkung der französischen Position auf Kosten anderer sowjetischer Interessen war in sowjetischen Augen inakzeptabel; als für die Sowjetunion kostenfreies Mittel blieb im wesentlichen nur eine Erholung Frankreichs aus eigenen Kräften, ein Mittel, das den Einsatz der französischen Kommunisten erforderlich machte.

Gerade aber weil die Sowjetunion nur über den Einsatz der PCF für den Wiederaufbau Frankreichs den angelsächsischen Einfluß eindämmen zu können glaubte, und weil ihr selbst am Erfolg dieser Bemühungen Zweifel gekommen waren, mußte die Verpflichtung der PCF zur Restauration der Grandeur total sein. Beteiligung an der Regierung, Ausweitung des kommunistischen Einflusses in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, Bündnis mit nahezu allen Kräften des Landes, Mobilisierung der Massen zur Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, Aktualisierung des Revolutionspatriotismus von 1789, Stärkung des französischen Potentials mit allen Mitteln, die den Franzosen selbst zur Verfügung standen – diese Politik, die die französischen Kommunisten seit der Komintern-Auflösung und verstärkt seit der Rückkehr Thorez' aus dem sowjetischen Exil am 27. November 1944 verfolgten, war keineswegs nur Konzession an de Gaulle oder Ausdruck der Sorge um die Effizienz der „Zweiten Front", war weder Vorbereitung künftiger Machtübernahme nach osteuropäischem Muster noch Durchbruch einer nationalen, „gemäßigten" Strategie des „eigenen Weges zum Sozialismus"; sie war in den Augen der Sowjetführung und in der Überzeugung der eigenen Führungskräfte die für die Zeit nach der Niederringung des Faschismus vordringliche, eigentliche Aufgabe der PCF im weltweiten Kampf für den Sozialismus; sie war unter innerfranzösischen Aspekten nicht Teil einer umfassenderen verborgenen Strategie, sondern schon die gesamte Strategie selbst[17].

An der Notwendigkeit der von Moskau verordneten Strategie ließ die PCF-

[16] Zur Entwicklung der französisch-sowjetischen Beziehungen 1944–1946 vgl. Rieber (Anm. 4), S. 110–125, 192–211, 238–252; Raymond-Jean Guiton, Paris–Moskau, Die Sowjetunion in der auswärtigen Politik Frankreichs seit dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1956; Anton-William De Porte, De Gaulle's Foreign Policy 1944–1946, Cambridge/Mass. 1968; Walter Lipgens, Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in dieser Zeitschrift 21 (1973), S. 52–102.

[17] Wenn marxistische Historiker wie Jean Elleinstein im Nachtrag zu der These gelangen, die kommunistische Regierungsbeteiligung sei auf die Praxis beschränkt geblieben, aber nicht

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zentrale keinen Zweifel, weder bei der ideologischen Mobilisierung der Partei und der Öffentlichkeit des Landes noch in den Entscheidungssituationen französischer Innenpolitik[18]. „Die Schlacht auf den Barrikaden ist gewonnen, begonnen hat die Schlacht um die wirtschaftliche Wiedergeburt", schrieb das Parteiorgan L'Humanité drei Tage nach der Befreiung von Paris, am 28. August 1944; und Thorez bekräftigte am 31. August von Moskau aus: „Für die rasche Wiedergeburt Frankreichs arbeiten und unserem Vaterland in der Welt von morgen den Rang einer Grande Nation zu sichern, der ihm gebührt (. . .), das ist die Aufgabe des ganzen Volkes, eines Volkes voller Einsatzfreude und Opferbereitschaft." „Arbeiten, arbeiten, ohne nachzulassen, Männer, Frauen, Junge und Alte, alle müssen arbeiten und kämpfen (. . .), müssen in der Eintracht der Herzen und des Verstandes die Wiedergeburt unseres Vaterlandes vorbereiten und herbeiführen, müssen ein freies, starkes und glückliches Frankreich schaffen", so Thorez' Botschaft nach seiner Rückkehr, einer erwartungsvollen Menge im Pariser Vélodrome d'Hiver als Beschluß des Zentralkomitees der Partei verkündet. „Das Werk des Wiederaufbaus und der Erneuerung wird von allen Franzosen und Französinnen einen nachhaltigen und langfristigen Einsatz erfordern", so sein Rapport für die Sitzung des Zentralkomitees vom 21. bis 23. Januar 1945. „Produzieren! So lautet der erste und am meisten verpflichtende Auftrag unter den Beschlüssen des Zehnten Kongresses der PCF", so das Schlußmanifest des ersten Nachkriegskongresses vom 26. bis 30. Juni 1945. „Unsere Partei ist die Partei der Produktion", so der Rapport Jacques Duclos' für die Sitzung des Zentralkomitees vom 20. und 21. April 1946. „Wir müssen Ziffern erreichen, die der für Frankreich unabdingbaren Notwendigkeit Rechnung tragen, sich auf dem Niveau der Großmächte zu halten", so schließlich noch der Rapport für den 11. Parteikongreß vom 25. bis 28. Juni 1947. – Auch an Erklärungen für diese unaufhörlichen Appelle an Einsatz und Opferbereitschaft der Franzosen mangelte es nicht: „Es geht darum", so Thorez vor dem 10. Parteikongreß, „die Größe Frankreichs wiederherzustellen; es geht darum, die materiellen Voraussetzungen französischer Unabhängigkeit anders als mit bloßen Worten zu sichern." „Frankreich", so noch deutlicher Jacques Duclos in der Nationalversammlung, „muß gerettet, muß wiederaufgerichtet werden, wenn die französi-

---

theoretisch reflektiert worden (Germaine Willard, Victor Joannès, François Hincker, Jean Elleinstein, De la guerre à la libération, La France de 1939 à 1945, Paris [Editions sociales] 1972, S. 109), so gilt das nur, wenn man sich auf eine Analyse der innerfranzösischen Perspektiven der PCF-Politik beschränkt; damit bleibt aber das eine der beiden konstitutiven Elemente dieser Politik ausgespart. Zu Recht hat Annie Kriegel darauf hingewiesen, daß die Auflösung der Komintern keineswegs eine Lockerung des Abhängigkeitsverhältnisses der kommunistischen Parteien von der Moskauer Leitung bedeutete, sondern im Gegenteil durch Aufhebung aller Zwischenglieder eine Straffung der Bindungen; Kriegel 1970 (Anm. 9), S. 185–188.

18 Es ist hier nicht der Ort, eine neue Darstellung der politischen Praxis der PCF von 1944 bis 1947 zu geben, wie sie sehr detailreich anhand der Parteipresse Rieber (Anm. 4), S. 126–191, 212–237, 270–357, sehr anschaulich aufgrund seiner früheren Le-Monde-Analysen Fauvet

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Arbeiter nicht morgen ein unterworfenes und versklavtes Volk sein wollen. Das Klasseninteresse verschmilzt daher mit dem nationalen Interesse."[19] In unzähligen Kundgebungen, in Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen variierten Thorez und CGT-Sekretär Benoît Frachon das gleiche Thema; „und in jeder Versammlung des Politischen Büros und jeder Sitzung des Zentralkomitees konnte man die Parteiführer um die geeignetsten Mittel ringen sehen, das Ziel der Verwirklichung der Produktionssteigerungs-Parolen zu erreichen", wie der Rapport für den Kongreß von 1947 resümierend vermerkte[20].

Die Forderung nach Opferbereitschaft galt in doppelter Hinsicht, sowohl für die arbeitende Bevölkerung als auch für die Partei. Innerhalb der französischen Administration waren es in erster Linie die Kommunisten, die die Weichen für die Produktionsschlacht stellten: Marcel Paul als Minister für industrielle Produktion, Ambroize Croizat als Arbeits- und Sozialminister, François Billoux als Wirtschafts-, dann Verteidigungsminister, Charles Tillon als Rüstungs-, Luftfahrt- und schließlich Wiederaufbauminister, Marius Patinaud als Staatssekretär im Arbeitsministerium, Auguste Lecoeur als Staatssekretär für die Kohleproduktion, Victorien Duguet als Präsident der Charbonnages de France. Sie alle verfochten eine Politik der rigorosen Produktions- und Ertragsratensteigerung, sie alle sahen in der allgemeinen Preishausse einen zusätzlichen und daher willkommenen Anreiz

(Anm. 3), S. 139–187, sowie in gestraffter Übersicht Tiersky (Anm. 5), S.100–130, vorgelegt haben, und wie sie zahlreiche Zeugnisse ehemaliger Kommunisten illustrieren; etwa: Giulio Ceretti, A l'ombre des deux T (Thorez et Togliatti), Paris (Julliard) 1973; Dominique Desanti, Les Staliniens (1944–1956), Une expérience politique, Paris (Fayard) 1975; dies., L'Année où le monde a tremblé: 1947, Paris (Albin Michel) 1976; Pierre Daix, J'ai cru au matin, Paris (Laffont) 1976; Paul Noirot, La Mémoire ouverte, Paris (Stock) 1976; Tillon (Anm. 7); vielmehr sollen die Schwerpunkte dieser Politik stärker als bisher geschehen analytisch erfaßt werden.

[19] L'Humanité 28. 8. 1944; Rede Thorez' über Radio Moskau 31. 8. 1944, zit. nach Oeuvres de Maurice Thorez, Paris (Editions sociales) 1950–1965 (im folgenden: Oeuvres), Bd.20, S. 81–86, hier S. 86; Rede Thorez' im Vélodrome d'Hiver 30. 11. 1944, ebda. S. 130–142, hier S. 142; „S'Unir, combattre, travailler", Rapport für die Sitzung des Zentralkomitees 21.–23. 1. 1945 in Ivry, Paris (Editions du PCF) 1945, erneut in Oeuvres ebda. S. 161–197, hier S. 188; „Manifeste à la nation française", Paris (Editions du PCF) 1945, S. 12; Rapport für die Sitzung des Zentralkomitees 20.–21. 4. 1946 in Gentilly, in: Duclos (Anm. 7), Bd. 4, S. 95–106, hier S. 96 f.; Deux années d'activité pour la renaissance économique et politique de la République Française, Paris 1947 (= Rapports pour le XIe Congrès national du P. C. F.), S. 38; Schlußrede Thorez' vor dem 10. Parteikongreß in Paris 30. 6. 1945, Oeuvres Bd. 21, S. 125–136, hier S. 129; Rede Duclos' in der Nationalversammlung 15. 2. 1946, JO 16. 2. 1946 und Duclos ebda. S. 86. – Die Humanité hatte schon am 11. 9. 1944 vor einem Generalangriff der amerikanischen Trusts auf „die befreiten, aber zerstörten Länder Europas" gewarnt, der „diese Länder finanzieller und folglich auch politischer Abhängigkeit unterwerfen" werde; einer Analyse der wirtschaftlichen Schwäche Frankreichs in der Londoner Times hatte sie am 19. 9. 1944 mit dem Hinweis auf das Beispiel der Sowjetunion geantwortet, die sich auch aus eigener Kraft aus der Zerstörung erhoben habe.

[20] Deux années ... (Anm. 19), S. 11; Frachon: Sammlung seiner Reden und Schriften in: Benoît Frachon, La Bataille de la Production, Paris (Editions sociales) 1946; Thorez: Reden in

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur Produktionssteigerung, sie alle suchten Gewinne sofort wieder in zusätzlichen Investitionen anzulegen und waren daher Gegner einer Steigerung der Reallöhne. Arbeitsbedingungen wurden nur soweit verbessert, wie es der Effektivierung der Produktion dienlich war. Jeder Versuch der bei ständiger Lebensmittelknappheit am Rande des Existenzminimums lavierenden Arbeiter, ihre Lage durch Streiks erträglicher zu gestalten, wurde dagegen unerbittlich bekämpft. „Es ist unmöglich, auch nur den mindesten Streik zu billigen (. . .). Der Streik ist ein Skandal, eine Schande, eine äußerst schwerwiegende Verfehlung gegen die Gewerkschaft und gegen das Interesse der Bergleute", das war der Stil, in dem Thorez auf Unmutsäußerungen der Arbeiterschaft reagierte[21]. Reformen wurden stets dann blockiert, wenn sie geeignet erschienen, einen raschen Anstieg der wirtschaftlichen Kapazität zu stören; fundamentale Umwandlungen waren folglich von vorneherein ausgeschlossen. Als der Conseil National de la Résistance Anfang 1944 über ein gemeinsames Programm entschied, das der künftigen Provisorischen Regierung als Geschäftsgrundlage dienen sollte, widersprachen die kommunistischen Vertreter den Forderungen der Sozialisten nach Nationalisierung aller Großindustrien, Wirtschaftsplanung und Partizipation, so daß mit der „CNR-Charta" vom 15. März 1944 nur ein sehr gemäßigtes Sozialisierungsprogramm verabschiedet werden konnte. Selbst der Verwirklichung des CNR-Programms setzten sie Widerstände entgegen. „Anstatt mir zu helfen, häufen sie ihre Kritik", beklagte sich de Gaulles erster Wirtschaftsminister Pierre Mendès-France, als er im Kabinett eine Mehrheit für die Nationalisierungsprojekte zu finden suchte. „Auf uns warten wichtigere Dinge, nämlich der Wiederaufbau des Landes", lautete Thorez' Standardantwort auf Reforminitiativen, die bis ins Kabinett gelangt waren. „Wir, die wir Kommu-

Limoges 26. 8. 1945, Oeuvres Bd. 21, S. 182–200; Valenciennes 23. 12. 1945, Montceau-les-Mines 17. 2. 1946, Oeuvres Bd. 21, S. 226–242; Aubry 1. 3. 1946, ebda. S. 243–228; Toulon 23. 2. 1947, Oeuvres Bd. 23, S. 63–75; am drastischsten in Waziers (im nördlichen Kohlerevier) 21. 7. 1945, Oeuvres Bd. 21, S. 137–182: „Je voudrais vous faire comprendre, je voudrais que ce que nous pensons au Comité central puisse passer dans la tête, dans la coeur de chacun de vous ici, militants communistes, secrétaires des organisations, délégués mineurs, délégués les plus responsables chez vous d'abord, puis chez tous les mineurs communistes, chez tous les syndiqués, chez tous les mineurs, que produire, produire, et encore produire, faire du charbon, c'est aujourd'hui la forme la plus élevée de votre devoir de classe, de votre devoir de Français" (ebda. S. 171). – Die Gleichförmigkeit der Propaganda vom Sommer 1944 bis zum Frühjahr 1947 zeigt, daß die Stabilisierungsstrategie aus Rücksicht auf die Sowjetunion keineswegs nur auf die Zeit der Zusammenarbeit Thorez – de Gaulle (Dezember 1944 – Januar 1946) beschränkt war, wie Annie Kriegel behauptet; Le Parti communiste français, la Résistance, la Libération et l'établissement de la IVe République (1944–1947), in: Kriegel 1974 (Anm. 9), S. 161–176.

21 Rede in Waziers 21. 7. 1945 (Anm. 20). Anlaß der Reise Thorez' in das nördliche Kohlerevier war ein wilder Streik in der Grube von Béthune, wo die allgemeine Malaise zum Protest gegen den Verbleib ehemaliger Kollaborateure in der Betriebsleitung geführt hatte. Der kommunistische Generalsekretär desavouierte die „Säuberungs"-Politik seiner eigenen Partei („On ne peut pas épurer pendant cent sept ans") und attackierte die Arbeitsmoral der Bergleute: „Quand on me dit que (. . .) on a payé jusqu'à 27, 28, 30% d'absences, je

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nisten sind, erheben zum jetzigen Zeitpunkt keine Forderungen sozialistischen oder kommunistischen Charakters. Wir sagen das mit dem Risiko, in den Augen jener zimperlich zu erscheinen, die ständig das Wort ‚Revolution' auf ihren Lippen haben."[22] Was der „Partei der Arbeiterklasse" an Selbstverleugnung zugemutet wurde, war in der Tat viel.

Indessen fielen nicht nur emanzipatorische Programmatik und Praxis dem Kampf um die Produktion zum Opfer; die Partei mußte sogar bereits errungene Machtpositionen wieder aufgeben, um die rasche Stabilisierung des Landes nicht zu gefährden. Noch im unklaren über die zu erwartenden Kräfteverhältnisse im befreiten Frankreich und in Sorge vor einer erneuten Isolierung und Verfolgung, aber auch, um für die Durchsetzung der Unabhängigkeits-Strategie über einen möglichst breiten Rückhalt zu verfügen, hatten die Kommunisten seit 1943 jede Gelegenheit genutzt, sich über die Organe der Résistance einen definitiven Anteil an der Macht zu verschaffen. Ihre eigene Widerstandsorganisation „Front National" und deren paramilitärischer Zweig „Franc-Tireurs et Partisans" (FTP) zählten zu den größten der gesamten Résistance; darüber hinaus aber war es ihnen bis Anfang 1944 gelungen, sowohl das Ständige Büro des Conseil National de la Résistance (CNR) als auch dessen militärisches Lenkungsorgan COMAC und das Direktionskomitee des Mouvement de Libération Nationale (MLN, Sammlungsbewegung von Widerstandsorganisationen) de facto zu kontrollieren. Nach der Befreiung sollten die paramilitärischen Verbände der Résistance mit den regulären Streitkräften zu einer neuen „Volksarmee" verschmolzen werden, die lokalen und departementalen Résistance-Komitees sollten zusammen mit den kommunalen Organen „die Grundlage einer starken, das Vertrauen des Volkes besitzenden Re-

---

dis que c'est un scandale, ce n'est pas possible, cela ne peut pas continuer." – Zur insgesamt noch einer eingehenden Untersuchung bedürftigen kommunistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik als Regierungspartei vgl. Pierre-Lucien Simon, Bilan sans gloire de l'économie française, in: Esprit 16 (1948), S. 524–540, und François Pommerelle, Etude de la gestion communiste du Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme, Thèse Université de Reims (mschr.), Paris 1969, 177 S.; zur Eindämmung von Streiks hier unten S. 27 f., 35, 39 f.

[22] Schon im Mai 1944 war das PCF-Sekretariat in Algier gegen Versuche korsischer Parteimitglieder eingeschritten, eine Bodenkollektivierung in die Wege zu leiten: „Une action ‚socialiste' comme en Union soviétique (. . .) est en contradiction formelle avec la politique d'union nationale large que nous préconisons." Im März 1945 mußte Léon Mauvais die gleiche Warnung wiederholen; Document L. M. 5/3/45 Sec., zit. nach Maurice Agulhon, Les communistes et la Libération de la France, in: La Libération de la France, Actes du Colloque International tenu à Paris du 28 au 31 octobre 1974, Paris 1976, S. 67–90, hier S. 86. „Tout se passe", notierte Jean Lacroix in der März-Ausgabe 1945 des „Esprit", „comme si les communistes, loin de vouloir participer à la révolution nécessaire, en avaient peur et ne songeaient qu'à la retarder, en se faisant les défenseurs attitrés d'un retour à la démocratie formelle." – CNR-Charta: Vgl. den SFIO-Programmentwurf vom 11. 12. 1943 in Daniel Mayer, Les Socialistes dans la Résistance, Paris (PUF) 1968, S. 229–238; die kommunistischen Vorstellungen bei Henri Michel, Les courants de pensée de la Résistance, Paris (PUF)

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gierungsgewalt" bilden[23]. Doch als sich de Gaulle anschickte, die Résistance-Organe zu entmachten, um den kommunistischen Einfluß einzudämmen, war es gerade die PCF-Führung, die ihm bei der Durchsetzung der Autorität der Provisorischen Regierung half. Gegen die Einsetzung von Kommissaren der Republik zur Restitution einer zentralistischen Verwaltungsstruktur (Ordonnanz vom 21. April 1944), die De-facto-Auflösung der Résistance-Streitkräfte (Ordonnanz vom 23. September 1944) und vor allem gegen die Auflösung der von den Résistance-Komitees als Polizeikräfte eingesetzten „Gardes patriotiques" (Ordonnanz vom 28. Oktober 1944) gab es zwar kommunistische Proteste, doch verstummten diese nach den ersten Novembertagen. Sogleich nach seiner Ankunft in Paris Ende November setzte Thorez in der Partei die Parole „Un seul Etat, une seule police, une seule armée" durch. „Mehr als die SFIO gibt sich die Kommunistische Partei als Anwalt der Provisorischen Regierung", konnten die Kommissare der Republik im

1962, S. 682–710; schließlich das Programm vom 15. 3. 1944 in René Hostache, Le Conseil national de la Résistance, Paris (PUF) 1958, S. 457–463. – Mendès-France: zit. nach Elgey (Anm. 2), S. 33; ebda. S. 31–35 eine Fülle weiterer Zeugnisse kommunistischen Widerstands gegen Strukturreformen; bestätigend durch die Fülle seiner Vorbehalte Etienne Fajon, Les Communistes et les nationalisations, in: Cahiers du Communisme, Nr. 4, Februar 1945, S. 29–36; sowie Georges Lefranc, Les expériences syndicales en France de 1933 à 1950, Paris (Aubier) 1950, S. 291 f. – Thorez im Kabinett: Zeugnis des damaligen Generalsekretärs der Regierung, Louis Joxe, in Elgey (Anm. 2), S. 30; das Schlußzitat aus dem Rapport Thorez' für die Sitzung des Zentralkomitees 21. – 23. 1. 1945 (Anm. 19), hier S. 183.

[23] So Thorez noch am 14. 9. 1944 über Radio Moskau; Oeuvres Bd. 20, S. 93–98, hier S. 96. – Welche verfassungsmäßige Stellung den Résistance-Organen nach kommunistischen Vorstellungen exakt zukommen sollte, ist unklar; sicher ist jedoch, daß sie keineswegs als revolutionäre Gegenmacht gegen die Provisorische Regierung und deren Organe gedacht waren, wie Kriegel 1974 (Anm. 20) in Übertragung des leninistischen Denkmodells der „Doppelstrategie" annimmt. Beide, de Gaulles Organe und die Widerstandsorgane, waren im gleichen Maße „legitim", benötigten sich gegenseitig zur Legitimierung, rangen miteinander um ihren Machtanteil im künftigen Frankreich. Von Anfang an galt für die „Comités de Libération" der Auftrag, „les meilleurs organes de la renaissance française" zu bilden und der Regierung „l'appui décisif des masses populaires" zu verschaffen (so Thorez ebda.), allenfalls – so die Erwartung der Anhängerschaft – „obliger le gouvernement provisoire à appliquer le programme de la Résistance" (so André Marty [Anm. 7], S. 242, vgl. unten S. 25 f.). – Zum kommunistischen Anteil an der Résistance vgl. die einschlägige Résistance-Literatur; als Überblick Henri Michel, Histoire de la Résistance en France (1940–1944), Paris (PUF) 1950[1] 1972[6], sowie ders., Bibliographie critique de la Résistance, Paris (S. E. V. P. E. N.) 1964, S. 88–96. Daß 1944 weder bei der Parteiführung noch letztlich bei der Parteibasis eine Revolutionsabsicht bestand, zeigt unter Auswertung einiger PCF-interner Rundschreiben (insbesondere aus dem Nachlaß von André Marty) Maurice Agulhon (Anm. 22); gleichlautend das Ergebnis der Fallstudie Maurice Agulhon / Fernand Barrat, CRS à Marseille, Paris (Colin) 1971. Das Vordringen der Kommunisten in allen Bereichen förderte freilich in der französischen Öffentlichkeit und insbesondere in der nichtkommunistischen Résistance die latent stets vorhandene Furcht vor kommunistischen Umsturzplänen; vgl. als besonders eindrucksvolles Zeugnis Claude Bourdet, L'Aventure incertaine, De la Résistance à la Restauration, Paris (Stock) 1975, S. 278–296. Die Doppelstrategie-These ist sichtlich eine Nachwirkung dieses zeitgenössischen Mißverständnisses.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frühjahr 1945 an den Innenminister berichten; die Résistance hatte aufgehört, als eigenständige politische Kraft zu existieren[24]. Nach der Preisgabe des Résistance-Instrumentariums waren Mobilisierung der Massen für die Produktionsschlacht und Kontrolle der Gegner einer Unabhängigkeits-Politik nur noch über die traditionellen Institutionen erreichbar; doch war die Politik der „demokratischen Einheit" hier weit weniger erfolgreich als im Widerstand. Weder gelang es, mit der Propaganda für die Wiedervereinigung der Arbeiterklasse die SFIO-Basis für sich zu gewinnen, noch konnte das Projekt einer Ein-Kammer-Verfassung durchgesetzt werden, die einer sozialistisch-kommunistischen Parlamentsmehrheit zu nahezu unbeschränkten Vollmachten verholfen hätte; lediglich die CGT als größte Gewerkschaftsorganisation geriet, wenn auch nur oberflächlich, unter kommunistische Kontrolle[25].

Innenpolitisch um der Stärkung Frankreichs willen zu einer Partei der Ordnung geworden, nahmen die französischen Kommunisten auch in der Außen- und Kolonialpolitik Positionen ein, die bisher der traditionellen Rechten vorbehalten gewesen waren. Die Völker des französischen Kolonialreiches waren nach ihrer Auffassung keineswegs in die Unabhängigkeit zu entlassen, in der sie ohnehin nur Opfer des angelsächsischen Einflusses geworden wären, sondern nach den Erschütterungen des Weltkrieges wieder fest an die französische Nation zu binden, um so der Stärkung des französischen Potentials zu dienen. „Das französische Volk wünscht", schrieb die Humanité in einer der ersten Ausgaben nach der Befreiung in aller Deutlichkeit, „daß Indochina wie alle Überseegebiete ganz und ohne Hypothek in die föderative Gemeinschaft des Größeren Frankreich zurückkehrt. (...) Frankreich kann keinerlei Bestimmung akzeptieren, die seine Souveränität als Großmacht antastet oder sein kategorisches Recht, die Überseegebiete, für die es Verantwortung trägt, im Sinne der Emanzipation der dort lebenden Völker zu verwalten, oder gar sein Recht, diese Völker gegen imperialistische Absichten zu

---

[24] Die Preisgabe des Résistance-Instrumentariums hatte sich schon angekündigt, als am 7./8. Oktober 1944 der Kongreß der Befreiungskomitees der ehemaligen Südzone in Avignon die Erneuerung der Komitees durch allgemeine Volkswahlen und damit deren endgültige Verankerung in der künftigen Verfassung gefordert hatte: Die Mitglieder des Politischen Büros der PCF wurden vom Sekretariat von diesem Vorgang noch nicht einmal unterrichtet; die Befürworter der Komitee-Neuwahlen innerhalb der Parteiführung liefen gänzlich ins Leere; vgl. den Bericht von Marty (Anm. 7), S. 59. – Thorez: nach dem Zeugnis ehemaliger PCF-Führungskräfte, ermittelt von Robrieux (Anm. 4), S. 288; dann öffentlich am 14. 12. 1944, Oeuvres Bd. 20, S. 143–156, hier S. 153, und am 21. 1. 1945 (Anm. 19). – Berichte der Kommissare: Ministère de l'Intérieur, Service central des Commissariats de la République: Bulletin sur la situation dans les régions et les départements, hier Nr. 48, 3. 5. 1945: Situation dans le région de Limoges, S. 8, zit. nach Rieber (Anm. 4), S. 170; ebda. S. 170–174 weitere Zeugnisse und S. 167–189 die detaillierteste Darstellung der Entmachtung durch de Gaulle.

[25] Die unter Hinweis auf die osteuropäischen Vorbilder vorgetragene These, hinter dieser „Einheits"-Taktik habe eine Strategie der Machtergreifung von innen her gestanden – so Rieber (Anm. 4), S. 154 f., 235, 328, 358 f.; Kriegel 1974 (Anm. 20), S. 175 f. u. a. m. –, ist

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verteidigen." Von der herkömmlichen Kolonialpolitik der Nationalisten unterschied sich dieses Konzept nur in den Mitteln, nicht im Ziel. Um der Emanzipationsbewegung der Kolonialvölker zu begegnen, waren formale Gleichstellung, soziale Reformen und fortschreitende Selbstverwaltung notwendig; aber das alles wurde ausdrücklich als notwendiges Mittel deklariert, um den Kolonialbesitz für Frankreich erhalten zu können. Das Projekt der Französischen Union, wie es dann in der Verfassung der IV. Republik figurierte, gab die kommunistischen Vorstellungen von einer effizienteren Kolonialpolitik ziemlich exakt wieder. Den nationalen Befreiungsbewegungen begegnete die PCF, sehr zu deren Enttäuschung, mit hinhaltender Beschwichtigung oder auch (so bis Sommer 1946 in Algerien) mit offener Feindseligkeit, den Kolonialisten alten Stils mit pseudo-emanzipatorischer Propaganda; stets aber blieb das Interesse am Erhalt der französischen Positionen im Mittelmeerraum, in Afrika und Indochina vorrangig. „Natürlich wünsche ich", so Thorez zu Hochkommissar Thierry d'Argenlieu, „daß sich mit dem Vietminh alles gütlich regelt, aber letztlich ‚nos couleurs avant tout!' Wenn Sie zuschlagen müssen, dann schlagen Sie, schlagen Sie hart!" Die kommunistische Opposition gegen die Fortsetzung der bewaffneten Auseinandersetzung mit den Truppen Ho Chi Minhs seit Dezember 1946 war denn auch nur scheinbar ein Zeichen der Solidarität mit der vietnamesischen Bruderpartei; das tatsächliche Motiv war die – berechtigte – Sorge, ein militärisches Engagement in Indochina werde den befürchteten Verlust des asiatischen Potentials nicht verhindern können, sondern im Gegenteil beschleunigen, darüber hinaus das Konzept der Französischen Union in den Augen der anderen Kolonialvölker diskreditieren und die Kräfte des Mutterlandes entscheidend schwächen; zu fürchten sei, so das PCF-Zentralkomitee, als sich die kommunistische Fraktion in der Nationalversammlung am 22. März 1947 bei der Bewilligung der Militärkredite für Indochina der Stimme enthielt, „die baldige Zuflucht zu auswärtiger Finanz- und Militärhilfe, das heißt der Ausverkauf der nationalen Unabhängigkeit"[26].

Das Ziel der nationalen Unabhängigkeit bestimmte schließlich auch die außenpolitische Linie der Partei, wie sie das Zentralkomitee am 25. April 1944 festlegte:

---

eine unzulässige Vereinfachung: Natürlich blieb die PCF im Selbstverständnis ihrer Mitglieder eine „revolutionäre" Partei, doch wußte sie, daß objektiv eine revolutionäre Situation weder bestand noch in Aussicht stand; Machtergreifung war damit in den Bereich des eschatologischen Vorbehalts abgedrängt, als reale Strategie blieb nur Machtteilhabe zur Sicherung der Unabhängigkeit.

[26] L'Humanité 30. 8. 1944; Thorez zu Thierry d'Argenlieu laut Le Point 30. 10. 1972, S. 77; zahlreiche ähnliche Zeugnisse bei Rieber (Anm. 4), S. 324–326, und Depreux (Anm. 7), S. 288; ZK-Resolution vom 19. 3. 1947 in L'Humanité 20. 3. 1947. – Charakteristische Texte zum Kolonialkonzept der PCF: Florimond Bonte, JO 21. 11. 1944, S. 311 ff.; Henri Lozère, La Question coloniale, Cahiers du Communisme Nr. 6, April 1945, S. 71–76, auszugsweise deutsche Übersetzung in: Jakob Moneta, Die Kolonialpolitik der französischen KP, Hannover 1968, S. 130–132; Pierre Cot, JO 18. 3. 1947, S. 869 ff.; André Marty, Dans votre action pour une Algérie Libre et Démocratique le peuple de France lutte à vos cotés,

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Wir fordern die Widerstandsbewegung dringend auf zu erklären, daß die Unabhängigkeit Frankreichs und die Wiederherstellung seiner Grandeur, dem geheiligten Wunsche aller unserer Helden entsprechend, das erste und leitende Prinzip der Außenpolitik von morgen sein soll." Mit de Gaulle und gegen die Sowjetunion forderte sie die Überführung großer Teile des westdeutschen Potentials an Frankreich, wohl wissend, daß die Sowjetunion auch beim Gelingen dieser Operation gewinnen würde; gegen de Gaulle und mit der Sowjetunion blockierte sie jeden Ansatz zu regionaler Assoziation in Westeuropa, selbst da, wo er der Stärkung Frankreichs dienlich sein konnte; mit de Gaulle und mit der Sowjetunion brachte sie die Föderationspläne des nichtkommunistischen Widerstands und der Sozialisten zu Fall[27].

Bei ihren Regierungspartnern fand die Stabilisierungs- und Unabhängigkeits-Strategie der PCF wiederholt Anerkennung. „Ich habe viele Male die staatsmännischen Qualitäten von Maurice Thorez rühmen hören", berichtete SFIO-Minister Edouard Depreux über die Entlassung seiner kommunistischen Kollegen nach dreijähriger Regierungsteilhabe, „aber noch nie mit solchem Nachdruck wie bei Ramadier während des Kabinettsrats vom 4. Mai (. . .). Der Ministerpräsident würdigte nicht nur Thorez, sondern alle kommunistischen Minister. Er dankte ihnen für ihre Mitarbeit, und Ministerkollegen vom MRP sagten ihnen, wie sehr sie ihr Ausscheiden bedauerten." Erst recht bedankte sich de Gaulle: „Was Thorez betrifft, so sollte er bei allen Bemühungen, die Sache der Kommunisten voranzubringen, doch bei mehreren Gelegenheiten dem öffentlichen Interesse Dienste erweisen. (. . .) Geschah das nur aus politischer Taktik? Es ist nicht an mir, das zu klären; mir genügt, daß Frankreich seinen Nutzen davon hatte."[28]

Alger s. d. (= Rede 20. 4. 1947). – An Darstellungen Rieber ebda., S. 313–328, und Robrieux (Anm. 4), S. 301–307, beide mit der irreführenden These, die PCF habe den Kampf für die Unabhängigkeit der Kolonialvölker lediglich zu einem späteren Zeitpunkt – nach Stärkung der kommunistischen Position im Mutterland – führen wollen; sowie besonders eindrucksvoll den Gegensatz zur algerischen Emanzipationsbewegung herausarbeitend Emmanuel Sivan, Communisme et nationalisme en Algérie 1920–1962, Paris (Fondation nationale des sciences politiques) 1976, S. 127–154.

[27] ZK-Resolution vom 25. 4. 1944 in L'Humanité 9. 6. 1944, auszugsweise deutsche Übersetzung in: Walter Lipgens (Hrsg.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945, München 1968, S. 239 f. – Zum Ringen zwischen gaullistisch/kommunistischem und sozialistischem außenpolitischen Konzept vgl. Wilfried Loth, Sozialismus und Internationalismus, Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977. Die von Hänsch (Anm. 5), S. 85 u. 196, vorgetragene These, die PCF habe seit Sommer 1946 ihre „nationalistische" Deutschlandpolitik zugunsten einer Anpassung an die sowjetische Position modifiziert, läßt sich nicht halten; vgl. etwa Florimond Bonte, Le problème allemand, L'Humanité 27. 1. 1947: „Désarmement militaire et économique de l'Allemagne, Internationalisation de la Ruhr, Union économique entre la France et la Sarre, Régime spécial pour la Rhénanie, Droit aux réparations et au charbon de la Ruhr. Voilà ce qu'il importe de réclamer."

[28] Edouard Depreux (Anm. 7), S. 291; Charles de Gaulle, Mémoires de guerre, Bd. III, Le Salut, Paris (Plon) 1959, S. 101. – In gewissem Sinne hatte 1944–1946 also Stalin das kapi-

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II

Der PCF als „revolutionärer Avantgarde der Arbeiterklasse" konnte freilich – anders als de Gaulle und der Sowjetführung – die Gesundung Frankreichs allein nicht genügen. Zu beträchtlich waren die Erwartungen, die der Aufstieg der Kommunisten in die Zentren der nationalen Macht in den eigenen Reihen und bei der arbeitenden Bevölkerung geweckt hatte, zu stark die Energien, die durch die Appelle an die revolutionäre Tradition freigesetzt wurden, zu groß die Opfer, die die Stabilisierungspolitik von den unteren Bevölkerungsgruppen verlangte, als daß es möglich gewesen wäre, die PCF ohne Schwierigkeiten für die von der Sowjetführung vorgeschriebene Strategie zu instrumentalisieren. In den Jahren der Volksfront war eine Schicht von Mitgliedern und Anhängern entstanden, die die Politik der „demokratischen Einheit" keineswegs vordringlich unter dem sowjetrussischen Sicherheitsinteresse oder gar als Aufgabe des eigenen Revolutionsanspruches begriffen hatten, sondern im Gegenteil als Mobilisierung der Massen kurzfristig zur Verteidigung der demokratischen Ordnung und langfristig zur Durchsetzung eines identitären Demokratiekonzeptes. Von dieser Schicht, nicht von dem eng an die Moskauer Zentrale gebundenen Führungskern der Partei um Thorez, Frachon, Duclos, waren 1940/41 die ersten bescheidenen Impulse zum Widerstand ausgegangen; ihr folgend hatte die Résistance-Generation der Militants den Kampf um nationale Unabhängigkeit und Begründung einer „wahren" Demokratie wörtlich genommen, ohne dessen globalstrategischen Hintersinn zu erfassen. Die Führungskräfte der Résistance-Generation – etwa Tillon, Casanova, Lecoeur, Joinville, Kriegel-Valrimont oder Hervé – wie die Masse der seit den Wochen vor der Befreiung neu zur Partei gekommenen Anhängerschaft – die Mitgliederzahl stieg von 340 000 im Dezember 1939 auf 906 700 bei Kriegsende – erwarteten 1944 nicht Stabilisierung des Landes um jeden Preis, sondern Verwirklichung zumindest des CNR-Programms als Schritt zur Emanzipation der Arbeiterklasse im nationalen Rahmen[29]. Damit drohte die Stabilisierungsstrategie gleich am Anfang am

---

talistische System in Frankreich gerettet, freilich nicht nur, wie Isaac Deutscher mehrfach betont hat (vgl. etwa seinen Beitrag: Myths of the Cold War, in: David Horowitz [Hrsg.], Containment and Revolution, Boston 1967, S. 13–27), um seine persönliche Machtstellung im kommunistischen Lager zu sichern und die Allianz mit den USA nicht zu gefährden. Tatsächlich war die Stabilisierungsstrategie in Westeuropa ein Teil der Sicherheitspolitik des Sowjetstaates.

[29] Bezeichnend für die Hoffnungen der Résistance-Militants sind die Erinnerungen André Martys: „Partout soufflait un esprit nouveau, celui des grandes périodes révolutionnaires (...). Ah! qu'elle apparaissait belle cette future République du peuple! Elle était déjà cimentée dans la fraternité de ces hommes et de ces femmes traqués nuit et jour pendant des années, dans cette fraternité de la vie souterraine et des maquis, de la prison et des camps de la mort; elle annonçait un avenir radieux." Marty (Anm. 7), S. 249. – Auf den „revolutionären" Anspruch der Volksfront-Generation hat erstmals Bodin (Anm. 9) hingewiesen; auf das Fortwirken der antifaschistischen Volksfront-Tradition der Basis in den Anfängen der kommunistischen Résistance René Gallissot, Les communistes et les débuts de la Ré-

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Elan der eigenen Anhängerschaft zu scheitern; für Thorez stellte sich als beherrschende Aufgabe innerparteilichen Operierens, „den revolutionären Elan zu bremsen und dann zu stoppen, der die Sympathisanten, die Arbeiterklasse und die Basis beherrscht und auch die meisten höheren Führungskräfte erfaßt hat, die ebenfalls aus den Hoffnungen und Waffenkämpfen des Krieges kommen"[30].

Der Gegensatz zwischen international determinierter Stabilisierungsstrategie und nationaler Emanzipationshoffnung wurde in der Partei freilich nicht als Richtungskampf zweier Fraktionen ausgetragen; er entfaltete sich vielmehr, der hierarchischen Parteistruktur des „demokratischen Zentralismus" entsprechend, in der von gegenseitigen verbalen Loyalitätsbekundungen immer wieder verdeckten latenten Auseinandersetzung zwischen Parteiführung und Parteibasis. In die tatsächliche Parteiführung konnte nur aufsteigen, wer sich die Stabilisierungsstrategie vollständig zu eigen gemacht hatte; hier wurde die Auseinandersetzung nicht mehr prinzipiell, sondern nur noch unter taktischen Gesichtspunkten geführt: es war zu entscheiden, in welchem Maße die Führung die Erwartungen der Basis berücksichtigen mußte, um sich den nötigen Massen-Rückhalt zu sichern. Eine Korrektur der Stabilisierungsstrategie war demnach für den Zeitpunkt zu erwarten, zu dem die Mehrheit der Parteiführung zu der Auffassung gelangt war, die Massenbasis drohe verlorenzugehen.

Solange die Kriegshandlungen noch andauerten, die Wiederbelebung der nationalen Produktion noch kaum in Gang gekommen war und die Produktionskampf-Propaganda ob ihrer Intensität noch Eindruck machte, drang von dieser Auseinandersetzung nur wenig an die Oberfläche; nur vereinzelt schaffte sich die wachsende allgemeine Enttäuschung über den Kurs der Parteiführung Luft. Schon im August 1944 kritisierte François Billoux, „daß der Regierungseintritt der Kommunisten nicht zu einem politischen und praktischen Wechsel im Kurs der Regierung geführt hat". Im November 1944 gab es zunächst passiven Widerstand gegen die Auflösung der Garden; doch in der entscheidenden Zentralkomitee-Sitzung vom 21. bis 23. Januar 1945 wagten nach Thorez' Verdikt nur noch André Marty und Charles Tillon offen zu protestieren; Pierre Villon, als PCF-Vertreter im Büro des Widerstandsrates bisher einer der einflußreichsten Verfechter der Résistance-Macht, bekannte sich zu der Auflösungs-Ordonnanz. Auf dem Parteikongreß vom 26. bis 30. Juni 1945 glaubte sich Thorez mit einer kurzen Philippika gegen „ein paar Sektierer" begnügen zu können, „die sich, ohne es immer klar auszusprechen, fragen: ‚Haben wir womöglich die revolutionäre Linie aufgegeben?'" Widersprü-

sistance, in: Le Mouvement social, Nr. 74, Januar–März 1971, S. 130–143; auf die Täuschung der Résistance-Generation Kriegel 1970 (Anm. 9), S. 66–77. – Es ist also keineswegs Zufall, daß in den Jahren des Kalten Krieges nach und nach fast die gesamte Führungselite der Résistance-Generation eliminiert wurde: die Anwälte des „nationalen Weges zum Sozialismus" waren zu unbequemen Mahnern geworden.

[30] So sinngemäß Thorez im Herbst 1944 nach den übereinstimmenden, aber voneinander unabhängigen Zeugnissen von drei zeitgenössischen ZK-Mitgliedern; ermittelt von Robrieux (Anm. 4), S. 284.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

che wurden nicht mehr laut. Die Unzufriedenen ließen sich einschüchtern, mit der Hoffnung auf eine Besserung der Situation vertrösten, oder aber sie resignierten. „Im nördlichen Kohlerevier", berichtet Auguste Lecoeur, „verschwanden in diesem Jahr 1945 viele Militants aus den Zellen, mutige Militants und tüchtige Arbeiter." Dennoch wuchs die Spannung, wurde die Parteiführung zusehends nervöser. Als etwa Lecoeur es in der Zentralkomitee-Sitzung vom 3. und 4. November 1945 wagte, auf den negativen Effekt aufmerksam zu machen, den die Deckung ehemaliger, aber für die Produktion wichtiger Kollaborateure auf die Wahlergebnisse vom 21. Oktober gehabt hatte, reagierte Thorez mit einem völlig unangemessenen Wutausbruch: „Er sprang buchstäblich auf und warf mir Mangel an ‚bolschewistischem Geist' vor; er sprach gut zehn Minuten, ohne seinen Zorn unter Kontrolle zu bekommen." So rigoros sich die Parteiführung in der Verwirklichung der Stabilisierungsstrategie gab, so wenig sicher war sie tatsächlich, sie durchhalten zu können[31].

Sobald nach den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung vom 21. Oktober 1945 das Land aus dem Erlebnis der Libération in den politischen Alltag zurückkehrte und sich die ersten materiellen Erfolge des Produktionskampfes zeigten, entlud sich die soziale Spannung, die die Stabilisierungsstrategie hervorgerufen hatte, in einer Reihe größerer, gegen den erklärten Willen von CGT- und PCF-Führung entfesselter Streikbewegungen. Im Dezember 1945 drängte zunächst die Gewerkschaftsgruppe des Öffentlichen Dienstes auf einen Streik, der dann nach einem Warnstreik vom 12. Dezember noch einmal knapp vermieden werden konnte. Vom 24. bis 30. Januar 1946 streikten die Rotationsarbeiter, obwohl die Führung ihres „Syndicat ouvrier du Livre" zuvor mit der Verlegerseite übereingekommen war, sich einem Schiedsspruch der CGT zu unterwerfen. Vom 30. Juli bis 4. August 1946 gab es einen Streik der Postbediensteten, obwohl ihnen die kommunistisch beherrschte „Fédération Postale" nur einen zehnstündigen Warnstreik zugestanden hatte. Im September 1946 streikten schließlich die Zöllner, wiederum gegen das Votum ihrer kommunistisch beherrschten Gewerkschaftsführung. In jedem dieser Fälle suchten die kommunistischen Führungskräfte nicht nur jeden Produktionsausfall zu verhindern, sondern setzten sie sich auch als Regierungsmitglieder dafür ein, den Forderungen der

---

[31] Billoux: Bericht an das ZK 17. 8. 1944, auszugsweise veröffentlicht in: Marty (Anm. 7), S. 237. – Garden: vgl. Fauvet (Anm. 3), S. 116 f. – 10. Kongreß: Maurice Thorez, Une politique française, Renaissance – Démocratie – Unité (= Rapport für den 10. Kongreß), Paris (Editions du PCF) 1945, erneut in: Oeuvres Bd. 21, S. 9–124, hier S. 118. – Lecoeur: Lecoeur 1963 (Anm. 7), S. 216–221, Zitate S. 216 u. 220. – Charakteristisch ist auch der Augenzeugenbericht Lecoeurs über das Echo auf Thorez' Disziplin-Appelle in Waziers (vgl. Anm. 20 u. 21): „Je fus étonné de l'accueil très réservé que reçut l'appel de Thorez de la part d'un public pourtant choisi parmi les cadres du mouvement communiste des deux départements. Seuls les quatre ou cinq premiers rangs applaudissaient, puis cela allait s'amenuisant; au fond de la salle, on faisait semblant, du bout des doigts" (ebd. S. 216). Bis Ende 1946 sank die Mitgliederzahl der PCF um mehr als 100 000.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Streikenden gegenüber hart zu bleiben. Jedesmal waren es die Sozialisten, die Verständnis für die Streikforderungen zeigten; und jedesmal suchten in den Gewerkschaftsorganisationen sozialistische Kräfte den Einfluß der Kommunisten zurückzudrängen und Vertreter des traditionellen Revolutionären Syndikalismus den Bruch der Gewerkschaftseinheit mit den Kommunisten voranzutreiben[32].

Unter dem Druck der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft und der wachsenden Erbitterung über das Verhalten der Kommunisten in den Streiks erwies sich die eben erst mit dem CGT-Kongreß vom April 1946 gesicherte kommunistische Vormachtstellung in der Gewerkschaftsbewegung als instabil. Die kleine Gruppe der Anarcho-Syndikalisten trennte sich bereits im Mai 1946 von der CGT, um, anknüpfend an die selbständige CGT-SR der Zwischenkriegszeit, die Unzufriedenen in einer „Confédération Nationale du Travail" zu sammeln. Die Revolutionären Syndikalisten um Pierre Monatte und Robert Louzon begannen zur gleichen Zeit eine heftige antikommunistische Kampagne; in der „Fédération Postale" provozierten sie Ende Juli die Bildung des irregulären nationalen Streikkomitees, dessen Anhänger sich im Oktober zu einer selbständigen Gewerkschaftsorganisation konstituierten. Gegner der CGT-Führung unterschiedlichster Provenienz sammelten sich in einer neuen Oppositionsgruppe, die dann im Februar 1947 mit der Zeitschrift „Travail et Liberté" erstmals an die Öffentlichkeit trat. Zu einer generellen Spaltung, wie sie schließlich im Dezember 1947 erfolgte, kam es jetzt nur deswegen noch nicht, weil die innerhalb der nichtkommunistischen Minorität der CGT tonangebende reformistisch-syndikalistische Gruppe um Léon Jouhaux und die Zeitschrift „Force ouvrière" die Gewerkschaftseinheit noch als vorrangiges Ziel betrachtete; an Kritik der streikfeindlichen Haltung der Kommunisten und an Forderungen nach rapiden Lohnsteigerungen fehlte es jedoch auch bei den Reformisten nicht[33].

An der Basis der kommunistischen Partei mehrten sich die Zeichen, daß die Geduld der Anhängerschaft nicht mehr lange zu strapazieren war; in der Parteiführung griff der Zweifel an der Richtigkeit der augenblicklichen Taktik um sich. In Resolutionen für die Sitzung des Zentralkomitees vom 15. und 16. Juni 1946 beschuldigten Parteizellen die Führungsgremien, „eine Konzession nach der anderen zu machen", „mit der Reaktion zu kollaborieren" und „als Komplizen an antidemokratischen Gesetzen mitzuwirken". In manchen Departements zeigten die leitenden Funktionäre – in den Worten Thorez' – „viel Selbstgenügsamkeit und sahen ihre Fehler nicht mehr"; insbesondere in den Departements Charente,

---

[32] „Il ne faut point céder à une pression intolérable", erklärte Thorez im Ministerrat vom 14. 12. 1945 – sehr zum Erstaunen von de Gaulle; vgl. De Gaulle (Anm. 28), S. 278. Zu den Streikbewegungen 1945–1946 vgl. insgesamt Rieber (Anm. 4), S. 310–313, und Lefranc (Anm. 22), S. 172–177; zum Poststreik ergänzend Alain Bergounioux, La scission syndicale dans les PTT en 1946, in: Le Mouvement social, Nr. 92, Juli–September 1975, S. 3–15.

[33] Vgl. Lefranc (Anm. 22), S. 161–172; Bergounioux a. a. O. (Anm. 32), sowie ders., Les origines de la C. G. T. - F. O., Mémoire de maîtrise, Paris I, 1972.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Haute-Vienne und Lot-et-Garonne glaubte sich das Zentralkomitee genötigt, das Führungspersonal auszuwechseln. Im Politischen Büro kritisierte André Marty die Stabilisierungsstrategie als „sozialdemokratische konterrevolutionäre Position", und er forderte, sich auf die Streikbewegung zu stützen, „um die Regierung, deren Kurs immer reaktionärer wird, zum Nachgeben zu zwingen". Nach der Niederlage des sozialistisch-kommunistischen Verfassungsentwurfes und den Wahlen vom 2. Juni 1946 gewann er Anhänger für eine Rückkehr in die Opposition; nur unter erheblicher Anstrengung konnten Thorez und Duclos im Politischen Büro die Beteiligung am Kabinett durchsetzen. Thorez sah den Erfolg der Stabilisierungsstrategie ernstlich gefährdet. Vor dem Zentralkomitee beklagte er am 15. Juni 1946 „den Mangel an Festigkeit in der Anwendung der Parteilinie", „die opportunistischen oder sektiererischen Abweichungen" und „die schlichte und einfache Kapitulation vor den Attacken der Gegner"; er warnte, daß „die Diskussionsfreiheit in der Partei (. . .) nicht die Freiheit bedeutet, in die Partei Meinungen einzuführen, die ihr fremd sind", und rief zum Kampf gegen alle auf, die „noch nicht begriffen haben, daß wir eine Regierungspartei geworden sind", und die „unsere Generallinie in Zweifel ziehen". Erneut ließen sich die Führungsgremien der Partei von der entschlossenen Philippika ihres Generalsekretärs beeindrucken; es war jedoch nicht mehr zu übersehen, daß sich der Spielraum Thorez' merklich verringert hatte[34].

Im Laufe des zweiten Halbjahres 1946 wurde die Stellung der Verfechter der Stabilisierungsstrategie noch dadurch erheblich prekärer, daß die PCF nun auch innerhalb der Regierungskoalition an Einfluß verlor und sich schließlich gänzlich in die Defensive gedrängt sah[35]. Die Ablehnung des sozialistisch-kommunistischen Verfassungsentwurfs durch das Referendum vom 5. Mai 1946 hatte deutlich gemacht, daß die nationale Gloriole, die die Kommunisten seit den Tagen der Ré-

---

[34] Das exakte Ausmaß der innerparteilichen Opposition 1946 ist in Anbetracht der Einheitsfassade des „demokratischen Zentralismus" solange nicht zu ermitteln, wie die Archive der PCF-Führung der Forschung verschlossen bleiben. Die Heftigkeit der Reaktion Thorez' im Zentralkomitee vom 15./16. 6. 1946 läßt jedoch darauf schließen, daß sie tatsächlich bereits bedrohlichen Umfang angenommen hatte. – Oppositionelle Resolutionen und Disziplinierungsmaßnahmen gegen Departements-Leitungen: zit. nach Maurice Thorez, Face à la réaction, Unité ouvrière et rassemblement des forces démocratiques, Rede im Zentralkomitee 15. 6. 1946, Oeuvres Bd. 22, S. 102–135, hier S. 131–134. – Politisches Büro: zit. nach Marty (Anm. 7), S. 248; ergänzend Fauvet (Anm. 3), S. 180. – Thorez vor dem Zentralkomitee a. a. O.; ihm sekundierend denunzierte Fajon die Opponenten als Trotzkisten: „Certains trotskistes essayent et essayeront de pénétrer dans nos propres rangs, de s'y dissimuler en approuvant apparemment la politique du Parti, avec la mission d'espionner l'activité de l'organisation, d'y apporter des germes de conceptions étrangères au communisme, de s'y faire l'écho des calomnies réactionnaires contre les dirigeants du Parti, d'attiser les désaccords éventuels, de pousser les adhérents à des aventures contraires à l'intérêt de la classe ouvrière et du Parti"; Etienne Fajon, Un instrument du fascisme et de la réaction: Le Trotskisme, in: Cahier du Communisme, Mai/Juni 1946, S. 453–465, Zitat S. 464.

[35] Hierauf hat insbesondere Tiersky (Anm. 3), S. 121–127, hingewiesen.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sistance umgeben hatte, verblaßt war, und daß sich ein dezidierter Antikommunismus wahltaktisch wieder auszahlte. Ein deutlicher Kurswechsel des MRP und ein Wiedererstarken der traditionellen Rechten waren die Folge. Vor den Wahlen vom 2. Juni 1946 entwickelten MRP und SFIO eine derart heftige antikommunistische Kampagne, daß die Kommunisten nach dem Wahlerfolg des MRP – er war mit 28,2% der Stimmen zur stärksten Partei aufgerückt – fürchten mußten, von ihren beiden bisherigen Koalitionspartnern in die Opposition geschickt zu werden. Seit den Reden de Gaulles von Bayeux und Epinal im Juni 1946 rechneten sie außerdem mit der Gefahr einer bonapartistischen, wenn nicht gar faschistischen Massenbewegung, die ihnen das Monopol auf die Unzufriedenen streitig machen und die Position der Parteien insgesamt entscheidend schwächen würde. Um der doppelten Gefahr zu begegnen, waren sie im Kabinett Bidault zu nahezu jeder Konzession bereit; sie akzeptierten die Verfassungsvorstellungen ihrer Gegner, plädierten sogar für deren rasche Verabschiedung und führten im Oktober/November 1946 einen betont gemäßigten Wahlkampf, um MRP und SFIO keinen Vorwand für einen Bruch des „Tripartismus" zu liefern. Diese Zurückhaltung verschaffte der PCF zwar in den Wahlen vom 10. November 1946 das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte – 28,2% gegenüber 25,9% für den MRP –, aber keinen taktischen Gewinn: Der MRP hatte den Wahlkampf mit der Parole „Bidault sans Thorez" geführt und suchte weiter nach einer Gelegenheit, „den Tripartismus zu überwinden, um dieser Zusammenarbeit mit den Kommunisten ein Ende zu bereiten", zumindest aber, solange die Sozialisten ihnen dabei nicht folgen wollten, durch Aufnahme der wiedererstarkten Radikalen Partei und anderer Kräfte der rechten Mitte in die Koalition das Gewicht der Kommunisten zugunsten des eigenen Einflusses zurückzudrängen[36]. Die Kommunisten mußten sich unter diesen Umständen bereit finden, der Ablösung des „Tripartismus" durch ein solches Kabinett der „Nationalen Union" zuzustimmen[37]. Als sie zum Ausgleich für den Gewichtsverlust die Zuteilung des Verteidigungsressorts verlangten, schei-

[36] „Une majorité, quelle qu'elle soit, exige un pôle d'attraction. Il n'en est que deux possibles: le communisme ou nous", erläuterte Maurice Schumann die Taktik des MRP; L'Aube 11. 11. 1946. – „Bidault sans Thorez": Schumann am 20. 10. 1946, Le Monde 22. 10. 1946. – „Sortir du tripartisme": Schumann vor den Wahlen vom 10. 11. 1946 zu de Gaulle, zit. nach Elgey (Anm. 2), S. 225. – Mit dem MRP wetteiferten Radikale, Unabhängige und die prospektiven Anhänger de Gaulles um die wirkungsvollste Form des Antikommunismus.

[37] Als solches war das Kabinett Blum zunächst gedacht. Die Ministerpräsidenten-Kandidatur Thorez' muß in diesem Zusammenhang als Versuch gewertet werden, der MRP-Taktik so viel Widerstand wie möglich entgegenzusetzen und die SFIO auf ein Festhalten am „Tripartismus" zu verpflichten. In den gleichen taktischen Zusammenhang gehört Thorez' berühmt gewordenes „Times"-Interview vom 17. 11. 1946, in dem er vom „eigenen Weg" Frankreichs zum Sozialismus sprach und den „nationalen und demokratischen Charakter" des französischen Kommunismus betonte; es darf keineswegs als Ausdruck oder Beginn einer spezifischen französischen Sozialismus-Reflexion innerhalb der PCF betrachtet werden.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

terte selbst die „Nationale Union" am Widerstand des MRP; bis zur Wahl des Staatspräsidenten bildete Léon Blum ein Übergangskabinett nur aus SFIO-Ministern, und damit waren die Kommunisten zum erstenmal, wenn auch nur temporär, aus der Regierung ausgeschlossen. Nach der Wahl des Sozialisten Vincent Auriol zum Staatspräsidenten am 16. Januar 1947 – der die Kommunisten zustimmten, um einer Wahl des Volksrepublikaners Robert Schuman zuvorzukommen – forderte der MRP zunächst die Fortsetzung des Kabinetts Blum ohne die Kommunisten und setzte dann die Aufnahme von drei Radikalen, zwei Unabhängigen und zwei UDSR-Ministern in das neue Kabinett Ramadier durch; von der parlamentarischen Arithmetik her waren die Kommunisten in der Regierung fortan nicht mehr unersetzbar. Die PCF erhielt zwar dank der Vermittlung Ramadiers nun doch noch das Verteidigungsressort; doch wurde dessen Bedeutung gänzlich reduziert, indem drei zusätzlich geschaffene Ministerien für Krieg, Luftfahrt und Marine an Nichtkommunisten vergeben und die verbleibenden Funktionen der Letztverantwortung des Ministerpräsidenten übertragen wurden[38]. Allein den Sozialisten und ihrem Interesse, nicht zu Gefangenen einer Regierung der rechten Mitte zu werden, hatte es die PCF zu verdanken, daß sie noch nicht in die Opposition geschickt worden war; ihr Einfluß auf die Politik der Regierung Ramadier war gering.

Unterdessen verschärften sich im Winter 1946/47 die sozialen Spannungen und wuchsen damit die Erwartungen der PCF-Anhängerschaft an ihre Parteiführung noch zusätzlich. Nicht zuletzt durch die Mobilisierung der Arbeiterschaft durch die PCF hatte die Produktion nahezu wieder den Vorkriegsstand erreicht, während sich das Realeinkommen der Arbeiter zusehends verschlechterte. Die Industrieproduktion war, belegt man die Erträge des Jahres 1938 mit der Indexzahl 100, von 20 im dritten Quartal 1944 auf 90 Ende 1946 gestiegen, die Gesamtproduktion im gleichen Zeitraum von 41 auf 90; 1947 stieg die Industrieproduktion weiter auf 96% des Vorkriegsstandes. Die Preise waren unterdessen, wiederum bei einer Indexzahl 100 für 1938, von 398 im Juli 1945 über 577 im Juli 1946 auf 856 im Januar 1947 gestiegen, während die Löhne lediglich von 370 im Juli 1945 über 407 im Juli 1946 auf 530 im Januar 1947 angewachsen waren; die Lohn-Preis-Relation hatte sich um ein ganzes Drittel verschlechtert. Das Realeinkommen eines gelernten Arbeiters belief sich nach Berechnungen des Nationalen Instituts für Statistik und Wirtschaftsstudien im Oktober 1946 auf 60% des Vorkriegsstandes. Die Konsumgüterindustrie blieb um 15 bis 20% hinter den Zahlen der Industrieproduktion zurück. Die Nahrungsmittelproduktion erreichte 1946 nur 73% des Vorkriegsstandes; Butter, Fleisch, Kaffee und Brot wurden nach wie vor fast nur auf dem Schwarzen Markt gehandelt. Die von der Regierung Blum verfügte generelle Preissenkung um 5% war unter diesen Umständen nicht voll zu

[38] In die Gebäude des Verteidigungsministeriums in der Rue Saint-Dominique zog Kriegsminister Paul Coste-Floret ein; Verteidigungsminister François Billoux mußte mehrere Tage warten, bis man ihm ein Domizil zuwies; vgl. Elgey (Anm. 2), S. 243 f.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

realisieren; sie führte lediglich zu einer Senkung des effektiven Preisniveaus um 1,1 %; die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft blieb. „Im Augenblick", konstatierte Benoît Frachon in der Sitzung der Commission administrative der CGT vom 30. Dezember 1946, „wünscht die Gesamtheit der Arbeiter eine Gehaltserhöhung, da sie gar nicht anders kann."[39]

Der Konflikt zwischen der Stabilisierungs- und Unabhängigkeitsstrategie im Interesse der Sowjetunion und den Emanzipationshoffnungen der kommunistischen Anhängerschaft oder, wenn man so will, zwischen langfristigen Zielen der kommunistischen Weltbewegung und kurzfristigen Interessen der nationalen Arbeiterbewegung war Anfang 1947 in sein akutes Stadium getreten. Das Interesse an der französischen Unabhängigkeit erforderte eine Fortsetzung der kommunistischen Regierungsbeteiligung um beinahe jeden Preis und weitere Opfer der Arbeiterschaft; diese aber forderte eine rasche Besserung ihrer materiellen Situation, auch um den – in Anbetracht der kommunistischen Defensivposition zu erwartenden – Preis des Verlustes der kommunistischen Ministersessel. Die PCF-Führung sah sich vor das Dilemma gestellt, um des Erfolgs der Stabilisierungsstrategie willen weder auf die Teilhabe an der Regierung noch auf die Unterstützung ihrer Klientel verzichten zu können; beides drohte Anfang 1947 verlorenzugehen. „Thorez scheint sehr beunruhigt", notierte Léon Blum im Februar 1947, „er fürchtet, die allgemeinen Lohnforderungen könnten, verstärkt durch eine Generalstreiksdrohung, die Demission der Kommunisten erzwingen."[40]

III

Die Diskussion in den Entscheidungsgremien der PCF in den ersten Monaten des Jahres 1947 konzentrierte sich folglich auf die Frage, mit welchen Mitteln der Druck aus den Reihen der Anhängerschaft aufgefangen werden könne. Nachdem André Marty, diesmal unterstützt von Léon Mauvais und Laurent Casanova, während der Regierungskrise vom Dezember 1946 erneut gefordert hatte, in die Op-

[39] Produktionsziffern laut European Recovery Program: Country Studies: France, hrsg. vom State Department, Washington 1947, S. 12–18, zit. nach Seymour E. Harris, The European Recovery Program, Cambridge/Mass. 1948, S. 259 f. – Preis-Lohn-Relation nach einer Statistik von Lecoeur 1963 (Anm. 7), S. 251. – Kaufkraft-Berechnungen (relativ ungenau, da Schwarzmarkt-Bedingungen und differenzierte Zusatz-Vergütungen schwer zu ermitteln waren) nach: Institut National de la Statistique et des Etudes économiques, Etudes et Conjoncture: Union française, Nr. 5–6, Dez. 1946 – Jan. 1947, S. 314, zit. nach Val R. Lorwin, The French Labor Mouvement, Cambridge/Mass. 1954. – Erfolg der „Expérience Blum": laut Rapport für den 11. PCF-Kongreß (Anm. 19), S. 53. – Frachon: Le Peuple 2. 1. 1947. – Vgl. insgesamt auch Jacques Lehoulier, L'évolution des salaires, in: La France économique en 1947, S. 486–514. „There is at present a profound ‚malaise' in France", meldete US-Botschafter Caffery am 29. 10. 1946 an Byrnes; Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers (im folgenden: FRUS) 1946, Bd. V, Washington 1969, S. 469.

[40] Blum zu Auriol 24. 2. 1947, laut Auriol (Anm. 7), S. 97.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

position zu gehen[41], versuchte der engere Führungskreis der PCF der Oppositionsbewegung die Spitze zu nehmen, indem sie sich ein Minimum der allgemeinen Lohnerwartungen zu eigen machte. In ihrer Sitzung vom 30. Dezember 1946 beschloß die Commission administrative der CGT auf Anraten von Benoît Frachon, einen generellen Mindestlohn von 7000 Francs monatlich oder 84 000 Francs jährlich bei einer Arbeitszeit von 40 Wochenstunden zu fordern. Im Vergleich zu den Erwartungen der CGT-Mitglieder war das bescheiden genug; die Commission économique der CGT etwa hatte im November 1946 eine Summe von 103 800 Francs jährlich als Existenzminimum errechnet; und die Redner dieser Sitzung der Commission administrative forderten generell höhere Beträge[42]. Aber es mochte hinreichen, der CGT- und PCF-Führung den Geruch der Desinteressiertheit den Arbeiterinteressen gegenüber zu nehmen.

Zugleich suchte die PCF-Führung die Parteibasis erneut für die Regierungsteilnahme zu mobilisieren. In einem internen Rundschreiben, das alle Föderations-Sekretäre Ende Januar 1947 erhielten, wurde die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft durchaus angesprochen, dann aber zu einem Motiv für die Fortsetzung der Regierungskoalition umstilisiert: „Die Preissenkung ist eine Illusion (. . .), daher muß die Partei in der Regierung bleiben, um ihren Kampf zu führen." Zu ihrer Rechtfertigung verwies die Parteiführung auf „die Wichtigkeit der Ergebnisse, die die Partei in den vorherigen Regierungen für die Arbeiterklasse erzielt hat", und auf die Grundsätze des Marxismus–Leninismus, wonach „die kommunistische Partei in der Regierung vertreten sein muß, freilich unter der absoluten Bedingung, niemals das Ziel aus den Augen zu verlieren, das die kommunistische Partei erreichen soll"; folglich müßten die Verantwortlichen der Partei „diese Ergebnisse zum Nutzen der Partei ausbeuten"[43]. Erneut sollte der Glaube der Militants an

---

[41] Ermittelt von Elgey (Anm. 2), S. 259. – Léon Blum sprach am 27. 12. 1946 zu Caffery von einem „internal feud (. . .) between Thorez and Duclos on the one side, and Marty and Mauvais on the other"; FRUS 1946, Bd. V, S. 479.

[42] Vgl. die Berichte über den Sitzungsverlauf in Le Peuple (Organ der CGT) 2. 1. 1947; Kommuniqué ebda., bestätigt durch das Kommuniqué des Bureau Confédéral der CGT vom 3. 1. 1947, veröffentlicht in L'Humanité 4. 1. 1947. Ohne „minimum vital", kommentierte Humanité-Chefredakteur Georges Cogniot ebda., „on ne saurait concevoir de la classe ouvrière capable d'un nouvel et immense effort de production".

[43] Zit. nach Auriol (Anm. 7), S. 53. Auriol hatte am 4. 2. 1947 das Wortlautprotokoll einer Versammlung der PCF-Fédération von Toulouse erhalten, in der das Rundschreiben der Parteiführung verlesen und diskutiert worden war. – Der Quellenwert der in Auriols Tagebuch gesammelten und für die Erfassung der PCF-internen Diskussion Anfang 1947 wesentlichen Dokumente ist durchaus unterschiedlich: Soweit es sich um die Wiedergabe von Gesprächen und Ministerratssitzungen handelt, die Auriol selbst geführt bzw. geleitet hat, sind die Aufzeichnungen durchaus zuverlässig; Auriol hat sie mit großer Sorgfalt und Präzision stets noch am selben Tag angefertigt. Die wiedergegebenen Geheimdienstberichte der Renseignements généraux, der Surveillance du Territoire und der S. D. E. C. E. über kommunistische Verschwörungspläne etc. sind in der Regel wertlos; ohne jeden Zusammenhang mit der aus sonstigen Quellen bekannten kommunistischen Politik bezeugen sie lediglich

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die „revolutionäre Mission" der Partei dazu genutzt werden, Loyalität zur Politik der Parteiführung herzustellen und Propagandisten zur Verteidigung dieser Politik zu gewinnen.

Diese Maßnahmen reichten jedoch nicht aus, die Oppositionsbewegung zum Stillstand zu bringen; im Gegenteil deuteten im Februar 1947 eine Reihe von Unruhen auf den Beginn der befürchteten generellen Streikwelle hin. In den Betrieben der Pariser Presse legten die Belegschaftsmitglieder aller Berufssparten, schon seit Wochen zum Streik entschlossen, vom 13. Februar an die Arbeit nieder und forderten eine generelle Lohnerhöhung um 25%. Die Angestellten des Öffentlichen Dienstes begannen am gleichen Tag mit Protestdemonstrationen gegen die Verlängerung ihrer Dienstzeit von 42 auf 48 Stunden ohne proportionelle Erhöhung ihrer Bezüge; einige Dienstzweige, so die Pariser Polizei, traten in den Streik. In den nationalisierten Renault-Werken kam es vom 27. Februar an in mehreren Sektoren zu Arbeitsniederlegungen; die Arbeiter forderten in der Regel eine Erhöhung des Stundenlohns um 10 Francs. In den Mühlenwerken des Nordens, bei den Fischern der Westküste, bei den Hafenarbeitern und bei den Eisenbahnern kam es ebenfalls zu Arbeitsniederlegungen. „All das", notierte Vincent Auriol am 25. Februar in seinem Tagebuch, „schafft eine sehr unangenehme Stimmung."[44] Die PCF-Führung reagierte zunächst mit der gewohnten Eindämmungspolitik. Den Pressestreik nannte Arbeitsminister Croizat „ein konzertiertes Ma-

---

die Existenz antikommunistischer Gerüchte und den Umfang ihrer Verbreitung. Die wiedergegebenen Sitzungsprotokolle des Politischen Büros der PCF und einiger Schriftstücke der Parteiführung stammen mit großer Wahrscheinlichkeit von einem (oder mehreren) Mitglied(ern) des Zentralkomitees, obwohl ihre volle textliche Authentizität nicht gesichert ist; sie wurden für diese Darstellung nur soweit herangezogen, wie die in ihnen enthaltenen Informationen entweder aus anderen Quellen bestätigt werden oder sich zumindest mit unseren sonstigen Kenntnissen der kommunistischen Politik vereinbaren lassen. – Vgl. auch die Kommentare von Jean-Pierre Azéma, Introduction, in: Vincent Auriol, Journal du septennat 1947–1954, Bd. II 1948, Paris (A. Colin) 1974, S. VII–XXXI, hier S. IX f., und René Gallissot, L'Illusion républicaine: socialistes et communistes en 1947, in: Le Mouvement social, Nr. 92, Juli–September 1975, S. 49–74, hier S. 64–70.

[44] Auriol (Anm. 7), S. 99; vgl. AP 1947, S. 28 f.; zum Pressestreik ausführlich J. P. Finidori, La grève „mystérieuse" de la presse parisienne, in: La Révolution prolétarienne (Organ der Revolutionären Syndikalisten, vgl. oben S. 28), Nr. 1, April 1947, S. 23–29 u. 55–61; zu den Renault-Werken Pierre Bois, La grève des usines Renault, ebda. S. 73–76; sowie Philippe Fallachon, Un exemple des luttes ouvrières sous la IVe République: la Régie Renault en 1947, Mémoire de maîtrise, Nanterre 1970 (mschr.); ders., Les grèves de la Régie Renault en 1947, in: Le Mouvement social, Nr. 81, Oktober–Dezember 1972, S. 111–142. – Die Streiks wären schon früher ausgebrochen, hätten es die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre nicht verstanden, sie bislang zu unterbinden; vgl. die Zeugnisse von Finidori, ebda. S. 26: „Les ouvriers voulaient la grève, depuis longtemps. Ils la voulaient à la veille des élections législatives, de l'élection du président de la République. (...) Seuls, les secrétaires de section sont contre"; sowie Bois, ebda. S. 73: „Le mouvement de mécontentement chez Renault, qui a abouti à la grève, n'est pas d'aujourd'hui et il n'est pas non plus particulier à Renault. Chez Renault, comme partout ailleurs, la section syndicale était

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

növer gewisser Elemente gegen die republikanische Presse", dem er ein rasches Ende bereiten werde. Mit den Stimmen der kommunistischen Minister lehnte die Regierung die von der Arbeitgeberseite nach 23 Streiktagen zugestandene Lohnerhöhung um 17% ab, so daß der Streik am 16. März ergebnislos abgebrochen werden mußte. Auf den Streik im Öffentlichen Dienst reagierte der Ministerrat mit Plänen zu einer Beschränkung des Streikrechts in Bereichen wie dem Gesundheits- und Polizeiwesen; Thorez zeigte sich einverstanden, und zu den Lohnforderungen meinte er: „Die Angestellten sind nicht mehr vernünftig." In den Renault-Werken scheiterte die Ausweitung der Streikbewegung an „systematischer Sabotage der Gewerkschaftsfunktionäre und völligem Mangel an Leitung und Koordination"[45].

Die Regierungspartner der PCF waren jedoch nicht bereit, der Parteiführung als Gegenleistung für diese Unterstützung in den Arbeitskämpfen in der Kampagne für das „Minimum vital" zu helfen. Obwohl eine gemischte Kommission aus Regierungs- und Gewerkschaftsvertretern unter dem Vorsitz von Félix Gouin einen Betrag von 7800 Francs monatlich als Mindestsumme zur Existenzsicherung in der Pariser Region errechnete, setzte sich in der Ministerratssitzung vom 28. Februar Ramadier mit dem Vorschlag durch, nur für Arbeiter mit einem Bruttoentgelt unter 7000 Francs bei mehr als 40 Wochenstunden ein Zusatzentgelt zu verfügen. Das Bureau confédéral der CGT erklärte, „daß es sich mit dieser Entscheidung nicht wird zufrieden geben können"; in der Arbeiterschaft entstand, wie die Delegierten des Comité Confédéral National der CGT am 12. März berichteten, neue Unzufriedenheit[46].

Unter diesen Umständen konnten die Gegner einer Fortsetzung der Regierungsteilnahme ihre Position entscheidend stärken. Benoît Frachon, bisher ein loyaler Verfechter der Stabilisierungsstrategie, hielt nunmehr eine Verschärfung des Gewerkschaftskurses für unerläßlich; anders schien ihm die Massenbasis der CGT verlorenzugehen. Das Comité Confédéral National der CGT beschloß am 12. März, die Kampagne für das „Minimum vital" fortzusetzen und für den 25.

---

incapable d'interpréter ce mécontentement." Das Bureau confédéral der CGT bestätigte am 14. 2. 1947 „un grand mécontentement parmi les travailleurs"; Kommuniqué in Le Peuple 21. 2. 1947.

[45] Pressestreik: Croizat im Ministerrat 15. 2. 1947, Auriol (Anm. 7), S. 82, ähnlich im Politischen Büro der PCF 12. 3. 1947, ebda. S. 140. Ein Versuch der CGT-Funktionäre, den Streik zu stoppen, scheiterte an einer Urabstimmung am 5. 3. 1947; die Erbitterung über die Kommunisten entlud sich u. a. in handgreiflichen Auseinandersetzungen um den Zugang zu den Druckereiräumen der ebenfalls bestreikten Humanité; vgl. Finidori (Anm. 44). – Öffentlicher Dienst: Ministerrat vom 18. und 21. 2. 1947, Auriol (Anm. 7), S. 86 f. u. 90 f. – Renault: Bois (Anm. 44), S. 74 f.

[46] Ministerrat vom 25. u. 28. 2. 1947 laut Auriol (Anm. 7), S. 100 u. 104 f.; Bericht des CGT-Funktionärs Le Brun über die Arbeit der Gemischten Kommission auf dem Comité Confédéral National vom 12. 3. 1947, Le Peuple 15. 3. 1947; Kommuniqué des Bureau Confédéral vom 28. 2. 1947, Le Peuple 8. 3. 1947; Berichte der Delegierten in Le Peuple 15. 3. 1947.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

März Demonstrationen in allen Landesteilen vorzubereiten[47]. Im Politischen Büro der PCF forderte Frachon am gleichen Tag „politische Kundgebungen in ganz Frankreich". Die Produktionsschlacht solle gewiß fortgesetzt werden, doch müsse die Partei von nun an erzwingen, „daß diese Anstrengung nicht der Expansion der Kapitalisten zugute kommt, sondern den Löhnen der Arbeiter". Thorez und Duclos verteidigten demgegenüber die bisherige Politik: Massenaktionen, so Duclos, seien nicht wirksam und lieferten der Reaktion lediglich einen Vorwand, gegen die Kommunisten vorzugehen; es sei zu fürchten, so Thorez mit Blick auf die Ereignisse der Jahreswende, „daß die Partei auf sich selbst verwiesen wird"[48]. Gleichwohl sahen sie sich genötigt, um einem gänzlichen Positionswechsel Frachons und der CGT zuvorzukommen, nun selbst größere Festigkeit in der Verteidigung kommunistischer Interessen zu zeigen. Vom 11. März an debattierte die Nationalversammlung über die Indochinapolitik der Regierung; schon am ersten Verhandlungstag waren die Kommunisten von dem PRL-Abgeordneten Pierre André heftig attackiert worden, ohne daß die PCF-Fraktion darauf besonders reagiert hätte; am 13. jedoch, als Paul Reynaud ähnliche Attacken vorbrachte, verließen Thorez und Billoux mit der gesamten Fraktion den Saal; am 14. nahm Thorez auf seinem Abgeordnetensitz statt auf der Regierungsbank Platz; am 18. weigerte sich Billoux, sich zu Ehren der französischen Soldaten in Indochina zu erheben. In der Abstimmung über die Indochinapolitik Ramadiers enthielten sich die PCF-Abgeordneten der Stimme; lediglich die kommunistischen Minister stimmten zu[49]. Durch die Nachricht von der Proklamierung der Truman-Doktrin am 12. März zusätzlich stimuliert, hatte die traditionelle Rechte die Gelegenheit wahrgenommen, die Kommunisten zu provozieren; diese hatten den Anlaß genutzt, ihrer eigenen Basis „Härte" zu demonstrieren.

Die Thorez-Opponenten ließen sich durch diese Demonstration jedoch nicht beeindrucken. Die Truman-Rede und der Verlauf der Indochina-Debatte der Nationalversammlung hatten bei den Kommunisten generell den Eindruck hervorgerufen, eine neue antikommunistische Offensive sei in Gang gekommen; damit wuchs die Zahl derjenigen, die an der Richtigkeit der bisherigen PCF-Strategie zu zweifeln begannen; sie wuchs so stark, daß sie nunmehr ernsthaft den Versuch unternehmen konnten, den Parteikurs zu korrigieren. Selbst bisher kaum an der Entwicklung in Indochina interessiert, nahmen sie den seit Jahresende 1946 latent vorhandenen, aber bisher von Thorez bewußt heruntergespielten Konflikt über

[47] Le Peuple 15. 3. 1947. – Am 4. März erklärte Auriol im Gespräch mit Sowjetbotschafter Bogomolov: „Thorez me paraît très sage au Conseil des ministres, mais ce qui m'inquiète c'est l'attitude de Frachon, de la C. G. T."; Auriol (Anm. 7), S. 123.

[48] „L'expérience de l'an dernier confirme la nécessité pour lui de maintenir sa solidarité avec l' U. R. S. S." – die eben darin besteht, die Stabilisierungsstrategie fortzusetzen! –; Auriol (Anm. 7), S. 139–141.

[49] JO 1947, S. 797–809, 824–838, 847–855, 869–906. – „Si vous continuez ainsi", bemerkte Gouin in der Sitzung vom 18. März zu Thorez, „ça va casser!"; zit. nach Elgey (Anm. 2), S. 258.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die geeigneten Methoden zur Wahrung der französischen Souveränität in Indochina[50] zum Anlaß, einen Bruch der Regierungskoalition zu provozieren. In der Sitzung des PCF-Zentralkomitees vom 19. März 1947 setzten sie durch, daß die kommunistische Parlamentsfraktion beauftragt wurde, den anstehenden Militärkrediten für die Fortführung der Kämpfe in Vietnam ihre Zustimmung zu versagen. „Thorez", so faßte Auriol den Sitzungsbericht zusammen, „hat alle erdenklichen Anstrengungen zur Versöhnung und zur Mäßigung unternommen, doch wurde er einmal mehr von der Mehrheit der Basis geschlagen, mit 47 Stimmen. Die Entscheidung Fajons, Martys und Gresas resultiert nicht aus den Meinungsverschiedenheiten über Indochina, sondern aus dem Willen, zur traditionellen Parteilinie zurückzukehren. Thorez wird beschuldigt, dem Opportunismus zu verfallen, sich von den anderen Parteien zum Narren halten zu lassen und die Reinheit der Parteidoktrin zu opfern."[51] Im eilends zusammengerufenen Ministerrat suchte Thorez am 20. März die Tragweite dieser Entscheidung zu minimalisieren, indem er um Verständnis für seine innerparteilichen Schwierigkeiten warb: „Seine Partei und er sind bisher dem Regierungsprogramm treu geblieben, wie es bei der Investitur des Ministerpräsidenten festgelegt worden war. Es war für sie oft schwierig, dies zu tun, insbesondere im Bereich der Lohn- und Preispolitik, und er ist sehr empfindlich für den Vorwurf mancher Militants, die ihm sagen, man dürfe nicht zweierlei Politik treiben, eine im Lande und die andere in der Regierung. (. . .) Er glaubt nicht, daß man es wegen dieser Indochinafrage zu einer Regierungskrise kommen lassen dürfe." Die Krise war jedoch nicht mehr zu vermeiden: Ramadier, schon nach der kommunistischen Stimmenthaltung vom 18. März nur mit Mühe von Blum und Auriol von der Demission abgehalten, wurde vom Ministerrat beauftragt, in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage zu stellen. „Wenn Sie sich in dieser Frage enthalten", beschwor Ramadier

---

[50] Vgl. oben S. 22 f. – Noch vierzehn Tage zuvor hatten die kommunistischen Abgeordneten im Finanzausschuß den Militärkrediten für Indochina zugestimmt. Es war allerdings nicht, wie Elgey (Anm. 2), S. 259 f., meint, die Truman-Rede, die den Wandel der kommunistischen Haltung bewirkte, sondern ein anderes Ereignis vom 12. März: der Positionswechsel Frachons.

[51] Auriol (Anm. 7), S. 164. Auriol erhielt die Auskünfte aus dem Zentralkomitee am 22. 3., vermerkte aber irrtümlich „la séance d'hier". In der Substanz gleichlautend Thorez im Gespräch mit Ramadier 21. 3. 1947: „Thorez lui dit avoir tout tenté pour la conciliation; mais il se heurte dans son parti à une forte minorité d'intransigeants qui l'accusent de glisser dans l'opportunisme et d'altérer la pureté doctrinale du parti"; Auriol, ebda. S. 163 f.; Germain Vidal, Direktor der Renseignements généraux zu Auriol 19. 3. 1947: „Il pense que les communistes vont quitter le gouvernement", Auriol, ebda. S. 155; zeitgenössische Pressemeldungen, insbesondere Time 31. 3. 1947, S. 11 f. und New York Herald Tribune 31. 3. 1947 (die Diskussion allerdings grob verzerrt wiedergebend als Konfrontation von „Revolutionären" und „Republikanern"). Vgl. auch die Resolution des Zentralkomitees in L'Humanité 20. 3. 1947. – Fragwürdig bleibt die von Auriol und Time wiedergegebene Nachricht über eine Abstimmungsniederlage Thorez'; formelle Abstimmungen fanden in der Regel im Zentralkomitee nicht statt.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die kommunistischen Abgeordneten, „dann wissen Sie trotz aller parlamentarischen Kunstgriffe und subalternen Tricks sehr wohl, bis wohin das führen kann. Wird es mit dem Ende der Republik enden? Oder gar mit dem Ende Frankreichs?"[52]

In letzter Minute gelang es Thorez noch einmal, ein Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung zu verhindern. Das Politische Büro der PCF wurde wenige Stunden vor der Abstimmung über die Vertrauensfrage in der Nationalversammlung am 22. März zu einer Sondersitzung zusammengerufen. Die Politbüromitglieder bestätigten den Beschluß des Zentralkomitees zur Stimmenthaltung der kommunistischen Fraktion, entschieden aber gleichzeitig, daß die kommunistischen Minister Ramadier zustimmen sollten. „Da das von der Parlamentsfraktion abzugebende Votum in keiner Weise die übrigen Aspekte der allgemeinen Regierungspolitik in Zweifel ziehen kann, entscheidet das Politische Büro, daß für die kommunistischen Minister keinerlei Anlaß besteht, die ministerielle Solidarität zu brechen." In der Nationalversammlung nannte Duclos das entscheidende Argument, mit dem Thorez sich durchgesetzt hatte: „Gegenwärtig ist es äußerst schwierig, Frankreich ohne eine Koalitionsregierung zu regieren; unser Außenminister verteidigt die Sache Frankreichs in Moskau."[53] Bidaults Versuch, auf der Moskauer Außenministerratstagung die Forderungen der französischen Deutschlandpolitik durchzusetzen, war ein wichtiger Teil des Kampfes um die Unabhängigkeit Frankreichs; es konnte nicht im Interesse der Sowjetführung liegen, die Unabhängigkeits- und Stabilisierungsstrategie just in dem Moment zu stören, da ihre Chancen auf internationaler Ebene zur Klärung anstanden. Gegen ein offensichtliches Interesse der sowjetischen Führungsmacht aber wagten selbst die entschiedensten Thorez-Gegner nicht zu handeln.

Thorez hatte also noch einmal die Unzufriedenheit in der Partei mit der Berufung auf die Autorität Moskaus ausgleichen können. Die Partei kehrte, oberflächlich betrachtet, wieder zu ihrem bisherigen Kurs zurück. Die Humanité suchte demonstrativ Thorez' Position in den eigenen Reihen neu zu festigen: „Wie die unzähligen Entschließungen bezeugen, die aus ganz Frankreich eintreffen, bekunden die Kommunisten mehr denn je ihr einhelliges herzliches Vertrauen in den Generalsekretär der großen Partei der Arbeiterklasse."[54] Die CGT-Kundgebungen vom 25. März verliefen ohne merklichen Affront gegen die Regierungspolitik und

---

[52] Thorez im Ministerrat: Auriol ebda., S. 157–159. – Ramadier in der Nationalversammlung: JO 21. 3. 1947.

[53] Kommuniqué des Politischen Büros vom 22. 3. 1947 in L'Humanité 23./24. 3. 1947; Duclos in der Nationalversammlung in JO 23. 3. 1947; vgl. auch Time 31. 3. 1947.

[54] „Durant toutes ces graves journées, avec sa clairvoyance et sa perspicacité habituelle d'homme d'Etat et de dirigeant aimé du plus grand Parti de France notre camarade Maurice Thorez a su guider notre Parti dans la seule voie conforme aux intérêts bien compris de la France et de l'Union Française", so L'Humanité 23./24. 3. 1947. – Das Politische Büro bekräftigte am 27. 3.: „La multitude de télégrammes, lettres et résolutions adressés à Maurice Thorez témoignent de l'accord complet des membres du Parti et des larges mas-

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ohne Insistieren auf dem „Minimum vital"; der Protest der Kommunisten gegen die Arretierung madegassischer Abgeordneter, die im Verdacht standen, für die madegassische Revolte vom 29. März mitverantwortlich zu sein, hielt die kommunistischen Minister nicht davon ab, den Ministerrat die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten beantragen zu lassen; nach de Gaulles Reden von Bruneval und Straßburg vom 30. März und 7. April, in denen der General die Gründung des „Rassemblement du Peuple Français" ankündigte, riefen SFIO, MRP und PCF in wiederentdeckter Gemeinsamkeit zur Verteidigung der republikanischen Institutionen und demokratischen Freiheiten auf[55]. Doch war die Ursache des Konflikts innerhalb der PCF-Führung nicht beseitigt; neue Entwicklungen konnten die Thorez-Gegner jederzeit wieder auf den Plan rufen.

Zwei Ereignisse machten der kommunistischen Parteiführung Ende April 1947 erneut und eindringlicher als bisher bewußt, in welch prekärer Lage sie sich befand: Zunächst mußten die Kommunisten bei den Wahlen zu den Verwaltungsräten der Sozialversicherungen am 24. April eine deutliche Niederlage hinnehmen. Gewiß konnten die Vertreter der CGT 59,3% der Stimmen auf sich vereinigen, während die christliche Gewerkschaft CFTC nur 26,3% und übrige Gruppen 14,4% erhielten; doch blieb dieses Ergebnis weit unter der nominalen Stärke der CGT. Offiziell allein 6 000 000 Mitglieder zählend, erhielt sie nur 3 280 000 Stimmen, während die CFTC mit offiziell 800 000 Mitgliedern 1 458 000 Stimmen gewinnen konnte. Auf 100 Mitglieder kamen also bei der CGT ganze 55 Stimmen, bei der CFTC dagegen 182. Prominente kommunistische Funktionäre mußten persönliche Niederlagen einstecken; so wurde in Paris Henri Ranaud, Generalsekretär der CGT, erst an 21. und damit letzter Stelle gewählt; Eugène Hénaff, Sekretär der Union des Syndicats und Anti-Streik-Spezialist der Partei, an vorletzter Stelle, obwohl er an dritter Stelle plaziert war; Alfred Costes, PCF-Abgeordneter und Sekretär der mächtigen Fédération des Métaux, überhaupt nicht[56]. Die Abwendung der Arbeiterschaft von der „Partei der Arbeiterklasse" war mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen.

Dann begann am 25. April die Streikbewegung in den Renault-Werken von neuem, ohne daß die Kommunisten nochmals wie im Februar in der Lage waren, sie zu unterdrücken. Zwei Sektionen, 1500 von insgesamt 30 000 Arbeitern, streikten vom Morgen des 25. an; sie forderten, von einem Streikkomitee unter der Leitung des Revolutionären Syndikalisten[57] Pierre Bois von der Gruppe „Union communiste" animiert, eine Erhöhung des Stundenlohns um 10 Francs.

---

ses avec la politique du Parti"; L'Humanité 28. 3. 1947. Es braucht sicher kaum eigens betont zu werden, daß diese Solidaritätsbekundungen des Parteiapparats genau das Gegenteil bezeugen.

[55] Vgl. AP 1947, S. 59–65; zu den Kundgebungen vom 25. 3. L'Humanité 26. 3. 1947; zur kommunistischen Reaktion auf de Gaulle L'Humanité 1. u. 10. 4. 1947.

[56] Ergebnisse der Sozialwahlen in AP 1947, S. 76 f.; zur Analyse vgl. Rémy Roure, Après les élections sociales, Le Monde 30. 4. 1947, sowie Lorwin (Anm. 39), S. 116.

[57] Nicht, wie in der zeitgenössischen Presse zu lesen war, Trotzkisten.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die CGT-Funktionäre suchten die Streikenden zu behindern, Hénaff denunzierte sie als „hitlerisch-trotzkistische Provokateure im Dienste de Gaulles", die Humanité verschwieg den Streik zunächst und berichtete dann am 27. in einer Randnotiz über „ein Manöver gegen die CGT und gegen die Nationalisierungen", die CGT forderte am 29. die Arbeiter auf, nach einem Warnstreik von einer Stunde die Arbeit wieder aufzunehmen – vergeblich. Unterstützt von den Parteiorganen der SFIO und des MRP[58] traten bis zum 29. April über 20 000 Arbeiter in den Streik; 80% der Arbeiter sprachen sich in geheimer Abstimmung für seine Fortsetzung aus, und in anderen Bereichen der Metallindustrie zeigten sich Tendenzen, sich dem Streik anzuschließen. Die Metallarbeiter, im Selbstverständnis der Partei der Typus der Avantgarde des Proletariats schlechthin und in der großen Streikbewegung des Volksfrontjahres 1936 der Kern jener Massen, auf die sich die PCF hatte stützen können[59], drohten einen neuen Juni 1936 zu entfesseln, diesmal allerdings nicht mit der kommunistischen Partei, sondern nach mehr als zwei Jahren wachsenden Verdrusses gegen sie[60].

Die Diskussion um die Fortsetzung der Regierungsbeteiligung begann also erneut; von der existentiellen Betroffenheit vieler Kommunistenführer geprägt, wurde sie nun entschiedener geführt als noch im März und bis in die departementalen Partei-Föderationen hineingetragen. Die PCF habe keinen Einfluß auf die Politik der Regierung mehr, so klagten André Marty, Léon Mauvais, Charles Tillon, Benoît Frachon und andere in der entscheidenden Sitzung des Politischen Büros in der Nacht vom 29. zum 30. April; Bidaults Verhalten auf der Moskauer Konferenz, die Fortführung der Kämpfe in Vietnam, die Demagogie, mit der SFIO und MRP die Streikbewegung bei Renault unterstützt hätten, bezeugten von Tag zu Tag mehr, daß die PCF nicht mehr respektiert werde. Folglich „muß

---

[58] Vgl. L'Aube 27./28. 4. 1947; Le Populaire 26., 29. u. 30. 4. 1947. – Léon Blum, von den Kommunisten wegen des Bruchs der Preisstopp-Politik Ramadiers durch das Organ der SFIO angegriffen, sah sich genötigt, nachträglich den „Irrtum" der Sozialisten einzugestehen: Léon Blum, D'une grève et de ses conséquences, Le Populaire 3. 5. 1947; vgl. auch Auriol (Anm. 7), S. 211.

[59] Vgl. Kriegel 1970 (Anm. 9), S. 43 f., sowie Bertrand Badie, Les grèves du Front populaire aux usines Renault, in: Le Mouvement social, Nr. 81, Oktober–Dezember 1972, S. 69–109.

[60] Zum Streikverlauf vgl. neben L'Humanité 27./28. 4. 1947 die Berichte in Le Monde 27./28. 4., 30. 4. u. 1./2. 5. 1947 sowie insbesondere das Zeugnis von Bois (Anm. 44), erneut ders., La grève de Renault d'avril–mai 1947, Paris 1971; schließlich die Darstellungen von Falladon (Anm. 44). Die Zahl der Streikenden beschränkte sich nicht, wie AP 1947, S. 66, vermerkt, auf 10 000. – Daß der Streik einer generellen Stimmung in der Bevölkerung entsprach, zeigt eine von Fallachon vorgenommene systematische Analyse der zeitgenössischen Presse: Bis auf die kommunistischen Organe berichteten die Zeitungen durchweg sehr ausführlich und wohlwollend-neutral bis positiv-zustimmend über die Ereignisse bei Renault. Der Renault-Streik war also keineswegs bloßer, um des populären Effekts willen frei gewählter Anlaß für den Bruch der Regierungskoalition (so insbesondere Rieber [Anm. 4], S. 351–354, und Fauvet [Anm. 3], S. 196), sondern signifikanter Ausdruck der Krise, in die die Partei geraten war; er deutet direkt auf das Motiv für den Kurswechsel hin.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die kommunistische Partei wenigstens vorläufig auf Oppositionskurs gehen, um die bürgerlichen Parteien und die SFIO dazu zu bringen, wieder stärker mit der kommunistischen Partei zu rechnen und ihre Politik nicht weiter in einem der von den UdSSR verteidigten kommunistischen Weltbewegung so abträglichen Sinne zu orientieren". Die Stabilisierungsstrategie sollte also nicht grundsätzlich aufgegeben, sondern nur im Interesse der Selbsterhaltung der PCF modifiziert werden: Die PCF sollte sich die Forderungen der Arbeiterschaft wenigstens in Teilen zu eigen machen, um dem drohenden Verlust ihrer Massenbasis zu entgehen; in solidarischer Front mit den Streikenden würde man zugleich den Koalitionspartnern SFIO und MRP deutlich machen können, daß es nicht möglich sei, das Land ohne die Kommunisten zu regieren. Die Befürworter dieser Strategie-Modifikation hofften, die SFIO – sei es durch den Druck ihrer an der „Einheit der Arbeiterklasse" festhaltenden Anhänger, sei es infolge des Interesses der Parteiführung, nicht an den linken Rand einer Zentrumskoalition gedrängt zu werden – dazu zwingen zu können, der PCF in einem neuen Kabinett mehr Einfluß zu verschaffen. Um den MRP von der befürchteten Zuwendung zu de Gaulle abzuhalten, wollten sie Bidault erneut die Ministerpräsidentschaft antragen; dafür sollte die PCF jetzt tatsächlich und nicht nur, wie im Januar, zum Schein eines der „großen" Ministerien erhalten[61]. Vergeblich warnte Duclos erneut vor der Stärke der Gegner einer kommunistischen Regierungsbeteiligung in den anderen Parteien und vor einer von den USA ausgehenden neuen antikommunistischen Welle. Das Argument, mit dem Thorez am 22. März noch einmal die Situation gerettet hatte, galt nicht mehr: Auf der Moskauer Außenministerratstagung hatte die Sowjetführung selbst inzwischen die französischen Deutschland-Forderungen desavouiert; Thorez konnte folglich nicht mehr die Autorität Moskaus zum Beweis der Richtigkeit seines Kurses anführen. Hatte er noch im März die Stabilisierungsstrategie mit Vehemenz verteidigt, so schwieg er nun. Unter dem Eindruck der Resignation des Generalsekretärs entschied das Politische Büro mehrheitlich, mit der CGT eine Erhöhung der Produktionsprämie in der gesamten Metallindustrie um 10 Francs zu fordern. Am Morgen des 30. April wurde der Kabinettsrat von der Forderung unterrichtet; die Union Syndicale de la Métallurgie der CGT erhob sie öffentlich; ein Kommuniqué des Politischen Büros kritisierte die „Weigerung"

[61] Bericht über die Sitzung des Politischen Büros vom 29. 4. 1947 und entsprechende Diskussionen in den Föderationen bei Auriol (Anm. 7), S. 212–214, unter dem Datum vom 3. 5. 1947; in der ursprünglichen Redaktion des Tagebuchs am 1. 5., nach der Sitzung des Ministerrats. – In der Sitzung des Politischen Büros nach der Entlassung der PCF-Minister bestätigte Léon Mauvais noch einmal die ursprüngliche Absicht der Thorez-Opponenten, ihr Scheitern zugleich verleugnend: „Il a (...) retracé les difficultés des ministres communistes au sujet du programme de la reconstruction, du ravitaillement et des salaires. C'est pourquoi que les ministres ont préféré passer à l'opposition, suivant ainsi les directives du comité central. (...) On constate que les manoeuvres socialistes ont été bien menées et que le retour de l'opposition permettra de les contrer." – Bericht an Auriol am 9. 5. 1947, Auriol, ebda. S. 219 f. Vgl. auch Time 12. 5. 1947.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Regierung, „die Löhne gerecht aufzubessern". Damit war die Solidarität der PCF zur Lohnstopp-Politik der Regierung Ramadier gebrochen, die Regierungskrise nicht mehr zu vermeiden. „Ich kann nichts mehr tun", gestand Thorez nach der Ministerratssitzung vom 1. Mai sichtlich bewegt Auriol, „ich habe alles getan, was ich konnte, jetzt bin ich mit meinem Latein am Ende. Ich weiß, daß das sehr schwerwiegend ist, was wir tun, aber ich sage Ihnen nochmals, ich bin mit meinem Latein am Ende."[62]

Die Entscheidung des Politischen Büros bedeutete keinen Kurswechsel der PCF; außenpolitische Erwägungen, eine Veränderung der sowjetischen Interessenlage etwa, waren für sie nicht determinierend. Gewiß fürchteten die französischen Kommunisten, der von Léon Blum während seiner kurzen Ministerpräsidentschaft vorbereitete Dünkirchener Vertrag zwischen Frankreich und Großbritannien könne sich zum Kristallisationspunkt des von ihnen bekämpften „Westblocks" entwikkeln[63], sahen sie in Trumans Aufruf zur Verteidigung der „freien Welt" vom 12. März 1947 den Beginn einer gegen ihre Präsenz in der Regierung gerichteten diplomatischen Offensive und kritisierten sie das von Bidault am Rande der Moskauer Außenministerratstagung mit den USA und Großbritannien vereinbarte Kohlelieferungsabkommen aus der westdeutschen Produktion als Verrat an der französischen Deutschlandpolitik zugunsten einer einseitigen Bindung an die

[62] Charles Tillon hingegen verkündete in der Ministerratssitzung selbst triumphierend: „Depuis trois mois, je suis en désaccord total avec le gouvernement", während Duclos später vor der Kominform-Gründungskonferenz eingestand: „Il n'était pas possible de faire autrement sous peine de perdre la confiance des ouvriers." – Entscheidung im Politischen Büro: Auriol, ebda. (Anm. 61); Kommuniqué in L'Humanité 2. 5. 1947; Forderungen der Union des métaux in L'Humanité 3. 5. 1947; Ministerrat vom 1. 5. 1947 bei Auriol, ebda. S. 205–210, Depreux (Anm. 7), S. 279–281 („Thorez [...] a senti un très fort courant, dont Tillon était probablement un des représentants, hostile à l'expérience en cours"); Thorez zu Auriol: Auriol, S. 210 („A ce moment j'ai vu des larmes dans ses yeux"); Tillon laut Le Monde 4./5. 5. 1947, ähnlich Auriol, S. 209 f.; Duclos laut Reale (Anm. 14), S. 84. – Insgesamt sind die Auseinandersetzungen in der PCF-Führung also durch fünf Quellenbereiche belegt: die Berichte aus den PCF-Führungsorganen, die Sitzungen des Ministerrats und zugehörigen Gespräche Thorez' mit Ramadier und Auriol, die offizielle kommunistische Presse (insbes. bei Anm. 54 u. 66), Augenzeugenberichte und schließlich Nachrichten in der übrigen zeitgenössischen Presse (insbes. bei Anm. 51, 61 u. 66), von denen zumindest die drei erstgenannten unabhängig voneinander sind. Aus Behauptungen, Thorez habe die Kraftprobe mit den Koalitionspartnern bewußt herbeigeführt (so insbesondere Elgey [Anm. 2], S. 258 f. u. 281 f.) oder bewußt Gerüchte über tatsächlich nicht vorhandene Meinungsverschiedenheiten in der Parteiführung verbreitet, um sich eine Rückkehr in die Regierung zu erleichtern (so Robrieux [Anm. 4], S. 345), spricht deutlich die These von der monolithischen PCF-Führung; sie halten jedoch einer genaueren Nachprüfung nicht stand.

[63] Sie hatten daher mit der (schon von de Gaulle erhobenen) Forderung, zunächst müsse die britische Regierung die französischen Deutschlandvorstellungen akzeptieren, versucht, den Vertragsabschluß hinauszuzögern; vgl. Thorez' Stellungnahme im Ministerrat vom 4. 3. 1947, Auriol (Anm. 7), S. 118 f., sowie Duclos' Interpretation im Politischen Büro 8. 3. 1947, ebda. S. 134; zur Entstehungsgeschichte des Dünkircher Vertrages generell Loth (Anm. 27), S. 118–127.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Westmächte[64]. Dadurch, daß die Gefahr einer Westorientierung Frankreichs und einer Ausweitung des amerikanischen Einflusses in Westeuropa zunahm, wurde die Unabhängigkeits- und Stabilisierungsstrategie der PCF jedoch nicht obsolet, im Gegenteil: nur wenn die PCF ihren Einfluß auf die Regierungspolitik behielt und noch verstärkte, konnte sie das tatsächliche Zustandekommen des Westblocks verhindern helfen. Die Verschlechterung der außenpolitischen Situation erwies sich damit als ambivalentes Argument: Es konnte sowohl den Befürwortern der Regierungskrise als zusätzliche Begründung für den Versuch dienen, die Position der PCF zu stärken, als auch den Verteidigern der bisherigen Linie zur Betonung des mit diesem Versuch verbundenen Risikos. Im Festhalten am Ziel der Stabilisierungsstrategie waren sich die Vertreter beider Taktiken gleich.

Durch die taktische Modifikation der Stabilisierungsstrategie konnte der Widerspruch zwischen dem Emanzipationsanspruch der PCF im nationalen Rahmen und ihrer Funktion in der internationalen Politik zwar gemildert, aber nicht aufgehoben werden. Die Forderung der CGT nach Erhöhung der Produktionsprämie um 10 Francs galt der Steigerung der Produktion mindestens ebenso wie der Zufriedenstellung der streikenden Arbeiter; diese empfanden durchaus den Gegensatz zu ihrer eigenen ursprünglichen Forderung nach Erhöhung des Stundenlohns um den gleichen Betrag; als die Union Syndicale am 2. Mai die Renault-Arbeiter aufforderte, den Streik zu beenden und die Durchsetzung der Ansprüche der Gewerkschaft zu überlassen, mußte sie in einer Urabstimmung eine erneute Niederlage hinnehmen[65]. Thorez und Duclos versuchten sogar noch nachdem Ramadier am 2. Mai in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage gestellt hatte, die Partei zum Votum für den Ministerpräsidenten zu bewegen, um dem Konflikt die Schärfe und das Risiko einer tatsächlichen Regierungskrise zu nehmen; die Humanité schrieb am 4. Mai, „daß ein Übereinkommen nicht gänzlich ausgeschlossen ist"; und selbst nach dem Scheitern dieser letzten Gegeninitiative zögerte Gesundheitsminister Georges Marrane, der als Nicht-Mitglied der Nationalversammlung nicht gegen Ramadier stimmen konnte und darum auch von Ramadier nicht entlassen wurde, sichtlich, bevor er auf Geheiß der Parteiführung seine Demission einreichte[66]. So eindeutig die PCF-Führung die Regierungskrise provoziert hatte, so deutlich war ihr Wille, an der Regierungsbeteiligung letztlich festzuhalten, so groß

---

[64] Truman-Rede: Thorez im Ministerrat 18. 3. 1947; Auriol (Anm. 7), S. 148 f.; Marcel Cachin, L'anticommunisme aux Etats-Unis, L'Humanité 2. 4. 1947; ders., Démocratie et „initiatives stratégiques", L'Humanité 10. 4. 1947. – Kohleabkommen: Thorez im Kabinettsrat vom 23. 4. 1947, laut Elgey (Anm. 2), S. 276; Pierre Courtade, La France dupe du „bloc occidental", L'Humanité 22. 4. 1947; ders., En silence . . ., L'Humanité 26. 4. 1947.

[65] Die auf der PCF-Propaganda („Le Parti Communiste appuie sans réserve les légitimes revendications des syndicats confédérés", L'Humanité 2. 5. 1947) beruhende unpräzise Darstellung in der bisherigen Literatur (etwa Elgey S. 281), die Partei habe sich die Forderungen der Streikenden zu eigen gemacht, übergeht dieses zur Interpretation des kommunistischen Verhaltens wichtige Detail.

[66] Thorez und Duclos: laut Auriol (Anm. 7), S. 215; Le Monde 4./5. 5. 1947; La Croix 3. 5.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war indessen auch die Gefahr, daß sie die Kraftprobe mit ihren Koalitionspartnern verlieren würde.

IV

Von der Reaktion der Koalitionspartner auf die Provokation durch die PCF hing es nun ab, ob die Skeptiker oder die Befürworter der Kurskorrektur in der kommunistischen Parteiführung recht behalten würden. Was den MRP betraf, so hatte man sich dort nach den vergeblichen Versuchen vom Winter 1946/47, die SFIO zu einem Bruch mit ihrer kommunistischen Bruderpartei zu bewegen, mit dem Verbleib der Kommunisten in der Regierung abgefunden. Auf ihrem dritten Nationalkongreß, der vom 13. bis 16. März 1947 in Paris tagte und der progressiven, sozialreformerischen Programmatik der Partei zum entscheidenden Durchbruch verhalf, hatten sich die MRP-Delegierten für eine Regierung ausgesprochen, an der „alle aus dem Volk hervorgegangenen Kräfte beteiligt sind"[67]. Die Kommunisten sollten nicht mehr eliminiert, sondern, wie schon im vergangenen Dezember und Januar mit einigem Erfolg versucht, durch Hinzuziehung zusätzlicher Koalitionspartner zum „Tripartisme" mehr und mehr geschwächt und schließlich neutralisiert werden. In der Ministerratssitzung vom 20. März 1947, als die Kommunisten gegen die Indochina-Kredite zu stimmen drohten, appellierte Justizminister Pierre-Henri Teitgen im Namen seiner Partei an die nationale Verantwortung der PCF: „Die Beteiligung der Kommunisten an der Regierung ist eine der Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Landes."[68]

Daß die MRP-Minister in der durch den Renault-Streik ausgelösten Regierungskrise dann doch wieder auf den Ausschluß der Kommunisten drängten, war Georges Bidault zu verdanken. Für den französischen Außenminister war das Verhalten der sowjetischen Delegation auf der Moskauer Außenministerratstagung ein Schlüsselerlebnis: „C'est fini, c'est fini", wurde er nicht müde, nach seiner Rückkehr aus Moskau am 29. April überall zu verkünden. „Mit den Russen ist jede Übereinkunft unmöglich. Es gibt keine Allianz und keine Union der drei Großen mehr, keine Möglichkeit der Verständigung mit den Kommunisten. Eine neue Ära beginnt, und man muß daraus alle Konsequenzen ziehen." Gescheitert war seiner Überzeugung nach das französische Bemühen, zwischen den beiden Weltmächten zu vermitteln, nötig daher die Beendigung der Zusammenarbeit mit

---

1947; L'Humanité 4. 5. 1947 – Marrane: laut Depreux (Anm. 7), S. 292 f. – Um die Niederlage Thorez' auszugleichen, wies die Humanité am 2. 5. 1947 wieder demonstrativ auf „confiance et affection" hin, die das Volk von Paris dem Generalsekretär bei den Mai-Feiern deutlich bekundet habe.

[67] L'Aube 17.–18. 3. 1947; vgl. auch die entsprechenden Debatten 3e Congrès national, Paris, 13–16 mars 1947, Compte rendu sténographique des Congrès nationaux; Reproduction de documents aux archives du M. R. P., Fondation nationale des sciences politiques Microfilm 53.

[68] Auriol (Anm. 7), S. 159.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Kommunisten im nationalen und mit der Sowjetunion im internationalen Rahmen. Nach Bekanntwerden der Entscheidung des Politischen Büros der PCF vom 30. April drängte er Ramadier sogleich zur Entlassung der kommunistischen Minister: „Es ist gerade noch Zeit, daß sie keinen Gewaltstreich wagen können." Freilich war nicht die gesamte MRP-Führung bereit, die apokalyptische Vision des Außenministers zu teilen. Francisque Gay etwa ging so weit, Ramadier zu bitten, auf Bidaults Antikommunismus mäßigend einzuwirken. Für die MRP-Mehrheit behielt das Interesse am Erhalt des sozialistischen Koalitionspartners Priorität vor der Entfernung der Kommunisten; damit blieb die Entscheidung über den Ausgang der Krise der SFIO überlassen[69].

Die Sozialisten waren prinzipiell an einer Fortsetzung des Regierungsbündnisses interessiert. Von ihnen, nicht von den Kommunisten waren 1943 und 1944 die Initiativen für ein Aktionsbündnis mit der Perspektive möglicher Wiedervereinigung der Parteien der Arbeiterklasse ausgegangen. Léon Blum, der die Hoffnung auf eine Rückkehr der Kommunisten in das „alte Haus" des französischen Sozialismus seit der Spaltung von 1920 behalten hatte, hatte in seinen Résistance-Schriften von der Notwendigkeit gesprochen, die Kommunisten in die nationale Verantwortlichkeit zu integrieren und an der Macht teilhaben zu lassen, sich zugleich freilich gegen eine Umklammerung durch die Bruderpartei zu sichern. Das kommunistische Engagement im nationalen Widerstandskampf hatte in den Reihen der Sozialisten Hoffnung auf ein Ende der Moskauhörigkeit der PCF und Begeisterung für das vermeintlich gleiche revolutionäre Ziel geweckt. Angesichts des kommunistischen Bemühens um Einflußausweitung und definitiven Anteil an der Macht in allen Bereichen war dieser Optimismus seit dem Frühjahr 1945 zwar einer skeptischen Distanz gewichen, die nun die bislang auf strikte Selbständigkeit bedachten Kommunisten zu einer propagandistischen Ausschlachtung des Unionsgedankens zu ihren Gunsten genutzt hatten; doch blieb das Interesse, in der Regierungskoalition das Gewicht des MRP durch die PCF auszugleichen. Innerparteilich war es für die SFIO wichtig, nicht an den linken Rand einer Mitte-Rechts-Koalition gedrängt zu werden und dadurch notwendigerweise die Unzufriedenheit der Parteibasis mit der Regierungspolitik zu vergrößern, innenpolitisch war es wichtig, im Konkurrenzkampf mit den Kommunisten um die Arbeiterschichten zu bestehen, eine Rückkehr zum traditionellen Liberalismus in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu verhindern und den Einsatz der Kommunisten für den nationalen Wiederaufbau zu erhalten, außenpolitisch galt es, die Sowjetunion von der grundsätzlichen Kooperationsbereitschaft der sozialistischen Kräfte zu überzeugen und damit den sowjetischen Widerstand gegen regionale Föderierung in Europa zu brechen[70].

---

[69] Zeugnisse für den Kurswechsel Bidaults bei Elgey (Anm. 2), S. 282, und Auriol, S. 205; beide Bidault-Zitate nach Elgey; Gay laut Auriol, ebda.

[70] Vgl. zur Haltung Blums seine Noten vom 5. 5. 1942, 15. 8. 1942, November 1942 (an de Gaulle) und 21. 12. 1942 in: L'Oeuvre de Léon Blum, Bd. V, Paris (A. Michel) 1955,

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als der MRP im Dezember 1946 nach der „Bidault-sans-Thorez"-Kampagne Bidault als Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten präsentierte, verpflichtete der Nationalrat der SFIO die sozialistische Parlamentsfraktion mit 2242 gegen 2125 Mandaten folgerichtig, sich nicht an einer Koalition zu beteiligen, an der nicht auch die Kommunisten beteiligt waren; die Minorität des Nationalrats verlangte sogar einen Rückzug der SFIO aus der Regierungsverantwortung überhaupt; die SFIO-Parlamentarier enthielten sich daraufhin der Stimme, und Bidaults Kandidatur scheiterte[71]. Frühzeitig registrierten die SFIO-Führungskräfte die zunehmenden innerparteilichen Schwierigkeiten der PCF; die Perspektive auf eine Demission der Kommunisten erfüllte sie mit Sorge. Um die Fortführung der bisherigen Koalitionsformel besorgt, riet Léon Blum Ministerpräsident Ramadier schon im Februar 1947, im Falle einer von der parteiinternen Opposition erzwungenen Demission der Kommunisten auf ihre baldige Rückkehr in die Regierung hinzuarbeiten: er solle „einfach nur den Staatsministern die Ressorts der Kommunisten zusätzlich übertragen und erläutern: ‚Wir hoffen, daß Ihre Abwesenheit von kurzer Dauer sein wird; Ihr Platz bleibt frei, wir brechen nicht mit Ihnen, und wir ersetzen Sie nicht.'" In der Krise um das Militärbudget für Indochina beauftragte der SFIO-Nationalrat am 20. März 1947 Direktionskomitee und Parlamentsfraktion in einer einstimmig angenommenen Resolution, „sich nicht für die Schaffung zweier Blöcke herzugeben, die die aus den Wahlen hervorgegangenen großen Parteien gegeneinander hetzen"; Ramadier beschwor die Kommunisten: „Wenn Sie bei Ihrer Stimmenthaltung bleiben, dann führen Sie die französische Politik zu jenem fundamentalen Gegensatz zwischen Kommunismus und Antikommunismus, den wir mit allen Mitteln zu vermeiden suchten."[72] Zur Koalition mit PCF *und* MRP gab es für die SFIO keine Alternative; im Grunde ohne Ant-

---

S. 349–355, 357–361, 379–381, 367–377; zur Entwicklung des sozialistisch-kommunistischen Verhältnisses von der Résistance bis zu Beginn des Jahres 1947 Quilliot (Anm. 7), S. 196–213; zu dessen außenpolitischer Dimension ergänzend Loth (Anm. 27), S. 76–86.

[71] Zuvor hatte der Nationalrat mit 3121 gegen 843 Mandaten bei 458 Enthaltungen beschlossen, die Kandidatur Thorez' zu unterstützen; eine Minorität der SFIO-Abgeordneten – unter ihnen Jean LeBail, André Philip, Gaston Defferre und Edouard Depreux – hatte dennoch nicht für Thorez gestimmt, weil sie fürchtete, sonst den MRP an die Seite de Gaulles zu treiben und das Auditorium des Generals im Lande zu vergrößern. – Vgl. die Debatten im Conseil national 3–4 décembre 1946, Compte rendu sténographique (im Nationalsekretariat der Parti Socialiste, im folgenden zitiert als: CRS), sowie im Direktionskomitee der Partei (referiert bei Elgey [Anm. 2], S. 230 f. und Quilliot [Anm. 7], S. 187–190); ausführliche Berichterstattung anhand der Parteipresse bei Graham (Anm. 5), S. 227–243, der jedoch den Vaucluse-Antrag irrtümlich als Votum für einen Bruch mit den Kommunisten interpretiert.

[72] Blum: laut Blums Bericht an Auriol 24. 2. 1947, Auriol (Anm. 7), S. 97; SFIO-Nationalrat: Resolution in Le Populaire 23. 3. 1947, und Bulletin intérieur du Parti socialiste Nr. 24, März 1947, S. 1–5; Ramadier in der Nationalversammlung: oben Anm. 52. – Ramadier rechnete mit dem Ausscheiden der Kommunisten für Ende Juni 1947; vgl. Pierre-Olivier Lapie, De Léon Blum à de Gaulle, Le caractère et le pouvoir, Paris (Fayard) 1971, S. 77.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wort auf die Frage, wie es nach einem Ausscheiden der Kommunisten weitergehen sollte, suchte sie die herannahende Krise von sich zu schieben.

Das Interesse der SFIO am Erhalt des kommunistischen Koalitionspartners machte sie für kommunistische Pressionen anfällig – das wußten die Thorez-Opponenten in der PCF-Führung, und darauf basierte ihr Kalkül. Sie stellten jedoch zwei Faktoren nicht in Rechnung, die den kommunistischen Druck auf die Sozialisten neutralisieren konnten und die dann in der Krise das Verhalten der Sozialisten entscheidend bestimmen sollten:

Erstens herrschte in der SFIO ein sehr aktives Interesse an der Konsolidierung der eben erst installierten IV. Republik. Für André Philip, den sozialistischen Wirtschaftsminister, Ramadier, Blum und die gesamte Parteiführung ging es bei der Frage der Fortsetzung der Lohn- und Preisstopp-Politik nicht einfach um die Durchsetzung eines bestimmten wirtschaftspolitischen Konzepts, sondern um die Existenz der Republik schlechthin: „Jede andere Politik", erklärte der SFIO-Nationalrat am 6. Mai 1947, „und insbesondere eine Politik, die den Wettlauf zwischen Löhnen und Preisen erneut zuließe, würde unweigerlich zur Inflation, zum Zusammenbruch der Währung, zur Reduzierung des Devisenbestandes und zum Einfuhrstopp führen"; bis Jahresende, so Philip im Ministerrat vom 1. Mai, sei ein Verlust von zwei Dritteln des Goldbestandes der Banque de France zu erwarten; die nationale Unabhängigkeit sei gefährdet, die Aussicht auf ein Ende der wirtschaftlichen Misere genommen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie erschüttert. „Die Baisse-Politik bis zum Erfolg fortsetzen", so Ramadier vor dem Nationalrat vom 6. Mai, „darin liegt die einzige Möglichkeit zur Verteidigung der Republik."[73] Dies galt um so mehr, als nun mit der Ankündigung der Gründung des „Rassemblement du Peuple Français" der Kampf General de Gaulles gegen die Republik von seiner latenten in die aktive Phase überzugehen schien. „Die Feinde unserer Staatsform", so SFIO-Generalsekretär Guy Mollet vor dem Nationalrat vom 20. März, „erneuern unter dem Deckmantel des Antikommunismus die Atmosphäre von 1934." „Bedenkt", so Blum vor dem Nationalrat vom 6. Mai, „daß die Republik in unserem Lande immer schwach und immer bedroht war. Bedenkt, daß es immer noch ein altes cäsaristisches Potential gibt, das dafür gesorgt hat, daß beide Kaiserreiche Volksregime waren."[74] Wirtschaftskrise und gaullistische Gefahr ließen die Sozialisten ein besonderes Gefühl der Verantwortung für den Erhalt der demokratischen Ordnung entwickeln; daraus resultierten eine verstärkte Sensibilität für die Regeln der Verfassung und das Bewußtsein, sich nicht selbst aus der Regierungsverantwortung entlassen zu können.

[73] Resolution des Nationalrats, 6. 5. 1947: Le Populaire 8. 5. 1947; Philip: Auriol (Anm. 7), S. 207; Ramadier: Conseil national 6 mai 1947, CRS; unter zahlreichen weiteren Zeugnissen insbesondere Léon Blum, Le cercle vicieux, Le Populaire 2./3. 2. 1947; ders., Salaires, prix ... et production, Le Populaire 4. 2. 1947; ders., Il faut choisir, Le Populaire 5. 2. 1947; ders., La seule chance de salut, Le Populaire 4./5. 5. 1947; erneut in: L'Oeuvre de Léon Blum, Bd. VI, Paris (A. Michel) 1958, S. 360–365 u. 395–397.

[74] Mollet: Conseil national 19–20 mars 1947, CRS; Blum: Conseil national 6 mai 1947, CRS.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zweitens reaktivierte die von den Thorez-Opponenten erzwungene Kursverhärtung der PCF die sozialistische Furcht vor den Kommunisten. Daß die kommunistische Intransigenz dazu dienen sollte, durch Positionsstärkung innerhalb der Regierungskoalition den bisherigen Kurs letztlich beibehalten zu können, wurde nicht erkannt; statt dessen begann ein Teil der Sozialisten wieder, die Verfassungstreue der Kommunisten in Frage zu stellen. „Das Doppelspiel beginnt erneut", notierte Vincent Auriol schon am 30. Januar 1947; „sie beteiligen sich an der Regierung und bereiten zugleich ihr Scheitern und ihren Sturz vor." „Sie betreiben eine Art Unterwanderung des Staates von innen her, das heißt, sie schmuggeln ein Trojanisches Pferd in den Staat", kommentierte er den Durchhalte-Appell der PCF-Führung an die Partei-Föderationen Ende Januar; und aus dem Bericht über die Entscheidungssitzung des Politischen Büros vom 29./30. April folgerte er: „Die kommunistische Partei bleibt entgegen meiner Hoffnung den Losungen der Moskauer Internationale treu. (...) Deshalb werde ich mich mehr denn je so verhalten, daß Ramadier nicht demissioniert. (. . .) Das Trojanische Pferd darf nicht in die Regierung zurückkehren."[75] Gerüchte über ein kommunistisches Komplott, Waffen- und Fahrzeugkonzentrationen, die Rekonstituierung der Internationalen Brigaden nahe der spanischen Grenze, einen bevorstehenden Generalstreik im Post- und Eisenbahnnetz und die Erstürmung öffentlicher Gebäude zum 1. Mai wurden von den Sozialisten zwar nicht sonderlich ernst genommen; doch bewogen sie selbst Ramadier, der die demokratische Gesinnung der Kommunisten bislang nie in Zweifel gezogen, 1939 als einziger SFIO-Abgeordneter gegen die Aufhebung der parlamentarischen Rechte der Kommunisten gestimmt und jetzt im Januar 1947 den Kommunisten von sich aus das Verteidigungsministerium angeboten hatte, Vorkehrungen zu treffen, um die Regierung gegen alle Eventualitäten zu sichern: Am 30. April ordnete er nach den Eröffnungen Thorez' im Kabinettsrat an, in Paris für die bevorstehenden Mai-Kundgebungen besondere Sicherheitstruppen aufzustellen, den regionalen Militärkommandanten vorsorglich eventuelle Alarmbereitschaft anzukündigen und den Präsidenten der Nationalversammlung, Édouard Herriot, von seinem Krankenbett in Lyon nach Paris zu holen – Auriol wurde erst für den Nachmittag des 1. Mai von Staatsbesuchen in Afrika zurückerwartet; den Staatspräsidenten vertrat in Abwesenheit Herriots der Vizepräsident der Nationalversammlung, Jacques Duclos[76]. Zehn Jahre nach der Desolidarisierung der Kommunisten vom ersten Volksfrontkabinett und acht

[75] Auriol (Anm. 7), S. 40, 54 u. 212; vgl. oben Anm. 43 u. 61.

[76] „Je persiste à croire qu'il ne faut pas attacher grande importance à ces rumeurs, tout en prenant, bien entendu, toutes précautions", notierte Auriol am 19. Februar; ähnlich dachten die meisten Sozialisten in der Exekutive. Innenminister Edouard Depreux hielt die Gerüchte für absurd, während sein Nachfolger Jules Moch, damals noch Minister für Öffentliche Arbeiten, ihnen soviel Realitätsgehalt beimaß, daß er riet, am 1. Mai permanent einen Ministerausschuß tagen zu lassen. Vgl. Auriol (Anm. 7), S. 84, 88, 90, 132, und Elgey (Anm. 2), S. 261 f., 283–285. – Der 17 Jahre später festgehaltene Bericht des Sozialisten Marcel-Edmond Naegelen über ein Gespräch mit Ramadier am Morgen des 25. April 1947, in dem

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahre nach dem kommunistischen Kurswechsel infolge des Hitler-Stalin-Paktes hielten die Sozialisten den kommunistischen Partner immer noch für letztlich unberechenbar; das daraus resultierende Grund-Mißtrauen hinderte sie, das tatsächliche Ziel der kommunistischen Kurskorrektur zu erkennen und entsprechend elastisch zu reagieren.

Die Angriffe de Gaulles gegen die Republik und die neue Unberechenbarkeit der Kommunisten kombinierten sich in den Augen der Sozialisten zu einer gefährlichen Situation: „Ich fürchte die möglichen Entscheidungen der kommunistischen Partei", erklärte Auriol am 13. April gegenüber Ramadier. „Sie versucht offensichtlich, ich weiß nicht welcher revolutionären Taktik zufolge, die Majorité zu brechen. (. . .) Sie glauben, es könnte ihnen gelingen, die Macht zu ergreifen." Das sei natürlich „une sottise"; die kommunistische Offensive werde – und nur deshalb sei sie gefährlich – das Gegenteil bewirken: „Dieses Frankreich der Kleineigentümer, des Mittelstandes und der Handwerker hat einen Hang zu den Aufwieglern der Rechten; das haben wir in der Vergangenheit bei den von der Rechten entfesselten finanziellen Angstkrisen gesehen, und das werden wir morgen sehen, wenn wir vor einer bolschewistischen Gefahr stehen."[77] Die Sozialisten, soviel war deutlich, bevor die Kommunisten die Krise eröffneten, waren am Erhalt des kommunistischen Koalitionspartners interessiert; sie waren jedoch nicht bereit, deswegen dem Druck der Kommunisten nachzugeben. Sie waren folglich einerseits bemüht, die Krise, wenn es nur irgend möglich war, zu vermeiden, andererseits aber entschlossen, im Falle der Krise Festigkeit zu zeigen[78].

Als die Nachricht von der Aufkündigung der Kabinettssolidarität in der Lohn- und Preispolitik durch das Politische Büro der PCF am 30. April bekannt wurde,

---

dieser die Eliminierung der Kommunisten aus außenpolitischen Gründen angekündigt habe („Les Russes préparent un coup de force sur l'Europe occidentale. Il est très dangereux d'avoir des réprésentants de la Russie au sein du gouvernement."; Elgey ebda. S. 279 f.), basiert deutlich auf dem beschriebenen grundsätzlichen Mißtrauen der SFIO-Politiker gegenüber der PCF, widerspricht aber, was den Willen zur Eliminierung der Kommunisten angeht, dem tatsächlichen Verhalten Ramadiers (vgl. unten S. 51) und findet, was die außenpolitische Motivation betrifft, in den zeitgenössischen Quellen keinerlei Bestätigung. Elgey überinterpretiert den Zweifel der Sozialisten an der Verfassungstreue der Kommunisten als „certitude que le parti communiste ne joue pas le jeu républicain" (S. 277) und als entscheidendes Motiv für eine Offensive Ramadiers gegen die Kommunisten; auch Gallissot (Anm. 43) und Maurice Agulhon / Fernand Barrat, Au dossier des „CRS à Marseille", in: Le Mouvement social, Nr. 92, Juli–September 1975, S. 75–91, zeichnen die Kommunistenfurcht der Sozialisten stärker, als sie laut den Aussagen des Auriolschen Tagebuchs tatsächlich war.

[77] Auriol (Anm. 7), S. 187 f.; ähnlich schon der frühere SFIO-Generalsekretär Daniel Mayer im SFIO-Nationalrat vom 20. 3. 1947, CRS.

[78] Es kann nicht davon die Rede sein, daß Ramadier, Blum und Auriol bewußt auf einen Bruch mit den Kommunisten hingearbeitet hätten – so Pierre Nora, Introduction générale, in: Auriol (Anm. 7), S. XLIV, Elgey (Anm. 2), S. 277 ff., Fauvet (Anm. 3), S. 197 f., Robrieux (Anm. 4), S. 344, u. a. m –; tatsächlich reagierten sie defensiv auf eine kommunistische Provokation.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

glaubte im Direktionskomitee der SFIO niemand, daß der Bruch mit den Kommunisten diesmal unvermeidlich sei; erst recht wünschte ihn niemand herbei. Ramadier wurde, seinem eigenen Vorschlag entsprechend, beauftragt, im Gespräch mit Thorez nach Lösungsmöglichkeiten für die Krise zu suchen; auch Mollet sollte Kontakte mit der PCF-Führung aufnehmen. Im Ministerrat vom Abend des 1. Mai und in den folgenden Einzelgesprächen beschworen Ramadier und Auriol Thorez unter Hinweis auf die gaullistische Gefahr, den Entschluß der PCF zum Bruch noch einmal zu überdenken; zugleich zeigten sie in der Frage einer Erhöhung der Produktionsprämien Entgegenkommen, um den Kommunisten einen Verbleib in der Regierung ohne allzu großen Gesichtsverlust zu ermöglichen: „Der Lohnstopp verbietet nicht die Gewährung von Produktionsprämien entsprechend der tatsächlichen Produktionssteigerung."[79] – Doch obwohl sich die Forderungen der CGT im Renault-Streik nur auf ebendiese Erhöhung der Produktionsprämie bezogen, sah sich Thorez nicht in der Lage, auf die versteckten Offerten der Sozialisten einzugehen: „Ich glaube nicht, damit durchzukommen; c'est plus profond que cela." Während sich im SFIO-Direktionskomitee noch am 2. Mai Jules Moch fest davon überzeugt zeigte, daß „es nichts gibt, was die Krise unwiderruflich macht", und die Humanité vom 4. Mai dieser Hoffnung mit dem Hinweis auf ein mögliches „Feld der Übereinstimmung in den Gewerkschaften" zusätzliche Nahrung gab, kündigte Jacques Duclos am Vormittag des gleichen 4. Mai in der Nationalversammlung das definitive Nein der PCF-Fraktion zu Ramadiers Lohn- und Preispolitik an; alle kommunistischen Abgeordneten einschließlich der Minister votierten gegen Ramadier. „Es ist Sache des Ministerpräsidenten", hatte Thorez schon zuvor im Ministerrat erklärt, „zu sagen, ob die Kommunisten unter diesen Umständen in der Regierung bleiben sollen oder nicht."[80]

Für Ramadier, Auriol, Blum und die meisten in der Regierungsverantwortung stehenden Sozialisten stand nach dem Scheitern der sozialistischen Vermittlungs-

---

[79] Comité Directeur 30 avril 1947, CRS; vgl. auch Quilliot (Anm. 7), S. 225. – Auriol (Anm. 7), S. 208–210 u. 213 f. („C'est encore ce que j'ai dit à Thorez, que lorsqu'il y a du désordre ce ne sont pas les partis de la classe ouvrière qui en bénéficient ni les partis de gauche, mais c'est la droite fasciste.") – Nicht mangelndes Entgegenkommen der Sozialisten war also der Grund für den Bruch – so Tiersky (Anm. 3), S. 129 –, sondern mangelnde Flexibilität der Kommunisten.

[80] Zur Reaktion Thorez' auf die Vermittlungsvorschläge vgl. Auriol, ebda. (Anm. 79), zu Moch Quilliot, ebda. (Anm. 79), zu L'Humanité vgl. Anm. 66, zum Votum in der Nationalversammlung JO 5. 5. 1947, S. 1473 f. – Nichts zeigt deutlicher, wie kategorisch die Thorez-Opponenten zum Bruch entschlossen waren, als die folgende Passage aus der Ministerratsdiskussion vom 1. Mai: „Je demande à Thorez", so Auriol, „s'il accepte l'augmentation de salaires ou seulement les primes de rendement. Il ne répond pas. J'insiste alors pour que Thorez réponde. Il dit qu'il soutient le cahier des revendications des métallurgistes de la Seine. Teitgen précise qu'elles portent sur une augmentation de salaires et non point sur des primes de rendement" – was nicht stimmte (vgl. oben Anm. 65), aber von Thorez nicht korrigiert wurde.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorschläge und -hoffnungen fest, daß es nunmehr zur Entlassung der kommunistischen Minister keine Alternative mehr gab, auch wenn das dem Parteiinteresse der SFIO zuwiderlief – dazu berechtigte sie nicht nur der Text der Verfassung, nach der der Ministerpräsident von der Nationalversammlung allein berufen wurde und in der Wahl seiner Minister frei war, dazu nötigte sie auch das Interesse der Republik, so wie sie es verstanden. Schon am Vormittag des 1. Mai verabredeten André Philip und Jules Moch in einer Besprechung mit Bidault, Teitgen und ihrem radikalen Ministerkollegen Yvon Delbos, die Verantwortung der Kommunisten für einen möglichen Bruch auf jeden Fall deutlich zu machen. In der bevorstehenden Ministerratssitzung sollte Ramadier zunächst eine Erklärung abgeben; danach sollte niemand das Wort ergreifen, bevor sich nicht Thorez geäußert hätte. Auriol erklärte Ramadier kategorisch: „Ich werde eine Demission der Regierung nicht akzeptieren." Der Ministerrat vom Abend des 1. Mai verlief wie zwischen den nichtkommunistischen Ministern vereinbart; Auriol wiederholte seine Verfassungsexegese, so daß nun auch die Kommunisten über die Entlassungsabsicht informiert waren; nach Beendigung der Sitzung erklärte Ramadier den nichtkommunistischen Ministern, daß ein negatives Votum der PCF-Minister in der Vertrauensfrage mit einer weiteren Ausübung ihrer Ministerämter nicht vereinbar sei. Auch Léon Blum pflichtete bei: „Sollten die Kommunisten bei der Vertrauensfrage mit Nein stimmen, würden sie damit selbst aus der Regierung austreten. Man kann nicht an der Regierung teilhaben und zugleich sie von innen her bekämpfen, indem man ihre Politik mißbilligt."[81] Nach dem Mißtrauensvotum der Kommunisten in der Nationalversammlung erklärte Ramadier in einer ebenso kurzen wie von gegenseitiger Courtoisie gekennzeichneten Ministerratssitzung am Abend des 4. Mai die Funktionen der kommunistischen Minister für beendet: „Kraft der mir von der Verfassung übertragenen Vollmachten enthebe ich unsere kommunistischen Freunde der ihnen von mir gewährten Regierungsgewalt und ersetze sie."[82] Die Hoffnung auf eine Demission Ramadiers, auf die die Thorez-Opponenten in der PCF-Führung gesetzt hatten und der sich Thorez hatte nolens volens anschließen müssen, hatte getrogen; die Furcht der führenden Sozialisten vor einer Gefährdung der republikanischen Ordnung hatte sich als stärker erwiesen als das Bewußtsein vom Parteiinteresse der SFIO.

Den Kommunisten verblieb freilich noch die Hoffnung auf Parteibasis und Parteiapparat der SFIO, die mit der politischen Gesamtanalyse, wie sie die Sozialisten

---

[81] Vgl. Auriol (Anm. 7), S. 205 u. 211, sowie AP 1947, S. 92. – Laut Elgey (Anm. 2), S. 283, soll Blum am Nachmittag des 30. Aprils Ramadier versichert haben: „L'élimination des communistes est vitale pour la France et pour la République"; wahr ist an diesem überlieferten Diktum soviel, daß es für Blum im Interesse des Erhalts der demokratischen Ordnung tatsächlich wichtig war, nach einem Votum der PCF-Minister gegen Ramadier nicht zu demissionieren, sondern diese zu entlassen; es kann nicht als Beleg für eine Offensive Blums gegen die PCF gelten.

[82] Vgl. Auriol (Anm. 7), S. 216 f., Elgey (Anm. 2), S. 289 f., Depreux (Anm. 7), S. 291 f., und Ramadier laut Tournoux (Anm. 5), S. 134 f.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der Regierungsverantwortung anstellten, weniger vertraut waren, dafür aber deutlich spürten, daß die SFIO in einer Mitte-Rechts-Regierung ohne die Kommunisten nicht nur an programmatischem Einfluß, sondern auch an Rückhalt in der Bevölkerung verlieren würde. Als Sprecher einer schon mit der bisherigen Position der SFIO im Tripartismus unzufriedenen Parteibasis im Sommer 1946 zum Generalsekretär gewählt, machte Guy Mollet in der Sitzung des Direktionskomitees vom 2. Mai die Sorge um den Substanzverlust der Partei geltend: „Die kommunistischen Minister wünschen ihre Abberufung durch Ramadier. In diesem Fall ist nur eine einzige Lösung ins Auge zu fassen: die Demission Ramadiers entsprechend der Resolution des letzten Nationalrats." Am 4. Mai stimmte das Direktionskomitee nach der Abstimmung in der Nationalversammlung zunächst mit 12:9 Stimmen für Ramadiers Demission; dann stimmte eine gemeinsame Konferenz von Direktionskomitee und sozialistischer Parlamentsfraktion mit 69:9 dagegen; schließlich entschied sich auch das Direktionskomitee mit 10:9 Stimmen zum provisorischen Verbleib in der Regierung; der Nationalrat der Partei wurde für den 6. Mai zu einer Sondersitzung einberufen, in der über die Fortsetzung der Koalition ohne die Kommunisten endgültig entschieden werden sollte[83]. Jetzt erst wurde die innerparteilich-taktische Dimension der Auriolschen Verfassungsinterpretation deutlich: Es galt nun nicht mehr wie im Falle einer sofortigen Demission Ramadiers über die Beteiligung an einer Regierungsneubildung ohne die Kommunisten zu entscheiden, sondern über die Auslösung einer neuen Regierungskrise mit ungewissem Ausgang. Gegen die Verantwortung für das Schicksal der Republik, die damit allen Delegierten des Nationalrats deutlich vor Augen geführt war, setzte Mollet auf die Verantwortung für das Schicksal der Partei: Vom MRP, warnte er, trenne die SFIO die Laizismus-Frage, die Außenpolitik, die Frage der Nationalisierungen, die Indochinapolitik und letztlich auch die Haltung gegenüber de Gaulle; eine Koalition mit dem MRP als Hauptpartner führe notwendigerweise zu einem Konflikt mit der Arbeiterklasse; schließlich: „Um die Demokratie und die Republik zu retten, darf man nichts tun, was die Partei schädigen könnte. An dem Tage, an dem das Land kein Vertrauen in die Partei mehr hat, gibt es keine Republik mehr; deshalb ist es die Partei, die man retten muß." Eine alternative Regierungsformel hatte er freilich nicht anzubieten; die Neuauflage des rein sozialistischen Kabinetts vom Dezember 1946, für die Mollet und seine Mitstreiter Boutbien, Minjoz, Bloch, Gazier, Pivert u. a. plädierten, wäre, wie Léon Blum zurecht bemerkte, von den ehemaligen Koalitionspartnern jetzt nicht mehr geduldet worden. Nach zwölfstündigem mühevollen Ringen um einen Ausweg aus dem Dilemma, in das die SFIO durch die Entscheidung der PCF geraten war, entschieden sich die Delegierten des Nationalrats in der Frühe des 7. Mai mit einer knappen Mehrheit von 2529 gegen 2125 Mandaten für den Verbleib in der Regierung. Die demokratisch-republikanische Tradition des französischen Sozia-

[83] Comité Directeur 2 et 4 mai 1947, CRS; Bulletin intérieur du Parti socialiste, Nr. 25, April–Mai 1947, S. 4; Quilliot (Anm. 7), S. 225 f.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lismus hatte sich als stärker erwiesen als sein Klassenbewußtsein und wurde durch diese Entscheidung weiter gestärkt; die Kraftprobe zwischen Kommunisten und Sozialisten war zugunsten der letzteren ausgegangen und hatte dadurch beide geschwächt[84].

Beide, Sozialisten wie Kommunisten, hielten die Entscheidung vom 6. Mai 1947 freilich weder für endgültig noch deshalb letztlich für schwerwiegend. Die SFIO habe sich nur „schweren Herzens" zur Regierung ohne die Kommunisten entschließen können, schrieb Léon Blum noch einen Monat später, „ohne jedes Gefühl der Rachsucht oder der Feindschaft, ohne den geringsten Hintergedanken an ein dauerhaftes Fernhalten der Kommunisten von regelmäßiger Regierungsbeteiligung, sondern im Gegenteil mit dem aufrichtigen und dringenden Wunsch, daß die Trennung nur eine gewisse Zeit dauert und mit den Umständen endet, die sie erzwungen haben". Es galt nun, ohne die Kommunisten, aber nicht gegen sie das Regierungsprogramm unverändert fortzuführen, dem die PCF am 21. Januar 1947 zugestimmt hatte. Sichtlich bemüht, die Orientierung des Kabinetts nicht nach „rechts" zu verschieben, ernannte Ramadier den vormaligen SFIO-Generalsekretär Daniel Mayer zum Arbeitsminister, den Sozialisten Eugène Thomas zum Postminister, den Volksrepublikaner Robert Prigent zum Gesundheitsminister; die übrigen durch die Entlassung der Kommunisten freiwerdenden Funktionen wurden innerhalb des Kabinetts verteilt, das nun zwölf sozialistische und nur dreizehn nichtsozialistische Minister umfaßte. Schon Ende Juni, als die von Mollet vorhergesehene Unpopularität Ramadiers trotz dessen Willen zu einer „Politik im Interesse der Arbeiterklasse" beträchtlich angewachsen war, hielt ein Teil der Sozialisten den Zeitpunkt für eine Rückkehr der Kommunisten für gekommen. Daniel Mayer gab Auriol zu verstehen, daß es „gegenwärtig schwierig ist, ohne die Kommunisten zu regieren"; Félix Gouin, SFIO-Ministerpräsident von 1946, plädierte im Ministerrat und dann im SFIO-Direktionskomitee für ein neues Koalitionsangebot an die Kommunisten. Gewiß scheiterte diese Initiative, einmal, da ein anderer Teil der Sozialisten mit Ramadier fürchtete, die Kommunisten würden als Preis für ihre Rückkehr eine massive Lohnerhöhung fordern müssen und damit die Gesundung des Landes erneut gefährden; zum andern, da der MRP durch Teitgen kategorisch erklären ließ, zum gegenwärtigen Zeitpunkt und unter dem Druck der Straße einer kommunistischen Regierungsbeteiligung nicht zustimmen zu wollen. Aber bis in den Herbst 1947 hinein blieb es unsicher, ob und wie lange die SFIO an einem Kabinett würde festhalten können, das sich infolge der neuen Kräfteverhältnisse immer mehr an liberal-konservativen Grundsätzen

[84] Conseil national 6 mai 1947, CRS; Le Populaire 7. u. 8. 5. 1947; Quilliot (Anm. 7), S. 233 f. – Die Entscheidung des Nationalrates war, obwohl grundlegend für das weitere Schicksal der SFIO in der IV. und frühen V. Republik, im Bewußtsein der Beteiligten lediglich taktischer, nicht doktrinärer Natur; sie bedeutete keineswegs, wie Graham (Anm. 5) es darstellt, einen Sieg eines „strong moderate movement against the Communist connection and Mollet's leadership" (S. 249).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

orientieren mußte, und bis in den Herbst 1947 hinein hofften die Sozialisten daher auf die „gemäßigten" Kommunisten um Thorez[85].

Die PCF-Führung war von der Entscheidung der Sozialisten, in der Regierung zu bleiben, zwar enttäuscht, aber doch nicht grundsätzlich überrascht; zu deutlich hatten Thorez und Duclos von der Gefahr der Selbstentmachtung gesprochen. Die Parteibasis hingegen reagierte mit deutlichen Zeichen der Erleichterung. „Niemand bedauerte es", erinnerte sich Auguste Lecoeur, „auch nicht die Arbeiterklasse, von der nur mit Mühe ein paar magere Protestbezeugungen zu erhalten waren." Endlich schien die Parteiführung wieder zu einem „revolutionären" Kurs zurückzukehren und die Arbeiterinteressen ernst zu nehmen. Von der Parteiführung wurde sie freilich schnell belehrt, daß von einer Kursänderung nicht die Rede sein konnte. „Die kommunistische Partei Frankreichs wird fortfahren, ob an der Regierung beteiligt oder nicht, sich als Regierungspartei zu betrachten, die vor dem Lande um so mehr Verantwortung trägt, als sie die erste Partei Frankreichs ist", erklärte Florimond Bonte schon am 5. Mai, und Jacques Duclos sekundierte am 8.: „Wer von einem Generalstreik in Frankreich spricht, ist schwachsinnig." Ihren Mißerfolg minimalisierend, verbreiteten die Thorez-Opponenten Optimismus: „Die Partei kann in einigen Monaten in die Regierung zurückkehren, wenn sie ihre Propaganda fortsetzt und sich stärker denn je präsentieren kann", so Léon Mauvais in der Sitzung des Politischen Büros vom 8. Mai[86]. War auch der Versuch gescheitert, über eine Regierungskrise den Einfluß der PCF in der Regierung stärken zu können, so war es immerhin gelungen, der unzufriedenen Anhängerschaft die SFIO als Sündenbock für die katastrophale soziale Lage zu präsentieren; der gefährlich gewordenen innerparteilichen Kritik konnte damit die Spitze abgebrochen werden, und zugleich war ein Mittel geschaffen, das Interesse der Sozialisten an einer Rückkehr der Kommunisten zu stärken. Um die taktische Fehlentscheidung vom 30. April wieder wettzumachen, lockerte die PCF-Führung nun ihren Widerstand gegen die Streiktendenzen in der Arbeiterschaft, so daß sich das Land im Mai/Juni und nochmals im August/September mit Streikdrohungen der

[85] Léon Blum, Un avertissement et un appel, Le Populaire 5. 6. 1947; ähnlich ders., Fidelité au programme, Le Populaire 8. 5. 1947; erneut in Oeuvre Bd. VII, S. 51–54 und Bd. VI, S. 410 f.; vgl. auch Auriol (Anm. 7), S. 214 f., 221 (Ramadier am 4. 5. 1947 zu Thorez: „J'espère bien que vous n'entrerez pas dans une opposition systématique et je suis d'ailleurs moi-même décidé à ne faire ni anticommunisme ni bloc quelconque contre vous, mais à continuer la politique que vous aviez vous-même adoptée."). – Zur Kabinettsumbildung vgl. L'Année politique 1947, S. 95; zur SFIO-Initiative Ende Juni Quilliot (Anm. 7), S. 245, und Auriol, ebda. S. 295, 296 f., 229 f., 323; zu den SFIO-internen Auseinandersetzungen im Sommer 1947 Quilliot S. 237–239 u. 244–256 und Auriol, S. 308, 396–398 u. 405–407.

[86] Enttäuschung: Tournoux (Anm. 5), S. 134 f.; Lecoeur 1963 (Anm. 7), S. 223; Bonte u. Duclos laut AP 1947, S. 95; Mauvais a. a. O. (Anm. 61). – „Le Bureau Politique proclame à nouveau la volonté du Parti d'agir en toute circonstance en grand parti de gouvernement, mettant tout en oeuvre pour faire triompher une politique de défense des intérêts du peuple, inséparable de la sauvegarde des intérêts nationaux et de la démocratie." So das Kommuniqué der Sitzung vom 8. Mai, L'Humanité 9. 5. 1947.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gas- und Elektrizitätsarbeiter, Streiks in den Pariser Mühlen und Metzgereien, den Eisenbahnen, Banken, Warenhäusern und schließlich in der Autoindustrie konfrontiert sah; damit sollte nicht nur der ins Wanken geratene Ruf der PCF als Partei der Arbeiterklasse neu befestigt, sondern auch den Gegnern einer Regierungsbeteiligung ohne Kommunisten in der SFIO neue Argumente geliefert und allen Parteien die Unmöglichkeit vor Augen geführt werden, die Krisensituation des Landes ohne die Kommunisten zu bewältigen[87]. Zugleich führte die Partei den Kampf um die Produktion entschlossen weiter. Im Renault-Streik setzte die CGT in einer neuen Urabstimmung am 9. Mai durch, daß die inzwischen mürbe gewordenen Streikenden eine von der Regierung gewährte Erhöhung der Produktionsprämie um ganze 3% mehrheitlich als Ergebnis des Kampfes akzeptierten; die nicht von der CGT beherrschten Abteilungen streikten vergeblich bis zum 16. Mai weiter. Thorez und die Humanité unterstützten ab Mitte Mai die Getreidesammlungs-Kampagne der Regierung; der 11. Parteikongreß der PCF vom 25. bis 28. Juni in Straßburg feierte die Erfolge der Kommunisten in der Produktionsschlacht; die CGT vereinbarte am 1. August mit dem Arbeitgeberverband CNPF einen monatlichen Mindestlohn von 8000 Francs; und als die Regierung gegen diese Summe Bedenken erhob, feierte die Humanité die „gemeinsamen Anstrengungen" von Arbeitgebern und Gewerkschaft „zur Sicherung des Brotes der Arbeiter, der gesunden Entwicklung der Unternehmen und der Steigerung der Produktion"[88]. Zur Sicherung der französischen Unabhängigkeit galt es nach wie vor, den Wiederaufbau des Landes voranzutreiben und den sozialen Frieden zu sichern; mochte die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in die Regierung auch innerhalb der PCF-Führung unterschiedlich stark sein, so gab es doch für niemanden eine Alternative zur Stabilisierungsstrategie. „Die kommunistische Partei ist eine Regierungspartei, deren Grundsatzprogramm und Sprache sich nicht gewandelt haben und auch nicht wandeln werden, je nachdem, ob die Partei in der Regierung ist oder nicht", bekräftigte Thorez noch am 21. September 1947, am Tage vor der Eröffnung der Gründungskonferenz des Kominform im polnischen Szlarska Poreba[89].

---

[87] „Deux buts doivent être visés", erklärte Duclos in der Sitzung des Politischen Büros vom 29. 5. 1947: „couper en deux le Parti socialiste, préparer une vaste coalition républicaine. (...) Le moment est propice, car beaucoup de fédérations socialistes protestent contre la politique de Ramadier. Nous allons les aider." Auriol (Anm. 7), S. 247; vgl. ebda., S. 294 u. 339 f., sowie das gleichlautende Zeugnis von André Barjonet, La C. G. T., Histoire, structure, doctrine, Paris (Seuil) 1968, S. 49.

[88] Zum Renault-Streik vgl. oben Anm. 44 u. 60; zur Getreidesammlungskampagne L'Humanité 15. 5. 1947 und Thorez' erste öffentliche Rede nach der Entlassung in Nîmes 18. 5. 1947, Oeuvres Bd. 23, S. 106–117; zum 11. Parteikongreß L'Humanité 26., 27., 28. u. 29. 6. 1947, Darstellung bei Robrieux (Anm. 4), S. 348–352; zur Übereinkunft mit der CNPF L'Humanité 8. 8. 1947. – Vor der Kominform-Gründungskonferenz Ende September 1947 rühmte Duclos Frankreichs Erfolge in der Produktionsschlacht und die Rolle der PCF als „le parti de l'ordre"; vgl. Reale (Anm. 14), S. 84.

[89] Interview mit dem britischen Journalisten Harold King, veröffentlicht in L'Humanité

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Glaube der Sozialisten und der Kommunisten an eine baldige Rückkehr zum Tripartismus war gewiß nicht frei von eskapistischen Zügen. Beide in eine Situation geraten, die ihnen mehr Nachteile bot als die aus dem Résistance-Bündnis hervorgegangene Koalition, konzentrierten sie ihre Anstrengungen auf die Wiederherstellung des früheren Zustands und minimalisierten sie die Tragweite der eingetretenen Veränderungen. Doch solange sich sozialistische Zielsetzung und kommunistische Politik nicht änderten, war der Bruch tatsächlich noch nicht definitiv. Daß es beiden Parteien entgegen ihrer Interessenlage schließlich nicht gelang, den Bruch zu überwinden, läßt auf den Einfluß eines zusätzlichen Faktors schließen: der Veränderung des internationalen Kontextes.

V

Der internationalen Dimension der Entlassungskrise waren sich – eine Folge des beschriebenen Eskapismus – während des Frühjahrs und Sommers 1947 weder Sozialisten noch Kommunisten bewußt. Zwar war es ein offenes Geheimnis, daß Teile der amerikanischen Öffentlichkeit und auch der Truman-Administration der kommunistischen Regierungsbeteiligung in Frankreich seit 1945 skeptisch gegenüberstanden und, um eine Ausdehnung des sowjetischen Einflußbereiches bis nach Westeuropa zu verhindern, mehr und mehr auf die Entfernung der französischen Kommunisten von der Macht drängten. Schon im August 1945 hatte Präsident Truman de Gaulle bei dessen erstem USA-Besuch geraten, sich von seinen kommunistischen Mitarbeitern zu trennen; im April 1946 war Léon Blum bei seinen Verhandlungen um eine amerikanische Kapitalhilfe in Washington nahegelegt worden, auf eine Eliminierung der Kommunisten hinzuwirken; und im Mai 1946 hatte sich Außenminister Byrnes seinem französischen Kollegen Bidault gegenüber über die möglichen Auswirkungen einer Annahme des sozialistisch-kommunistischen Verfassungsentwurfs besorgt gezeigt[90]. Um den vermeintlichen kommuni-

22. 9. 1947. – Vertretern der antiamerikanischen und prowestlichen These fällt es verständlicherweise schwer, zu erklären, wieso die PCF ihrer Eliminierung aus der Regierung keinen Widerstand entgegengesetzt hat; Tartakowsky (Anm. 2), S. 57: „Le Parti communiste quitte en fait le gouvernement en position de force puisqu'il se retrouve aux côtés des travailleurs. (. . .) Il préserve un potentiel révolutionnaire." Vertretern der antikommunistischen These mangelt es an einer Erklärung des gemäßigten Kurses nach dem „Kurswechsel" vom Mai 1947; Robrieux (Anm. 4), S. 352: „A l'instar de Staline au plan international, le secrétaire général (. . .) évite encore soigneusement toute rupture décisive"; tatsächlich belegt das Verhalten der Kommunisten nach der Entlassungskrise einmal mehr, daß es im Mai 1947 keinen Wechsel in der PCF-Strategie gab.

90 Truman: FRUS 1945, Bd. IV, Washington 1970, S. 709 ff.; Blum: Elgey (Anm. 2), S. 136–141, und Loth (Anm. 27), S. 98–101; Byrnes: FRUS 1946, Bd. II, Washington 1970, S. 205 f.; vgl. auch den Bericht über den Empfang einer amerikanischen Kongreßdelegation im Mai 1946 bei Jacques Dumaine, Quai d'Orsay 1945–1951, Paris 1955, S. 86: „Nos invités ne dissimulaient pas la satisfaction que leur cause le référendum. (. . .) Simplistes, ils considèrent que deux blocs s'opposent en France et que l'un fera crouler l'autre." – sowie

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stischen Vormarsch zu stoppen, hatte die Truman-Regierung Frankreich mehrfach, im Februar und Dezember 1945 sowie im Mai 1946, Wirtschaftshilfe geleistet und den französisch-amerikanischen Gegensatz in der Deutschlandpolitik heruntergespielt[91]. Als die Planer im State Department nun im Frühjahr 1947 unter dem Eindruck des wirtschaftlichen Ausblutens des alten Kontinents mit der Formulierung der „Eindämmungs"-Doktrin begannen, galt Frankreich wegen seiner strategischen Schlüsselposition als eines der ersten Länder, in dem die Gefahr eines wirtschaftlichen Desasters und anschließender kommunistischer Machtübernahme drohe und dem daher geholfen werden müsse. „Was Frankreich betrifft", erklärte Unterstaatssekretär Dean Acheson am 27. Februar 1947 führenden Kongreßmitgliedern, „so brauchen die Russen nur noch, wann immer es ihnen gefällt, den Ast zu schütteln, um die Frucht zu ernten. Mit vier Kommunisten in der Regierung, davon einer im Verteidigungsministerium, mit Kommunisten, die die Verwaltung, die Fabriken und die Armee unterwandern, und mit ständig wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist Frankreich reif zu fallen, wenn Moskau zuschlägt." Eine massive und durch die Verbindung mit den europäischen Nachbarländern diesmal effektive Wirtschaftshilfe für Frankreich war vor dem Hintergrund einer solchen Situationsanalyse eine elementare politische Notwendigkeit für die USA, die Entfernung der Kommunisten aus der Regierung zwar nicht das eigentliche Ziel, aber doch ein wesentliches Mittel, die Situation des Landes zu stabilisieren. Noch bevor das amerikanische Hilfsprogramm für die europäischen Länder offiziell angekündigt war, nutzte die Truman-Regierung die Aussicht auf eine solche Hilfe zur Stärkung der Gegner einer kommunistischen Regierungsbeteiligung in Frankreich: am 23. April 1947 gab US-Botschafter Jefferson Caffery Ramadier zu verstehen, „daß es die französisch-amerikanischen Beziehungen erleichtern würde, wenn die Kommunisten nicht mehr in der Regierung säßen"; am 8. Mai gab Dean Acheson öffentlich bekannt, daß „die freien Völker, die ihre Unabhängigkeit, ihre demokratischen Institutionen und ihre Menschenrechte gegen totalitären Druck von innen oder von außen zu erhalten suchen, vorrangig in den Genuß der amerikanischen Hilfe kommen werden"[92]. Nicht mit direkten

---

den Drahtbericht von US-Botschafter Caffery an Byrnes 6. 5. 1946, FRUS 1946, Bd. V (Anm. 39), S. 459: „The new constitution will enable them to vote laws facilitating the advent of Soviet brand of communism in France ‚by gradual stages'."

[91] Zur amerikanischen Furcht vor einer kommunistischen Machtausweitung in Frankreich als entscheidendes Motiv für das Blum-Byrnes-Abkommen vgl. FRUS 1946, Bd. V (Anm. 39), S. 409–452; zur amerikanischen Deutschlandpolitik John Gimbel, Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 39–62, insbes. S. 55 f., ders., The Origins of the Marshall Plan, Stanford 1976, S. 55 ff.

[92] Acheson 27. 2. 1947: zit. n. Joseph M. Jones, The fifteen weeks, 21st February–June 5th 1947, New York 1955, S. 140; Acheson 8. 5. 1947: Rede vor dem Delta Council in Cleveland/Missouri, Department of State Bulletin, Bd. XVI, May 18, 1947, S. 991–994; vgl. auch Dean Acheson, Present at the Creation, My Years in State Department, New York 1969, S. 219 u. 227–230; Caffery: laut Elgey (Anm. 2), S. 278.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Pressionen, sondern indem sie den französischen Kommunistengegnern Argumentationshilfe leistete, wollte die amerikanische Regierung den Bruch mit den Kommunisten bewirken.

Aber ebensowenig wie zunächst aus anderen Motiven de Gaulle und Bidault waren die französischen Sozialisten gewillt, auf die amerikanischen Wünsche einzugehen. In den Augen Léon Blums, dessen Analysen für die außenpolitische Haltung der SFIO maßgebend waren, war eine dauerhafte Verständigung zwischen UdSSR und USA Voraussetzung für die Schaffung einer europäischen Friedensordnung, die wiederum für die Bewältigung der französischen Sicherheitsprobleme unerläßlich war. Anders als für Byrnes' Nachfolger Marshall endete für ihn die Moskauer Außenministerratstagung „eher mit einem Aufschub als mit einem Mißerfolg"; anders als Bidault hoffte er auf eine Beteiligung der Sowjetunion am Marshall-Plan und drängte daher, das Hilfsprogramm der 1946 im Rahmen der UNO gegründeten „Europäischen Wirtschaftskommission" (ECE) in Genf zu überantworten; anders als etwa Churchill setzte er nach dem Nein Molotows zum Marshall-Plan am 2. Juli 1947 auf die Einigung Westeuropas als „Dritter Kraft", die den Konflikt zwischen den Weltmächten entschärfen und ihre Wiederannäherung vermitteln sollte. „Wir müssen bis zum letzten, selbst bis zur Verzweiflung, gegen die Verfestigung dieser Situation ankämpfen, diesen Ostblock gegen den Westblock", so Blum am 1. August 1947 zu Auriol; aus ebensogroßer Friedenssehnsucht wie Überschätzung des europäischen Potentials schreckten die Sozialisten vor der Einbeziehung Frankreichs in eine westliche Hemisphäre zurück[93]. Soweit außenpolitische Überlegungen bei der Entscheidung der SFIO vom Mai 1947 eine Rolle spielten, galten sie nicht der Bindung Frankreichs an die USA, sondern im Gegenteil der Verhinderung der Blockbildung in Europa: Gerade nach dem Mißerfolg von Moskau müsse der Sozialismus in Frankreichs Regierung präsent bleiben, erklärte Salomon Grumbach; ein Verbleib der SFIO in der Regierung habe nur dann Sinn, wenn sie eine von USA und UdSSR unabhängige Außenpolitik durchsetzen könne, erläuterte Marceau Pivert, beide vor dem SFIO-Nationalrat vom 6. Mai[94]. Zwischen Befürwortern und Gegnern der Fortführung des Kabinetts Ramadier gab es in dieser Frage keine Differenzen.

---

[93] Léon Blum, Le bilan de Moscou, Le Populaire 24. 4. 1947, Oeuvre Bd. VI, S. 393–394; ders., 1. 8. 1947 laut Auriol (Anm. 7), S. 380. – „Si vous vous arrêtez sur le Rhin, ce sera alors un tout petit canton, le but sera manqué. Il est essentiel qu'il y ait, pour le moins, une certaine participation de l'Union soviétique et une part entière des Etats satellites", drängte Ramadier in der Kabinettssitzung vom 18. 6. 1947 Bidault, der sich zunächst weigerte, die Sowjetunion zur Pariser Konferenz einzuladen; vgl. Auriol, ebda. S. 284 f. Zur sozialistischen Haltung im Sommer 1947 insgesamt Loth (Anm. 27), S. 143–155.

[94] Conseil national 6 mai 1947, CRS. Der Nationalrat bekräftigte in seiner Schlußresolution „sa volonté de voir coordonner les forces socialistes et démocratiques de l'Europe et du monde en vue d'éviter que se constituent et s'affrontent, pour le plus grand danger de la paix, des blocs antagonistes"; Le Populaire 8. 5. 1947.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei den Kommunisten erfolgte der Bruch mit der Kabinettssolidarität, wie beschrieben, trotz der Warnungen Thorez' unter Mißachtung der amerikanischen diplomatischen Offensive; weit davon entfernt, die USA-Regierung dafür verantwortlich zu machen, daß Ramadier nicht demissionierte, suchten sie nach ihrer Entlassung auf die ehemaligen Koalitionspartner Druck auszuüben, um eine Westorientierung Frankreichs zu verhindern. Die Warnungen vor einem „bloc occidental", seit 1944 unverrückbarer Bestandteil der PCF-Propaganda, wurden intensiviert, der Verlust der nationalen Unabhängigkeit, die Preisgabe der französischen Positionen in der Deutschlandpolitik und der Wiederaufstieg Deutschlands zur beherrschenden imperialistischen Großmacht Europas als mögliche Konsequenzen eines amerikanischen Hilfsprogramms beschworen[95]. Die Angriffe galten „reaktionären Kreisen" in den USA und in Frankreich, aber nicht den beiden Regierungen direkt. „Gewisse fanatische Reaktionäre wollten in diesem [Marshall-] Plan schon eine Kriegsmaschine gegen die Sowjetunion sehen, den Köder für einen Westblock, der Europa und die Welt zweiteilen würde", erklärte Maurice Thorez in seinem Rapport für den 11. Parteikongreß. Als am 25. Juni Florimond Bonte einen Text des Rapports bekanntgab, in dem der Marshall-Plan als „piège occidental" bezeichnet wurde, und die Humanité diese Bezeichnung auch noch am folgenden Tag in einer Überschrift wiederholte, dementierte Thorez am 27. auf Seite 1 des Parteiblattes: „Wir sind uns unserer Verantwortung viel zu bewußt, als daß wir Schwierigkeiten unter den Alliierten schaffen oder irgend etwas tun könnten, was der notwendigen Eintracht der Alliierten und letztlich auch der Wiederaufrichtung unseres Landes schaden könnte"; „unsere Presseabteilung" sei für diese Fehlinformation verantwortlich. „Was uns betrifft", pflichtete Jacques Duclos am gleichen Tag bei, „so wünschen wir, daß die bevorstehenden Gespräche über den Marshall-Plan dem Wiederaufbau Europas helfen." „Welcher Franzose könnte anders als mit Genugtuung die Hilfe unserer amerikanischen Freunde akzeptieren? Wir können nicht die Unterstützung abweisen, die uns für den Wiederaufbau unseres Landes angeboten wird", versicherte Thorez noch am 23. Juli, nach der Abreise Molotows aus Paris, nach dem Moskauer Veto an die Adresse der an der Marshall-Hilfe interessierten osteuropäischen Länder und nach der Eröffnung der Pariser Konferenz der 16 westeuropäischen Marshallplan-Länder. Wie Blum forderte er nun, das Hilfsprogramm in die UNO und die ECE zu integrieren, und beschwor Amerikaner und Franzosen, die Zweiteilung Europas nicht definitiv werden zu lassen: „Wir können uns nicht mit dieser pessimistischen Aussicht zufrieden geben. Wir wollen mit aller Kraft unseres Verstandes und unseres Herzens an die Eintracht und die Union der Völker glauben."[96] Von der Sowjetführung

---

[95] Vgl. etwa: Pierre Courtade, Merci, mon oncle!, L'Humanité 14. 5. 1947; Pierre Hervé, Nous avons déjà entendu parler de la Paneurope!, L'Humanité 16. 5. 1947; Pierre Courtade, Le plan de Marshall et la politique de Truman, L'Humanité 13. 6. 1947; ders., Bevin sera à Paris mardi, L'Humanité 15. 6. 1947.

[96] Parteitag: L'Humanité 26. u. 27. 6. 1947; Duclos-Rede in L'Humanité 28. 6. 1947 und

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über ihre Absichten im unklaren gelassen[97], hofften die französischen Kommunisten noch bis in den Herbst 1947 hinein, das amerikanische Vordringen auf den europäischen Kontinent verhindern zu können; selbst die amerikanischen Gelder sollten der Stabilisierungsstrategie nutzbar gemacht werden.

Zwei außenpolitische Ereignisse änderten das Verhältnis zwischen Sozialisten und Kommunisten entscheidend: Die Absage der Sowjetregierung an den Marshall-Plan Anfang Juli und die Verpflichtung der kommunistischen Parteien zum Kampf gegen den Marshall-Plan auf der Kominform-Gründungskonferenz Ende September 1947. Die Abreise Molotows aus Paris stärkte sogleich die Position derjenigen Kräfte in MRP und SFIO, die einer Rückkehr der Kommunisten in die Regierung in der augenblicklichen Situation nicht zustimmen wollten. „Wegen des Bruchs zwischen Bidault und Bevin einerseits und Molotow andererseits", notierte Auriol am 2. Juli, „waren Schwierigkeiten, ja fast die Unmöglichkeit festzustellen, eine Regierungskrise angemessen zu lösen; es erwies sich folglich als unmöglich, die kommunistische Partei wieder aufzunehmen, wie es ein Teil der Sozialisten wünschte." Auf dem Parteikongreß der SFIO vom 14. bis 17. August erhielt ein von Daniel Mayer und Robert Verdier eingebrachter Entschließungsantrag, der jede gemeinsame Aktion mit den Kommunisten zum gegenwärtigen Zeitpunkt ablehnte, 2002 Mandate; der mit 2423 Mandaten siegreiche Gegenantrag Guy Mollets ließ die Koalitionsfrage zwar offen; aber Mollet selbst hatte vor dem SFIO-Nationalrat vom 6. Juli zu verstehen gegeben, daß die kommunistische Intransigenz „gegenwärtig eine Rückkehr der PCF in die Regierung unmöglich macht". Die Sorge um raschen Erhalt der amerikanischen Hilfsgelder und Beginn des europäischen Wiederaufbauprogramms zur Überwindung der Wirtschaftskrise hatte bei den Sozialisten die Furcht vor der Unpopularität einer Mitte-Links-Regierung neutralisiert; am 18. Juli mußte folglich Duclos im Politischen Büro der PCF konstatieren, „daß die Streiks am toten Punkt angelangt sind, und daß man nicht mehr auf die soziale Agitation als Mittel zum Sturz der Regierung rechnen darf"[98].

Duclos (Anm. 7), S. 210–216; Thorez 23. 7. 1947 vor der britischen und amerikanischen Presse in Paris in L'Humanité 24. 7. 1947; im Sinne gleichlautend eine Resolution des Zentralkomitees auf seiner Sitzung in Aubervilliers 4. 9. 1947, L'Humanité 15. 9. 1947. – Hauptadressat der Beschwörungen war die französische Regierung: „Monsieur Bidault (...) vous risquez d'entrainer la France à nouveau à l'abîme, par aveuglement antisoviétique, par anticommunisme", so etwa M. Magnien, Vers l'abîme par anticommunisme, L'Humanité 1. 8. 1947; vgl. auch das Kommuniqué des Politischen Büros vom 3. 7. 1947, L'Humanité 4. 7. 1947.

[97] In der Sitzung des Politischen Büros vom 18. 7. 1947 kündigte Duclos „instructions prochaines de Moscou au sujet de l'organisation européenne" an; Ende Juli erklärten Thorez und Duclos, „que l'U. R. S. S. n'a pas donné de directives au Belges, à la France et à l'Italie, alors qu'elle avait promis des arguments et des thèmes de propagande. Il faut attendre, mais aussi provoquer ces instructions pour fixer l'attitude du Parti communiste." Auriol (Anm. 7), S. 358 u. 379.

[98] Auriol (Anm. 7), S. 323; Bulletin intérieur du Parti Socialiste Nr. 20, Mai–Juni 1947, Con-

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Galt die Absage der SFIO an die Kommunisten im Sommer 1947 als vorläufig, mit der Betonung der Perspektive einer baldigen Überwindung der Krise, so wurde sie durch die Kominform-Gründung definitiv. Nach langem Zögern hatte sich die sowjetische Führung entschlossen, der amerikanischen Eindämmungspolitik mit einem Kurswechsel der westeuropäischen Kommunisten von der Stabilisierungsstrategie zu einer Oppositions- und Obstruktionsstrategie zu begegnen. In Szlarska Poreba erfuhren Jacques Duclos und Etienne Fajon – Thorez hatte sich der Konferenz entziehen können –, daß es der amerikanische Imperialismus gewesen sei, der die PCF aus der Regierung vertrieben habe, daß Frankreich hinfort dem imperialistischen Lager zuzuordnen sei, und daß die PCF folglich einen rückhaltlosen Kampf „gegen die Hauptkräfte des imperialistischen Lagers, gegen den amerikanischen Imperialismus, gegen seine britischen und französischen Alliierten, gegen die rechtsgerichteten Sozialisten" führen müsse. Die Sozialisten, bisher als Verbündete in der Volksfronttaktik geschätzt, galten nun als „treue Komplizen der Imperialisten", deren Funktion es sei, „die wahre Räubernatur der imperialistischen Politik unter der Maske der Demokratie und der sozialistischen Phraseologie zu verbergen"; ihre Entlarvung wurde somit zu einer Hauptaufgabe der Kommunisten. Statt als Regierungspartei für den Wiederaufbau des Landes zu sorgen, galt es nun, mit allen Mitteln das Gelingen des Marshall-Plans zu verhindern. Den Preis für den radikalen Kurswechsel der sowjetischen Westeuropapolitik mußten die französischen und italienischen Kommunisten zahlen: ihnen wurde die alleinige Verantwortung für die bisher verpflichtende und nun als Irrtum deklarierte Stabilisierungsstrategie aufgebürdet. Von den beiden jugoslawischen Delegierten Djilas und Kardelj und vom sowjetischen Delegationsleiter Shdanow wegen des Beharrens auf dem Anspruch einer „Parti de gouvernement" heftig attackiert, mußte sich Duclos zur Selbstkritik durchringen: „Es gab Opportunismus, Legalitarismus und parlamentarische Illusionen. Wir glauben, daß die Situation anders werden kann, wenn wir, um die Regierung zu stürzen, zu den Kommunisten und zur Partei in der Sprache der Wahrheit sprechen."[99] Zunächst zögernd, dann aber um so gründlicher wechselte die PCF auf einen radikalen Konfrontationskurs: Am 2. Oktober griff Thorez die amerikanische Regierung erstmals in öffentlicher Rede direkt an, am 5. veröffentlichte die Humanité die Kominform-Erklärungen, am 22. France nouvelle den Rapport Shdanows, am 30. bekannte das Zentralkomitee, „daß es gezögert hat, mit der notwendigen Klarheit die tiefgreifenden Wandlungen zu berücksichtigen, die die internationale Situation

---

seil national 5 et 6 juillet 1947, CRS, zit. nach Quilliot (Anm. 7), S. 246; Politisches Büro a. a. O. (Anm. 97).

[99] Vgl. den Bericht von Reale (Anm. 14), sowie ders., The Founding of the Cominform, in: Milorad M. Drachkovitch/Branko Lazitch (Hrsg.), The Comintern, Historical Highlights, New York 1966. – Zitate aus dem Schlußkommuniqué der Konferenz in Prawda Nr. 263 vom 5. 10. 1947, deutsche Übersetzung in: Boris Meissner (Hrsg.), Das Ostpakt-System, Frankfurt/Berlin 1955, S. 97–99; sowie aus Reale (Anm. 14), S. 163.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erfahren hat", und daß „unser Kampf gegen die amerikanische Partei in Frankreich nicht mit der nötigen Anstrengung geführt worden ist"; vom 17. November bis 9. Dezember engagierte sich die Partei in einer Welle von heftigen Streiks, Sabotageakten, Tumulten in der Nationalversammlung[100]. Die allzu lang angestaute Erbitterung der Arbeiterschaft über ihre soziale Lage traf sich nun mit dem Willen der Sowjetführung zur Entfesselung heftiger Unruhen in Westeuropa; die nationale und die internationale Dimension des französischen Kommunismus stimmten wieder überein, freilich um den Preis der Selbstisolierung der PCF.

Die Sozialisten interpretierten den kommunistischen Kurswechsel nicht nur als „eine Kriegserklärung an die Sozialdemokratie im allgemeinen und an die SFIO im besonderen" (Blum), sondern als Versuch, auf insurrektionellem Wege die Macht zu ergreifen, um ganz Europa in den sowjetischen Hegemoniebereich einzubeziehen. „Ihr Ziel ist die Machtergreifung, die Diktatur der kommunistischen Partei" (Auriol). Die Abwehr der kommunistischen Gefahr wurde damit zum vorrangigen Ziel der SFIO-Politik, die PCF zum Hauptgegner, alle nichtkommunistischen Parteien dagegen zu potentiellen Bündnispartnern. Auf dem SFIO-Nationalrat vom 16. und 17. Dezember 1947 plädierte niemand mehr für eine Rückkehr der Kommunisten in die Regierung und nur noch eine kleine Minderheit des radikalen Flügels (Rimbert, Rous, Boutbien) für die Aufkündigung der Koalition mit den bürgerlichen Parteien; für die überwiegende Mehrheit der Partei stand die Unausweichlichkeit der „Dritte-Kraft"-Koalition aller nichtkommunistischen und nichtgaullistischen Parteien fest[101]. Fortan trennte der Kalte Krieg die PCF von den übrigen Parteien Frankreichs.

VI

Im Ergebnis korrigieren die Vorgänge, die 1947 zum Abgang der französischen Kommunisten in die Opposition geführt haben, sowohl die Grundthese der „traditionellen" Schule der Historiographie des Kalten Krieges, es habe nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine Expansion des sowjetischen Machtbereiches bis nach Westeuropa gedroht, als auch die Grundthese der „revisionistischen" Schule,

---

[100] L'Humanité 3., 5. u. 31. 10. 1947, France nouvelle 22. 10. 1947; zur Streikwelle vom November 1947: AP 1947, S. 222–226, 229–231, 243–245; Fauvet (Anm. 3), S. 204–211; zur Interpretation auch Gallissot (Anm. 43), S. 72–74.

[101] Léon Blum, Motion pour un Congrès extraordinaire, Oeuvre Bd. VII, S. 108–113; Auriol (Anm. 7), S. 463; Conseil national 16/17 décembre 1947, CRS. – Auriol hatte schon am 2. 9. gemeint, daß es der PCF darum gehe, „de conquérir comme en Hongrie le pouvoir, d'organiser l'Europe sous la direction de l'Union soviétique", damals aber noch dazu bemerken müssen: „Et le Parti socialiste ne dit rien" (ebda. S. 429). Erst nach der Kominform-Gründung wurde die kommunistische Politik auch von der Mehrheit der SFIO als „lutte ouverte contre les démocraties occidentales" verstanden (Erklärung des Generalsekretariats der SFIO, Le Populaire 7. 10. 1947).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allein die Expansion des amerikanischen Kapitalismus nach Europa sei für den Konflikt konstitutiv gewesen[102]. Tatsächlich, soviel wird aus dem Verhalten von USA und UdSSR gegenüber den Kommunisten in einem westeuropäischen Hauptland[103] deutlich, glaubten sich beide Weltmächte bei Kriegsende in bezug auf Europa in einem Sicherheitsdilemma zu befinden: Die amerikanischen Führungsschichten, zur Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums ihres Landes auf die europäische Region als Absatzmarkt und Handelspartner angewiesen, befürchteten in Erinnerung an die Weltwirtschaftskrise einen Zusammenbruch der europäischen Nationalwirtschaften, die Ausnützung der damit entstehenden Krisensituation durch die Kommunisten und damit langfristig eine Stärkung der sowjetischen Position auch in Westeuropa[104]; die Sowjetführung, zum Erhalt ihrer Mobilisierungsdiktatur auf nichtaggressive europäische Nachbarn und Abschirmung von äußeren Einflüssen angewiesen, fürchtete in Erinnerung an Brest-Litowsk langfristig eine Einkreisung durch den angelsächsischen Kapitalismus. Als Inkubationsphase[105] des Kalten Krieges läßt sich demnach jener Zeitraum definieren, in dem die beiden Weltmächte darum rangen, die Länder der kontinentaleuropäischen Region nicht dem Machtblock der jeweiligen Gegenseite zufallen zu lassen, ohne daß diese Machtblöcke in Europa schon Realität waren. Sie begann mit den großen Kriegskonferenzen von 1943/44 und endete um die Jahreswende von 1947

---

[102] Sie bestätigen dagegen die – freilich noch näher auszuarbeitende – Skizze des Ost-West-Konflikts, die die Vertreter der „realistischen" Schule vorgelegt haben. – Vgl. zur traditionellen These Herbert Feis, From Trust to Terror (Anm. 3), zur revisionistischen Joyce and Gabriel Kolko, The Limits of Power, The World and United States Foreign Policy, 1945–1954, New York 1972, zur realistischen Adam B. Ulam, The Rivals, America and Russia since World War II, New York 1971[1] London 1974[2]; zur Einführung in den Diskussionsstand Wilfried Loth, Der „Kalte Krieg" in deutscher Sicht, in: Deutschland-Archiv 9 (1976), S. 204–213, ferner Marco Attherr, Les origines de la guerre froide, Un essai d'historiographie, in: Relations internationales 1977, Nr. 9, S. 69–81.

[103] Was von der Zielsetzung der kommunistischen Regierungsbeteiligung in Belgien und vor allem in Italien sowie von den Vorgängen, die dort zum Verweis der Kommunisten in die Opposition geführt haben, bekannt ist, bestätigt die am Beispiel Frankreich gewonnenen Ergebnisse; vgl. Willem Verkade, Democratic parties in the Low Countries and Germany, Leiden 1965, S. 212; H. Hamrin, Between Bolshevism and Revisionism, The Italian Communist Party 1944–1947, Stockholm 1975; und Paolo Spriano, Storia di P. C. I., Bd. 5, Turin 1976 (unter Verwendung ungedruckten Archivmaterials, allerdings vom kommunistischen Standpunkt aus und nur bis April 1945 reichend); freilich wären Parallel-Untersuchungen zu der vorliegenden Arbeit wünschenswert.

[104] Gewiß stellte die Truman-Administration dem Kongreß und der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber, um die nötigen Gelder für die Marshallplan-Hilfe zu erhalten, die kommunistische Gefahr in Europa bedrohlicher dar, als sie in ihren Augen tatsächlich war (vgl. etwa bei Anm. 92), doch ist daraus nicht mit Kolko (Anm. 102), S. 376–379, zu schließen, diese Furcht habe überhaupt nicht bestanden: tatsächlich bliebe dann das seit 1945 konstante Drängen der USA auf Eliminierung der Kommunisten in Frankreich unerklärlich.

[105] Den Begriff prägte Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970[1], Frankfurt/Berlin/Wien 1973[2], S. 20.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf 1948, nachdem die Weltmächte mit der Lancierung des Marshall-Plans bzw. der Kominform-Politik noch einmal zwei großangelegte Versuche unternommen hatten, die vermutete Machtausdehnung des Gegenspielers in ein sich noch nicht als „Westen" verstehendes Westeuropa und ein noch relativ offenes Osteuropa zu verhindern.

Daß der Inkubationsphase seit 1948 eine Konfrontationsphase folgte, in der sich in Europa zwei Machtblöcke direkt gegenüberstanden, war im wesentlichen einer wechselseitigen Überschätzung der Stärke des jeweiligen Gegenspielers zu verdanken. Die Planer im amerikanischen State Department kompensierten das Wissen um die momentane ökonomische und atomare Überlegenheit der USA mit tiefem Pessimismus hinsichtlich der Zukunftschancen des liberal-kapitalistischen Systems in Europa; in ihrer Sorge, „daß die Kommunisten die europäische Krise ausbeuten und daß weitere kommunistische Erfolge auch die amerikanische Sicherheit gefährden könnten"[106], übersahen sie, daß die Kommunisten in Westeuropa gerade nicht auf ein wirtschaftliches und soziales Chaos setzten, sondern im Gegenteil um eine rasche Stabilisierung ihrer Länder bemüht waren, und übersahen sie erst recht, daß der kommunistischen Macht in Westeuropa gerade deshalb Grenzen gesetzt waren und ihr tatsächlicher Einfluß seit 1944 konstant zurückging. Indem sie die Kommunisten als Partner für die Überwindung des europäischen Chaos verkannten, verstärkten sie den Argwohn Stalins und seiner Berater, die wirtschaftliche Expansion der USA nach Europa werde notwendigerweise imperialistischen Charakter annehmen und sich offensiv gegen das sowjetische System richten. Indem die Sowjetführung ihrerseits den intentional defensiven Charakter der Eindämmungspolitik verkannte und nach offensichtlichen Meinungsverschiedenheiten über die richtige Antwort auf die amerikanische Initiative vom Frühjahr 1947[107] die Stabilisierungsstrategie durch eine Obstruktionsstrategie ersetzte, ließ sie die zunächst nur in den USA verbreitete Furcht vor einer sowjetischen Expansion auch nach Westeuropa übergreifen[108], wo sie verständlicherweise eine weitaus

---

[106] So die Formulierung des für die Erarbeitung des Marshall-Plans grundlegenden Memorandums einer Planungsgruppe des State Department unter der Leitung von George F. Kennan; Policy with respect to american aid to Western Europe, May 23, 1947, FRUS 1944, Bd. 3, Washington 1974, S. 224–230, hier S. 225. – Vgl. zur Eindämmungspolitik grundlegend Ernst-Otto Czempiel, Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949, Berlin 1966; zum Krisenbewußtsein führender US-Politiker Lloyd C. Gardner, Architects of illusion, Men and Ideas in American Foreign Policy, 1941-1949, Chicago 1970.

[107] Das vergebliche Warten der PCF auf neue Direktiven während des Sommers 1947 (vgl. Anm. 97) bestätigt die Beobachtung, daß die sowjetische Ablehnung des Marshall-Plans bei Molotows Ankunft in Paris noch keineswegs entschieden war, und daß die Sowjetführung auch nach der von Stalin verfügten Absage Zeit brauchte, eine neue Strategie zu entwikkeln; vgl. Adam B. Ulam, Expansion and Coexistence, The History of Soviet Foreign Policy, 1917–1967, New York – Washington 1968, S. 432–435.

[108] Vgl. zu den Auswirkungen dieser Furcht auf die Zielvorstellungen und Erwartungshaltungen französischer Politik Hänsch (Anm. 5), S. 104–129, 189–196.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

existentiellere Dimension annehmen mußte. Im Sinne einer „self fulfilling prophecy" führte die wechselseitige Furcht dann ab Ende 1947 dazu, daß die Blockbildung Realität wurde.[109]

Zum eigentlichen Opfer der zunächst nur vermuteten und dann tatsächlichen Konfrontation – nicht, wie die „revisionistische" Interpretation behauptet, zum Opfer des amerikanischen Vordringens – wurde die westeuropäische Linke, genauer: jene politischen Kräfte in Westeuropa, die entschieden auf eine Überwindung des kapitalistischen Systems drängten. In Frankreich wurden die nationalen emanzipatorischen Kräfte der PCF durch die Stabilisierungsstrategie neutralisiert, die SFIO wurde durch die zunächst von den Kommunisten erzwungene und dann durch die weltpolitische Konfrontation definitiv gewordene Trennung von den Kommunisten geschwächt, die PCF schließlich geriet durch den pseudorevolutionären Kominform-Kurs in die Isolation. Die Entlassung der PCF-Minister, tatsächlich eine Folge der durch ihre internationale Mission bedingten inneren Schwäche der kommunistischen Bewegung, wurde jetzt von den Kommunisten als Folge der Stärke des amerikanischen Imperialismus interpretiert, und jene Kräfte, die sich nun als „Westen" zu begreifen lernten, feierten sie als ihren ersten Sieg. Insofern der Kalte Krieg auch und wesentlich auf der Ebene imaginärer Befürchtungen und symbolischer Handlungen geführt wurde, erwies sich die Entlassungskrise vom Mai 1947 damit nicht als Folge der offenen Austragung des Kalten Krieges, sondern als eine ihrer Ursachen.

---

[109] Dazu näher Wilfried Loth, Kalter Krieg, in: Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch internationaler Politik, Opladen 1977, S. 180-185.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

PETER D. STACHURA

DER KRITISCHE WENDEPUNKT? DIE NSDAP UND DIE REICHSTAGSWAHLEN VOM 20. MAI 1928

Die Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus hat mittlerweile bestimmte Daten schon fast allgemein als Marksteine in der Entwicklung der NS-Bewegung anerkannt. Offenkundige Beispiele sind der Münchener Putsch vom 9. November 1923, Adolf Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, der sogenannte Röhmputsch vom 30. Juni 1934, der Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944[1]. Diese Daten und Ereignisse wurden entweder als Beginn oder als Abschluß verschiedener Phasen in der Geschichte des Nationalsozialismus – in der Entfaltung seines Wesens und im Ablauf seines Geschicks – interpretiert. Was aber ausgesprochene „Wendepunkte" in der Entwicklung des Nationalsozialismus angeht, so hat die ständig zunehmende Literatur zum Gegenstand noch recht wenig dazu beigetragen, die erheblichen Unterschiede zwischen den in der Forschung vertretenen Standpunkten zu reduzieren. Im Hinblick auf die „Kampfzeit" galten Interesse und Diskussion nicht zuletzt der Frage, ob und wann die NSDAP eine „Wendung nach rechts" vollzog. Mehrere Zeitpunkte, meist zwischen 1925 und 1930 liegend, sind genannt worden, an denen sich die Partei auf Hitlers Geheiß darauf eingestellt habe, nicht mehr in erster Linie um die Industriearbeiter zu werben, sondern vor allem um die breiten Schichten des Mittelstands und der Bauern wie um die Oberklasse. Zu einer bestimmten Zeit in den zwanziger Jahren, so wurde das Problem dargestellt, habe die NSDAP aufgehört, eine wesentlich „sozialistische" und Arbeiterpartei zu sein, und sich in eine prononcierter konservative, nationalistische, antisemitische Bewegung des Bürgertums verwandelt[2]. Die Umorientierung habe weitreichende or-

---

Herrn Professor Volker R. Berghahn, der eine frühere Fassung dieses Aufsatzes gelesen und eine Reihe hilfreicher Anregungen gegeben hat, schulde ich Dank.

[1] Vgl. hierzu M. Broszat, Der Staat Hitlers, Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969; A. Schweitzer, Big Business in the Third Reich, Bloomington 1964; T. W. Mason, Some Origins of the Second World War, in: Past and Present 29 (1964, S. 67–87; M. Funke, 6. März 1936 – Studie zum außenpolitischen Führungsstil Hitlers, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage der Wochenzeitung Das Parlament, 3. Oktober 1970, S. 3–34; W. Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 184–203; B. H. Klein, Germany's Economic Preparations for War, Cambridge, Mass., 1959.

[2] Einige der Autoren, die sich mit der Geschichte der NSDAP vor 1933 beschäftigt haben, nehmen an, daß sich Hitler schon in dieser frühen Phase endgültig gegen den Sozialismus entschieden habe, z. B. G. Franz-Willing, Die Hitler-Bewegung, Der Ursprung 1919–1922, Hamburg 1962, S. 103 ff. Auch Werner Maser (Die Frühgeschichte der NSDAP, Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt 1965, S. 339) sieht bereits im März 1922 Anzeichen dafür, daß die

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ganisatorische, propagandistische und politische Rückwirkungen auf die Partei ge-

---

NSDAP sich damals auf einen Rechtskurs festgelegt und sich danach zur Avantgarde der ruinierten Mittelschichten entwickelt habe. Hanns H. Hoffmann (Der Hitlerputsch, Krisenjahre deutscher Geschichte 1920–1924, München 1961, S. 65 ff.) ist überzeugt, daß jene Transformation im Laufe des Jahres 1923 stattgefunden hat, während H. J. Gordon (Hitler and the Beer Hall Putsch, Princeton 1972, S. 82) die NSDAP jener Jahre noch als ein heterogenes Gebilde mit Mitgliedern aus allen Klassen und Berufen sieht. Reinhard Kühnl (Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim 1966, S. 62) legt den entscheidenden Wendepunkt in das Jahr 1926, in dem Hitler versucht habe, Verbindungen zu Monarchisten, Konservativen und Industriellen anzuknüpfen. Auch George Hallgarten (Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt/Main 1955, S. 89 ff.) betont die Bedeutung solcher Verbindungen.

Manche Historiker vertreten die Auffassung, daß eine grundlegende Umorientierung Ende 1927 oder Anfang 1928 geschehen sei, so vor allem Albrecht Tyrell, Führer befiehl . . ., Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit" der NSDAP, Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, und Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party 1919–1933, Pittsburgh 1969. Nach Tyrell (S. 150) hat Hitler schon im Winter 1927 dem Versuch abgeschworen, eine größere Zahl von Arbeitern unter seinen Fahnen zu sammeln, und am 27. November 1927 auf einer Führertagung in Weimar seine Absicht umrissen, den Schwerpunkt der Parteipropaganda künftig auf die Gewinnung von Mittelschichten zu legen, einschließlich der Bauern, der Wirtschaft und der Wehrverbände (S. 188, 220). Orlow weist zunächst den „städtischen Plan" nach, demzufolge die NSDAP zwischen 1925 und 1927 ihre Anstrengungen auf städtische Gebiete konzentrierte, um das Industrieproletariat zu gewinnen (S. 87 ff.), stellt dann aber fest (S. 120), daß diese Politik sich bis Ende 1927 als Fehlschlag erwiesen habe: „Im Herbst 1927 hatte Hitler anscheinend jede Hoffnung aufgegeben, der deutsche Mussolini zu werden. Daß es nicht gelang, die Arbeiter zu gewinnen, . . . überzeugte ihn offenbar davon, daß ihm die Macht nie gehören würde, wenn er nicht den verabscheuten deutschen Spießbürger gewann und integrierte." Orlow fährt fort (S. 304): „Gegen Ende 1927 kam Hitler zu dem Schluß, daß die Geschichte die Einsetzung des ländlich-nationalistischen Konzepts erfordere."

Eine große Gruppe von Historikern hat sich für das Jahr 1929 als wahrscheinlichsten Wendepunkt entschieden. Karl Dietrich Brachers Feststellung (Die deutsche Diktatur, Köln 1969, S. 172), jenes Jahr bezeichne den nationalsozialistischen Angriff auf den Mittelstand, wird von Alan Bullock (Hitler, Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1967, S. 113) und Martin Broszat (Der Nationalsozialismus, Stuttgart 1960, S. 52 ff.) geteilt. Bullock schreibt ferner (S. 130), 1929 konnte „Hitler auf das wachsende Interesse und die zunehmende Förderung von seiten derjenigen rechnen, die wie Kirdorf bereit waren, Geld in die nationalistische, antidemokratische und antigewerkschaftliche Politik zu stecken". Detlev Grieswelle (Propaganda der Friedlosigkeit, Eine Studie zu Hitlers Rhetorik 1920–1933, Stuttgart 1972, S. 140) meint, der Wandel habe im Sommer 1929 stattgefunden, als die NSDAP sich der Kampagne gegen den Young-Plan anschloß. Von den Vertretern dieser Schule hat sich jedoch nur Joseph Nyomarkay (Charisma and Factionalism in the Nazi Party, Minneapolis 1967, S. 91 ff.) ausführlicher zu dem Problem geäußert. Er vertritt die Auffassung, die 1929 beginnende Wirtschaftskrise und ihre politischen Folgen hätten Hitler veranlaßt, die „entschieden sozialistische Orientierung" (S. 91) aufzugeben, die seine Partei seit 1925 charakterisiert habe. Gerhard Schulz (Aufstieg des Nationalsozialismus, Krise und Revolution in Deutschland, Berlin 1975) und Joachim Fest (Hitler, Eine Biographie, Berlin 1973) steuern in ihren letzten Werken bedauerlicherweise keine neuen Argumente zu der Debatte bei.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

habt, auch gebe es einen engen Zusammenhang zwischen ihr und den erstaunlichen Wahlerfolgen der NSDAP während der letzten Jahre der Weimarer Republik.

Die folgenden Bemerkungen werden im Meinungsstreit um diese kontroverse Frage wohl nicht den Ausschlag geben können, doch sind sie als Beitrag zur Klärung des Problems gedacht, indem sie sich zunächst um eine Einschätzung der Mitte der zwanziger Jahre dominierenden Tendenzen in der Entwicklung der NSDAP bemühen und dann die These zu belegen suchen, daß der kritische Wendepunkt unmittelbar nach den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 eintrat, als Hitler gezwungen war, seine politische Situation grundlegend zu überprüfen.

I

Als sich die NSDAP im Jahre 1925 wieder formierte, wurden die mit der Schaffung einer leistungsfähigen organisatorischen und administrativen Struktur verbundenen Probleme durch Hitlers Entschlossenheit zur Durchsetzung seiner Autorität über die Bewegung kompliziert. Die drängendste Schwierigkeit in dieser Hinsicht war die Auseinandersetzung mit dem widerspenstigen norddeutschen Parteiflügel. Bis zum Frühsommer des folgenden Jahres war die nationalsozialistische Bewegung vornehmlich damit beschäftigt, das eigene Haus in Ordnung zu bringen und die rivalisierenden Gruppen zu versöhnen, in die sie sich im November 1923 aufgesplittert hatte.

Im Rahmen unserer Untersuchung sind die Gründe und der Umfang des ideologischen Konflikts, der deutlich in Erscheinung trat, von besonderer Bedeutung. Der Streit drehte sich um die Frage des „Sozialismus", d. h. er entwickelte sich zwischen jenen Parteimitgliedern, die aufrichtig an die sozialistischen Inhalte des Parteiprogramms von 1920 glaubten[3], und den Nationalsozialisten, die Nationalismus und Antisemitismus akzentuieren wollten[4]. Aus dem ideologischen Zusammenstoß ergab sich eine Kontroverse über die Taktik der Partei[5]. Die „Sozia-

[3] Punkte 5, 7, 8, 10–15, 18, 20, 21. Vgl. G. Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, München 1931. Die Vorstellungen der Brüder Straßer über einen faschistisch-korporativen Staat waren in einem Programmentwurf enthalten, den Gregor im Januar 1926 einer Tagung der „Arbeitsgemeinschaft der Nord- und Westdeutschen Gauleiter" vorlegte; vgl. R. Kühnl, Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken, Das Straßer-Programm von 1925/26, in dieser Zeitschrift 14 (1966), S. 317-333. Zur Geschichte der Arbeitsgemeinschaft vgl. G. Schildt, Die Arbeitsgemeinschaft Nordwest, Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26, Diss. Freiburg 1964.

[4] A. Krebs, der von 1926 bis 1928 Gauleiter von Hamburg war, bezeichnete diese Gruppe als den „nationalreaktionären Flügel" der NSDAP (Tendenzen und Gestalten der NSDAP, Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 73).

[5] Zu den Streitpunkten gehörten: Sozialismus oder Nationalismus; parlamentarische Methoden oder gewalttätiger Aktivismus; Ost- oder Westorientierung der deutschen Außenpolitik; Politik für die Arbeiterklasse oder nicht; die Debatte über das Parteiprogramm von 1920; geographische und organisatorische Unterschiede zwischen Nord- und Südflügel; das

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

listen", die sich um Gregor und Otto Straßer im Norden gesammelt hatten[6] und zu denen so wichtige Figuren wie Josef Goebbels, Karl Kaufmann und Bernhard Rust gehörten, vertraten die Auffassung, die NSDAP solle sich vor allem an die Industriearbeiter wenden. Die Partei müsse sich, so meinten sie, bemühen, das Proletariat mit Nationalbewußtsein – statt des Klassenbewußtseins – zu erfüllen; Basis ihrer Entwicklung habe eine sowohl nationalistische wie sozialistische Organisation zu sein[7]. Dieser Konzeption opponierte die süddeutsche Gruppe, die sich mit mehr traditionalistischen, konservativen Anschauungen identifizierte und ihre ideologische Führung eher bei Hitler als bei den Brüdern Straßer suchte.

Daß über die Frage, welche Ziele denn die NSDAP tatsächlich vertrat, Verwirrung herrschte, ging nicht zuletzt auf Hitlers ambivalente Einstellung zu ideologischen Problemen zurück. In den Jahren 1925 bis 1928 sah er die verschiedenen Streitereien in der NSDAP zweifellos fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt seiner eigenen Macht, was sich aus seiner neuen Strategie des Aufbaus einer totalitären Massenbewegung im Zeichen charismatischer Führung und des Führerprinzips ergab. Er war bereit, dem „linken Flügel" vorerst außerordentliche Duldsamkeit zu bezeigen, sofern klar war und alle Parteimitglieder anerkannten, daß er ihr unbestrittener Führer sei. Er besaß nie eine ernsthafte Beziehung zum Sozialismus als Ideologie, war er doch davon überzeugt, daß es sich um eine jüdische Erfindung zur inneren Entzweiung der Völker handle. Hitler hatte aber auch keinen Sinn für Arbeiterprobleme, und sein Versuch, die Arbeiter zu gewinnen, war nicht von ideologischer Überzeugung bestimmt, sondern von politisch-taktischer Berechnung. Seine bekannte Verachtung für die Masse ließ keinen Raum für den Ehrgeiz, die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zu bessern; es kam ihm nur darauf an, sie als Mittel zum Zweck im Kampf um die Macht zu gebrauchen[8]. Daher intervenierte er im Nord-Süd-Konflikt allein dann unmittelbar, wenn er fürchtete, der Streit könne sich von ideologischen und taktischen Problemen entfernen und seine Stellung als Führer bedrohen. Zwar ist es sehr unwahrscheinlich, daß irgend jemand daran dachte, Hitlers Position zu untergraben, doch

---

Ausmaß von Hitlers Macht. Diese Problematik ist gut behandelt bei U. Wörtz, Programmatik und Führerprinzip, Das Problem des Straßer-Kreises in der NSDAP, Diss. Erlangen 1966.

6 Eine repräsentative Sammlung der sozialistischen Anschauungen Gregor Straßers in G. Straßer, Kampf um Deutschland, Reden und Aufsätze eines Nationalsozialisten, München 1932. Im Völkischen Beobachter (V. B.) schrieb er am 5. Januar 1926: „... kämpfen wir Nationalsozialisten nicht nur leidenschaftlich für die nationale Freiheit unseres Volkes, sondern auch fanatisch für die soziale Gerechtigkeit, für die Nationalisierung der deutschen Wirtschaft."

7 Vgl. H. Lebovics, Social Conservatism and the Middle Classes in Germany 1914–1933, Princeton 1969, S. 105 ff.

8 Z. B. soll er gesagt haben: „Die Masse der Arbeiter verlangt nichts anderes als ‚panem et circenses'. Sie hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale" (O. Straßer, Hitler und ich, Konstanz 1948, S. 137).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fühlte er sich angegriffen, und vor allem deshalb berief er die berühmte Bamberger Führertagung vom Februar 1926 ein; es ging ihm nicht darum, die ideologischen Fragen zu klären, er wollte lediglich klarstellen, daß er der Führer war. Hitler hatte Erfolg, und kurz danach – vor allem auf der Generalmitgliederversammlung der NSDAP in München im Mai 1926 – erließ er eine Reihe von Direktiven, die deutlich die Zentralisierung der Bewegung unter seiner persönlichen Kontrolle verstärkten[9].

Hitlers Vorgehen hatte jedoch in der Debatte über Ideologie und Taktik der NSDAP keine eindeutige Entscheidung gebracht. Auf dem Bamberger Treffen waren der „Sozialismus" und seine Anhänger nicht geschlagen worden; die Konfusion in dieser Frage sollte noch jahrelang andauern und erst, so kann man sagen, im Juni 1934 definitiv beseitigt werden, als Hitler die Hoffnungen all jener, die eine zweite, soziale Revolution wollten, schließlich erstickte[10]. Vor 1933 hat die NSDAP zu keiner Zeit irgendeines der wesentlichen Elemente ihrer ideologischen Fassade völlig preisgegeben: „Sozialismus", Nationalismus, Antikapitalismus und Rassenhaß – alles blieb Teil ihrer Propaganda. Jedoch verlagerte sich in der Tat das Schwergewicht, was wiederum zu Verschiebungen im taktischen Kampf der Partei um die Gunst der Wähler führte. Als Hitler, angesichts seiner Demütigung im November 1923, zu dem Schluß kam, die neue NSDAP müsse die Macht mit legalen und verfassungsmäßigen Mitteln – statt durch bewaffneten Aufstand – erringen, hatte er sich taktisch darauf einzustellen, daß die NSDAP nun in Parlamentswahlen reüssieren mußte[11]. Obwohl diese Absicht auch auf Gegnerschaft stieß, vor allem in Norddeutschland[12], bestimmte Hitler, daß künftig Wahlen der Maßstab für Erfolg oder Mißerfolg der NSDAP zu sein hätten[13]. Wenn die Partei aber eine Volksbewegung werden und nicht eine elitäre Schar von Revolutionären bleiben sollte, kam sie nicht um die Entscheidung herum, an welche Gesellschaftsschichten sie ihre Botschaft in erster Linie richten wollte. Zwar hat Hitler auf diese

---

[9] D. Orlow, The Conversion of Myths into Political Power: The Case of the Nazi Party, 1925–1926, in: American Historical Review 72 (1967), S. 906 ff. Die Reorganisation der SA gehörte zu diesen Veränderungen, sie sollte von nun an eine politische Organisation sein und mit ihren provozierenden Märschen durch Arbeiterviertel eine wichtige Rolle im Rahmen des „städtischen Plans" spielen; vgl. H. Bennecke, Hitler und die SA, München 1962, S. 127.

[10] Vgl. H. Mau, Die ‚zweite Revolution' – der 30. Juni 1934, in dieser Zeitschrift 1 (1953), S.119-137; H. Bennecke, Die Reichswehr und der ‚Röhmputsch', München 1964; C. Bloch, Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934, Frankfurt 1970.

[11] H. Bennecke, Die Bedeutung des Hitlerputschs für Hitler, in: Politische Studien 13 (1962), S. 685–692. Vgl. auch K. Lüdecke, I Knew Hitler, The Story of a Nazi who Escaped the Blood Purge, London 1938, S. 217 f. – Vor 1923 hatte Hitler eine Wahlbeteiligung der NSDAP ausdrücklich verworfen.

[12] V. B., 21. September 1926. Die „Arbeitsgemeinschaft" hatte sich auf ihrer ersten Tagung in Hagen (Westfalen) am 10. September 1925 gegen eine Wahlbeteiligung ausgesprochen.

[13] Im Mai 1926 äußerte er sich erfreut über die Aussicht, die NSDAP in eine Reichstagswahl zu führen; V. B., 26. Mai 1926.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kernfrage nie eine klare Antwort gegeben, doch ist es trotzdem möglich, an den Aktivitäten der NSDAP abzulesen, welche Art von Partei sich während der mittleren Jahre der Weimarer Republik entwickelte.

Trotz Hitlers Abneigung, sich auf eindeutige ideologische Grundsätze festzulegen, wenn man einmal vom Rassismus und vom „Lebensraum" absieht[14], haben seine persönlichen Vorlieben und Abneigungen den Charakter des Nationalsozialismus in der Mitte der zwanziger Jahre naturgemäß doch stärkstens beeinflußt. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang sein offenkundiges antibürgerliches Vorurteil. „Mein Kampf"[15], das in der Haft entstand, als Hitler von der vorgeblichen Feigheit bayerischer Politiker während der Putschepisode tief enttäuscht war, strotzt von ätzenden Sentenzen über die Mittelklassen[16]. Es gibt kaum einen Zweifel daran, daß Hitler diese Antipathie auch noch in den ersten Jahren nach seiner Entlassung aus Landsberg hatte[17]. Überzeugt davon, daß das Bürgertum untauglich zu einer Führungsrolle und unfähig zu einer festen Haltung gegenüber dem Marxismus sei, zog er den Schluß, daß die Basis des Nationalsozialismus nicht die Mittelklasse sein könne; andere Schichten der Gesellschaft versprachen mehr: „Das Reservoir, aus dem die junge Bewegung ihre Anhänger schöpfen soll, wird also in erster Linie die Masse unserer Arbeitnehmer sein. Diese gilt es dem internationalen Wahne zu entreißen, aus ihrer sozialen Not zu befreien, dem kulturellen Elend zu entheben und als geschlossenen, wertvollen, national fühlenden und national sein wollenden Faktor in die Voksgemeinschaft zu überführen."[18]

Nach 1925 hat die NSDAP dementsprechend ernsthaft um die Arbeiterklasse geworben[19], was naturgemäß zur Kollision mit den etablierten Parteien der Linken, SPD und KPD, führte[20] und die Übernahme vieler ihrer Methoden und Sym-

---

[14] E. Jäckel, Hitlers Weltanschauung, Entwurf einer Herrschaft, Tübingen 1969.

[15] Der erste Band erschien am 18. Juli 1925, der zweite am 10. Dezember 1926.

[16] „Unser derzeitiges Bürgertum ist für jede erhabene Aufgabe der Menschheit bereits wertlos geworden, einfach, weil es qualitätslos, zu schlecht ist" (A. Hitler, Mein Kampf, München 1933, S. 451). Ähnlich verächtliche Bemerkungen über das Bürgertum finden sich in „Mein Kampf" häufig.

[17] Die nach 1925 gezeigte Verachtung für den Mittelstand kontrastiert scharf mit der bürgerlichen Identität, die die NSDAP vor dem Novemberputsch angenommen hatte. Am 14. Juli 1923 hatte z. B. der V. B. das Bürgertum als Mittel- und Sammelpunkt der moralischen und wirtschaftlichen Kraft einer Nation gepriesen.

[18] Mein Kampf, S. 374.

[19] Vgl. den interessanten Briefwechsel zwischen Hermann Fobke (NSDAP Göttingen) und dem völkischen Führer Adalbert Volck im Februar 1925; Bundesarchiv (BA), Akte Nationalsozialismus (NS) L 26/899.

[20] Die NS-Propaganda nützte den Übertritt ehemaliger KPD- und SPD-Mitglieder zur NSDAP weidlich aus. Einer der Überläufer, Hermann Friedrich, erklärte seine Entfremdung von den Linksparteien in einer weitverbreiteten Broschüre mit dem Titel „Vom Sowjetstern zum Hakenkreuz – Warum?" (Karlsruhe 1928); Teile seiner Korrespondenz in: BA, Akte NS 26/166. Der V. B. brachte oft überaus schlichte Zeugnisse von Arbeitern und rühm-

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bole im Kampf um die Stimmen zur Folge hatte[21]. Daher hat Hitler zwischen 1925 und 1928 den rechtsgerichteten Mittelschichten ständig ihre reservierte und elitäre Haltung vorgeworfen und wiederholt daran erinnert, daß die Zukunft der NSDAP bei den Arbeitern liege, die nichts zu verlieren hätten, wenn sie sich am politischen Streit beteiligten[22]. Um zu unterstreichen, wie ernst es ihm damit sei, ordnete Hitler 1925 an, alle Verbindungen zwischen der NSDAP und überwiegend bürgerlichen paramilitärischen und völkischen Gruppen abzubrechen, was natürlich auch die Unabhängigkeit der Partei und ihre Festlegung auf den Legalitätskurs sicherte[23]. Die nationalsozialistische Propaganda spiegelte diese Politik wider. Wenn es auch regionale Unterschiede in der Thematik und in der Nuancierung gab, so wurden doch alles in allem Antikapitalismus und „Sozialismus" stärker betont als Nationalismus und Antisemitismus[24]. Das galt besonders für den Norden und Osten Deutschlands, wo noch immer Straßerscher Einfluß mächtig war, während Hitler selbst, der sich seine Manövrierfreiheit bewahren und die Option für eine spätere Annäherung an die Rechte offenhalten wollte, doch darauf bedacht blieb, sich nicht ganz an die Linksorientierung zu binden. Goebbels, der im November 1926 zum Gauleiter von Berlin ernannt wurde, warb dreist und energisch in den nördlichen und östlichen Arbeitervierteln der Stadt, wo Parteimitglieder von ihren linken Gegnern bald als „Hitlerproletarier" apostrophiert wurden[25]. Goebbels' Vorgehen, Reden und Schriften sind deutliche Beweise seines

---

te häufig die Stärke der NSDAP in Arbeitervierteln, z. B. am 13. März 1928. Zur Arbeiterfrage vgl. T. W. Mason, National Socialist Policies Towards the German Working Classes 1925–1939, Diss. Oxford 1971, Vol. I. Ferner R. Saage, Antisozialismus, Mittelstand und NSDAP in der Weimarer Republik, in: Internationale Wiss. Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) 11 (1975), S. 146–177; A. Leppert-Fögen, Der Mittelstandssozialismus der NSDAP, in: Frankfurter Hefte 29 (1974), S. 656–666; und, konzeptionell problematisch, M. H. Kele, Nazis and Workers, National Socialist Appeals to German Labor 1919–1933, Chapel Hill 1972. Zur Kritik an Kele siehe H. Katz, Arbeiter, Mittelklasse und die NSDAP, Randbemerkungen zu zwei amerikanischen Studien, in: IWK 10 (1974), S. 300–304.

[21] H. A. Jacobsen u. W. Jochmann (Hrsg.), Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bielefeld 1961, S. 51 f.

[22] Diese Politik brachte der NSDAP den scharfen Tadel völkischer Führer ein. So hat Albrecht v. Graefe Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP), Hitler im Juni 1925 kritisiert, weil dieser die Arbeiter zur einzig wichtigen Kraft der völkischen Bewegung machen wolle. Trotzdem traf Hitler, wenn es ihm gerade paßte, gelegentlich Wahlabsprachen mit völkischen Gruppen; Broszat, Der Nationalsozialismus, S. 31 f.

[23] Im Januar 1927 teilte Karl Kaufmann, damals Gauleiter des Gaues Ruhr, der Reichsleitung mit: „. . . wir jedenfalls hier im Industriegebiet des Westens stehen in schwerstem Kampf . . . gegen die ‚vaterländischen Verbände'" (BA, Sammlung Schumacher, Ordner 203). Am 5. Februar 1927 erklärte Hitler abermals, daß NSDAP-Mitglieder Mitglieder anderer rechtsgerichteter politischer Organisationen oder von Wehrverbänden sein dürften (BA, Sammlung Schumacher, Ordner 375).

[24] J. Nyomarkay, a. a. O., S. 93.

[25] M. Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27, in dieser Zeitschrift 8 (1960), S. 91.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Radikalismus[26], und mit seiner Propagierung von Antikapitalismus, Sozialismus und deutsch-russischer Freundschaft, mit seinem verächtlichen Abscheu vor allem Bürgerlichen[27], präsentierte er sich in der Gestalt eines Nationalbolschewiken[28]. Er war sicher, daß die Gewinnung des Proletariats die entscheidende Voraussetzung für den politischen Erfolg der NSDAP darstellte[29], wenn das auch in Berlin und anderen Städten zu einer scharfen und gewaltsamen Konfrontation mit den Sozialisten und Kommunisten führte[30], die glaubten, sie hätten es mit einem

---

[26] Beispiele finden sich in H. Heiber (Hrsg.), Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26, Stuttgart 1961, S. 27, 36, 37, 42–48, 53, 56, 59; J. Goebbels, Die zweite Revolution, Briefe an Zeitgenossen, Zwickau 1926, S. 18, 19, 55 ff.; J. Goebbels, Der Nazi-Sozi, Fragen und Antworten für den Nationalsozialisten, Elberfeld 1927, S. 4, 11; J. Goebbels, Kampf um Berlin, München 1932, S. 17, 18, 26, 81, 98, 109, 118, 127; J. Goebbels, Lenin oder Hitler? Eine Rede, Zwickau 1926. Die „NS-Briefe", die Goebbels von Oktober 1925 bis Mai 1927 redigierte, enthalten auch seine Artikel. Vgl. dazu H. Heiber, Joseph Goebbels, Berlin 1962, und E. Bramsted, Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925-1945 (Frankfurt/M.1971).

[27] Z. B.: „Warum kann dieser Bourgeois nicht mit uns? Er klebt am Leben und an seinem kleinen Besitz. Er steht seit Jahren in der Verteidigung und wird nie den Mut und die Energie zum Angriff finden. Er ist nur ein Hindernis für uns" (Die zweite Revolution, S. 18).

[28] Der Nationalbolschewismus wird in mehreren Arbeiten erörtert, z. B. K. O. Paetel, Versuchung oder Chance? – Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus, Göttingen 1965; A. Mohler, Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932, Darmstadt 1972; A. Ascher/G. Lewy, National Bolschevism in Weimar Germany, in: Social Research 23 (1956); K. v. Klemperer, Towards a Fourth Reich? The History of National Bolschevism in Germany, in: Review of Politics 13 (1951). Vgl. auch F. Kabermann, Widerstand und Entscheidung eines deutschen Revolutionärs, Leben und Denken von Ernst Niekisch, Köln 1973; A. T. Carey, Ernst Niekisch and National Bolschevism in Weimar Germany, Diss. Rochester (USA) 1972.

[29] J. Goebbels, Der Glaube an das Proletariat, in: Die zweite Revolution, S. 55–58. An anderer Stelle (Kampf um Berlin, S. 127) schrieb er, das Ziel der Partei sei die Beherrschung der Straße gewesen; mit der Straße habe die Partei die Massen gewinnen wollen und am Ende dieses Weges die politische Macht.

[30] Als er im März 1927 an einen NS-Sympathisanten in London schrieb, betonte Hess, daß die Partei im Ruhrgebiet mit am erfolgreichsten sei und daß in den Großstädten aktive Elemente der Linken oft zu den besten und kämpferischsten Mitgliedern der SA würden; er behauptete ferner, zu Hitlers Versammlungen kämen in besonders großer Zahl Arbeiter und Mitglieder der radikalen Linken (G. L. Weinberg, National Socialist Organisation and Foreign Policy Aims in 1927, in: Journal of Modern History 36 [1964], S. 430). Vgl. auch W. Böhnke, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933, Bonn 1974, und D. W. Mühlberger, The Rise of National Socialism in Westphalia 1920–1933, Diss. London 1975. In den „NS-Briefen" proklamierte Goebbels am 15. August 1926 das Ziel, „zwei Dutzend Städte zu unerschütterlichen Bastionen der Bewegung" zu machen. In Hamburg bemühte sich Gauleiter Krebs energisch darum, Arbeiter in die Partei zu holen (Krebs, a. a. O., S. 44–53), und sein Vorgänger, Josef Klant, wollte lieber fünfzig Arbeiter als fünfzig Doktoren gewinnen (W. Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg, Dokumente, Frankfurt 1963).
In der Pfalz stammten zwischen 1925 und 1927 rund 44% der NSDAP-Mitglieder aus der

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

radikalen, linken Konkurrenten zu tun[31].

Die literarischen Produkte der sogenannten „Nazilinken" konnten diese Überzeugung nur bestätigen. Auf Grund einer Initiative Gregor Straßers begannen im Oktober 1925 die „NS-Briefe" zu erscheinen, die sich zu einem der vernehmlichsten Organe der Sozialisten der Partei entwickelten. Der von Otto Straßer geleitete „Kampfverlag" kontrollierte eine Reihe von Zeitungen, darunter die „Berliner Arbeiterzeitung", die den Standpunkt der Sozialisten in Nord- und Mitteldeutschland mit beträchtlicher Wirkung vertraten. Es ist auch bezeichnend, daß vom September 1926 bis zum Dezember 1927 Gregor Straßer als Reichspropagandaleiter der NSDAP fungierte. In Umfang und Qualität übertrafen die Publikationen der nationalsozialistischen Linken die Erzeugnisse des konservativen Flügels im Süden, so daß Zeitgenossen den festen Eindruck gewannen, die NSDAP sei tatsächlich eine revolutionäre proletarische Bewegung[32].

Das Erscheinungsbild bestimmter angeschlossener Organisationen der NSDAP hat diesen Eindruck noch verstärkt. Der Nationalsozialistische Deutsche Studen-

Arbeiterklasse (T. Abel, The Nazi Movement, Why Hitler came to Power, New York 1966, S. 81). In Sachsen gab Gauleiter Martin Mutschmann seinem Gau ebenfalls kräftige proletarische Züge, und für die Jahre 1925 bis 1928 kann das für die Partei in ganz Nord-, Mittel- und Ostdeutschland gesagt werden (E. Deuerlein, Der Aufstieg der NSDAP 1919–1933 in Augenzeugenberichten, Köln 1968, S. 287; D. Grieswelle, a. a. O., S. 139 f.). In Süddeutschland war das meist anders (für die bürgerliche NSDAP in Stuttgart vgl. P. Hüttenberger, Die Gauleiter, Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 14), aber selbst Alfred Rosenberg billigte den arbeiterfreundlichen Kurs; im Januar 1928 charakterisierte er den Nationalsozialismus als „die echte deutsche Bewegung des Arbeitertums" (Kampf um die Macht, Aufsätze von 1921–1932, München, S. 602).

[31] Die Konzentration auf Industriegebiete war vom organisatorischen Gesichtspunkt aus nur logisch, da die NSDAP, wie die meisten politischen Parteien, städtischen Ursprungs war und sich vor 1928 vor allem in Städten entwickelt hatte; selbst in ländlichen Gebieten entstanden die ersten Organisationen stets in den dortigen Städten (R. Heberle, From Democracy to Nazism, A Regional Case Study of Political Parties in Germany, New York 1970, S. 70). In der Propaganda mußte sich daher die städtische Umwelt widerspiegeln. Hitler selbst hat Städte dem Land vorgezogen (E. Hanfstaengl, Hitler, The Missing Years, London 1957, S. 65). Allerdings schienen die Städte auch deshalb die besten Erfolgsaussichten zu bieten, weil etwa im Jahr 1925 rund zwei Drittel der deutschen Bevölkerung von 62,4 Millionen in Städten lebten (A. Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1968, S. 62).

[32] Prominente Mitglieder der Deutsch-völkischen Freiheitspartei wie Wilhelm Kube, Graf Ernst zu Reventlow, Franz Stöhr, Christian Mergenthaler und Ludwig Münchmeyer, die sich 1927 und 1928 der NSDAP anschlossen, vollzogen diesen Wechsel nicht zuletzt deshalb, weil sie glaubten, die NSDAP habe das, was der DVFP fehle, nämlich einen wirklichen Sinn für die „soziale Frage" (O. E. Schüddekopf, Linke Leute von Rechts, Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960, S. 209). Auf der anderen Seite betrachteten Teile des Mittelstands (Handel und Gewerbe) die NSDAP lange als eine verkappte marxistische Partei (H. A. Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln 1972, S. 165). In Braunschweig sah der ganze Mittelstand die NSDAP als eine sozialistische Partei an (E. A. Roloff, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930–1933, Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961, S. 24), und

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tenbund (NSDStB) legte unter seinem Reichsführer Wilhelm Tempel eine revolutionäre Haltung an den Tag[33], und auch die Hitlerjugend (HJ) kam unter den sozialrevolutionären Einfluß ihres Führers Kurt Gruber und trat in eine enge Beziehung zur NS-Linken[34]. Die SA entwickelte bald ebenfalls linke Vorstellungen, was die in ihrem Verhältnis zur NSDAP ohnehin schon spürbare Spannung noch erhöhte[35].

Allerdings bedarf das „sozialistische" Bild, das die NSDAP Mitte der zwanziger Jahre bot, der Modifizierung. Die Partei hielt offiziell daran fest, daß sie keine besonderen wirtschaftlichen oder sonstige partikulare Interessengruppen der deutschen Gesellschaft repräsentiere, vielmehr eine auf breiter Grundlage ruhende Volksbewegung werden wolle. Sprecher der Partei, darunter auch Hitler, erklärten oft genug, daß sie eine Synthese von Nationalismus und Sozialismus wie einen Zusammenschluß von Bürgertum und Proletariat in einer alle umfassenden „Volksgemeinschaft" anstrebten[36]. Dies fand gewöhnlich seinen Ausdruck in der Parole „Arbeiter der Stirn und der Faust vereinigt euch!", die das Verlangen verriet, die traditionelle Klassenideologie zu überwinden. Für eine ehrgeizige Volksbewegung war das nur logisch, brachte aber Widersprüche und Anomalien für das praktische Handeln mit sich. Anfang 1926, als die „sozialistische" Kampagne schon längst angelaufen war, wandte sich Hitler energisch dagegen, daß die NSDAP die von SPD und KPD erhobene Forderung nach der Enteignung des Vermögens der ehemaligen Fürstenhäuser unterstützte. Er mag befürchtet haben, von einigen Angehörigen ehemals regierender Familien finanzielle Zuwendungen zu verlieren[37], wahrscheinlich aber hatte er nicht die geringste Lust, in offener Partnerschaft mit Parteien aufzutreten, denen er die Anhänger abzuwerben hoffte.

---

im nördlichen Niedersachsen griff die DVFP die Nationalsozialisten als Sozialisten und Arbeiterparteiler an (J. Noakes, The Nazi Party in Lower Saxony 1921-1933, Oxford 1971, S. 90).

[33] H. P. Bleuel u. E. Klinnert, Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich, Gütersloh 1968, S. 195 ff. Der Titel des Organs des NSDStB wurde 1927 bezeichnenderweise in „Der junge Revolutionär" geändert, und der Kampfruf des Bundes lautete: „Es lebe die deutsche Arbeiterschaft!" Eine ausgezeichnete Analyse der Ideologie des NSDStB bei M. H. Kater, Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928, Randgruppe zwischen Hitler und Straßer, in dieser Zeitschrift 22 (1974), S. 148 ff.

[34] P. D. Stachura, Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara/Oxford 1975, S. 47 ff.

[35] A. Werner, SA. Wehrverband, Parteitruppe oder Revolutionsarmee? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920–1933, Diss. Erlangen 1964. Vgl. auch P. H. Merkl, Political Violence Under the Swastika, 581 Early Nazis, Princeton 1975.

[36] Beispiele in: Adolf Hitler und seine Bewegung im Lichte neutraler Beobachter und objektiver Gegner, München 1928, S. 45; N. H. Baynes (Hrsg.), The Speeches of Adolf Hitler 1922–1939, Vol. I, Oxford 1942, S. 92, 142; G. Straßer, Bürger oder Proletarier – wen wollen wir?, in: Nationalsozialistisches Jahrbuch 1927, S. 145 ff. Neben anderen machte auch Wilhelm Dreher, ein prominenter NS-Agitator in Württemberg, dieses Konzept in den Jahren 1927 und 1928 zur Grundlage seiner Reden (BA, Akte NS 26/1400).

[37] Konrad Heiden schrieb (Der Führer, London 1967, S. 230), Hitler habe damals 1500 RM pro Monat von der Herzogin von Sachsen-Anhalt bekommen.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus taktischen Gründen kam es unbedingt darauf an, von den hauptsächlichsten Konkurrenten um die Arbeiterklasse unabhängig zu bleiben. Auch sah er in jener Affäre, in der die Parteilinke zur Zusammenarbeit mit SPD und KPD bereit war, eine Herausforderung seiner Rolle als Führer. Er konnte nicht zulassen, daß andere Parteimitglieder, vor allem Gregor Straßer, zuviel Initiative in der Öffentlichkeit entwickelten, da das Rückwirkungen auf die Machtverhältnisse in der Parteispitze haben mochte. Aus Gründen, die mit Ideologie nur wenig zu tun hatten, erhielt so die NSDAP-Fraktion im Reichstag vom Führer die Weisung, am 6. Mai 1926 gegen das Enteignungsgesetz zu stimmen[38], aber die Zeitgenossen hat dieses für eine „sozialistische" Partei recht seltsame Verhalten verständlicherweise verwirrt.

Weitere Zweifel dürften die Kontakte gesät haben, die Hitler in den Jahren 1926 und 1927 zu Industriellen unterhielt. Am 28. Februar 1926 zeigte er im Nationalklub von 1919 in Hamburg einmal mehr seine Fähigkeit zu Formulierungen, die einem bürgerlichen Auditorium gefallen konnten, als er seinen Zuhörern versicherte, das private Unternehmertum sei die einzig mögliche Grundlage der Wirtschaft[39]. Ähnlich äußerte er sich im Juni und Dezember 1926 bzw. im April und Dezember 1927, als er in Essen vor Vertretern von Industrie und Bankwelt sprach, ebenso im Dezember 1926 in Königswinter[40]. Indes gibt es keine Beweise dafür, daß die NSDAP zwischen 1925 und den Reichstagswahlen von 1928 nennenswerte Summen von deutschen Großindustriellen oder Bankiers erhalten hätte[41]. Hitlers Zusammenkünfte mit Industriellen waren eher planlos, und trotz seiner Bekanntschaft mit Emil Kirdorf[42] zählte die NSDAP nicht zu den Parteien, die aus den politischen Fonds der Industrie mit Spenden bedacht wurden. Für viele Parteimitglieder begreiflicherweise verstörend, haben Hitlers Annäherungsversuche an die Industrie den „sozialistischen" Kurs der NSDAP noch nicht ernstlich kompromittiert, waren sie doch nicht mehr als ein vorsichtiger und erfolgloser Flirt[43]. Bis zu den Reichstagswahlen von 1928 mußte die NSDAP finanziell auf eigenen

---

38 H. Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin 1935, S. 14.

39 W. Jochmann, Im Kampf um die Macht, Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt 1960.

40 P. Schmidt, Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers, Zehn Jahre Gauleiter, Köln 1941, S. 28.

41 M. Kele, a. a. O., S. 128, R. Kühnl, a. a. O., S. 184 f., 230; E Nolte, Three Faces of Fascism, New York 1969, S. 470.

42 Die Bedeutung der Beziehung zwischen Kirdorf und Hitler ist überschätzt worden (vgl. hierzu H. A. Turner, Verhalfen die deutschen „Monopolkapitalisten" Hitler zur Macht?, in: H. A. Turner, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 9–32). Nach 1918 hat sich Kirdorf der DNVP angeschlossen, die er aber 1927 verließ, um NSDAP-Mitglied zu werden. Im Herbst 1928 kehrte er zur DNVP zurück, der er dann bis 1933 angehörte (H. A. Turner, Emil Kirdorf und die NSDAP, in: Turner, Faschismus und Kapitalismus, S. 60–86).

43 Im August 1927 schrieb Hitler auf Kirdorfs Wunsch eine Denkschrift „Der Weg zum Wiederaufstieg", die Kirdorf privat an seine Freunde aus der Industrie verteilte. In dieser Denkschrift hat Hitler die antimarxistischen, konservativen und patriotischen Züge seiner

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Füßen stehen; sie existierte von Mitgliedsbeiträgen, von den Einnahmen ihrer Zeitungen, von Sammlungen, die während ihrer Kundgebungen veranstaltet wurden, und von gelegentlichen Zuwendungen wohlhabender Sympathisanten[44]. Ihr Radikalismus und ihre linken Tendenzen haben zwischen 1925 und 1928 die Ruhrbarone abgeschreckt.

Aus dem Bestehen angeschlossener Organisationen mit bürgerlichem Charakter sollte ebenfalls nicht allzuviel Aufhebens gemacht werden. Sowohl der „Kampfbund für deutsche Kultur" (1927) wie Hans Schemms Nationalsozialistischer Lehrerbund (1927) entstanden unabhängig von der Reichsleitung in München, hatten nur eine relativ kleine Mitgliederzahl und waren ohne Einfluß auf den Kurs der Partei. Sie konnten erst nach 1928 einigen Erfolg verzeichnen, als sie im Rahmen der breiteren Anstrengung der NSDAP zur Gewinnung des Bürgertums operierten; selbst dann hatten sie aber stets mit der bekannten Abneigung des Führers gegen bürgerliche Intellektuelle zu kämpfen.

Mehr Sorge machte den Nationalsozialisten, die ihrer Partei eine sozialistische Form zu geben suchten, Hitlers Einstellung zu NS-Gewerkschaften. Angesichts der Anstrengungen der NSDAP, das Proletariat zu gewinnen, war es unvermeidlich, daß die Frage gestellt wurde, ob nicht nationalsozialistische Gewerkschaften geschaffen werden sollten, zumal Vertreter des linken Parteiflügels solche Gewerkschaften für unbedingt notwendig und für selbstverständlich hielten, wenn man die Arbeiterklasse von SPD und KPD abziehen wollte. Die Frage führte zu einer ebenso lebhaften wie ernsthaften Diskussion, mit den Anwälten des linken Parteiflügels im Vordergrund[45]. Sie mußten allerdings mit Hitler rechnen, der dem Gewerkschaftsproblem schon einen Abschnitt in „Mein Kampf" gewidmet hatte[46]; er war überzeugt davon, daß sich die NSDAP mit der Gründung von Gewerkschaften nur eine Schwächung ihrer Kampfkraft und unerwünschte organisatorische Schwierigkeiten einhandeln würde[47]. Gewerkschaften mußten, so dachte Hitler, nicht allein den fortschreitenden Zentralismus der Parteiverwaltung und damit seine eigene Macht stören, sondern überdies den Status der SA als der

---

Partei hervorgehoben und ihren Sozialismus heruntergespielt; er bestritt die Absicht zu revolutionären sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen (H. A. Turner, Hitlers geheime Broschüre für Industrielle, 1927, in: Turner, Faschismus und Kapitalismus, S. 55–59).

44 M. Vogt, Zur Finanzierung der NSDAP zwischen 1924 und 1928, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 21 (1970), S. 240.

45 Vgl. „NS-Briefe", 1. Oktober 1926; 1. Oktober 1927; 15. April 1928. Goebbels hat im Juni 1925 eine NS-Gewerkschaft propagiert (V. B., 14./15. Juni 1925), und in den „NS-Briefen" vom 15. April 1926 findet sich der Vorschlag, Zellen in Fabriken zu gründen.

46 A. Hitler, Mein Kampf, S. 670 ff.

47 „Eine nationalsozialistische Gewerkschaft neben anderen Gewerkschaften ist sinnlos" (Mein Kampf, S. 678). Ferner (a. a. O., S. 680): „...das wirtschaftliche Ringen [wird] sofort die Energie vom politischen Kampf abziehen". Hitlers Haltung führte in der Partei zur Entstehung einer soliden Opposition gegen NS-Gewerkschaften, zu der vor allem auch Rosenberg gehörte (vgl. seinen Artikel im V. B., 1. Februar 1927).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Elite der Bewegung in Frage stellen. Außerdem glaubte er, daß Gewerkschaften das Gewicht der Parteilinken und den Einfluß von Leuten wie Gregor Straßer stärken würden. So zog er es vor, das Problem zunächst lediglich in interessierten Parteikreisen informell diskutieren zu lassen[48].

Daß Hitler nicht bereit war, NS-Gewerkschaften zu sanktionieren, hat die Anziehungskraft der Partei auf die Arbeiterklasse vor 1928 zweifellos erheblich beeinträchtigt, zumal die Parteipropaganda unfähig war, eine konsequente und klare Interpretation sozialistischer Ideen zu bieten. Offenkundige Widersprüche erschütterten nur zu leicht den Glauben an die Ernsthaftigkeit des „Sozialismus" der NSDAP, der ohnehin stets zu vage und eklektisch blieb. SPD und KPD hingegen, die ihre unterschiedlichen Appelle in einem verstehbaren Katalog offerierten, zeigten ein Verständnis der Existenz der Arbeiterklasse, das ihnen die Behauptung ihrer Rolle als die politischen Verteidiger des Proletariats ermöglichte.

Keine generalisierende Feststellung über die NSDAP kann modifizierenden Einschränkungen entgehen. Aber trotz schreiender Inkonsequenzen und regionaler Variationen in Zusammensetzung wie Propagandarichtung darf die Partei für die Jahre 1925 bis 1928 als ihrer Natur nach „sozialistisch" und antikapitalistisch charakterisiert werden, als eine politische Organisation, die in erster Linie das deutsche Proletariat zu gewinnen hoffte. Sie verfolgte dabei ohne Zweifel eine zögernde Politik, und das zu einer Zeit, da die Bewegung sich zu fangen und ihr Selbstvertrauen zurückzugewinnen suchte. Die Führung hatte den besten Weg zum Erfolg erst noch zu finden, hielt aber, bis zu den Wahlen vom Mai 1928, an den ideologischen und taktischen Implikationen des „städtischen Plans" („urban plan" nach Dietrich Orlow) fest. Erst unter dem Eindruck der Wahlen kam es zu drastischen Veränderungen in der Orientierung der Partei.

II

Ein längeres Gezänk über die Bildungsreform führte zum Sturz der rechten Koalitionsregierung, an deren Spitze Wilhelm Marx gestanden hatte, der Führer des Zentrums, und daher wurde der Reichstag am 31. März 1928 aufgelöst. Die NSDAP hatte sich schon seit einigen Monaten auf eine solche Möglichkeit vorbereitet. Die erste Planungsbesprechung war sogar bereits im Sommer 1927 abgehal-

[48] Nach dem inoffiziellen Standpunkt der Parteiführung sollten interessierte Mitglieder sich existierenden nichtsozialistischen Gewerkschaften anschließen, z. B. den verschiedenen völkischen „Kampfgewerkschaften". Auf dem Weimarer Parteitag von 1926 ist das Problem in einer Sondersitzung ohne definitives Ergebnis erörtert worden (H. G. Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der Deutschen Arbeitsfront, Hannover 1958, S. 53). Auf dem Parteitag von 1927 wurde der Vorschlag gemacht, eine weitere Erörterung der Gewerkschaftsfrage zu veranstalten, doch fand der Vorschlag nur geringe Unterstützung (V. B., 23. August 1927).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten worden[49], und gegen Ende des Jahres behauptete die Reichsleitung, über eine fertige zentrale Strategie und über zentralisierte Kontrollmethoden zu verfügen[50]; der stellvertretende Propagandaleiter, Heinrich Himmler, spielte dabei eine sehr aktive Rolle[51]. An der damaligen Korrespondenz zwischen München und den verschiedenen Gauen ist der erwartungsvolle Enthusiasmus besonders auffallend, mit dem die Nationalsozialisten der Wahl entgegensahen[52]. Ihre Pläne wurden wie militärische Weisungen formuliert, was dazu beitrug, der nationalsozialistischen Propaganda ihren eigentümlich aggressiven und polemischen Stil zu geben. Die Gaue suchten sich gegenseitig die führenden Persönlichkeiten der Partei als Redner abzujagen, und Himmler, der mit der unmittelbaren Leitung der Kampagne beauftragt war[53], hatte alle Hände voll zu tun, einen systematischen Zeitplan für die Versammlungen in ganz Deutschland aufzustellen[54].

Die NSDAP begann zu entdecken, daß sie in ländlichen Regionen bei Bauern und Kleinbauern offenbar keine schlechten Chancen hatte. Auf dem Parteitag von 1927 war eine Sondertagung zu Agrarfragen einberufen worden[55], und Hinrich Lohse, der Gauleiter von Schleswig-Holstein, hatte über die zunehmende Not der Landwirtschaft und über die Verpflichtung der NSDAP zur Verteidigung des Bauerntums als des „Fundaments der Nation" geschrieben[56]. Seit Herbst 1927 warb Lohse um die Bauern Schleswig-Holsteins, und schon kurz nach Beginn der Kampagne schickte er Himmler optimistische Berichte[57]. Aus anderen ländlichen Gegenden trafen ähnliche Meldungen ein: so teilte der Gau Thüringen im Januar 1928 mit, ein großer Teil der thüringischen Bauernschaft befinde sich bereits in Rebellion gegen den „Landbund" und sympathisiere offen mit der NSDAP[58]; in Mecklenburg stellte Gauleiter Friedrich Hildebrandt im April 1928 fest, die Bauern könnten, wenn man sie richtig anfasse, zum besten Reservoir der Partei werden[59]. Zum gleichen Ergebnis kam in Pommern Gauleiter Walther v. Corswant, der meinte, Zehntausende, wenn nicht sogar Hunderttausende von Pom-

[49] BA, Akte NS 26/900.
[50] V. B., 14. Dezember 1927.
[51] BA, Akte NS 18/579.
[52] BA, Akte NS 18/577.
[53] BA, Akte NS 18/574.
[54] Die NSDAP-Ortsgruppe Fürth sprach von einem „riesigen Wahlkampf" (BA, Akte NS 18/595), und die Ortsgruppe Nürnberg berichtete am 18. April, der Wahlkampf sei „in schönstem Gange" (BA, Akte NS 18/574).
[55] BA, Akte NS 26/390.
[56] In einem Artikel „Der Nationalsozialismus und die deutsche Landwirtschaft", in: Nationalsozialistisches Jahrbuch 1927, S. 140 ff. Vgl. auch J. E. Farquharson, The Plough and the Swastika, The NSDAP and Agriculture in Germany 1928–1945, London 1976, und T. A. Tilton, Nazism, Neo-Nazism, and the Peasantry, Bloomington 1975.
[57] BA, Akte NS 18/574.
[58] BA, Akte NS 18/577. Vgl. auch D. R. Tracy, The Development of the National Socialist Party in Thüringen, 1924–1930, in: Central European History 8 (1975), S. 23–50.
[59] BA, Sammlung Schumacher, Ordner 205.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mern, vor allem die Landarbeiter, seien eigentlich im Herzen schon Nationalsozialisten[60]. Selbst die Münchener Polizei mußte die „radikale Agitation" der NSDAP unter der Bauernschaft konstatieren[61]. Daß sich der Partei neue Aussichten auf dem Lande eröffneten, ist auch Hitler nicht entgangen, und das erklärt, warum er am 13. April 1928 einen Zusatz zu Punkt 17[62] des Parteiprogramms von 1920 veröffentlichte[63]. Vielleicht begann er schon während des Wahlkampfs zu erkennen, daß die Konzentration auf die Arbeiterklasse keine befriedigenden Gewinne bescheren konnte. Jedenfalls handelte er allein aus taktischen und opportunistischen Motiven, nur von dem Bestreben geleitet, die Anziehungskraft der NSDAP auf die Wähler durch eine Dämpfung der Furcht vor dem Radikalismus der Partei zu erhöhen[64]. Der Zusatz hat den ursprünglichen Sinn von Punkt 17 fraglos entstellt und außerdem Hitlers Erklärung auf der Generalmitgliederversammlung der Partei im Jahre 1926 Lügen gestraft, das Programm von 1920 werde niemals geändert. Der Argwohn, daß das Programm lediglich ein nach Belieben verwendetes Instrument für Hitlers Machttrieb sei, erhielt dadurch natürlich neue Nahrung. In weiterer Perspektive ist Hitlers Vorgehen aber als erster Schritt zu einer ausgereiften probäuerlichen Politik zu sehen, wie sie die NSDAP nach dem Mai 1928 verfolgen sollte.

Bis zu den Wahlen machten sich jedoch antikapitalistische und antibürgerliche Töne in der Propaganda der Partei noch stärker bemerkbar. Von „echtem deutschem Sozialismus" erfüllt[65], griff die NSDAP sowohl die Parteien der Mittelschichten[66] wie die der Linken wütend an, und indem sie ihre Hauptanstrengung nach wie vor auf industrielle Zentren richtete, zeigte sie deutlich, daß sie ihren politischen Durchbruch vor allem vom Proletariat erhoffte. SPD und KPD wurden ständig beschuldigt, die Arbeiterklasse zu verraten und den Oktroy des Dawes-

---

[60] A. a. O., Ordner 207.

[61] BA, Akte NS 26/1529.

[62] „Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung der Bodenspekulation."

[63] Die Ergänzung lautete: „Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig: Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus ‚unentgeltliche Enteignung' nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulationsgesellschaften" (V. B., 19. April 1928).

[64] Der V. B. ging am 12. Mai 1928 bis zu der Behauptung: „Die Kampffront der Nationalsozialisten ist darum die Kampffront der Bauern."

[65] BA, Zeitgeschichtliche Sammlung (ZS) g 5/5332.

[66] In Norddeutschland wurde die NSDAP von der DNVP, der DVP und der DDP wegen ihres „klassenkämpferischen Programms" und ihrer revolutionären sozialistischen Forderungen angegriffen (Broszat, Der Nationalsozialismus, S. 52).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

plans zuzulassen[67], was die Nationalsozialisten mit der Unterwerfung unter den internationalen Kapitalismus gleichsetzten. Die sozio-ökonomischen Mängel der Republik wurden besonders hervorgehoben, namentlich ihr „Mangel an echtem sozialistischem Fortschritt" und ihre „Unterwürfigkeit gegenüber dem Kapitalismus"[68]. Damit war unweigerlich der Hinweis verbunden, Hitler selbst sei nur ein gewöhnlicher Bauarbeiter[69].

Diese Kritik war selbstverständlich zum großen Teil unfair. Die Republik konnte seit dem turbulenten Jahr 1923 sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Felde Fortschritte verzeichnen. Die internationale Achtbarkeit war seit der Unterzeichnung des Locarnopakts und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gesichert; Stresemanns Politik der Zusammenarbeit mit den Westmächten verschaffte der Republik willkommenen Atemraum. Zwar litt die innere politische Lage noch immer unter schlecht funktionierenden Mechanismen eines ungefestigten Parteien- und Verfassungssystems, doch hatte die Wirtschaft eine gewisse Stabilität und Prosperität erreicht. So war die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen zwischen dem 15. Januar 1928 und dem 15. April 1928 von 1 371 103 auf 642 180 zurückgegangen[70]; bis zum Frühsommer sank die Arbeitslosigkeit auf 5,3 Prozent[71]. Auf Grund der allgemeinen Ruhe im Lande lief der Wahlkampf ohne größere Störungen ab; das Interesse der Öffentlichkeit blieb gering[72]. Unter diesen Umständen erschien das Eifern der Nationalsozialisten als unangemessen[73]. Ihre gründliche Vorbereitung, ihre ausgezeichnete Organisation und ihre Entschlossenheit bedeuteten freilich nicht, daß ihre tief eingewurzelte Verachtung für den parlamentarischen Prozeß verschwunden wäre. Goebbels ließ daran keinen Zweifel, als er donnerte: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns aus dem Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen . . . Wir kommen nicht als Freunde . . . Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir."[74]

---

[67] BA, Akte NS 18/592.

[68] BA, Akte NS 26/82.

[69] BA, ZS g 3/5332.

[70] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1928, Berlin 1928, S. 388.

[71] W. Conze/H. Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929–1933, Stuttgart 1967, S. 58.

[72] Von den 41,2 Millionen Wahlberechtigten haben 10,4 Millionen oder 25,4% von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht; dieser Prozentsatz war höher als in jeder anderen Weimarer Wahl (H. Striefler, Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen, Düsseldorf 1946, S. 16–21).

[73] Die NSDAP behauptete, 10 000 Versammlungen während des Wahlkampfs abgehalten zu haben (BA, Akte NS 26/1509); fünf Angehörige der SA wurden getötet (NS-Jahrbuch 1929, München 1930, S. 3). Die Münchener Polizei berichtete am 20. Mai, die Nationalsozialisten hätten einen energischeren Wahlkampf geführt als jede andere Partei (BA, Akte NS 26/1524).

[74] Leitartikel in: Der Angriff, 30. April 1928.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die großen Erwartungen, mit denen die NSDAP erstmals in eine nationale Wahl als selbständige Gruppe ging, schienen recht unrealistisch zu sein, zumal auch ihr bemerkenswert schlechtes Abschneiden in den Landtags- und Kommunalwahlen seit 1925 nichts Gutes verhieß. Schon ihr Eintritt in den demokratischen Prozeß war katastrophal verlaufen, als im März 1925 ihr Kandidat für die Reichspräsidentenwahlen, General Ludendorff, eine verheerende Niederlage einstecken mußte. Möglicherweise als Reaktion darauf hat sich die Partei an den Landtagswahlen, die im weiteren Verlauf des Jahres 1925 in Baden, Oldenburg, Waldeck und Schaumburg-Lippe stattfanden, überhaupt nicht beteiligt[75]. Erst bei den sächsischen Landtagswahlen vom 31. Oktober 1926 kehrten die Nationalsozialisten in die parlamentarische Arena zurück und mußten sich mit 1,6 Prozent der Stimmen – und so mit 2 von 96 Mandaten – begnügen[76]. Zwei Wochen später, am 14. November 1926, konnte die NSDAP bei den Konstanzer Gemeindewahlen nicht einmal einen Sitz gewinnen[77]. Um weiteren Enttäuschungen zu entgehen, nahm die Partei danach nur an einigen sorgfältig ausgesuchten Wahlen des folgenden Jahres teil. Während sie die Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz (3. Juli) und Hessen (13. November) ignorierte, erreichte die NSDAP 3,5 Prozent und 2 Sitze (von 56) in Thüringen (30. Januar), 1,8 Prozent und keinen Sitz in Mecklenburg-Schwerin (22. Mai)[78], 3,7 Prozent und einen Sitz (48) in den Braunschweiger Landtagswahlen (27. November)[79]. Auf tieferer Ebene, so am 1. April bei den Gemeindewahlen in Altona und am 9. Oktober bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, waren ihre Ergebnisse ebenfalls sehr bescheiden[80]. Bis zum Beginn des Jahres 1928 hatte die Partei sich also in drei Jahren der Beteiligung an Wahlkämpfen als ungewöhnlich unfähig gezeigt, die deutschen Wähler anzuziehen. Lediglich in fünf Landtage hatte die NSDAP selbständige Vertretungen entsenden können: ein Abgeordneter saß in Preußen, sechs (noch aus der Zeit vor 1925) saßen in Bayern, je zwei in Sachsen und Thüringen und einer in Braunschweig in den Parlamenten[81]. Nachdem sie bislang meist nur die gleichgestimmten Außenseiter, Mißvergnügten und Abenteurer der Weimarer Gesellschaft für sich gewonnen hatte, trat die Partei in die Reichstagswahlen des Jahres 1928 als politisches Leichtgewicht ein. Die Wahl besaß gerade deshalb für die Nationalsozialisten eine entscheidende Bedeu-

---

[75] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, Berlin 1926, S. 454. In einer Stadtverordnetenwahl in Berlin am 25. Oktober 1925 erreichte die NSDAP nur 137 Stimmen (Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP, a. a. O., S. 86).

[76] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927, Berlin 1927, S. 500 f.

[77] BA, Akte NS 18/577.

[78] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927, S. 500 f.

[79] BA, Akte NS 26/583.

[80] Auf Grund gewisser Unregelmäßigkeiten wurde die Hamburger Wahl am 19. Februar 1928 wiederholt. Diesmal erhöhte die NSDAP ihren prozentualen Anteil von 1,5 auf 2,2% und ihre Sitze von 2 auf 3 (A. Dresler u. F. Maier-Hauptmann, Dokumente zur Zeitgeschichte, München 1941, S. 191).

[81] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927, S. 501.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung: sie mußte nicht allein einen Maßstab für die Fortschritte der Partei im Reiche seit 1925 liefern, sondern auch, taktisch gesehen, eine definitive Antwort auf die Frage geben, ob der „städtische Plan", der jetzt seine Bewährungsprobe zu bestehen hatte, tatsächlich das richtige Rezept darstellte. Erfolg in der Wahl würde zweifellos heißen, daß die NSDAP den Plan noch intensiver verfolgte, bei einem Mißerfolg würde sie ihn ebenso fraglos über Bord werfen.

Die Wahl, die am 20. Mai 1928 stattfand, war die vierte Reichstagswahl in der kurzen Geschichte der Weimarer Republik, und es ging um 491 Sitze. Die NSDAP stellte in allen 35 Wahlkreisen, in die das Land unter dem komplizierten Weimarer System des Verhältniswahlrechts aufgeteilt war, eigene Kandidaten auf, und ihr Reichstagswahlvorschlag enthielt 36 Namen[82]. Hitler konnte natürlich nicht auf die Liste gesetzt werden, da er noch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besaß, und so fungierte General Franz Ritter v. Epp, ein ehemaliger Freikorpskommandeur, der im April 1928 von der Bayerischen Volkspartei zur NSDAP gestoßen war, als Spitzenkandidat. Einige, so Straßer, Kube, Feder und Goebbels, kandidierten in mehreren Wahlkreisen, um ihre Chancen zu erhöhen. Auffallender ist jedoch, wenn man an den „städtischen Plan" der Partei denkt, die Herkunft einer überwältigenden Mehrheit der NSDAP-Kandidaten aus der Mittelklasse; nur eine Handvoll konnte mit einiger Anstrengung der Arbeiterklasse zugeschrieben werden[83], was ein weiteres Indiz für die Zweideutigkeit des „Sozialismus" der Partei liefert. In einem Feld von nicht weniger als 32 Parteien[84] – ein deutlicher Hinweis auf den Interessenpluralismus, den das Wahlsystem begünstigte – erhielt die NSDAP im übrigen die Liste 10[85], weil sie Anfang 1928 die zehntstärkste Partei in Deutschland war[86].

---

[82] Die vollständige Liste lautete: Gregor Straßer, Gottfried Feder, Wilhelm Frick, Franz Stöhr, Hermann Göring, Joseph Goebbels, Herbert Albrecht, Theodor Vahlen, Konrad Jenzen, Wilhelm Dreher, Karl Jenner, Willy Grundig, Theodor Müller, Otto Telschow, Carl Röver, Klaus Rönnfeldt, Walter Buch, Robert Ley, Wilhelm Loeper, Wilhelm Kube, Josef Wagner, Max Fillusch, Robert Wagner, Werner Willikens, Alois Bayer, Franz Pusdrowski, Peter Gemeinder, Helmut Reinke, Wilhelm Hüttmann, Fritz Hess, Fritz Sauckel, Friedrich Hildebrandt, Willy Schepmann, Erich Koch, Graf Ernst zu Reventlow, Joseph Terboven (BA, Reichskanzlei 43 I/1005).

[83] Hildebrandt: Landarbeiter; Fillusch: Arbeiter; Dreher: Schlosser; Gemeinder: Hilfsarbeiter; Sauckel: Matrose; Koch: Eisenbahnbetriebsassistent (V. B., 3. April 1928).

[84] BA, Reichskanzlei 431/1005.

[85] Zunächst wurde die Partei in den Listen einfach als Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei geführt, ohne den Zusatz: „(Hitler-Bewegung)". Der Wahlleiter der Partei, Frick, legte daraufhin beim Reichsinnenministerium, dem die Aufsicht über die Wahl oblag, Beschwerde ein; die Ergänzung wurde noch rechtzeitig vorgenommen (BA, Sammlung Schumacher, Ordner 374).

[86] In fünf Ländern (Preußen, Bayern, Oldenburg, Württemberg und Anhalt) fanden gleichzeitig Landtagswahlen statt, in anderen Kreistags- und Kommunalwahlen. Hier werden jedoch lediglich die Reichstagswahlen berücksichtigt, zumal die anderen Wahlergebnisse denen der Reichstagswahl sehr nahe kamen und oft sogar glichen.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die folgende Tabelle zeigt die Resultate der Wahl für die wichtigeren Parteien, dazu als Vergleichsmaßstab die Ergebnisse der vorhergegangenen Reichstagswahl vom Dezember 1924[87]:

TABELLE I

	Dezember 1924			*Mai 1928*		
PARTEI	*Stimmen*	*%*	*Mandate*	*Stimmen*	*%*	*Mandate*
SPD	7 881 000	26,0	131	9 150 500	29,8	153
DNVP	6 205 800	20,5	103	4 380 200	14,2	73
Zentrum	4 118 900	13,6	69	4 656 100	12,1	62
BVP	1 134 000	3,7	19		3,1	16
DVP	3 049 100	10,1	51	2 678 500	8,7	45
KPD	2 709 100	9,0	45	3 262 900	10,6	54
DDP	1 919 800	6,3	32	1 504 700	4,8	25
Wirtschaftspartei	1 005 400	3,3	17	1 395 600	4,5	23
NSDAP	907 000[88]	3,0	14	809 771[89]	2,6	12
Deut. Bauern-Partei	–	–	–	480 947	1,5	8
Christ. Nat. Bauern- und -Landvolkspartei	–	–	–	581 800	1,8	11
GESAMTERGEBNIS				30 738 381		491

Im nationalen Rahmen lag die Bedeutung der Wahl von 1928 in der Stärkung jener Partei, die mit der Republik und ihren Institutionen am engsten verbunden war, der SPD. Ihr Führer, Hermann Müller, trat nun an die Spitze eines Kabinetts der „Großen Koalition", der SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP angehörten. Viele verstanden den Sieg der SPD als eine Festigung des demokratischen und parlamentarischen Systems in Deutschland. In Verbindung mit dem erheblichen Rückgang der Anhängerschaft der DNVP gab das den Anlaß für eine Neubelebung optimistischer Urteile über die Zukunft der Republik. Andererseits war das Bild nicht in jeder Hinsicht günstig. Einmal hatten die Parteien der Mittelschichten Verluste hinnehmen müssen, und zweitens verzeichnete die totalitäre KPD ebenfalls eine merkliche Zunahme. Für den Augenblick war das republikanische System in der Tat von einer Mehrheit der Wählerschaft gebilligt worden, doch zeigten sich bereits jene Tendenzen, so der zunehmende Extremismus auf der äußersten Linken und die Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen[90], die binnen weniger Jahre wesentlich stärker hervortreten sollten. Kurz gesagt: im Mai 1928 wurden in der

[87] Die Zahlen für die Wahl von 1924 aus: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924, für die Wahl von 1928 aus: Statistisches Reichsamt, Statistik des Deutschen Reiches, Band 372, II, die Wahlen zum Reichstag am 20. Mai 1928, Heft II, Berlin 1930, S. 7–80.

[88] D. h. der nationalsozialistisch-völkische Block.

[89] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 580 f.

[90] Vgl. L. E. Jones, Dying Middle, Weimar Germany and the Fragmentation of Bourgeois Politics, in: Central European History 5 (1972), S. 23–54, und H. A. Winkler, From Social

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fassade relativer politischer und wirtschaftlicher Stabilität die ersten Risse sichtbar. Was war aber mit der NSDAP?

Die folgende Tabelle bietet einen detaillierteren Nachweis des Abschneidens der NSDAP in verschiedenen Teilen Deutschlands[91]:

TABELLE II

Wahlkreis	*Stimmen*	% *der Gesamtstimmen*	*Führende Partei*
1. Ost-Preußen	8 114	0,8	DNVP
2. Berlin	16 505	1,4	SPD
3. Potsdam II	17 502	1,8	SPD
4. Potsdam I	16 321	1,7	SPD
5. Frankfurt/Oder	8 185	1,0	SPD
6. Pommern	13 543	1,5	DNVP
7. Breslau	9 258	0,9	SPD
8. Liegnitz	7 420	1,2	SPD
9. Oppeln	5 545	1,0	Zentrum
10. Magdeburg	15 801	1,7	SPD
11. Merseburg	19 629	2,7	KPD
12. Thüringen	40 751	3,7	SPD
13. Schleswig-Holstein	31 784	4,0	SPD
14. Weser-Ems	36 267	5,2	SPD
15. Ost-Hannover	13 573	2,6	SPD
16. Süd-Han. Braunschweig	46 321	4,4	SPD
17. Westfalen-Nord	12 118	1,0	Zentrum
18. Westfalen-Süd	19 682	1,6	SPD
19. Hessen-Nassau	42 452	3,6	SPD
20. Köln-Aachen	10 598	1,1	Zentrum
21. Koblenz-Trier	11 893	2,1	Zentrum
22. Düsseldorf-Ost	19 870	1,9	KPD
23. Düsseldorf-West	10 101	1,2	Zentrum
24. Oberbayern/Schwaben	72 083	6,2	Zentrum
25. Niederbayern	19 861	3,5	Zentrum
26. Franken	100 701	8,1	SPD
27. Pfalz	23 288	5,7	SPD
28. Dresden-Bautzen	18 245	1,8	SPD
29. Leipzig	14 601	1,9	SPD
30. Chemnitz-Zwickau	41 497	4,4	SPD
31. Württemberg	21 739	1,9	SPD
32. Baden	26 330	2,9	Zentrum
33. Hessen-Darmstadt	11 281	1,9	SPD
34. Hamburg	17 761	2,6	SPD
35. Mecklenburg	9 151	2,0	SPD
	809 771	2,6	

Protectionism to National Socialism, The German Small-Business Movement in Comparative Perspective, in: Journal of Modern History 48 (1976), S. 1–18.

[91] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 580 f.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die zwölf Mandate der NSDAP[92] kamen also aus folgenden Wahlkreisen: je eines aus Thüringen, Südhannover–Braunschweig, Chemnitz–Zwickau und Oberbayern–Schwaben, zwei aus Franken; die anderen sechs wurden entsprechend dem Anteil der Gesamtstimmenzahl der Partei zugesprochen. In den Landtagswahlen, die am selben Tag stattfanden, gewann die NSDAP in Preußen 6 Sitze (von 450), in Bayern 9 (128), in Württemberg 0 (80), in Oldenburg 3 (48) und in Anhalt einen Sitz (36)[93]. Im Frühsommer 1928 war die Partei also in sieben – von achtzehn – Länderparlamenten vertreten: Preußen (6 Mandate), Bayern (9), Thüringen (2), Hamburg (3), Oldenburg (3), Braunschweig (1) und Anhalt (1). Was können, von diesem zahlenmäßigen Ergebnis abgesehen, für Schlüsse aus der Wahl gezogen werden?

Die NSDAP hatte, geographisch gesehen, noch keine nennenswerten Fortschritte in Ostdeutschland gemacht. In vorwiegend ländlichen und landwirtschaftlichen Regionen wie Ostpreußen, Frankfurt/Oder, Pommern, Mecklenburg und Schlesien blieb die Partei durchweg unter dem Reichsdurchschnitt von 2,6 Prozent; in den meisten Ortschaften erreichte sie dort sogar nur zweistellige Zahlen[94]. In diesem Teil Deutschlands war die Organisation der NSDAP sehr schwach, und die nationalistischen Wähler stimmten noch fast geschlossen für die DNVP. Stärker war die Partei vor allem in Süddeutschland, so in Bayern, der Pfalz und Hessen–Nassau, in bestimmten Teilen Norddeutschlands, hauptsächlich in Schleswig-Holstein bzw. Niedersachsen, und in kleinen mitteldeutschen Enklaven (Thüringen und Sachsen).

Für die langfristige Strategie der NSDAP war aber ihr bemerkenswert schlechtes Abschneiden in städtisch-industriellen Bezirken von größerem Interesse. In Berlin, Potsdam, Magdeburg, Westfalen, Köln, Düsseldorf, Dresden und Leipzig, wo man von einer Arbeiterpartei gute Resultate erwartet hätte, erlitten die Nationalsozialisten bittere Abfuhren. Eine genauere Betrachtung der städtischen Wahlkreise (Stadtkreise) liefert dafür schlagende Beispiele.

Die Stadt Berlin war in die Stadtkreise 2 (Berlin), 3 (Potsdam II) und 4 (Potsdam I) eingeteilt. Von den 2 481 329 abgegebenen Stimmen erhielt hier die NSDAP magere 39 011 oder 1,57 Prozent[95]. Gerade in den Berliner Arbeitervierteln, wo Gauleiter Goebbels die NSDAP als Rivalin der Linksparteien zu etablieren ge-

---

[92] Die zwölf NSDAP-Abgeordneten waren: Walter Buch (Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der Partei), Wilhelm Dreher (Führer der Stuttgarter NSDAP), Franz v. Epp, Gottfried Feder, Wilhelm Frick, Joseph Goebbels, Hermann Göring, Graf Ernst zu Reventlow, Franz Stöhr, Werner Willikens (Agrarexperte und Grundbesitzer aus Niedersachsen), Joseph Wagner (ab Oktober 1928 Gauleiter von Westfalen) und Gregor Straßer (BA, Akte NS 18/579). Dies genügte nicht zur Bildung einer Fraktion, die fünfzehn Abgeordnete erfordert hätte.

[93] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 582 f.

[94] Statistik des Deutschen Reiches, Band 372, II, Heft II, S. 7–16.

[95] Ebenda.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sucht hatte, waren die Nationalsozialisten keinen Schritt weitergekommen, wie die folgende Tabelle zeigt[96]:

TABELLE III

Bezirk	*SPD*	*KPD*	*NSDAP*
Wedding	74 779	88 650	1742
Prenzlauer Berg	73 650	56 261	2343
Friedrichshain	70 668	71 156	2439
Charlottenburg	57 257	30 872	3959
Neukölln	75 257	57 567	2145
Treptow	22 176	17 703	603
Köpenick	15 547	11 319	726
Pankow	21 841	13 452	8851
Lichtenberg	44 691	36 951	1876
Weissensee	11 102	10 715	330
Reinickendorf	24 722	20 443	914

Dieses Muster miserablen Abschneidens in industriellen Bezirken wiederholte sich in ganz Deutschland; dazu die folgenden Beispiele[97]:

TABELLE IV

	Stadtkreis	*Gesamt-Stimmen*	*NSDAP*	*%*
1.	Königsberg	155 682	2 226	1,4
2.	Brandenburg	37 825	577	1,5
3.	Potsdam	37 500	910	2,4
4.	Frankfurt/Oder	41 721	344	0,8
5.	Stettin	132 877	1 653	1,2
6.	Breslau	325 024	3 092	0,9
7.	Magdeburg	181 187	2 914	1,6
8.	Halle	111 507	2 814	2,5
9.	Weimar	23 522	2 588	10,6
10.	Merseburg	14 381	317	2,2
11.	Jena	30 772	715	2,3
12.	Erfurt	69 066	2 565	3,7
13.	Kiel	123 763	2 534	2,0
14.	Bremen	173 798	1 861	1,0
15.	Celle	13 580	277	2.0
16.	Hannover	252 369	5 773	2,2
17.	Braunschweig	93 923	6 361	6,7
18.	Dortmund	229 164	1 346	0,5
19.	Hagen	47 748	981	2,0
20.	Frankfurt/Main	267 640	12 882	4,9

[96] Ebenda. [97] Ebenda.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

21. Bonn	43 954	518	1,1
22. Bochum	106 555	2 507	2,3
23. Köln	303 000	4 981	1,6
24. Koblenz	26 047	2 700	10,4
25. Elberfeld	88 010	1 692	1,9
26. Düsseldorf	226 232	3 695	1,6
27. Solingen	30 922	147	0,4
28. Leipzig	408 675	9 462	2,3
29. Chemnitz	175 940	5 554	3,1
30. Hamburg	692 745	17 761	2,5
31. Rostock	45 036	493	1,0
32. Lübeck	73 179	1 195	1,6
33. Gelsenkirchen	153 892	1 471	0,8
34. Bielefeld	52 416	911	1,7
35. Duisburg	130 820	2 287	1,7
36. Krefeld	59 011	1 037	1,8
37. München-Gladbach	54 240	412	0,7
38. Dresden	365 247	8 234	2,2
39. Mannheim	142 494	2 928	2,0
40. Darmstadt	75 205	1 889	2,5
41. Stuttgart	186 059	4 668	2,5
42. Mainz	72 856	460	0,6
43. München	345 112	36 926	10,7
44. Nürnberg	224 935	23 834	10,6
45. Augsburg	84 444	5 926	7,0

Es ist ohne weiteres zu sehen, daß die NSDAP in nahezu allen städtisch-industriellen Bezirken unter ihrem Reichsdurchschnitt geblieben war. Ihre Erfolge in den bayerischen Städten sind keine Überraschung, und Erfurt, Chemnitz, Braunschweig und Frankfurt am Main liegen in der Mitte von Regionen, die der Partei überdurchschnittliche Resultate brachten; das Weimarer Ergebnis dürfte bis zu einem gewissen Grade die Wirkung des dort 1926 abgehaltenen Parteitags widerspiegeln. Schwerer ist der Wahlausgang in Koblenz zu deuten. Der Wahlkreis Koblenz–Trier war zuvor ein schwacher Punkt der NSDAP und eine Hochburg des Zentrums gewesen, das sich in diesem noch wenig industrialisierten Gebiet auf eine überwiegend katholische Bevölkerung gestützt hatte. Eine gewisse Rolle mag die lange Verbindung Koblenz' mit Armee und Bürokratie gespielt haben. Davon abgesehen, scheint die einzig plausible Erklärung darin zu liegen, daß es die örtliche NSDAP-Organisation, die für ihre Stärke bekannt war[98], irgendwie fertiggebracht hatte, alle Schwierigkeiten zu überwinden, die einem so freundlichen Ergebnis entgegenstanden.

Mit dem unrühmlichen Scheitern des „städtischen Plans" kontrastierte in bezeichnender Weise, daß die NSDAP einige ihrer besten Resultate in ländlich-landwirtschaftlichen Gegenden Nord- und Süddeutschlands erzielt hatte, in Schleswig-

[98] P. Hüttenberger, Die Gauleiter, S. 51.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Holstein[99], Niedersachsen[100], Hessen–Nassau, Schwaben, Franken und in der Pfalz (jedoch nicht in Altbayern[101]). In diesen bäuerlichen Gebieten[102], deren Bevölkerung überwiegend protestantisch war, hatte die Agrarkrise bereits 1928 jene Tendenz zur politischen Radikalisierung hervorgebracht, von der namentlich die NSDAP in den folgenden Jahren profitieren sollte.

Obwohl also die Partei ihre Hauptanstrengung auf die städtischen Bezirke gerichtet hatte, um dort das industrielle Proletariat zu gewinnen, war es ihr trotzdem nicht gelungen, die Vorherrschaft der traditionellen Arbeiterparteien, SPD und KPD, irgendwie in Frage zu stellen; beide Linksparteien hatten im Gegenteil ihren Stimmenanteil vergrößern können. Der „städtische Plan" war nun als glatte Fehlspekulation erwiesen. Andererseits lieferte die Wahl deutliche Hinweise auf Möglichkeiten für die NSDAP in den unzufriedenen protestantischen Landgemeinden. Nach der eindeutigen Ablehnung durch die Arbeiterklasse mußte die NSDAP ihr Augenmerk auf andere Bevölkerungsschichten richten.

Überdies unterstrichen die Verluste der traditionellen Mittelstandsparteien und die guten Resultate neuer bürgerlicher Interessengruppen wie der Wirtschaftspartei, daß sich die Welt der deutschen Mittelschichten 1928 bereits in einer Krise befand, die von einer Partei mit einem auf die Ängste und Zweifel des Bürgertums abgestimmten Programm ausgenutzt werden konnte. Insbesondere schienen der Rückschlag, den die DNVP erlitten hatte, und die innere Krise, in die diese Partei nun geriet[103], Chancen für einen dynamischeren und rücksichtsloseren Anwalt nationalistischer Vorstellungen zu eröffnen. Aus der Wahl ging klar hervor, daß eine politische Bewegung der Rechten die Wege zum Erfolg im protestantischen Bürgertum und unter den protestantischen Bauern suchen mußte. Außerdem hatten es die existierenden bürgerlichen Parteien nicht vermocht, einen Machtzuwachs der Linken zu verhindern, und mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nahm die Furcht der Mittelschichten vor der „roten Gefahr" noch zu. Wir wissen, daß zwischen 1930 und 1933 die NSDAP vor allem aus diesen Gruppen der Ge-

---

99 In einigen Gegenden konnte die NSDAP hier sogar auffallende Erfolge verzeichnen: 18,1% in Norderdithmarschen, 17,8% in Süderdithmarschen, 10,3% in Steinburg, 8,6% in Rendsburg (Statistik des Deutschen Reiches, Band 372, II, S. 27 f.).

100 Auch hier erzielte die NSDAP einige hervorragende Resultate: 33,6% in Wittmund, 29,4% in Westerstede, 28,7% in Ammerland, 20,4% in Wildeshausen, 17,5% in Norden, 10,7% in Ostfriesland (Statistik des Deutschen Reiches, Band 372, II, S. 29 ff., und G. Franz, Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867 bis 1949, Bremen 1957, S. 59).

101 In Bayern schnitt die NSDAP im Durchschnitt in städtischen Bezirken besser ab. Auf dem Lande stimmte die katholische Bauernschaft, die der NSDAP mißtraute, mit überwältigender Mehrheit für die BVP. Auch war hier die Organisation der Partei noch relativ schwach (G. Pridham, Hitler's Rise to Power, The Nazi Movement in Bavaria 1923–1933, London 1973, S. 83, 117).

102 In Preußen holte sich die NSDAP ihre Stimmen meist aus Gebieten mit weniger als 10 000 Einwohnern (BA, Akte NS 26/581).

103 Vgl. A. Chanady, The Disintegration of the German National People's Party 1924–1930, in: Journal of Modern History 39 (1967), S. 65–91.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sellschaft Zuzug erhielt, aber im Mai 1928 hatte sich die Partei noch nicht endgültig dazu entschlossen, eine neue Phase in ihrer Entwicklung zu beginnen. Die Hilfsquellen auszuschöpfen, die sich jetzt zu öffnen begannen, erforderte erst eine dramatische strategische und taktische Schwenkung. Vor diesem entscheidenden Problem stand Hitler in den Wochen und Monaten nach der Wahl.

III

In der Partei herrschte bittere Enttäuschung über das Wahlergebnis, ein Gefühl, das von Hitler geteilt wurde[104]. Trotz einer gewaltigen Propagandakampagne mußte sich die NSDAP geschlagen bekennen[105], und die gesamte radikale Rechte in Deutschland war von der offenbaren Konsolidierung der Republik schockiert und entmutigt[106]. Der „Völkische Beobachter" interpretierte den Vormarsch der Linksparteien düster als Zeichen des Niedergangs „unseres Volkscharakters"[107] und fügte hinzu, Deutschlands Feinde würden das Wahlresultat mit Freude zur Kenntnis nehmen[108]. Der verzweifelte Ton, den in jenem Frühsommer zahlreiche Artikel und Gedichte in der NS-Presse anschlugen, führte da und dort zu der Spekulation, die NSDAP könnte, nach der Niederlage in den Wahlkabinen, versucht sein, die Macht auf dem Wege der Gewalt zu erringen[109]. Hitler sah sich aber gezwungen, solchem Gerede ein Ende zu machen, weil er unerwünschte Aufmerksamkeit der Behörden fürchtete, und so richtete er am 27. Juni ein Schreiben an alle Redaktionen von NS-Publikationen, in dem er seinen unveränderten Glauben an die Richtigkeit des legalen Wegs zur Macht betonte[110]. Zugleich waren die zahlreichen Gegner der Partei mehr denn je davon überzeugt, daß die NSDAP lediglich eine lärmende und komische Randerscheinung der deutschen Politik darstelle[111]. Niemand nahm die Nationalsozialisten ernst; der SPD-Innenminister Preußens, Albert Grzesinski, hob das für Hitler in preußischen Landen geltende Redeverbot am 28. September 1928 auf.

Trotz ihrer Verwirrung neigte die Partei dazu, tröstlich erscheinende Merkmale der Wahlen begierig aufzugreifen, schon um einen totalen Zusammenbruch der Moral zu verhindern. Der Erfolg der Linken und die Schwächung der Mittel-

---

104 Vgl. Korrespondenz von Parteimitgliedern in: BA, Akte NS 26/1509.

105 Die Münchener Polizei war merkwürdigerweise anderer Meinung. In einem Bericht vom 21. Mai 1928 heißt es, die NSDAP habe „überraschend gut" abgeschnitten und die erreichte Stimmenzahl die „Erwartungen übertroffen" (BA, Akte NS 26/1524).

106 E. v. Salomon, Der Fragebogen, Hamburg 1961, S. 94.

107 V. B., 22. Mai 1928.

108 V. B., 23. Mai 1928.

109 BA, Sammlung Schumacher, Ordner 260.

110 Ebenda.

111 K. Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur, Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S. 180.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

standsparteien gaben der NSDAP die Möglichkeit, sich als die einzige politische Gruppe zu verstehen, die eine feste Front sowohl gegen „jüdische Marxisten" wie gegen das „degenerierte Bürgertum" beziehe[112]. Schließlich mußte die angebliche Einzigartigkeit der Partei mit allen möglichen Argumenten dargetan werden, und waren sie noch so sehr an den Haaren herbeigezogen. Man gratulierte sich zu der „geschickt koordinierten" Propaganda[113] und feierte das Abschneiden in München, wo die Partei den dritten Platz hinter SPD und BVP belegte, als glänzenden Erfolg[114]. Noch mehr Befriedigung zeigte die Partei über den Zerfall ihrer Rivalen in der völkischen Bewegung; der Völkisch-Nationale Block hatte nur 266 430 Stimmen (0,9 Prozent) bekommen und nicht ein einziges Reichstagsmandat errungen. Die NSDAP nahm nun mit einigem Stolz für sich in Anspruch, die unangefochtene Repräsentantin der völkischen Idee zu sein[115], in den Worten Rosenbergs „die einzige politische Phalanx des Staatsgedankens des kommenden Deutschlands"[116]. Der „Völkische Beobachter" ergänzte das mit dem signifikanten Hinweis, die Aufgabe des kommenden Jahres sei offensichtlich die Gewinnung der desorganisierten 300 000 völkischen Stimmen für die NSDAP[117]. Bei einem solchen Ziel mußte sich die Partei weiter nach rechts orientieren, da die völkische Bewegung vornehmlich durch rechtsgerichtete bürgerliche Elemente gestützt wurde. Die Nationalsozialisten haben sofort entsprechend reagiert. Drei Tage nach der Wahl proklamierte Rosenberg: „Der 20. Mai – ein Weckruf für den radikalen deutschen Nationalismus"[118]. Wilhelm Frick nahm das Thema der Umorientierung ebenfalls auf, als er schrieb, die Partei müsse jetzt die Mitglieder völkischer Gruppen und des „Stahlhelm", des konservativ-nationalistischen Verbands ehemaliger Soldaten, an sich ziehen[119]. Er sprach sich nachdrücklich für eine künftige Expansion des NSDAP durch die Gewinnung der nationalistischen Elemente der Bevölkerung aus; erst in zweiter Linie sollten die Arbeiter angesprochen werden. Erklärungen dieser Art waren offensichtlich mehr als persönliche Meinungsäußerungen; denn in einem Leitartikel des „Völkischen Beobachters", der am 31. Mai 1928 veröffentlicht wurde und zu stärkerer Aktivität in den bäuerlichen Landbezirken aufforderte, kam das neue Denken in der Reichsleitung ebenfalls zum Ausdruck.

Andererseits ist ebenso richtig, daß der Wahlausgang von Teilen der nationalsozialistischen Linken mit einem trotzigen „jetzt erst recht" beantwortet wurde,

---

112 V. B., 22. Mai 1928.

113 BA, Akte NS 18/592.

114 V. B., 22. Mai 1928. Die SPD erhielt 112 503 Stimmen, die BVP 79 703 und die NSDAP 36 920.

115 BA, Akte NS 26/1524.

116 V. B., 23. Mai 1928.

117 V. B., 31. Mai 1928.

118 V. B., 23. Mai 1928.

119 Artikel „Die Nationalsozialisten im Reichstag 1927/28", in: Nationalsozialistisches Jahrbuch 1929, S. 158.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor allem in einer Artikelserie, die in den „NS-Briefen" erschien[120]. Ein Hauptpunkt, den die Brüder Straßer und Goebbels beharrlich betonten, war ihre Behauptung, der Partei sei es deshalb nicht gelungen, die Arbeiter zu gewinnen, weil sie zu großes Gewicht auf Nationalismus und Antisemitismus gelegt habe. Otto Straßer warf der Parteiführung vor, die kleinbürgerlichen Methoden der konservativen Parteien übernommen zu haben, und verlangte eine Erneuerung der Verpflichtung auf die sozialistischen Grundsätze des Programms von 1920; nur auf diese Weise, so glaubte er, könne die Arbeiterklasse auf die Seite des Nationalsozialismus gezogen werden[121]. Goebbels versicherte in seinem unnachahmlichen Stil ebenfalls, daß die NSDAP „sozialistisch" und eine „Partei für Arbeiter" sei[122]. In einem interessanten Pamphlet[123] argumentierte ein früheres NSDAP-Mitglied, Dr. Erich Rosikat[124], der Appell an die Arbeiter sei deshalb wirkungslos geblieben, weil „faschistische" Gruppen in der Partei, unterstützt und gedeckt von Hitler, über die „sozialistischen" Elemente triumphiert hätten; daher sei die Partei unfähig, den Arbeitern ein überzeugendes sozialistisches Profil zu bieten, die vielmehr die Nazis für „kleinbürgerlich", „reaktionär" und „faschistisch-imperialistisch" hielten. Rosikat schloß mit der Mahnung, die völkische Bewegung solle sich zusammenschließen, und die Arbeiter sollten weiterhin, aber mit einem deutlicher erkennbaren sozialistischen Programm, umworben werden.

Indem sie selbst nach dem Mai 1928 eine auf die Arbeiter abgestellte Politik propagierten, zeigten sich die Linken der Partei so engagiert wie eh und je und als offensichtlich unbußfertig. Für viele andere in der Bewegung, Hitler eingeschlossen, hatte aber die Wahl den linken Vorstellungen schon fast den Boden entzogen. Die Öffnung nach links war anscheinend vergeblich und gleichbedeutend mit einem Rezept für politische Anonymität und Impotenz. Der Durchbruch, den die NSDAP so leidenschaftlich ersehnte, konnte nur durch die Ausschöpfung des rechten Potentials erreicht werden. Hitlers Entschlossenheit, Hartnäckigkeit und Fanatismus verstärkten sich noch in dieser schwierigen Zeit, und er suchte seine Gefolgsleute davon zu überzeugen, daß die Wahl nur ein vorübergehender Rück-

---

120 NS-Briefe, Juli 1928.

121 NS-Briefe, 15. Juni 1928, S. 375 ff.

122 Der Angriff, Juli 1928. So hieß es am 16. Juli, das politische Bürgertum sei im Begriffe, von der Bühne der Geschichte abzutreten, während das „Arbeitertum" seine historische Sendung gerade antrete.

123 E. Rosikat, Die Lehren der Maiwahlen für die partei-völkische Bewegung Deutschlands, Breslau 1928.

124 Rosikat hatte die NSDAP in Breslau bis 1927 geführt, als er von Hitler aus der Partei ausgeschlossen wurde. Bis dahin als der führende Agrarexperte der Partei angesehen, hatte er regelmäßig für die NS-Briefe geschrieben; er war der NS-Linken zugerechnet worden. Er glaubte an einen „völkischen Sozialismus", verlor aber seine Illusionen über Hitler bereits 1926. Nach seinem Ausschluß wurde er ein scharfer Kritiker des taktischen Opportunismus Hitlers. Vgl. hierzu A. Tyrell, Führer befiehl, S. 144 f., ferner H. Heiber, Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26, S. 79, 107.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlag sei. Er begriff, welche Optionen ihm offenstanden und daß ein Kurswechsel notwendig geworden war. Für den Angriff auf die Mittelschichten brauchte die NSDAP ein mehr traditionalistisches, konservatives und nationales Erscheinungsbild. In der Praxis bedeutete das eine schärfere Akzentuierung und eine Intensivierung ihres Nationalismus und Antisemitismus auf Kosten ihres „Sozialismus". Hierin lag auch das Wesen der Metamorphose, die die Partei nach den Reichstagswahlen von 1928 durchmachte.

Die praktischen Konsequenzen der Entscheidung, den Kurs zu ändern, zeigten sich schon fast unmittelbar nach der Wahl; in ihnen erschienen die Grundlagen einer Politik, die sich dann in den folgenden zwei Jahren vollends entfaltete. Zwischen Sommer 1928 und Anfang 1930 war die NSDAP bereits im Begriff, eine Partei des protestantischen Mittelstands und der Bauern zu werden[125]. Die meisten der für die neue Politik grundlegenden Entschlüsse kamen zwischen dem 31. August und dem 2. September 1928 auf einer überaus wichtigen Münchener Führertagung der NSDAP zustande. Die Zusammenkunft sollte dazu dienen, die Situation der Partei offen und nüchtern zu analysieren, den Propaganda- und Organisationsapparat zu überprüfen, fundamentale Fragen der Politik zu erörtern und ein Arbeitsprogramm für die Aktivitäten der nächsten Monate zu finden[126]. Leider läßt sich das Treffen nicht mit Hilfe intimerer Quellen rekonstruieren, die entweder verlorengingen oder zerstört wurden, so daß wir auf die Berichte in der NS-Presse und auf Schlußfolgerungen angewiesen sind.

Hitler erzeugte in seinen Reden vor den Delegierten die Atmosphäre, die er für die Tagung wünschte, indem er für die NSDAP eine eindeutig nationalistische Gestalt forderte. Er betonte, die Deutschen müßten aus dem hoffnungslosen Wirrwarr internationalistischer Anschauungen herausgeführt und bewußt und systematisch zu einem fanatischen Nationalismus erzogen werden[127].

Es wurde beschlossen, das Schwergewicht der Propaganda von den Städten auf ländliche Gebiete zu verlagern und die Propaganda selbst den Bauern, den Mittelschichten, den Industriellen und den extremen Nationalisten anzupassen. Der kräftige antikapitalistische und „sozialistische" Gehalt der Propaganda, der bis 1928 so viel dazu beigetragen hatte, das Bürgertum und die Großindustriellen von dem gefährlichen Radikalismus der NSDAP zu überzeugen, sollte drastisch reduziert werden. Von nun an hatten Nationalismus, Antisemitismus, Konservativis-

---

125 K. O. Lessker meint, in den Reichstagswahlen vom September 1930 sei der wichtigste Einzelfaktor für die Gewinne der NSDAP die Abwanderung von der DNVP gewesen; er schreibt 38 Prozent der Zunahme der NSDAP von 1928 bis 1930 diesem Faktor zu (K. O. Lessker, Who Voted for Hitler? A New Look at the Class Basis of Nazism, in: American Journal of Sociology 74 [1968], S. 63–69). Zu den neuesten detaillierten Studien dieses Problems gehören J. Holzer, Parteien und Massen, Die politische Krise in Deutschland 1928–1930, Wiesbaden 1975, und T. Childers, The Social Bases of the National Socialist Vote, in: Journal of Contemporary History 11 (1976), S. 17–42.

126 BA, Akte NS 26/1516.

127 V. B., 2./3. September 1928.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mus, Gesetz und Ordnung, der Vertrag von Versailles und außenpolitische Fragen im Vordergrund zu stehen. In Hitlers Reden ging es jetzt vornehmlich um die internationale Lage Deutschlands und um eine wütende Kritik an Stresemanns Außenpolitik.

Im Frühsommer 1928 hatte Hitler sein „Zweites Buch" geschrieben, in dem er, den Blick auf konservative, nationalistische Kreise gerichtet, seine jüngsten Gedanken zur Außenpolitik darlegte[128]. In dem Manuskript präsentierte Hitler seine Beglaubigung als Nationalist: „Ich bin deutscher Nationalist. Das heißt, ich bekenne mich zu meinem Volkstum . . ."[129] In seinem Kern ist das Buch eine Folgerung Hitlers aus der geringen Attraktivität, die seine Partei im Mai 1928 gezeigt hatte; es kündigte die künftige Strategie der Partei und ihre bürgerlich-nationalistische Orientierung an.

Um die Einführung der neuen Politik zu erleichtern, wurde die Gau-Einteilung der NSDAP nach einem von Straßer konzipierten Plan geändert und den Reichstagswahlkreisen angeglichen[130]. Die innere Struktur der Gaue wurde rationalisiert, die Autorität der Gauleiter in ihrem Amtsbereich gestärkt, der disziplinäre Apparat der Partei fester unter die Kontrolle Münchens gebracht und die Reichsleitung der NSDAP in zwei Hauptabteilungen gegliedert. Man hoffte, die Partei damit, im Rahmen ihrer neuen Prioritäten, für die kommenden Wahlen organisatorisch besser zu rüsten. Gleichzeitig übernahm die Propagandaabteilung der Zentrale die Leitung der gesamten propagandistischen Aktivität der Partei, und kurz danach entwickelte Himmler die Methode der kurzfristigen Konzentration aller Propaganda auf bestimmte Gebiete[131], die in den folgenden Jahren zu einem der auffallendsten Merkmale der NSDAP-Aktivität werden sollte[132]. Zur Komplettierung dieser umfassenden Erneuerung wurde schließlich noch ein größeres Revirement im Korps der Gauleiter vorgenommen; wer als zu „sozialistisch" galt, mußte gehen[133].

Die NSDAP schickte sich im Sommer 1928 offensichtlich an, als die einzige politische Bewegung in Deutschland aufzutreten, die alle traditionellen gesellschaftlichen und politischen Werte der Mittelschichten verkörpere und hochhalte. War das Münchener Treffen formaler Beginn einer Umorientierung nach rechts, so kann die neue Politik ferner illustriert werden durch 1.) weitere Veränderungen in der NS-Bewegung, 2.) Versuche der NSDAP zur Versöhnung mit bestimmten rechten

---

128 G. Weinberg (Hrsg.), Hitlers Zweites Buch, Ein Dokument aus dem Jahre 1928, Stuttgart 1961.

129 A. a. O., S. 78.

130 BA, Sammlung Schumacher, Ordner 374.

131 Ebenda.

132 Eine Rednerschule, mit der die Vereinheitlichung, Koordinierung und Systematisierung der Themen, des Stils und des Inhalts der Propaganda erreicht werden sollte, wurde im Juli 1928 von Fritz Reinhardt in Bayern eingerichtet. Ein Jahr später wurde die Schule zur offiziellen „Rednerschule der NSDAP" erklärt (BA, Akte NS 26/1509).

133 Einzelheiten bei A. Tyrell, Führer befiehl, S. 373 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Interessengruppen und 3.) deutlich erkennbare Grundtendenzen des deutschen politischen Lebens nach den Wahlen von 1928.

1.) Daß ein neuer Wind wehte, zeigte sich sehr rasch in der gesamten NS-Bewegung und sogar in Hitlers persönlichem Lebensstil. Der Führer begann, besonders in seinen Lebensgewohnheiten, ernsthafter und offener als bisher Konventionen zu kultivieren, deren Beachtung von einem bürgerlichen Politiker normalerweise erwartet wurde. Er verzichtete darauf, so zu tun, als sei er der Führer einer Arbeiterpartei[134], indem er z. B. seine schäbige Einzimmerwohnung in der nicht gerade zu den nobelsten Gegenden Münchens zählenden Thierschstraße aufgab, in der er seit Ende 1924 gehaust hatte, und in der zweiten Jahreshälfte 1929 eine große Wohnung am eleganten Prinzregentenplatz bezog. Etwa zur gleichen Zeit erwarb er am Obersalzberg die Villa „Haus Wachenfeld", die er seit 1925 gemietet hatte; er taufte sie in „Berghof" um.

Außerdem wurden – und dem kam natürlich größere Bedeutung zu – 1928 und 1929 neue Organisationen gegründet, die, mit der NSDAP verbunden, jedoch unabhängig von der Reichsleitung, alle dazu bestimmt waren, Anhänger aus dem Mittelstand zu gewinnen: im Oktober 1928 der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ), im August 1929 der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund und im November 1929 der Nationalsozialistische Schülerbund, der sich fast ausschließlich aus höheren Schulen rekrutierte[135]. In bereits existierenden angeschlossenen Organisationen zeigten sich ähnliche Entwicklungen. Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, dessen „sozialistisches" Gebaren nur geringe Erfolge unter Deutschlands überwiegend konservativen und aus den Mittelschichten kommenden Studenten gezeitigt hatte[136], wurde im Sommer 1928 gezähmt. Reichsführer Tempel mußte gehen, und an seine Stelle trat Baldur v. Schirach, dem es trotz einer romantischen Neigung zur Idee der „Volksgemeinschaft" vor allem darauf ankam, einen extremen Nationalismus und Antisemitismus zu propagieren. Schirach konzentrierte sich denn auch darauf, konservativ-nationalistische Studenten für das Hakenkreuz zu gewinnen, und schon 1930/31 beherrschte der NSDStB die studentischen Körperschaften vieler Universitäten[137].

Bald lag klar zutage, daß Schirach gewillt war, alle nationalsozialistischen Jugendorganisationen zur Anerkennung der neuen Taktik Hitlers zu bewegen. Hinsichtlich der „sozialistischen" Hitlerjugend unternahm er den ersten ernsthaften Versuch auf dem Nürnberger Parteitag von 1929, wo auf einer Sondertagung zwischen Hitlerjugend und bündisch-nationalistischen Gruppen die Möglichkeit eines

---

[134] E. Hanfstaengl, Hitler, The Missing Years, S. 161.

[135] BA, Akte NS 26/1541.

[136] 1928/29 kamen lediglich 2,3% der männlichen Studenten aus Arbeiterfamilien (W. Zorn, Student Politics in the Weimar Republic, in: Journal of Contemporary History 5 [1970], S. 128).

[137] B. v. Schirach, Der NSDStB, in: NS-Monatshefte, 1. April 1930, S. 42.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenschlusses unter rechter Führung besprochen wurde[138]. Die Verhandlungen blieben am Ende ergebnislos, da aber die linken Tendenzen der Hitlerjugend weiterhin Schirachs Widerwillen erregten, setzte er seine Versuche fort und zwang schließlich die Hitlerjugend zu einer Modifizierung ihres „Sozialismus" und zu einer Politik, die, anders als bisher, mehr auf mittelständische Jugend als auf Arbeiterjugend abgestellt war[139].

2.) Die Annäherung der NSDAP an das Bürgertum fand bald greifbaren Ausdruck. Die Partei begann die Bauern systematisch zu hofieren[140], und zwar durch eine zynische Manipulation des Hirngespinstes von „Blut und Boden"[141], wenn es auch noch bis 1930 dauerte, ehe ein vollständiger organisatorischer und Propaganda-Apparat geschaffen war[142]. Tatsächlich wandten sich die Bauern seit Mitte 1928 mehr und mehr der NSDAP zu, weil sie die Partei zu sein schien, die am aktivsten bäuerliche Interessen vertrat[143].

Die paramilitärischen Verbände wurden nach der Wahl mit geringerer Feindseligkeit behandelt. Der Wandel zeichnete sich schon vorher ab, als Hitler am

---

138 BA, Akte NS 26/391.

139 P. D. Stachura, The Hitler Youth in Crisis, The Case of Reichsführer Kurt Gruber, October 1931, in: European Studies Review 6 (1976), S. 343 ff.

140 Im Oktober 1928 hat Himmler bereits eine groß angelegte Propagandakampagne geleitet und die örtlichen Parteifunktionäre über die beste Propagandatechnik beraten (BA, Akte NS 18/579).

141 Vgl. C. Lovin, „Blut und Boden", The Ideological Basis of the Nazi Agricultural Program, in: Journal of the History of Ideas 28 (1967), S. 279–288.

142 Die NSDAP veröffentlichte ihr Agrarprogramm am 7. März 1930 (dazu und zu anderen Details BA, Sammlung Schuhmacher, Ordner 214). Am 1. Juni 1930 wurde Walther Darré Referent für agrarpolitische Fragen bei der NSDAP-Reichsleitung, und im September begann die „NS-Landpost" zu erscheinen (W. Schäfer, NSDAP, Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover 1956, S. 14). Eine Flut von NS-Publikationen begleitete diese Entwicklungen: z.B. Walther Darré, Das Bauerntum als Lebensquelle der Nordischen Rasse (1929) bzw. Neuadel aus Blut und Boden (1930); F. Hildebrandt, Nationalsozialismus und Landarbeiterschaft (1930); J. Dorner, Bauernstand und Nationalsozialismus (1930). Die beste Darstellung der damaligen NS-Politik in Agrarfragen ist immer noch H. Gies, NSDAP und landwirtschaftliche Organisation in der Endphase der Weimarer Republik, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 341–376. Vgl. auch G. Stollenberg, Politische Strömungen im Schleswig-Holsteinischen Landvolk 1918–1933, Düsseldorf 1962; Dieter Gessner, Agrardepression, Agrarideologie und konservative Politik in der Weimarer Republik (Wiesbaden, 1976); ders., Agrardepression und Präsidialkabinette in Deutschland 1930–1933 (Düsseldorf, 1977).

143 Für Regionalstudien zu dieser Kampagne: J. Noakes, a. a. O.; E. Schön, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim 1972; E. A. Roloff, a. a. O.; G. Pridham, a. a. O.; R. Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932, Stuttgart 1963. Vgl. auch C. P. Loomis/J. A. Beagle, The Spread of German Nazism in Rural Areas, in: American Sociological Review 11 (1946), S. 724–734, und W. T. Angress, The political role of the peasantry in the Weimar Republic, in: Review of Politics 21 (1959), S. 530–549.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

7. Mai die Einstellung der Polemik gegen diese Verbände anordnete[144]. Damit sollte, wie mit der Ergänzung zu Punkt 17, die Anziehungskraft der NSDAP im Endstadium des Wahlkampfs erhöht werden, aber gerade auch nach der Wahl beobachtete die Partei eine ausgesprochen respektvolle Haltung. Im Herbst und im Winter 1928 traf Hitler mehrmals mit Theodor Duesterberg zusammen, dem stellvertretenden Führer des Stahlhelm; vor der Wahl wäre das noch undenkbar gewesen[145]. Himmler teilte im November 1928 Hans Schemm, dem Gründer und Leiter des NS-Lehrerbunds, mit, Hitler wünsche keine Vorträge oder Diskussionen, in denen die paramilitärischen und vaterländischen Verbände kritisch aufs Korn genommen würden[146]. Im Dezember 1928 folgte eine Weisung der Reichsleitung der NSDAP, in der Parteipropaganda alle Angriffe auf den Stahlhelm, die anderen paramilitärischen Organisationen und ihre Führer zu unterlassen[147], und in einem Brief an den Gau Brandenburg ließ Gregor Straßer am 5. Dezember wissen, es sei „der Wille des Führers", daß dem Stahlhelm nicht feindselig begegnet werden dürfe[148]. Auf diese Weise ebnete die NSDAP den Weg für eine offene Zusammenarbeit mit den paramilitärischen Verbänden, wie sie 1929 tatsächlich zustande kommen sollte[149], so in der gemeinsamen Kampagne gegen den Young-Plan.

Daß die NSDAP in dieser Kampagne ein Bündnis mit der DNVP, dem Stahlhelm, den Alldeutschen und anderen Gruppen der konservativen Rechten einging, hat nicht allein die neue Orientierung der Partei symbolisiert, sondern ihr auch, obwohl das Unternehmen scheiterte, wichtige praktische Ergebnisse eingebracht. Vor allem war die NSDAP, indem sie sich in Reih und Glied mit jenen Säulen der Rechten präsentierte, in der Lage, ihre Respektabilität in den Augen der Mittelschichten zu etablieren. Die Partei erwarb sich jetzt den Ruf, eine nationalistische Bewegung zu sein, und Hitler gewann ein Prestige wie nie zuvor – als ein bürgerlicher Politiker. Das frühere „sozialistische" Erscheinungsbild war nun immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden. Und davon abgesehen, daß die bislang obskure und einflußlose NSDAP plötzlich Politik auf nationaler Ebene machen konnte, trug die Kampagne auch zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Partei und der Großindustrie bei. Zum erstenmal bezeigten Industrielle ein wirkliches Interesse für die NSDAP, und so begannen jetzt einige Gelder zu

144 BA, Akte NS 26/82.
145 BA, Akte NS 26/1509.
146 BA, Akte NS 18/579.
147 BA, Sammlung Schumacher, Ordner 205.
148 BA, Akte NS 22/365.
149 So wies der „Werwolf" in Sachsen seine Mitglieder vor der sächsischen Landtagswahl im Juni 1929 an, für die NSDAP zu stimmen (V. B., 11. Mai 1929). Im Juli 1929 protestierten die beiden Organisationen gemeinsam gegen das Vorgehen der Regierung gegen Fememörder (V. B., 6. Juli 1929), und am Nürnberger Parteitag im August 1929 nahmen prominente Führer von Wehrverbänden und „vaterländischen" Organisationen als Ehrengäste teil (V. B., 4./5. August 1929).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fließen, wenngleich die Industrie bis 1933 zugleich andere Parteien unterstützte und das Ausmaß ihrer der NSDAP gewährten Hilfe nicht übertrieben werden darf[150].

Es entsprach der neuen Verbindung zwischen der NSDAP und jenen bürgerlichen Organisationen, daß es Hitler im August 1928 ablehnte, die Keimzellen nationalsozialistischer Gewerkschaften, die unabhängig von der Reichsleitung in Berlin und später auch in Süddeutschland aufgetaucht waren, offiziell zu sanktionieren[151]. Die Ablehnung stellte eine weitere Brüskierung der nationalsozialistischen Linken dar, dann noch ergänzt durch die stetige Statusminderung, die nach der Jahresmitte 1928 Gottfried Feder hinnehmen mußte. Bislang ein nicht einflußloser Theoretiker in der Partei, der aber auf Grund seiner antikapitalistischen wirtschaftspolitischen Anschauungen dem linken Flügel nahestand, verschwand Feder nun rasch von der Bildfläche. Seine Ideen von der „Brechung der Zinsknechtschaft" waren für eine Partei, die um Anhänger aus Mittelstand und Industrie warb, zu radikal und zu sozialistisch geworden[152]. Zwar setzte die NS-Linke ihre Bemühungen um eine günstigere Reaktion auf die Gewerkschaftsidee fort, aber Hitler blieb unnachgiebig, bis ihn die Krise um Otto Straßer im Jahre 1930 zwang, nach Mitteln und Wegen zur Zähmung der „Sozialisten" in der Partei zu suchen. Daher anerkannte er 1931 die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO), um wenigstens eine konziliante Geste zu machen[153]. Mit einer Abkehr von seinem inzwischen unverrückbar festgelegten Rechtskurs hatte das nichts zu tun.

3.) Die Rechtsorientierung der NSDAP war im damaligen politischen Leben Deutschlands kein isoliertes Phänomen. Die Wahl vom 20. Mai 1928 markierte nicht allein für die Nationalsozialisten, sondern auch für andere größere Weimarer Parteien einen entscheidenden Wendepunkt. Als gemeinsames Merkmal ist eine deutliche Tendenz zur Radikalisierung zu erkennen, ob nun auf der Rechten oder auf der Linken. So hat bei der DNVP die äußerste rechte Gruppe unter der Füh-

---

150 Vgl. H. A. Turner, Verhalfen die deutschen „Monopolkapitalisten" Hitler zur Macht?, a. a. O.

151 Am 30. Juli 1928 ernannte Goebbels Johann Engel zum Leiter des „Sekretariats für Arbeiterangelegenheiten" in der Berliner NSDAP (M. Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP, S. 86). Das war der Anfang der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, die Ende 1928 bereits 50 Zellen in der Hauptstadt umfaßten (H. G. Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 35). In Ingolstadt gründeten am 12. August 1928 einige NSDAP-Mitglieder unter der Führung von Anton Rothenanger die „Großdeutsche Gewerkschaft" oder Grodege (BA, Akte NS 18/579).

152 K. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962, S. 171.

153 Am 1. Mai 1930 rief Reinhold Muchow in Berlin eine Gaubetriebszellenleitung ins Leben, unmittelbarer Vorgänger der von Gregor Straßer und Muchow am 15. Januar 1931 geschaffenen Reichsbetriebszellen-Abteilung (RBA), die auch als NSBO bekannt war (BA, Akte NS 26/283).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung des wohlhabenden Finanzmanns Alfred Hugenberg den gemäßigten Konservativen um Graf Westarp die Kontrolle über die Partei entwunden. Hugenberg wurde im Oktober 1928 Vorsitzender der Partei und verband in seinem Programm sogleich einen schrillen Nationalismus mit kompromißlosem Antirepublikanismus. Auch im Zentrum löste der Stimmenverlust bei der Wahl eine innere Krise aus, die mit der Berufung von Monsignore Ludwig Kaas zum Parteivorsitzenden ihren Höhepunkt erreichte. Kaas verkörperte die konservativ-autoritäre Tradition des deutschen Katholizismus, und unter seiner Leitung rückte das Zentrum ein gutes Stück weiter nach rechts[154]. In der DVP breitete sich nach dem Rückschlag bei der Wahl eine zunehmende Mißstimmung aus, doch konnte Gustav Stresemann, so lange er die Partei führte, einen mäßigenden Einfluß ausüben. Im Oktober 1929 gab aber sein Tod dem der Industrie nahestehenden rechten Flügel die Gelegenheit, die Oberhand zu gewinnen[155], was den Boden für jenen Zusammenstoß der Partei mit der SPD bereitete, der im März 1930 zur unmittelbaren Ursache des Zusammenbruchs der Koalitionsregierung werden sollte.

Auf der äußersten Linken nahm die KPD kurz nach der Wahl eine intransigente Haltung ein, die in ihrer sogenannten „ultra-linken" Taktik zum Ausdruck kam[156]. Abgesehen davon, daß dies unerbittliche Gegnerschaft zum demokratischen System bedeutete, lief die Taktik auf wütende Bekämpfung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten" hinaus, was die historisch so tragische Spaltung der deutschen Arbeiterklasse just in dem Augenblick verursachte, in dem der Faschismus wirklich gefährlich wurde.

An den verschiedensten Punkten des politischen Spektrums versteifte sich mithin nach der Wahl von 1928 die Haltung der Parteien. Gerade dieses Wahlergebnis eröffnete eine Ära des Extremismus und der Krise, die rasch zu einer erschreckenden Polarisierung der Gesellschaft und der Politik führte. Namentlich auf der Rechten gewannen die antidemokratischen Emotionen eine bislang nicht gekannte Dimension der Wildheit; sie erfaßten jetzt Intellektuelle, politische Parteien, Universitäten und sogar Jugendgruppen. Die Wendung der NSDAP nach rechts war also ein fundamentales Element in einer allgemeinen politischen Bewegung.

---

154 E. Matthias/R. Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 284ff.
155 A. a. O., S. 525.
156 O. K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt 1971, S. 248 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GEORG H. KLEINE

ADELSGENOSSENSCHAFT UND NATIONALSOZIALISMUS

Walther Peter Fuchs gewidmet

I

Den deutschen Adel im 19. und 20. Jahrhundert[1] haben die Sozialhistoriker bisher vernachlässigt. Sie leisten damit populären Vorstellungen, z. B. vom „Junker"[2] Vorschub, die durch Ressentiment, Unkenntnis oder Verehrungsbedürfnis genährt werden. Für das Dritte Reich ist es mit dem Klischee vom intriganten, reaktionär-materialistischen Ostelbier, der Hitler in den Sattel half und dann, wahrem Adelsgebot getreu, im Opfergang am 20. Juli 1944 diese und andere Verirrungen „blutig gesühnt" haben soll, nicht getan. Eine Differenzierung muß selbstverständlich schon früher einsetzen: das hier behandelte Thema ist eingebettet in das mit der Reichsgründung einsetzende letzte Kapitel der Sozialgeschichte des Adels.

An dieser Stelle soll versucht werden, den in die Industriegesellschaft unterdurchschnittlich integrierten, aber überdurchschnittlich anspruchsvollen, sich noch bewußt zum Kollektiv des Standes zählenden Teil des Adels in seinem Bestreben zu verfolgen, sozialökonomische Absicherung und psychische Bewältigung des Verlusts seiner Sonderstellung durch ein Bündnis mit dem Nationalsozialismus zu erreichen. Dafür ist zunächst die Existenz eines quantitativ nicht erfaßten, aber zweifellos zahlreichen verarmenden und verarmten Adels ins Bewußtsein zu rufen, der

---

[1] Die Masse des Materials für diese Untersuchung stammt aus dem Umkreis der Deutschen Adelsgenossenschaft (DAG). Nur ein Bruchteil ihrer reichhaltigen Unterlagen hat den II. Weltkrieg überstanden. So sind vor allem die Akten der Hauptgeschäftsstelle in Berlin verloren. Um so wichtiger war die großzügige Unterstützung durch die Folgenden: Staatsarchivdirektor a. D. Freiherr Otto v. Waldenfels gab die Erlaubnis, die Akten der DAG-Landesabteilung Bayern, Freiherr Thomas v. Fritsch die Protokolle der Landesabteilung Sachsen ungehindert zu benutzen. Dr. Eberhard v. Goßler willigte in die Verwendung des Nachlasses seines Vaters ein, und Dr. Walter v. Hueck, der Leiter des Deutschen Adelsarchivs in Marburg/Lahn, half mit wertvollen Hinweisen. S. D. dem Fürsten Moritz-Kasimir zu Bentheim-Tecklenburg danke ich für die Bereitstellung von Papieren aus dem Nachlaß seines Vaters und für anregende Gespräche. Das große Interesse, das I. D. Fürstin Sissi von Bentheim der neueren Geschichte des Adels entgegenbringt, möchte man sich von vielen ihrer Standesgenossen wünschen. Sie wären mit in erster Linie berufen, die zahlreichen Lücken unseres Wissens auf diesem Gebiet zu füllen. Keiner der Genannten hat sich durch die Unterstützung dieser Studie mit ihren Ergebnissen auch nur im geringsten identifiziert.

[2] Fritz Kleins Kritik an der „häufig unpräzise[n] Verwendung von Begriffen wie ... Junker und Großgrundbesitzer" in historischen Arbeiten in der DDR (Stand und Probleme der Erforschung der Geschichte des deutschen Imperialismus bis 1945, in: Ztschr. f. Geschichtswiss. 23 [1975], S. 486) kann auch auf die westdeutsche und amerikanische Literatur ausgedehnt werden.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zwar in der Literatur gelegentlich gestreift, nicht aber gründlicher untersucht und in seiner politischen Bedeutung ausgewertet worden ist[3]. Der deutsche Adel selbst hat dieses sein Zentralproblem auch dann noch ignoriert, heruntergespielt, ganz unzureichend auf der karitativen Ebene behandelt oder aber auf die ethisch-ideologische verschoben, als seine gefährlichen Folgen schon unübersehbar geworden waren[4]. Das Problem des verarmenden Adels ist in nuce das Problem des Adels in der neueren Geschichte überhaupt. Die sinkenden Teile des Standes fochten an der vordersten Front im Defensivkampf vorindustrieller Eliten, der ein Hauptthema nicht nur der deutschen Geschichte ist[5]. Die noch stabilen Teile der Status- und Besitzelite wurden an diesen Zusammenhang erst erinnert, als die Radikalität der verarmenden Standesgenossen nicht mehr zu neutralisieren war. Mehr als in jedem anderen Zusammenhang wäre es hier berechtigt, von der Dekadenz des Adels zu sprechen[6].

Die bedeutsame Rolle des ostelbischen Großgrundbesitzes in der preußisch-deutschen Geschichte ist überzeugend dargestellt worden. Er ist aber mit *dem* Adel Preußens oder gar Deutschlands keineswegs identisch. Den nicht oder nicht mehr angesessenen und deshalb vielfach unzureichend angepaßten Adelsfamilien war es schmerzlich bewußt, daß die Standes- und Familiensolidarität im 19. Jahrhundert einer wirtschaftlich-politischen Interessengemeinschaft adliger mit bürgerlichen Rittergutsbesitzern Platz gemacht hatte, daß der Hochadel[7] in enger Gemeinschaft

---

[3] Die bahnbrechende Studie von Fritz Martiny (Die Adelsfrage in Preußen vor 1806 als politisches und soziales Problem, Beih. 35 zur Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgesch. [VSWG], Stuttgart und Berlin 1938) blieb ohne Fortsetzung. Im Wilhelminischen Deutschland war sich die Öffentlichkeit des Problems durchaus bewußt, wie z. B. der Erfolg der Romane Georg v. Omptedas beweist. Der bekannte Genealoge Stephan Kekule v. Stradonitz kam 1911 zu dem Schluß, man müsse schon von der Armut, nicht mehr nur der Verarmung des deutschen Adels sprechen (Armut und Reichtum im deutschen Adel, Deutsche Revue 1911, S. 35–42).

[4] In der Weimarer Republik war die wirtschaftliche Not selbst vieler häufig als „Kaufleute" berufstätiger Adliger groß. Dennoch weigerte sich die DAG, dieses Problem ernstlich anzupacken. Selbst die wirtschaftlichen Interessen des adligen Großgrundbesitzes überließ man im wesentlichen anderen Organisationen; zum Thema „Osthilfe" ist die Geschichte der Adelsgenossenschaft unergiebig. Die Führung bestand darauf, der Adel solle seine Aufmerksamkeit und Energie nicht an die als inferior gesehene „Wirtschaft", sondern an die ihm gemäßere „Politik" wenden.

[5] Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 (Deutsche Geschichte 9), Göttingen 1973, S. 14.

[6] „A fundamental test of the cohesion and operativeness of a social order is the ability of the dominant group to protect its own." (Richard Trexler, Charity and the Defense of Urban Elites in the Italian Communes, in: F. C. Jaher [Hrsg.], The Rich, the Well Born and the Powerful, Urbana, Chicago, London 1973, S. 67.) Unterwirft man den deutschen, besonders den preußischen Adel diesem Test, so muß man sein Versagen seit dem Zeitalter des Absolutismus, besonders aber seit der Industrialisierung konstatieren – eine Bestätigung der Labilität der Sozialstruktur im kaiserlichen Deutschland.

[7] Unter der soziologischen Kategorie des „Hochadels" versteht man im allgemeinen die Mit-

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit Börsenkönigen vielfach seinen Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung des Reiches einheimste. Die hier angesprochenen Teile des Adels dürfen weder den anderen Gruppen nur deshalb zugezählt werden, weil sie mit ihnen die Rolle einer Statuselite teilten, noch darf man annehmen, daß sie ohne Kampf „im Bürgertum aufgegangen" oder den Unterschichten zugefallen seien.

Ein berufener Zeuge hat die Affinität gerade der kleineren, wirtschaftlich schwachen Gutsbesitzer und der besitzlosen Offiziersfamilien im preußischen und norddeutschen Kleinadel zum Nationalsozialismus hervorgehoben und sie den Söhnen der „bedeutendsten Großgrundbesitzerfamilien" gegenübergestellt, die dann zu den Verschwörern des 20. Juli gehörten[8]. Es sei betont, daß im folgenden zumeist nicht von der Gesamtheit der deutschen adligen Namensträger die Rede ist, sondern von der sehr viel kleineren Gemeinschaft derjenigen, die sich bewußt zum Kollektiv des deutschen Adels bekannten und die zu keinem Zeitpunkt 25% aller Namensträger erreichte[9].

II

Der einzige beachtenswerte Versuch des deutschen Adels insgesamt, den für die alte Oberschicht bedrohlichen Konsequenzen des Industriezeitalters entgegenzu-

glieder des (adelsrechtlich) „Hohen Adels", d. h. der vor 1806 reichsunmittelbaren und reichsständischen Geschlechter, sowie die nicht dazu gehörigen (nicht regierenden) deutschen fürstlichen Familien, nicht regierende europäische Fürstenhäuser und einige ausgesprochen wohlhabende Grafengeschlechter. Dem Hohen Adel entgegengesetzt ist der „Niedere Adel", der die nicht reichsständischen Fürsten sowie die überwiegende Mehrheit der gräflichen sowie alle freiherrlichen und unbetitelten Geschlechter des Adels umfaßt. Dem Hochadel setzt man soziologisch sinnvoll den „Kleinadel" entgegen und versteht unter ihm gräfliche, vor allem aber freiherrliche und unbetitelte Familien, die größeren Land- oder anderen Besitz entweder nie innegehabt oder aber verloren haben. „Uradel", d. h. Geschlechter, die vor dem Jahre 1350 (bzw. 1400) urkundlich als adlig nachzuweisen sind, und „Briefadel" sind umstrittene, für unseren Zusammenhang unwesentliche Kategorien. „Standesherr" schließlich ist, vereinfachend gesagt, ein Synonym für ein Mitglied des Hohen Adels.

8 Joachim v. Dissow [d. i. Johann Albrecht v. Rantzau], Adel im Übergang, Stuttgart, 2. Aufl., 1962, S. 180 f. – Walter Görlitz unterscheidet „scharf", allerdings irrtümlicherweise erst für die Zeit nach 1918, zwischen adligem und bürgerlichem Großgrundbesitz im Osten einerseits und „jenen Elementen" andererseits, „die in gewandelter Zeit den Boden nicht mehr zu behaupten vermochten oder die überhaupt zu der breiten Schicht besitzlosen Dienst- und Schwertadels rechneten ... Lebensläufe führender adeliger Nationalsozialisten gewähren da interessante Aufschlüsse." (Die Junker, Glücksburg, 2. Aufl., 1957, S. 330). Leider läßt sich „verarmen", „Armut" z. Zt. noch nicht definieren und differenzieren. In einer weiter entwickelten Sozialgeschichte des Adels dürfte aber Quantifizierung durchaus möglich sein.

9 Die Zahlenangaben für adlige Namensträger im Deutschland der zwanziger und dreißiger Jahre schwanken zwischen 85 000 und 95 000. Der höchste Mitgliederstand der Deutschen Adelsgenossenschaft wurde um 1925 mit ca. 17 000 erreicht. 1929 waren es z. B. 16 515 Einzelmitglieder und 139 Familienverbände, 1939 19 694 (davon 4670 Kinder) und 182 Familienverbände.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

arbeiten, war die „Deutsche Adelsgenossenschaft"[10]. 1874 von ostelbischen Rittergutsbesitzern zur „Reform" des Adels gegründet, zog sie bald überwiegend Mitglieder aus den schwächeren Teilen des preußischen Kleinadels, vor allem Subalternoffiziere, aber auch kleinere Gutsbesitzer an. Die DAG war politisch ausgesprochen ehrgeizig, ultrakonservativ[11] und betont überkonfessionell mit scharfer Wendung gegen Materialismus, Individualismus, Liberalismus, ausgesprochen antisemitisch, antigouvernemental, mit einer deutlichen Spitze gegen den Hochadel. In ihrem Selbstverständnis alles andere als eine wirtschaftliche pressure group, blieb ihre politische und reformerische Wirkung entsprechend äußerst begrenzt; generell wurde sie als karitative Organisation mißverstanden. Die DAG von 1914 blieb eine Randerscheinung des Machtkartells der „staatserhaltenden und produktiven Stände", durch das sich ein immer kleiner werdender Teil des Adels abzusichern vermochte. Dies trug zur weiteren Fragmentierung des traditionell zersplitterten deutschen Adels bei. Vielen Zeitgenossen erschien die Vorstellung eines besonderen Adelsstandes bereits anachronistisch.

Nach 1918 wurde deutlich, daß unter der Monarchie das Problem überdeckt worden war, die Integration der besitzlosen Teile des Adels, deren Ränge stark angeschwollen waren, in die Erwerbsgesellschaft viel zu langsam voranschritt. Der sich nun auf den Wert der Solidarität besinnende Adel, nicht selten in verzweifelter wirtschaftlicher Lage, zog der Anpassung an die Gesellschaft eine Sonderexistenz *als Adel*, als eine nur vorübergehend funktionslose Führungsschicht vor. Noch immer fühlte man sich den überkommenen Vorstellungen von adliger Berufswahl verpflichtet. Landwirtschaft und Staatsdienst wurden als im Grunde allein standesgemäß betrachtet. Noch 1938, mehr als 130 Jahre nachdem ein Edikt Steins dem Adel bürgerliche Berufe geöffnet hatte, stellte ein Sprecher des Standes fest, es gebe eben Berufe, „die adligen Wesens Kern zerstören", nämlich vor allem die kaufmännischen, „während gerade die ihm artgemäßen Berufe die Urkräfte seines Blutes erhalten, ja durch mehrere Geschlechterfolgen steigern"[12].

Unmittelbar nach der Revolution sahen sich weite Teile des Adels, von den ehe-

---

[10] Gedrucktes Material zur DAG liegt vor in den Jahrgängen des „Deutschen Adelsblattes" von 1883 bis 1944 und in den „Kalendern" (ab 1927 „Jahrbüchern") der DAG (seit 1896), die neben Satzungen usw. auch die Mitgliederlisten enthielten. Die Satzung forderte christliche, monarchische Gesinnung, Unterstützung notleidender Standesgenossen, Erhaltung adligen Besitzes und Pflege der Genealogie. Die DAG war nur die relativ erfolgreichste von vielen Versuchen des 19. Jahrhunderts, den deutschen Adel zu reorganisieren und zu reformieren. Über Rang- und vor allem Konfessionsschranken hinweg, die die übrigen, zumeist regionalen Adelsvereinigungen voneinander schied, appellierte die DAG an alle Kreise des deutschen Adels und erreichte schließlich das Ziel, in ihrer Mitgliedschaft praktisch alle Gruppen zu repräsentieren.

[11] Ernst Nolte hat auf den engen Zusammenhang zwischen preußischem Ultrakonservativismus und Nationalsozialismus aufmerksam gemacht (in: Zeitschrift für Politik, N. F. 11 [1964], S. 5–20).

[12] Frhr. W. v. Schleinitz, Warum ist der Zusammenschluß des reinblütigen deutschen Adels

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mals regierenden Familien bis zum mittellosen städtischen Kleinadel nicht nur in „gefühlsgeborener Republikfeindschaft"[13] vereint, sondern auch elementar als Kollektiv bedroht. Verlust der monarchischen Protektion und nationaler Größe, die Abschaffung adliger Vorrechte[14] und das Schwinden der Existenzbasis für weite Teile des Offizierkorps und seines Nachwuchses betrafen viele adlige Namensträger, während die Besitzenden unter ihnen zusätzlich noch durch die Aufhebung der Fideikommisse, die zunächst drohende Enteignung des Großgrundbesitzes überhaupt[15] und den Verlust politischer Macht in Preußen unter Druck gesetzt wurden[16]. Man darf sich von andauernder Präsenz des Adels im diplomatischen Dienst und in der Reichswehr nicht täuschen lassen: die Mehrzahl der nicht wohlhabenden Gruppen im nord- und ostdeutschen Adel sah sich oft in traumatische Anpassungsschwierigkeiten verwickelt. Um daraus erfolgreich hervorzugehen, hätten sie wesentlich besser vorbereitet gewesen sein müssen. „Der Prozeß der Nivellierung und der Auflösung der überkommenen sozialen Schichtung [bildete] einen

---

notwendig? Denkschrift v. 20. 5. 1938, Deutsches Adelsarchiv Marburg/Lahn (künftig: AM), Landesabteilung Bayern der DAG (LA BY), (Bund) 2.

[13] Dissow, a. a. O., S. 229.

[14] Art. 109, Abs. 3 der Weimarer Reichsverfassung, und Preußisches „Gesetz über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen" vom 23. 6. 1920.

[15] Gerhard Schulz spricht von der „merkwürdigen Faszination, die für manche Weimarer Politiker von der Vorstellung einer großen Massensiedlung im Osten... ausging" (in: Die deutschen Ostgebiete, Pfullingen 1967, S. 30).

[16] „Eine Elitetruppe ... ist sozial nicht in die neue Gesellschaft integriert, sie stellt mindestens ein brisantes Potential dar" (Wolfgang Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, Studien zur Soziologie Bd. 2, München, 2. Aufl., 1966, S. 159). Hier auf ein Drittel des kaiserlichen Offizierkorps nach 1918 bezogen, kann die Feststellung auf weite Teile des Adels ausgedehnt werden. – Knapp 50% der Offiziere mußten einen neuen Beruf finden, doch blieb ein Drittel ohne Beschäftigung. Der Adel dürfte unter ihnen überrepräsentiert sein. „Wir haben hier das typische Beispiel eines Übergangszustandes, einer Personengruppe, die gewissermaßen zwischen den sozialen Schichten steht, bei der traditionelle Bindungen, gefühlsmäßige Hemmungen mit den tatsächlichen Verhältnissen kollidieren" (J. Nothaas, Hrsg., Sozialer Auf- und Abstieg im Deutschen Volk, Beiträge zur Statistik Bayerns, H. 117, München 1930, S. 73). – Eine Untersuchung dokumentierte die Verluste traditioneller Positionen für den untitulierten Uradel: der Anteil aktiver Offiziere fiel von 27,94% (1912) auf 8,1% (1937), der von Offizieren a. D. stieg von 14,45% auf 18,91%, der von Regierungsbeamten fiel von 5,06% auf 3,01%, während der Anteil der „Kaufleute" von 4,7% auf 8,6% anstieg (Helene Prinzessin von Isenburg, Berufswandel im deutschen Uradel während des letzten Vierteljahrhunderts 1912–1937, in: Deutsches Adelsblatt [DAB] 28 vom 10. 7. 1937, S. 887 f.). – Lysbeth W. Muncy hat errechnet, daß ihre „Junker officials" 1931 nur noch 3,4% der untersuchten Positionen gegenüber 15% im Jahre 1918 innehatten. Die Situation verschlimmerte sich noch im Dritten Reich (The Junkers and the Prussian Administration from 1918 to 1939, in: The Review of Politics 9 [1947], S. 496/498). Zapf (a. a. O. S. 498) gibt den Anteil des Adels an „politischen Führungsgruppen" für 1925 mit 16%, für 1940 mit 12% an.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entscheidenden Krisenfaktor, da er rascher ablief, als sich die soziale Rollenerwartung der Betroffenen der neuen Lage anpaßte."[17]

Erst jetzt konnte die Deutsche Adelsgenossenschaft damit rechnen, als Sammelbewegung des Adels anerkannt zu werden. Wenn auch regional unterschiedlich, wuchs sie von rund 1600 Mitgliedern zu Kriegsende (1914: 2400)) auf fast 17 000 sechs Jahre später an[18]. Zum erstenmal in seiner Geschichte konnte der deutsche Adel bei der Erringung seines Anteils an wirtschaftlicher Sicherheit, politischer Macht und sozialer Statuserhaltung nicht mehr auf staatliche Unterstützung hoffen. Die nicht integrationsfähigen oder -willigen Teile mußten sich vielmehr durch Selbsthilfe im Interessenpluralismus der Republik behaupten. Von der Standesorganisation erwarteten die Besitzenden speziell die größtmögliche Sicherung ihres zumeist landwirtschaftlichen Eigentums – ein Nahziel. Die verarmenden oder verarmten Teile dagegen verfolgten als Fernziel die Schaffung einer neuen, den Gesetzen der bürgerlichen, individualistischen Industriegesellschaft nicht unterworfenen Führungsschicht, für die sie sich selbst in erster Linie qualifiziert hielten. Vereinfachend kann man der ersten Gruppe die von der Revolution unmittelbar aus ihren Positionen verdrängten adligen hohen Beamten und Offiziere zurechnen. Das heißt: die ältere Generation des nicht landgesessenen Adels verfolgte ebenfalls das Nahziel, eng verbunden mit der Restauration der Monarchie, während die mittlere Generation dieser Schicht, durch die Revolution um Position und Karriere betrogen, sich dem bereits im Kaiserreich enterbten Adel der kleinen Gutsbesitzer, Subalternoffiziere und in „unadligen" Berufen Beschäftigten, den Pensionären, Rentnern und Wohlfahrtsempfängern zugesellte[19]. Es war die Frage, welchem der beiden Flügel es gelingen würde, das Gesicht der Gesamtheit zu bestimmen. Neben den beiden ambitionierten Gruppen gehörten der

---

[17] Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: W. Schmitthenner u. H. Buchheim (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln 1966, S. 84.

[18] Allerdings wurden ab 1921 auch weibliche Adlige aufgenommen. Bürgerlich Verheiratete blieben ausgeschlossen. Die Mitgliederzahl fluktuierte stark, so erzwang z. B. wirtschaftliche Not, d. h. die Unfähigkeit, den Beitrag zu zahlen, viele Austritte und Ausschlüsse.

[19] Die Analyse der Lage des Mittelstandes bei Karl D. Bracher trifft auch für diese Teile des Adels zu: „Zwar bemühten sich ausgebreitete Berufs- und Standesorganisationen, die Sonderexistenz zu bewahren und zu unterstreichen, die weitere Auflösung zu verhindern und mit allem Nachdruck die Interessen zu vertreten. Doch wurde die Diskrepanz zwischen ökonomischer und gesellschaftlicher Bedeutung, zwischen wirtschaftspolitischer Realität und soziologisch-ideologischem Anspruch, zwischen der Klassenlage und einem stärkeren ‚Standesbewußtsein' immer tiefer ... In der Sphäre des sozialen Bewußtseins, eines existentiellen Standesgefühls, suchten diese Schichten unter dem Eindruck der gespannten Wirtschaftslage der Weimarer Republik ... fieberhaft nach einem Bollwerk gegen die drohende Proletarisierung, nach einer Lösung der Diskrepanz zwischen ökonomischer Lage und sozialideologischem Anspruch, nach einem Retter der ständischen Sonderexistenz – wenn nötig und möglich, jenseits der enttäuschenden Demokratie, der man die Schuld an der Krise gab" (in: Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen/Schw., 5. Aufl., 1971, S. 146 f.).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adelsgenossenschaft selbstverständlich auch nicht wenige an, die von dem Wunsch nach Geselligkeit oder nach „billigen Kartoffeln" getrieben wurden[20]. Andere wirtschaftlich stärkere Adlige mochten sich aus dem Gefühl heraus an dem Zusammenschluß beteiligen, daß ein zahlreiches Adelsproletariat die herrschende Sozialordnung ungünstig beeinflussen könnte. Wieder andere betrachteten ihre Zugehörigkeit zur DAG als Demonstration ihrer monarchischen Gesinnung oder als eine Geste der Solidarität, als Standespflicht.

Den regionalen Unterschieden im deutschen Adel entsprechend, hatten die relativ autonomen Landesabteilungen der DAG ein unterschiedliches Aussehen. Die östlichen, die den höchsten Anteil an Mitgliedern besaßen (1926: 48,5% der männlichen Mitglieder, verglichen mit 11,7% für den Norden, 16,7% für Mitteldeutschland, 8,2% für den Westen und 13,4% für den Süden), zeigten einen höheren Anteil an Landwirten und an Subalternoffizieren außer Dienst. Unter ihrem rechnerischen Anteil lagen sie bei den pensionierten Offizieren vom Oberstleutnant aufwärts[21]. Vor allem im Norden und Osten waren also die wirtschaftlich Schwächeren relativ und absolut häufiger vertreten als im übrigen Deutschland; hier konzentrierte sich die Fernzielgruppe. In der Führung behauptete sich zunächst die ältere Generation Ostelbiens: den Ehrenvorsitz erhielt Generalfeldmarschall v. Hindenburg, DAG-Mitglied seit 1903, während sein Vertrauter, der ehemalige Chef des Zivilkabinetts und langjährige Hausminister Wilhelms II., der zeitweilige Oberpräsident seiner Heimat Ostpreußen, Friedrich v. Berg-Markienen, im Alter von 54 Jahren erster Vorsitzender, „Adelsmarschall" wurde[22]. Bis 1923 leitete der durch persönliche Integrität und Religiosität, aber auch durch einen schroff vertretenen Erzkonservativismus ausgezeichnete Preuße die Genossenschaft scharf im deutsch-nationalen Sinn nach außen, konziliant nach innen und meisterte vor allem die schwierige Aufgabe, die zuweilen stark auseinanderstrebenden nord- und süddeutschen Landesabteilungen zusammenzuhalten.

Auf dem ersten „Adelstag" nach dem Kriege forderte Berg seine Standesgenossen auf, über dem Versuch, „die Gefahr des Proletarisierens" abzuwenden, die traditionelle Erzieheraufgabe des Adels an einem gottlos und arbeitsscheu gewordenen deutschen Volk nicht aus den Augen zu verlieren[23]. Selbstbesinnung, Selbstkritik, wie sie in den achtziger und neunziger Jahren in der DAG noch geübt worden waren, hatten jetzt keinen Platz mehr. Die Gewalt revolutionärer Veränderungen wurde maßlos übertrieben, sie erklärte nicht nur das Versagen des Adels als

---

[20] Vgl. z. B. DAB 3 vom 1. 2. 1923, S. 45.

[21] Vgl. dazu die Tabellen im Anhang.

[22] Vgl. zu Bergs Biographie die Einleitung Heinrich Potthoffs zu dem von ihm hrsg. Band: Friedrich v. Berg als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, B. I, 7, Düsseldorf 1971, S. 37–73. – Potthoff gibt irrtümlich 1928 (statt 1920) als das Jahr des ersten Arierparagraphen der DAG an (S. 70) und nennt Bergs Protestantismus zu Unrecht „militant antikatholisch" (S. 73).

[23] DAB 13 vom 15. 7. 1920, S. 222.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wächter des Thrones, sie wies ihm auch ein neues Betätigungsfeld mit unübersehbaren Aufgaben zu:

„In einer Zeit, wo alles zusammenstürzt, was bisher die Grundlage des deutschen Staatswesens gebildet, wo der Atheismus völlig fessellos sein Haupt erhebt . . ., hat der Adel in allen seinen Teilen wichtige Aufgaben zu erfüllen. Dem materiellen, nivellierenden Geist der Zeit stellt er das Bekenntnis zum Christentum, zur Selbstzucht und Einfachheit, zu Treue und Tradition entgegen."[24]

Der Anspruch auf Führerschaft wurde damit legitimiert, daß der Adel „der Macht des Geldes noch nicht zugänglich" und deshalb fähig sei, „in edler Bedürfnislosigkeit seinen Anteil an der allgemeinen Verarmung zu tragen"[25].

Die zwanziger Jahre waren für derartige Ideen empfänglich. Die angesehenen „Süddeutschen Monatshefte" vertieften z. B. 1926 diese Gedanken mit der Feststellung, die Adelsidee sei Aufklärung und Materialismus feindlich, da sie sich in „exakten", dem Instinkt nicht zugänglichen Denkformen kaum greifen lasse. Im „zweckhaften Arbeitsbetrieb" der Gegenwart versagten deshalb Adlige im Vergleich mit den „überlieferungslosen Elementen". Der Adel werde seine Führungspositionen im 20. Jahrhundert wiedererlangen, da er, von negativen Einflüssen des Wilhelminismus befreit, statt „schulmäßiger Intelligenz" die wichtigeren Eigenschaften der „Tatkraft", des „Instinktes", der „Suggestivkraft" besitze[26]. Dem Versuch der sinkenden Teile des Adels, in einer Scheinwelt weiterzuleben bzw. aus dem ihnen allein verbliebenen Namen Kapital zu schlagen, kam die Bereitschaft nicht nur der Snobs, sondern auch zeitgenössischer Theoretiker der Elitebildung entgegen, einem von Auswüchsen des „Junkertums" befreiten historischen Adel einen zentralen Platz in einer neuen Führungsschicht einzuräumen[27].

III

Von Anbeginn an machten es die führenden Kräfte in der DAG klar, daß sie, ganz im Sinne der stets auf eine Neudefinition von Adel drängenden Vorkriegsgeneration, bei weitem nicht alle Träger adliger Namen vereinigen wollten. In einer für

[24] DAB 5 vom 9. 5. 1919, S. 54.

[25] Graf Kuno Westarp in DAB 19 vom 15. 10. 1921, S. 290.

[26] Ludwig Flügge, Die rassenbiologische Bedeutung des Adels und das Prinzip der Immunisierung, in: Süddeutsche Monatshefte 23 (1926), S. 403 f. – Allerdings setzte man derartige Hoffnungen auf den Adel nur bei der politischen Rechten; Martin Broszat weist darauf hin, „daß breite Kräfte der Gesellschaft auf die Lösung aus traditionellen Bindungen, zu größerer sozialer Mobilität und Egalität drängten", und er macht diesen „Drang nach Überwindung der traditionellen gesellschaftlichen Strukturen" für die „sozialpsychologische Suggestivität" des Nationalsozialismus mitverantwortlich (in: Der Staat Hitlers [dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 9], München 1969, S. 441).

[27] Entsprechende Positionen finden sich u. a. bei Max Weber, Walther Rathenau, Oswald Spengler, Graf Hermann Keyserling und Edgar J. Jung. Vgl. Walter Struve, Elites Against Democracy, Princeton 1973, S. 125, 155, 260, 307, 335.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Monarchisten erstaunlichen Mißachtung der den Adel verleihenden Landesherren der Vergangenheit wurde jetzt der Begriff wesentlich enger gefaßt. Es ging um eine Neubestimmung von „Adel" mit dem Ziel, daß „die Frage, ob jemand im Gotha steht, abgelöst werden [sollte] durch die Frage, ob er der DAG angehört"[28]. Nicht mehr zum Adel im engeren Sinne rechnen sollten vor allem drei Personengruppen: solche, deren wirtschaftliche Lage als hoffnungslos angesehen wurde, politisch Linksstehende[29] und „blutsmäßig" ungeeignete adlige Namensträger. Einem in dieser Weise re-formierten Stand stellten sich dann wesentliche Aufgaben, zunächst in der Weimarer Republik, später immer stärker in dem erhofften kommenden Reich. Mit einer erheblich verringerten, auch in den Augen des Volkes wieder vertrauenswürdigen, straff organisierten Bluts- und Gesinnungsgemeinschaft sollte die Rückeroberung der Führungspositionen gelingen, der Schicht standesgemäßer Broterwerb und die Unversehrtheit ihrer romantischen Adelsidee ermöglicht werden.

Es mag sehr wohl sein, daß sich ein Gutteil der Angehörigen mit dieser Zielrichtung nur unbewußt oder vage identifizierte. Es gehörte aber keineswegs erhöhte Aufmerksamkeit dazu, die Absichten der Aktivisten zu erkennen. Die Vereinigung war schon per definitionem exklusiv, kompromißlos republikfeindlich und antisemitisch. Das „Deutsche Adelsblatt", die kostenlos ins Haus gelieferte Wochenschrift, machte es den Mitgliedern überdeutlich, daß es sich hier nicht um einen Klub zur Traditionspflege handelte und daß, wie es hieß, „wir nicht ein Verein für Unterstützungen sind, sondern daß wir in erster Linie den Adel zur Pflicht und Disziplin erziehen wollen"[30]. Mochten politisch naive Angehörige sich darüber Rechenschaft ablegen oder nicht: die DAG beanspruchte ein gesellschaftliches und politisches Mandat, und das zunehmend nicht nur von ihnen selbst, sondern vom gesamten deutschen Adel, dessen Stimme sie in dem „Gegeneinander und Durcheinander politischer, semipolitischer, semimilitärischer Gruppen, Bünde und Organisationen" der Weimarer Republik[31] darstellte.

Die Rückeroberung verlorener Führungspositionen war für den süddeutschen Adel ein sehr viel weniger drängendes Problem als im Norden und Osten. Der im Süden weniger zahlreiche Kleinadel hatte seine Privilegien durchweg bereits im frühen 19. Jahrhundert verloren, während der Hochadel 1918 kaum Einbußen er-

---

[28] Werbeschrift „Wege und Ziele der Deutschen Adelsgenossenschaft", Mai 1938, AM, LA BY, 6.

[29] 1921 wurde z. B. der Ministerpräsident Thüringens, „der bekannte Novembersozialist" Frhr. v. Brandenstein ausgeschlossen. Ausfälle gegen Hellmut v. Gerlach, Fritz v. Unruh, Walter v. Molo, den General Frhrn. v. Schoenaich, aber auch gegen Adlige, die nicht im öffentlichen Leben standen, waren besonders in den ersten Jahren an der Tagesordnung. Noch 1929 betonte Berg „die Notwendigkeit, dort, wo seitens des Adels vaterländische Belange durch Gleichgültigkeit und Lauheit verletzt werden, strafend einzugreifen" (DAB 31 vom 27. 7. 1929, S. 458).

[30] DAB 11 vom 1. 6. 1924, S. 166.

[31] Bracher, a. a. O. S. 134.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

litten und sich nicht mit sozialdemokratischen Regierungen auseinanderzusetzen hatte. Zum Zwecke der Erhaltung des Grundbesitzes und, in Bayern, der Rückkehr der Wittelsbacher, hätte strikte Reserve der Republik gegenüber völlig ausgereicht. Deshalb beharrte man hier der Berliner DAG-Führung gegenüber auf dem Satzungsgebot der Überparteilichkeit, das von der Zentrale ganz im Sinne der Weimarer Rechten verfälscht wurde. „Die Adelsgenossenschaft soll keine Politik treiben", konnte Berg erklären, „das aber muß für alle Mitglieder klar sein, daß sie sich um das Banner schwarz-weiß-rot scharen und im Kampfe für und um diese Farben ihre vollen Kräfte einsetzen."[32]

Im Westen, in Thüringen und Sachsen, vor allem aber in Schleswig-Holstein, Hamburg, Hannover, Mecklenburg und den ostelbischen Provinzen Preußens fand sich ein nicht selten landfremder, zahlreicher Adel von der Politik des preußischen „Gewerkschaftsstaates" herausgefordert, sprach man dem „System" und seinen „Erfüllungspolitikern" die Fähigkeit ab, die Nation und vor allem ihre „Kraftquelle", das flache Land, vor der Katastrophe zu retten. Man war sich einig in der Sehnsucht nach nationaler Stärke und nach „Ordnung" im Innern, die gesellschaftliche Neuordnung bedingte. Dem dabei führenden Geburtsadel würde das Bauerntum „instinkthaft" Gefolgschaft leisten. Daß daneben breite Bevölkerungskreise gerade dem Adel einen Großteil der Schuld an der Katastrophe des Weltkriegs zuschrieben und entschlossen waren, der politischen Emanzipation die soziale folgen zu lassen, wurde zumeist ignoriert. Gerade im pommerschen Adel stellte man der „Klassenkampfidee", dem „gewerkschaftlichen Prinzip" in Weiterentwicklung des pommerschen Sozialismus der Thadden und Kleist-Retzow die „Gemeinschaftsidee" eines preußischen Sozialismus gegenüber. Hier erkannte man in der „Gemeinschaft des Gutshofes eine der wichtigsten Zellen im Aufbau des sozialistischen Staates preußischer Art. Lebenswichtig aus wirtschaftlichen, rassischen und kulturellen Gründen – am wichtigsten aber in ihrer politischen Bedeutung"[33]. Im katholischen Süden fürchtete man eine solche Gesinnung als „Bolschewismus", vor dem es die eigene Jugend zu bewahren galt.

Bei der Ausgestaltung ihrer Gedanken fanden die Norddeutschen viel Gemeinsames in der völkischen Ideologie, der ein Teil des Adels bereits anhing. Ihre Phraseologie blendete ohne Widersprüche in die der Rasseantisemiten und Wotansgläubigen ein. Auch die Deutsch-Nationale Volkspartei bewegte sich in den zwanziger Jahren von der restaurativen auf die völkisch-progressive Richtung zu. In der

---

[32] DAB 23 vom 1. 12. 1924, S. 422. – Zur „Überparteilichkeit" der Rechten vgl. Bracher, a. a. O. S. 39.

[33] Dr. Hans Olof v. Rohr, Politische Aufgabe, in: ders. (Hrsg.), Großgrundbesitz im Umbruch der Zeit, 2. Aufl., Berlin 1935, S. 159. – Vgl. Hermann Witte, Die pommerschen Konservativen, Berlin 1936, S. 123: „Ein Sozialismus, wie ihn Thadden vorlebte, wie Kleist ihn auch für den Staat forderte, hätte, von breiteren Schichten getragen, uns vor dem Marxismus bewahren können. Das hat ihre Zeit, haben sie nicht zu erkämpfen vermocht. Von hier aus führen starke Lebensadern aus Hinterpommern hinüber ins Dritte Reich."

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DAG erfolgte diese Wandlung bei einer Schwächung der christlichen Bindung fast zwangsläufig. Der Auslesegedanke der Völkischen kam dem traditionellen adligen Selbstverständnis entgegen. Die Ehepolitik des Adels, in ökonomischen und gesellschaftlichen Motiven begründet, konnte als frühzeitiges Praktizieren des Rasseprinzips, der alte Adel damit für die vom völkischen Staat gesuchte Führungsschicht ausgegeben werden. Wo die Anpassung an die Industriegesellschaft nicht gelungen war, bestand jetzt die Erwartung, durch adliges „Sein", durch die Verkörperung wertvollen Erbgutes jene Höhen zurückzuerobern, von denen man im 19. Jahrhundert vertrieben worden war. Die Monarchie begann im gleichen Zuge der „Volksgemeinschaft" bzw. dem „Führer" als oberstem Bezugspunkt zu weichen[34], zumindest mußte sich eine neue Monarchie als „blutsbewußt" erweisen. In der neugeordneten Gesellschaft sollte der „mechanische Staatsgedanke" durch die „Blutsgemeinschaft" verdrängt werden, deren staatliche Einrichtungen „die Entwicklung eines zahlreichen, auserlesenen Führertums", sprich des historischen Adels, gewährleisteten.

Eng damit verwandt, gehörte der Antisemitismus zum Erbteil der DAG aus der Altkonservativen Partei Preußens. Im Kaiserreich hatte er sich gegen die Juden als Verkörperung des die Deutschen und speziell den Hochadel[35] vergiftenden materialistischen Geistes gerichtet. Die nach dem Weltkrieg neu angefachte Judenfeindschaft fand auch im Adel starken Widerhall. In diese Richtung drängte ihn nicht zuletzt der wiedererstandene Vulgärantisemitismus, der dem historischen Adel seinen Führungsanspruch mit dem populären Hinweis auf seine „Verjudung" bestritt. Sie wurde weithin mit 75% angegeben, lag aber nur bei ca. 5%[36]. Die wirkungsvolle Polemik aus dem Lager der sonst so geistesverwandten extremen Rechten, der Verbündeten von morgen, machte die „Reinigung" besonders dringend. Der Adelstag von 1920 produzierte den ersten „Arierparagraphen" der DAG[37]. Den dabei federführenden Landesabteilungen Hinterpommern, Schleswig-Holstein

[34] Der Boden dafür, wie für die radikale Entwicklung der DAG überhaupt, war schon vor dem Ersten Weltkrieg vorbereitet worden. Damals hatte sich das Ressentiment gegen den seiner Fürsorgepflicht nicht nachkommenden Lehnsherrn gerichtet; die Flucht Wilhelms II. hatte diese Gefühle nur bestätigt. 1935 sprach man dann unter Anspielung auf den Kaiser von „Fürstenwillkür", die dem Adel „fremdrassige Adelsträger" aufgezwungen habe (Frhr. v. Houwald, Judenblut im deutschen Adel, in: Hammer 34 [1935], S. 540).

[35] Vgl. dazu Fritz Sterns Aufsatz: Geld, Moral und die Stützen der Gesellschaft, in seinem Sammelband: Das Scheitern illiberaler Politik, Berlin 1974, S. 62–89, und ders., Gold und Eisen, Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Berlin 1977.

[36] Vgl. z. B. Konzept Fürst Bentheim an Hanns Johst, Oktober 1936, Fürstlich Bentheimsches Hausarchiv, Rheda (künftig: FBHR). Der Präsident der Reichsschrifttumskammer hatte das „völlige Versagen" des Adels u. a. auf seine „75prozentige Verjudung" zurückgeführt.

[37] „Wer unter seinen Vorfahren im Mannesstamm einen nach dem Jahre 1800 geborenen Nichtarier hat oder zu mehr als einem Viertel anderer als arischer Rasse entstammt oder mit jemandem verheiratet ist, bei dem dies zutrifft, kann nicht Mitglied der DAG werden." 1926 wurde hinter „verheiratet ist" eingefügt: „bzw. gewesen ist", eine besonders zynische Verschärfung.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Hamburg gelang es nicht, der Bestimmung rückwirkende Kraft zu geben, wohl aber, gegen die Proteste aus Bayern, Baden, Magdeburg und Schlesien die Einrichtung eines „Rasseauswahlbuches" unter der Schirmherrschaft der DAG (und ab 1928 als DAG-Unternehmen) durchzusetzen. Was als Aufzeichnung des mit dem Verschwinden der Monarchie abgeschlossenen Adels, als Bestandsaufnahme und zu seinem Schutz geplant worden war, wurde zum „Eisernen Buch deutschen Adels deutscher Art" („EDDA") umfunktioniert. Übrigens wollte die Mehrzahl der EDDA-Gegner nicht den Ausschluß „jüdisch Versippter" verhindern, sondern die in dem Auswahlverfahren implizierte Kritik an den Nobilitierungsbräuchen der Fürsten vermeiden.

Indem sie den völkischen Ideen und Projekten breiten Raum gewährte und sie in der Redaktion des Adelsblattes Fuß fassen ließ, verhalf die Führung der DAG dem radikalen Flügel zu einer Vormachtstellung, die er nicht mehr abgeben sollte. Auch gemäßigte Landesgruppen, wie die bayerische, hielten die Solidarität nach außen hin aufrecht, so sehr ihnen auch die neoheidnische, aggressiv-antirepublikanische Linie der Vereinigung und ihres Organs mißfiel. Die Landesabteilung Bayern wurde nacheinander von drei Standesherren geführt, den Fürsten von der Leyen, Oettingen-Wallerstein und Oettingen-Spielberg. Sie besaß schon deshalb großes Gewicht. Hätte sie sich zu einer offenen Absage an die in das Fahrwasser der extremen Kräfte treibende DAG durchringen können, wäre der Eindruck im Gesamtadel und in der Öffentlichkeit bedeutend gewesen. Aber man sagte sich statt dessen immer wieder: „Unsere Pflicht ist es, diese Sammelstelle des deutschen Adels zu erhalten."[38] Eine überregionale Vertretung der Besitzinteressen gewährte doch zusätzliche Sicherung[39]. Es ist anzunehmen, daß die regelmäßigen Proteste der Bayern schlimmere Auswüchse verhindert haben.

Mit dem adelsmythologisch-völkisch geprägten Profil der DAG trat die alte Oberschicht vor die Öffentlichkeit, während ihre gemäßigten Angehörigen zu-

---

[38] Protokoll der Vorstandssitzung der Landesabteilung Bayern, 13. 10. 1924, AM, LA BY, 2. – Verständnis mit den Norddeutschen entwickelte der als bayerischer Verbindungsmann zur DAG-Führung fungierende Direktor der Telegraphen-Union in Berlin, Frhr. Maximilian v. Besserer. 1932 schrieb er nach Hause, er habe erst an Ort und Stelle erkannt, „wie sehr gerade unsere Kreise in Preußen unter der roten Herrschaft leiden, die in der langen Zeit ihrer Regierung ein raffiniertes und nahezu in jeder Kleinigkeit des Alltags fühlbares System der Unterdrückung aller anders Gesinnten ausgedacht und durchgeführt hat. Wenn unter solchen Umständen als Abwehrerscheinung die Politisierung auch in Organisationen wie die DAG übergreift und hier manchmal Blüten treibt, die weder eine Augenweide noch eine Herzensfreude sind, so ist das immerhin nicht unverständlich" (an Frhrn. W. v. Leonrod, 18. 3. 1932, ebda., 3).

[39] In dieser Richtung seien die „wahren Motive" für die Mitarbeit des süddeutschen Adels zu suchen, hielt Prinz Hubertus zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg den Norddeutschen verächtlich vor; man habe „nämlich für jenes gewisse teutonische Kraftmeiertum herzlich wenig Sympathie, und wenn man es auch aus politischen Gründen verwertet, so lehnt man es doch im Innern als eine peinliche und ordinäre Sache ab" (Die Krise des deutschen Adels, in: Querschnitt 12 [1932], S. 86).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meist schwiegen. In Sprache und Agitation folgte die Adelsgenossenschaft dem Vorbild mächtiger Zeitströmungen, setzte aber auch selbst Beispiele verantwortungsloser Hetze[40]. 1929 häuften sich die persönlichen Angriffe auf den prominentesten Repräsentanten der Republik, den Außenminister Stresemann. Auf den Tag genau einen Monat vor seinem tödlichen Schlaganfall empörte er sich im Reichskabinett über die gehässige Polemik des politischen Kommentators des Adelsblattes, des Freiherrn Walther Eberhard v. Medem. Er stellte fest, das Blatt „führe einen derart vergiftenden Kampf gegen den bestehenden Staat, daß er schlechterdings mit den Pflichten eines Beamten gegen seinen Chef unvereinbar sei"[41]. Den Offizieren und Beamten der Reichswehr und den Beamten mehrerer Reichsministerien wurde auf sein Betreiben die Mitgliedschaft in der DAG verboten. Daß die Genossenschaft „als politisch im Sinne des § 36 des Wehrgesetzes" erklärt wurde, bedeutete einen schweren Schlag, rechnete sie doch Offiziere und Beamte zu den wertvollsten Vertretern adligen Führertums. Der sog. „Groener-Erlaß" wurde im November 1933 von Blomberg aufgehoben, kostete die DAG aber zunächst den Verlust von mehr als 500 Mitgliedern[42].

Die zweite Hälfte der zwanziger Jahre brachte allgemein ein Abklingen adligen Interesses an der Genossenschaft. Die rein restaurativ gesinnte ältere Generation beklagte weiter „das Fehlen der Autorität, des Druckes der guten Gesellschaft, des Regiments usw."[43]. Sie hielt die wichtigsten Ämter besetzt und brachte dem von der mittleren Generation unter Führung des Hauptgeschäftsführers v. Bogen stark forcierten Werben um die Jugend viel Skepsis entgegen. Es blieb denn auch fast gänzlich erfolglos. Im jungen Adel war keine Bereitschaft vorhanden, den Führungsanspruch der Väter und Großväter unbesehen zu übernehmen. Das hatte die Enttäuschung über die Diskrepanz zwischen Reden und Verhalten bewirkt und die Tatsache, daß während des Krieges und in der Nachkriegszeit zum erstenmal

---

[40] Es fiel kaum aus dem Rahmen, wenn der Schriftleiter des Adelsblattes, Oberstleutnant a. D. Walter v. Bogen und Schönstedt, sich in einer Rezension darüber erregte, daß der „asiatische Schmutzfink" Arnold Zweig „unangefochten unsere Luft atmen" könne (DAB 9 vom 23. 2. 1929, S. 122).

[41] Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, bearb. v. Martin Vogt, Boppard/Rh. 1970, Nr. 281, S. 903 f.

[42] Vertrauliche Zusätze zum Bericht über die Sitzung des Adelskapitels am 5./6. 12. 1932, AM, LA BY, 2. – In einem Protestschreiben konzedierte Berg lediglich die formale Anfechtbarkeit von Medems Artikel und benutzte die Gelegenheit zu weiteren Angriffen auf die Republik (Berg an Reichsfinanzminister Hilferding, 27. 11. 1929, Bundesarchiv Koblenz [künftig: BA], Akten der Reichskanzlei R 43 II/1554). Reichsinnenminister Severing richtete dazu ein entgegenkommendes Schreiben an Berg (ebda.).

[43] Der Hamburger Vorsitzende v. Dassel in: Berichte der Landesabteilungen (Vertraulich), Juli 1928, AM, LA BY, 6. – Die Hamburger Landesabteilung spiegelte modellhaft die Probleme entwurzelten Adels. Dassel schrieb 1926, daß ihr nur wenige der geadelten Hamburger Familien, dafür aber um so mehr entlassene und bei der Suche nach einer neuen Existenz gescheiterte Offiziere angehörten (in: Jahrbuch der DAG 1927, Berlin 1926, S. 222).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine adlige Jugend mit breiteren Volksschichten in Berührung kam. Der junge Graf Botho zu Eulenburg erklärte vor dem „Adelskapitel", einem Vorstandsgremium der DAG:

> „Wir hassen das in der Wirkung verheerende Gerede von der Berufung der jungen Generation [des Adels] zum Führertum. Vor lauter Pseudo-Führertum halten sich bis heute weite Kreise des Adels aus der Wehrbewegung fern, weil sie über das Führenwollen die undankbare Aufgabe der Unterordnung und zellenmäßigen Kleinarbeit vergessen und verschmähen."

Ganz im Sinne derjenigen Teile des Adels, die bereits die Monarchie dem ökonomischen und sozialen Niedergang ausgeliefert hatte, forderte Eulenburg:

> „Es gilt in aller Schärfe abzurücken von denen, die aus egoistischen Gründen der sozialen und wirtschaftlichen Stellung eine Restauration ersehnen, wie von jenen, die ... das unterstützen, was man heute Demokratie nennt. Es gibt keine Brücken von uns zu ihnen."[44]

„Adel" mit Namensadel gleichzusetzen war der Nachwuchs, ähnlich wie die „Jungkonservativen" von Weimar nicht mehr bereit. Das aber ging an die raison d'être der Adelsgenossenschaft. Zur Öffnung ihrer Reihen konnte sich die mittlere Generation nicht bereit finden, jedoch mit eisernem Besen die Reihen des Geburtsadels zu säubern, damit wollte sie der Jugend gern entgegenkommen.

Erheblich darin bestärkt wurden die Aktivisten durch das weitverbreitete Gerede von der Schaffung eines „Neuadels", wie es besonders der nationalsozialistische Agrarpolitiker Walther Darré 1930 mit seiner Forderung eines „Neuadels aus Blut und Boden" in Gang gesetzt hatte. Dessen rassische Qualifikation schloß, wie es hieß, „die meisten Vertreter unseres heutigen Adels" aus, da „diese kaum noch so viel gutes Blut in sich haben, um einem vorwiegend nordrassischen Bauernjungen das Wasser reichen zu können"[45]. Darré fragte, was man im kommenden Reich eigentlich mit einem historischen Adel anfangen solle, für den das deutsche Volk im allgemeinen „gar kein Empfinden" mehr habe, nicht zuletzt wegen „größter Unfähigkeit" in der Vorkriegszeit. Die DAG sei nichts als eine Gewerkschaft. Historischer und nationalsozialistischer Adel, so resümierte Darré, hätten „nichts, aber auch rein gar nichts" miteinander zu tun[46]. Versuche von Vertretern des Adels, die sich z. T. im Adelsblatt niederschlugen, die Qualifikationen des neuen Adels sogleich für ihre Kreise in Anspruch zu nehmen bzw. das Konzept ih-

---

[44] DAB 55 vom 24. 8. 1929, S. 508–510. – Der Versuch der mittleren Generation, für den Adel auch im Industriezeitalter mit „metaphysischen" Gründen eine Führerstellung zu beanspruchen, sei der Grund scharfer Spannungen zwischen Vätern und Söhnen, meinte Löwenstein. Es gebe Zeichen dafür, „wie sehr sich der Widerwille einer jungen und reinen Generation gegen das behauptete Edelmannstum ihrer Väter zu regen beginnt, das vielfach nur noch dazu diente, den nacktesten opportunistischen Geschäftssinn ein wenig zu verbrämen" (a. a. O., S. 86 f.).

[45] R. Walther Darré, Neuadel aus Blut und Boden, München 1930, S. 163.

[46] Ders., Adelserneuerung oder Neuadel? (8. 1. 1931), abgedr. in: Um Blut und Boden, Reden und Aufsätze, München 1940, S. 53. – Darrés Gedanken wurden im Adelsblatt lebhaft, seitens der Redaktion vorwiegend zustimmend diskutiert.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren Bedürfnissen entsprechend zu modifizieren, mußten Beobachtern der auch seitens Darrés weitergeführten Diskussion als „instinktlos" erscheinen. In der Tat war die Ähnlichkeit zwischen den beiden Adelsideen ja auch äußerst trügerisch: hier der Idealismus eines sittlichen Autoritätsgedankens, dort die materialistische Betonung des Wertes des Blutes[47].

Die Furcht, der passive Konservativismus der alten Herren werde den Adel den Anschluß kosten, ermutigte die mittlere Generation, den Groener-Erlaß in einer Stimmung des „nun erst recht" zum Anlaß zu nehmen, die letzten Hemmungen abzuwerfen und eine offen erklärte Politisierung der Genossenschaft durchzudrücken. Das entsprach der gleichzeitigen Radikalisierung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), des Reichslandbundes, fiel zusammen mit dem entscheidenden Durchbruch der NSDAP und bedeutete das Ende der Identifizierung des organisierten Adels mit dem Kaiserreich. Die Richtung Bergs, der zunehmend für eine Mitarbeit des Adels in der Republik zur Erreichung seiner Ziele eintrat, verlor deutlich an Unterstützung. Auch der altpreußische Konservativismus eines Ewald v. Kleist-Schmenzin wies in die andere Richtung, wenn er forderte, die bürokratische Verwaltung der Standesinteressen, das subalterne Beiseitestehen müsse aufhören, der Adel solle angreifen, „neue sittliche, politische Begriffe und Anschauungen schaffen und durchsetzen", wobei die Gesetzesverletzung höchste moralische Pflicht gegenüber Volk und Vaterland sein könne. Dem fügte der Thüringer Landesvorsitzende, der Oberhofmarschall v. Breitenbuch hinzu, die Unterwerfung des adligen Grundbesitzes unter den Mehrheitswillen sei Rechtsbruch und erlaube dem Adel, seinerseits das Recht zu brechen. Er steigerte sich in den Satz: „Es gibt kein geschriebenes und kein ungeschriebenes Gesetz für den Edelmann. Edelmännische Auffassungen können nicht angelernt werden, müssen im Blut liegen, sind Fragen der Rasse, Religion und Kinderstube."[48]

Eine Kombination von inneren und äußeren Kräften führte die DAG über den engen Rahmen räsonnierender Hilflosigkeit hinaus. Ihr Kern, der völkische Radikalismus der mittleren Generation, ergriff die Führung, der sich selbst der anders motivierte bayerische Adel anschloß. Sein Vertreter erläuterte: „Wir haben die große Aufgabe, das Reich zu Gott und zum Recht zurückzuführen, und müssen für das Eigentum eintreten, wie es die göttlichen Gebote befehlen."[49] Die Mehrzahl der Mitglieder des Adelskapitels baute ihre Hoffnung auf Hugenberg und Hitler[50]. Und der Schriftleiter des Adelsblattes triumphierte:

„Der Liberalismus stirbt, konservative Gedanken von organischem Staatsaufbau, von aristokratischer Staatsführung, von der Ungleichheit der Menschen, von der Bedeu-

---

[47] Werner Henneke, Adelsgenossenschaft und Nationalsozialismus, in: Blut und Boden 4 (1932), S. 183–187.

[48] Berichte der Landesabteilungen (Vertraulich), Juli 1928, AM, LA BY, 6.

[49] DAB 49 vom 5. 12. 1931, S. 776 f.

[50] Graf Drechsel an Berg, 17. 12. 1930 (Abschr. v. Abschr.), AM, LA BY, 2. Der Graf, 3. Vorsitzender der Landesabteilung Bayern, bedauerte die auch im Adelsblatt zutage tretende

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung der Erbmasse brechen sich Bahn ... Man kann geradezu eine Gnade Gottes darin sehen, daß dem Adel noch einmal die Möglichkeit gegeben wird, verlorene Geltung wiederzugewinnen."[51]

Die an den Führer des Adels gestellten Erwartungen versuchte Berg vergeblich zu erfüllen, so wenn er dem Adelstag Ende 1931 zurief: „Wir wollen beten, arbeiten, lieben und hassen. ‚Hassen' muß mit ‚heiligem Zorn' übersetzt werden. Diesen heiligen Zorn vermisse ich noch bei uns."[52] Nur etwa zwei Monate später brach der gesammelte Zorn der Genossenschaft über den Adelsmarschall selbst herein.

IV

Wie auch in anderen Bereichen gab die Reichspräsidentenwahl 1932 in der DAG das Signal zur Machtübernahme der extremen Rechten. Am 6. Februar veröffentlichte Berg im Adelsblatt einen Aufruf, der die Wiederwahl seines Freundes Hindenburg, des Ehrenvorsitzenden der DAG, unterstützte. Technisch ein Verstoß gegen die parteipolitische Neutralität der Vereinigung, war der Aufruf inhaltlich ein Affront gegen die zahlreichen Anhänger der „Harzburger Front" in ihren Reihen. Er rief einen Sturm der Entrüstung „vom äußersten Südwesten bis zum fernsten Nordosten"[53] hervor, und Berg trat zurück. Aus Bayern, Württemberg, Westfalen und dem Rheinland kamen Versuche, ihn umzustimmen, aber er blieb bei seiner Entscheidung; die Basis der Gemäßigten war zu schmal geworden. Bogen, selbst Jahrgang 1880, dürfte seinen Einfluß namens der neuen Kräfte dahin geltend gemacht haben, daß nicht Prinz Oskar von Preußen oder Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, sondern ein typischer Vertreter der mittleren Generation die Zustimmung aller Landesabteilungen erhielt. Der westfälische Landesvorsitzende Fürst Adolf zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda[54] bekam von ihm in

---

Sympathie für nationalsozialistische Gedanken, vor allem störte ihn der Eigentumsbegriff der NSDAP, der beim grundbesitzenden Adel Bayerns „nicht das geringste Verständnis" finde.

[51] DAB 49 vom 5. 12. 1931, S. 780.

[52] Ebenda, S. 779.

[53] Bogen an Leonrod, 5. 3. 1932, AM, LA BY, 6. Bogen war auch Hauptgeschäftsführer der DAG. – Vgl. zu dem Aufruf: Erich Matthias, Zwischen den Fronten, Zur Vorgeschichte der Reichspräsidentenwahlen von 1932, in dieser Zeitschrift 8 (1960), S. 78.

[54] Fürst Adolf, reformierter Konfession und Chef eines alten begüterten standesherrlichen Hauses, war 1889 geboren, als Leutnant im Leib-Garde-Husaren-Regiment bereits im November 1914 in Gefangenschaft geraten und fast drei Jahre später in abenteuerlicher Flucht entkommen. Die Novemberrevolution, die er als 29jähriger, gegen seinen Willen ins Große Hauptquartier statt an die Front kommandiert, von bevorzugter Warte aus miterlebte, wurde zum bedeutsamen Schockerlebnis. Verschwörung und Verrat, nicht zuletzt der Juden, waren für ihn im Spiel. Nach Kriegsende übernahm der Fürst die Verwaltung des westfälischen Besitzes, mit der Reste landesherrlicher Funktionen der kleinstädtischen und ländlichen Bevölkerung sowie dem grundgesessenen Adel gegenüber verbunden waren. Verantwortung

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aussicht gestellt, er könne einen scharf nationalistischen, autoritär geführten Kampf zur Wiederbelebung der Genossenschaft einleiten: ob einige „Zentrumsbonzen oder auch andere weichliche Gesellen (Volkskonservative pp.) absplittern, spielt keine Rolle, wenn wir dafür die gesunden und kampfesfreudigen Elemente im Adel bekommen"[55]. Bentheim griff zu, er war überzeugt, daß die Stunde adliger Initiative gekommen war. Dem Adelstag 1932 sagte er:

> „Wir stehen an einer Schicksalswende. Mit elementarer Gewalt ringt die nordische Seele in unserem Volke mit den artfremden Mächten, die westlerische, undeutsche Demokratie uns beschert hat. Wieder einmal lodern die Flammenzeichen, und aus dem Norden bricht der Freiheit Licht ... Erkenne deine Wesensart, deutscher Adel, erkenne die Stunde deines Volkes, dem du zugehörst; es ist Schmiedezeit."[56]

Dem Adelskapitel erklärte der Fürst: „Der Adel gehört nicht in die Reihen der jammernden Pazifisten, sondern dahin, wo Blut fließt ... in die vorderste Front der deutschen Freiheitsbewegungen." Ob man persönlich die nationalsozialistische Bewegung liebe oder ablehne, sei nicht die Frage: „Es stecken in ihr so enorme Kräfte; sie gilt es, im Sinne einer staatspolitischen Führung unseres Geistes einzusetzen."[57]

Für die DAG war die schwere Krise des Weimarer Parteienstaates eine Krise des bürgerlichen Zeitalters, d. h. aller der Kräfte, denen der Adel seinen Macht- und Kräfteverfall verdankte. Es eröffnete sich in ihrer Vorstellung die unerwartete Gelegenheit, mit Hilfe der im tieferen Sinne führerlosen Massenbewegung der NSDAP das Zerstörungswerk eines Jahrhunderts in wenigen Monaten zu kompensieren. Daß die Chance nie mehr wiederkommen, daß ein Versagen in diesem Augenblick das Vernichtungsurteil über den Adel bedeuten würde, dessen war man sich zutiefst bewußt. Es herrschte die Überzeugung vor, Leben oder Tod des Adels müsse sich jetzt entscheiden.

Wie stellte man sich adlige Führung in der Volksgemeinschaft vor? Dem Adel müsse wieder ein Monopol für jene Berufe eingeräumt werden, für die er sich am besten geeignet fühlte, die „harten Berufe" der Landwirtschaft, des Staats- und Kriegsdienstes. „Richtiger Adel" bilde ein notwendiges Gegengewicht, jeder Staat verfalle ohne ihn, der allein altruistisch ausgerichtet sei, „dem verweichlichenden Kapitalismus"[58]. Das Scheitern großer Teile des Adels in der modernen Leistungsgesellschaft mußte gerechtfertigt, ihrer Unproduktivität ein Sinn gegeben werden: „Adel ist nicht nur Handeln, sondern auch Sein und Haltung, und die Leistung manches Adligen wird nur darin bestehen, wertvolle Erbmasse weitergegeben zu

---

und Führung zu übernehmen, war ihm die selbstverständliche Pflicht des Hochgeborenen, und das schloß nach dem Ersten Weltkrieg Funktionen in Reitervereinen, im Stahlhelm, der Reichskraftfahrerstaffel und in der Adelsgenossenschaft ein. (Eine umfangreiche Darstellung seiner Erlebnisse in Krieg und Gefangenschaft befindet sich im Nachlaß des Fürsten).

[55] Bogen an Bentheim, 15. 4. 1932, FBHR.

[56] DAB 29 vom 16. 7. 1932, S. 417.

[57] DAB 28 vom 9. 7. 1932, S. 401 f.

[58] Denkschrift „Adel im Dritten Reich", Oktober 1936, AM, LA BY, 6.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haben."[59] Bentheim bekräftigte, der nationalsozialistische Begriff vom „Adel der Arbeit" schließe den von feudalen Auswüchsen gereinigten historischen Adel durchaus ein, da seine Arbeit aus „Opfer für Sippe, Volk, Vaterland" bestehe. Die DAG forderte ihre Angehörigen immer wieder auf, nur ja keine Minderwertigkeitskomplexe zu nähren, der Nationalsozialismus baue zutiefst auf adligen Prinzipien auf. Der Grundsatz des „Du bist nichts, die Gemeinschaft ist alles" z. B. sei, auf die Familie bezogen, im Adel schon immer praktiziert worden[60]. Aus derselben Wurzel stammten Werte wie Autorität, Ordnung, Disziplin und Sauberkeit. Von Hitlers Bewegung erwartete man dementsprechend, ihre Neuadelspläne aufzugeben und den rassisch qualifizierten Adelsgeschlechtern die ihnen vom „Marxismus" verwehrten Positionen wieder zu eröffnen. Die Machtübernahme des Nationalsozialismus traf den in der DAG maßgebenden Adel nicht nur vorbereitet, sondern in fiebernder Erwartung seiner großen Stunde. Allerdings war geschicktes Lavieren und festes Zugreifen geboten, da die Linkskräfte in der Partei mit ihrer pauschalen Agitation gegen die alte Oberschicht nicht zurückhielten.

Im April 1933 ließ Fürst Bentheim durch den SA-Führer Georg v. Detten bei Hitler um eine Audienz nachsuchen, damit er „die Gefolgschaftstreue des deutschen Adels zum Ausdruck bringen" könne. Statt an einem von drei durch den Adelsmarschall bezeichneten Tagen im April wurde er schließlich, nach immer dringenderen Bitten, am 22. Juni empfangen. Fast fürchtete er schon, zu spät zu kommen, die Auflösung der DAG hinnehmen zu müssen, ohne eine Gelegenheit erhalten zu haben, Hitler persönlich ihre Politik darzulegen. Mit dem Hinweis auf eine im Adel bestehende deutliche Reserviertheit der NS-Bewegung gegenüber machte er sich anheischig, „im Interesse unseres Volkes . . . hier Wandel zu schaffen"[61]. Fünf Tage nach dem Besuch beim Kanzler rief der Fürst die Vorsitzenden der Landesabteilungen, von nun an „Landesführer", nach Berlin zusammen. Einleitend ließ er die Umorganisation der DAG im Sinne des Führerprinzips durch Akklamation billigen. Oberhofmarschall v. Breitenbuch erklärte, nach einem solchen „Ermächtigungsgesetz" habe man sich schon lange gesehnt. Es folgte der Bericht über die Audienz. Nachdem Bentheim namens der DAG und des Vereins der Standesherren Hitler die Zusicherung gegeben hatte, seiner „Führung unbedingt Gefolgschaft leisten" zu wollen[62], stellte er den Angriffen in der Partei gegen den Adel den langjährigen Kampf des Adelsblattes gegen „artfremde Einflüsse, Judentum, Westlertum und Amerikanismus" entgegen. Das bisher im Adel mangelnde

---

[59] Bogen, Der neue Weg der Deutschen Adelsgenossenschaft (Ende 1933?), ebda.

[60] DAB 1 vom 1. 1. 1934, S. 1, und: Bogen an alle Landesabteilungen, 7. 11. 1936 (Abschr.), AM, LA BY, 6.

[61] Bogen an Staatssekretär Lammers, 8. 6. 1933, BA R 43 II/1554.

[62] Bentheim an Hitler, 22. 6. 1932, ebda. – Soweit nicht anders vermerkt, ist die Schilderung der Audienz entnommen: dem Bericht über die Besprechung der Führer der Landesabteilungen am 27. Juni 1933 (Vertraulich), AM, LA BY, 6; dem undatierten, „streng vertraulichen" Memorandum Bentheims, FBHR; zwei Entwürfen von Schreiben Bentheims an Hitler, ebda.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Engagement in der Partei werde sich entwickeln, nachdem die Partei Staat geworden sei. Bentheims Worte gipfelten in dem Versprechen, dem Kanzler einen gereinigten deutschen Adel zur Verfügung zu stellen.

Hitler gab sich sehr konziliant und verständnisvoll. Über das Erwarten des zunächst mehr defensiv eingestellten Fürsten hinaus stimmten beider Vorstellungen zum Begriff Adel überein. Er wurzele im Volk, meinte der Kanzler, müsse reinen Blutes sein und habe eine Berechtigung nur solange, wie er die ihn aus der Masse heraushebenden politischen Leistungen vollbringe. Und dann sprach er den Satz, der in der Adelsgenossenschaft auf Jahre hinaus als Vertrauenserklärung und Garantie gewertet, in seiner Unverbindlichkeit, ja Doppeldeutigkeit zu spät erkannt wurde: „Durch die auch jetzt noch in ihm ruhende Erbmasse sei der Adel eine Realität, die kein Staatsmann übersehen könne." Die Bewegung, in der sich „zahlreiche Adlige als beste Kämpfer" bewährt hätten, fordere, daß der Adel in sich „die Schäden des überwundenen liberalistischen Zeitalters beseitige, die Brücke zum Volke finde und seine politische Aufgabe wieder übernehme" – alles Ansprüche, die den in der DAG bereits eingeschlagenen Weg zu bestätigen und Belohnung zu versprechen schienen.

Derart ermutigt, kam Bentheim auf die Wünsche der Genossenschaft an die Reichsregierung zu sprechen. Mit gesetzlichen Mitteln gegen Scheinadel und Adoptionsschwindel vorzugehen, hatte sich die Weimarer Republik stets geweigert und damit adelsfremden Elementen ermöglicht, die schwer gestörte Einheitlichkeit des Standes weiter zu schwächen. Eine Hitler überreichte entsprechende Denkschrift[63] wurde zur Grundlage des „Gesetzes gegen Mißbräuche bei der Eheschließung und der Annahme an Kindes Statt" vom 23. 11. 1933. Es sollte das einzige konkrete Entgegenkommen des Staates bleiben; das weitergehende Verlangen, Juden und Verbrechern den Adel zu nehmen, wurde ignoriert. Eine andere an das Regime gerichtete Forderung lautete auf „Bindung des Besitzes, sei es land- oder forstwirtschaftlicher, sei es städtischer Grundbesitz, seien es auch andere Werte, Bestimmungen, die die Erhaltung von Adelsbesitz in adliger Hand sichern". Staatliche Hilfe wurde also auf einem Gebiet nachgesucht, auf dem der Adel selbst seit langer Zeit versagt hatte. Schließlich kam die weitestgehende der Forderungen, die auf eine Restauration vorrevolutionärer Verhältnisse bis hin zum Allgemeinen Landrecht abzielte: „Die Deutsche Adelsgenossenschaft als berufene Vertreterin des deutschen Adels wird Körperschaft des Öffentlichen Rechts." In diesem Verlangen spiegelte sich die Hilflosigkeit einer dem modernen Interessenpluralismus nicht mehr gewachsenen, in Selbsteinschätzung und Anspruch gänzlich realitätsfernen Bevölkerungsgruppe. Während Hitler die Frage adliger Besitzerhaltung überging, meinte er zum letzten Punkt: „Die Möglichkeit, einer privaten Organisation, also der DAG, staatlichen Charakter, gesetzliche Berechtigung zu geben, sei vorhanden." Die Illusion erhielt neue Nahrung.

---

[63] BA R 43 II/1554.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In einem Dankesbrief faßte der Adelsmarschall das Versprechen der DAG in die Worte: „Es ist unser Wille, die große Säuberungsaktion, die Sie im Reiche vorgenommen haben, in verschärftem Maße auch im Adel durchzuführen." Er erbat die entsprechende Unterstützung der Reichsregierung, in erster Linie die Erlaubnis, öffentlich von Hitlers Billigung seines Vorhabens Gebrauch machen zu dürfen, und eine „amtliche Befugnis" für die DAG, um den gesamten Adel unter Druck setzen zu können. Zunächst ging es zügig voran. Staatssekretär Lammers von der Reichskanzlei übersandte Bentheims Vorschläge dem Reichsjustizminister Gürtner und betonte Hitlers „großes Interesse" daran: „Das Verlangen nach Reinigung des deutschen Adels ist nach Auffassung des Herrn Reichskanzlers insofern nicht unbegründet, als die Führung des deutschen Volkes stets rassemäßig bedingt gewesen ist und bleiben wird, so daß es wünschenswert ist, die rassemäßige Reinheit des Adels, als der alten Führerschicht, wiederherzustellen."[64] Im Reichsinnenministerium wurden Bogen und der Schöpfer der EDDA und Leiter der „Buchungsstelle" der DAG, Freiherr v. Houwald, zu dem „großen Erfolg beim Kanzler" beglückwünscht. „Die DAG werde in Zukunft vielleicht als eine Abteilung in dem Ministerium einzubauen sein, wodurch sie öffentlich-rechtliche Befugnisse erhalte. Zwangsmitgliedschaft aller adligen Namensträger sei dabei selbstverständlich; wer seinen adligen Namen behalten wolle, müsse DAG-Angehöriger sein." Über Einzelheiten sollte jedoch vorerst größtes Stillschweigen bewahrt werden, „denn der Adel hat nicht nur in der Partei, sondern auch an leitenden Stellen ausgesprochene Feinde"[65]. Wie sich herausstellen sollte, lag in dieser Bedingung der entscheidende Nachteil. Die öffentliche Anerkennung durch Hitler wurde nie Wirklichkeit, obwohl sie noch jahrelang als durch gesteigerte Leistungen erreichbar angesehen und betrieben wurde[66].

Über Art und Umfang der Säuberungsaktion machte Bentheim den Landesführern Andeutungen. Er habe den Eindruck von Hitler mitgenommen, der Nationalsozialismus fordere vom Adel, den für Beamte geltenden Ariernachweis noch zu übertreffen. Darauf müsse man stolz sein:

> „Es wird von uns damit ein schweres Opfer gefordert, die Preisgabe mancher wertvoller und hochgeschätzter Mitglieder, aber das Gesamtinteresse des Adels erfordert diesen Schritt. Noch einmal schlägt für den Adel die Entscheidungsstunde, wie sie nach menschlichem Ermessen nicht wiederkommt ... Ein kompromißloser, im Geiste des kommenden Reiches gesteuerter Kurs und der Zwang durch die Regierung wird uns Tausende zuführen, wird uns vor allem die Jugend gewinnen ... Wir

---

[64] Lammers an Gürtner (Konz.), 30. 6. 1933, ebda.

[65] Den Entwurf für eine längere Presseveröffentlichung über den Empfang strich die Reichskanzlei der DAG erheblich zusammen; kein Hinweis auf Zusagen Hitlers wurde erlaubt (BA R 43 II/1554).

[66] Die Schilderung der Gleichschaltung der DAG bei Walter Görlitz (a. a. O., S. 392 f.) ist bestenfalls naiv. Er will von dem politischen Charakter der Genossenschaft nichts wissen, da es zu seiner Grundüberzeugung gehört, der Adel sei unpolitisch gewesen (vgl. z. B. S. 389). Im Gegensatz zum Verf. dieser Studie akzeptiert der „Junkerapologet" Görlitz übrigens

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

müssen die jetzige Lage, so unsicher sie ist, als Sprungbrett benutzen, um sie in unserem Sinne auszunützen; wenn wir diese Stunde verkennen, verkennen wir die historische Stunde des Adels."

Bei kühnem Zugreifen aber stehe „das große Ziel, das uns seit hundert Jahren verloren ist, vor uns in greifbarer Nähe, daß der Adel wieder politischer Stand wird". Mit der namens der süddeutschen Landesabteilungen abgegebenen Erklärung des Württembergers, General d. Inf. a. D. Freiherr v. Soden, für den süddeutschen Adel gebe es in dieser Frage keine Mainlinie, er sei zur Mitarbeit bereit, verpflichtete sich die DAG auf Bentheims Kurs[67].

Warum gab Hitler der Adelsgenossenschaft seine Protektion, die sie gegen mancherlei Widerstände in Partei und Staat bis 1944 genoß? Sie überlebte z. B. das Verbot sämtlicher monarchistischer Verbände und Organisationen vom 2. Februar 1934. Stand sie nicht trotz des erfolgreichen Bemühens um völkisches Profil im Geruch der Reaktion, des Kastengeistes? Vielleicht überzeugten ihn zumindest anfänglich die rassenpolitischen Ziele tatsächlich, hatte er dem Adel eine Führungsrolle im Staat zugedacht. Auch könnten die 1933/34 noch durchaus regen Bestrebungen monarchistischer Kreise genügend Grund für Hitlers Besorgnis gewesen sein[68], und Bentheim gab möglicherweise im geheimen entsprechende Zusicherungen. Hitler mag eine Gesellschaft potentieller Gegner des Regimes unter Staatsaufsicht einer Untergrundbewegung vorgezogen haben. Ferner ist nicht auszuschließen, daß er die aus Bentheims drastischen Maßnahmen entspringenden Zwistigkeiten im Adel voraussah und als Schwächung der reaktionären Elemente begrüßte. Der Propagandawert mochte gerade auch dem Ausland gegenüber als des geringen Risikos wert eingeschätzt worden sein. Endlich gehört die DAG zu jenen Gruppen, deren äußerliche Integrität für den Erfolg des Regimes von großer Bedeutung war. „Denn nur mit Hilfe der ‚Gleichgeschalteten' konnte es gelingen, die demagogische Aktivität in praktische Leistung umzusetzen."[69] Eines steht fest: wie viele andere Gruppen, wie in- und ausländische Persönlichkeiten hat die Adelsgenossenschaft ihre ganz spezifischen Vorstellungen und Wünsche in Hitler hineingelesen; er wurde nicht auf sein eigentliches Wollen kritisch geprüft, sondern man setzte leichtfertig voraus, daß hinter denselben Schlagworten auch dieselben Gedanken und Absichten standen.

---

die DAG, ihrem Anspruch gemäß, als repräsentativ für den deutschen, zumindest den ostdeutschen Adel.

[67] Bentheims Einladung an Hitler, den „Freund alter Schlösser", ihn in Rheda zu besuchen, läßt die Hoffnungen ahnen, die er sich nach dem Gespräch machte (Bentheim an Hitler, 24. 6. 1933, BA R 43 II/1554).

[68] Vgl. dazu K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, 2. Aufl., Köln und Opladen 1962, S. 910 f.

[69] Broszat, a. a. O., S. 427.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

V

Die dem Kanzler gegebene Versprechung, ihm den „blutsreinen" Adel Deutschlands zuzuführen, stellte sich als schwierig und langwierig heraus. Die neue Satzung bestimmte:

> „Der DAG können nicht angehören a) wer unter seinen Ahnen väterlicher- oder mütterlicherseits einen Juden oder Farbigen hat. Für eine Prüfung ist der der DAG einzureichende Ahnennachweis, der in der Regel mindestens alle nach 1750 geborenen Vorfahren, eigene, wie die des anderen Eheteils aufzeigen soll, maßgebend; b) Verheiratete oder Verheiratetgewesene, wenn der andere Eheteil nach Ziffer a) der DAG nicht angehören kann."

Während die Mehrzahl der Angehörigen ihre Ahnentafeln einreichte und Nichtmitglieder der Aufforderung, sich „unverzüglich" anzumelden, in opportunistischer Eile nachkamen, gab es auch viel passiven und einigen aktiven Widerstand. Neben der persönlichen Diskriminierung war für viele Betroffene der Gedanke unerträglich, ihre Familie auf unbegrenzte Zeit von der neuen Führungsschicht ausgeschlossen zu wissen. Ungeachtet der Proteste bestand Bentheim darauf, durch strengste Durchführung der Bestimmungen die Ansprüche der Qualifizierten zu stärken. Er gab zu, daß der Arierparagraph Fälle von „ungeheurer Tragik" schaffe. Es handele sich aber nur um höchstens 1,5 % der Mitgliedschaft, ca. 250 Personen. Da der Adel früher auch „beste Blutsgemeinschaft" gewesen sei, gehe man jetzt nur den ersten Schritt „zur erneuten Befestigung unserer uralten Tradition". Der Fürst fragte: „*Müssen wir* nicht aus innerstem, blutsmäßigen Zwange heraus den Zielen Adolf Hitlers zujubeln?" Nur das unzweideutige Beispiel notwendiger Selbstreinigung könne dem Adel die Hoffnung geben, eines Tages wieder mit den alten Führerstellungen betraut zu werden[70].

In den Hauptvorstand berief der Adelsmarschall „führende Nationalsozialisten", von denen er sich direkte Verbindung zu Partei und Staat erwartete. Er setzte einen „Adelsgerichtshof" ein, für dessen Überprüfung der „Reinblütigkeit" Adliger er die Mitarbeit des Reichsinnenministeriums erwirkte[71]. Alle Angehörigen der DAG verpflichtete der Fürst auf unbedingte Loyalität dem Regime gegenüber, wobei er ausdrücklich der Tendenz auf der Rechten widersprach, Hitler selbst zwar begeistert zu akzeptieren, ihn aber zu den radikalen Kräften in der Bewegung in Gegensatz zu bringen.

Beachtenswerter als die große Mehrzahl der Zustimmenden oder Mitläufer sind die wenigen, die sich aktiv widersetzten. Ausgerechnet von der Landesabteilung Berlin, in der man schon vor dem Ersten Weltkrieg mit völkischen Visionen geliebäugelt hatte, wäre Bentheim beinahe eine schwere Schlappe beigebracht wor-

---

[70] DAB 1 v. 1. 1. 1934, S. 1–3.

[71] 1936 mußte die Bezeichnung „Adelsgerichtshof" gerade der Möglichkeit der „Verwechslung ... mit einer staatlichen Einrichtung" wegen wieder aufgegeben werden (Reichsinnenministerium an Reichskanzlei, 13. 8. 1936, BA R 43/1550).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den. Der Landesführer, der ehemalige Reichsminister Freiherr Magnus v. Braun, ein Vertrauter Hindenburgs, machte Bentheim seit dem Herbst 1933 Schwierigkeiten. In seinem Vorstand gab es statt prominenter Nationalsozialisten, wie vom Adelsmarschall angeordnet, nur „Herren im Alter von über 77 Jahren"[72]. Ohne das Wissen der Führung begann Braun mit dem Präsidenten und Mitgliedern der Reichsregierung zu verhandeln. Hindenburg hatte sich während der Weimarer Jahre nicht in die Angelegenheiten der DAG eingemischt, aber Bentheims Kurs erregte seine Aufmerksamkeit. Am 24. März 1934 gab er in einem Brief an den Fürsten seinem Mißfallen deutlichen Ausdruck. Er sprach von einer „tief eingreifenden Unruhe in weiten Kreisen des Adels". Zwar billige er selbst „in jeder Weise das Prinzip, den deutschen Adel in Zukunft reinblütig zu erhalten", und bedauerte, „daß der Grundsatz der Rassereinheit in den letzten zwei Jahrhunderten vielfach durchbrochen worden sei". Aber für gegenwärtige Mitglieder der DAG müsse die Bestimmung des Beamtengesetzes, d. h. vier arische Großeltern, ausreichen, dürfe ein vom Monarchen verliehener Adel keinesfalls gleichsam für nichtig erklärt werden. Das bedeute nicht nur eine persönliche Ehrverletzung, sondern sei auch „der Staatsautorität abträglich". Den Adel als politischen Stand wiederzubeleben, laufe auf eine Sonderstellung hinaus und sei deshalb schädlich.

Briefe gingen hin und her, am Ende fanden sich Hindenburg wie Bentheim schwer gekränkt und verletzt. Am 30./31. Mai kam es schließlich unter dem Vorsitz von Vizekanzler v. Papen und im Beisein von Reichswehrminister v. Blomberg und dem inzwischen zum Staatsrat avancierten Detten zu dem Versuch einer mündlichen Beilegung des Konflikts. Papen teilte Bentheim mit, das Staatsoberhaupt sei „empört, daß seine Wünsche übergangen werden. Er will daher austreten, und Blomberg wird seinen Offizieren die Mitgliedschaft verbieten." Hitler wünsche keine Mißhelligkeiten zwischen Hindenburg und der DAG. Wie der Adelsmarschall in einer separaten Unterredung mit Blomberg feststellte, stand dieser, der sich bereits von den Plänen der Monarchisten, gerade auch um Papen, für die Reichswehr distanziert hatte, ganz auf seiner Seite. Er empfahl dem schwankenden Bentheim sogar, einen Vermittlungsvorschlag des Vizekanzlers, der die Aufnahme bzw. Fortdauer der Mitgliedschaft aller aktiven Beamten und Offiziere vorsah, abzulehnen. Am Ende erklärte sich der Fürst im Bewußtsein, für 20 seiner 22 Landesabteilungen zu sprechen, zu keinerlei Kompromiß bereit, sondern nur dazu, auf dem kommenden Adelstag die DAG aufzulösen und sofort „mit einem Worte Hitlers" neuzugründen, „um ein für alle Mal [sic] mit den Gegnern fertigzuwerden". Des damit verbundenen zu großen Aufsehens wegen wurde die Idee jedoch später aufgegeben; der Adelstag wurde abgesagt. Nur der Tod Hindenburgs hat eine schwere Krise der DAG verhindert, die sie wahrscheinlich nicht überlebt hätte[73].

---

[72] Die Darstellung der Vorgänge um Braun stützt sich vorwiegend auf die Aufzeichnungen Bentheims, denen Briefe Hindenburgs und Papens in Abschrift beigefügt sind (FBHR).

[73] Das ist das Urteil von Alfred v. Goßler in: „Der Weg der Deutschen Adelsgenossenschaft

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zu den schärfsten Kritikern des Adelsmarschalls gehörte der Landesführer von Schlesien, Alfred v. Goßler-Schätz. In einer anläßlich seines Rücktritts im Herbst 1934 verschickten Denkschrift klagte er ihn an, die Satzungsänderung durch Täuschung der Landesführer durchgepeitscht zu haben, indem er ihnen zu verstehen gab, daß im Fall der Ablehnung die Auflösung der DAG von Hitler in Aussicht gestellt worden sei. Goßler, der bis zum Schluß Mitglied der DAG blieb, befürwortete die gesinnungsmäßige Einordnung des Adels in das Dritte Reich, bedauerte aber Überspannung, Zuspitzung und Ungeschicklichkeiten bei der Durchführung, die den gegenteiligen Effekt hervorgerufen hätten. Zusätzlich sei das Gerede von der Verjudung des Adels durch die auf die Unqualifizierten gerichtete Aufmerksamkeit genährt worden. In seiner Provinz einer der angesehensten Deutschnationalen, hätte Goßler lieber „wahrhaft adlige Gesinnung" als das Kriterium der Zugehörigkeit zur DAG gesehen, eine vage Formel, der trotz ihrer Unzulänglichkeit in Adelskreisen stets großes Gewicht beigemessen worden ist[74].

In den Weimarer Jahren hatte die DAG, wenn auch mit abnehmender Betonung, an dem Bekenntnis zur Monarchie als „unbedingter Bindung" für alle Mitglieder festgehalten[75]. Im März 1934 sah sich der bereits über den Arierparagraphen erregte Hindenburg veranlaßt, den Adelsmarschall ausdrücklich davor zu warnen, das Bekenntnis aus der Satzung zu entfernen[76]. Im Herbst 1936 wurden Bentheim Äußerungen Hitlers bekannt, die diesen Schritt dringend nahelegten. Zu der Meinung aus dem Kriegsministerium, ein Offizier könne die bestehende Satzung nicht unterschreiben, kam schließlich die „authentische Mitteilung", daß die in „Mein Kampf" noch offengelassene Frage der Staatsform „sich unter dem Eindruck der Entwicklung des Reiches auf den völkischen Führerstaat" bewege[77]. Nicht etwa im Bayern der Aretin und Guttenberg[78], sondern im Zentrum der völ-

---

seit dem Herbst 1933" (26. 11. 1934), Bundesarchiv (Militärarchiv) [künftig: BAM], Nachlaß v. Goßler, N 98/6.

74 Die Wirkung des Arierparagraphen illustriert die mangels Zuständigkeit zurückgewiesene Petition eines Betroffenen an Hitler: „Lassen Sie mich eingereiht bleiben in der deutschen Volksgemeinschaft, nehmen Sie diese unverschuldete Erniedrigung von mir, geben Sie mir auf Grund meiner Gesinnung, meiner Tradition und meines Frontsoldatentums das Recht, mich vor Staat und Kirche ‚arisch' nennen zu dürfen" (Kurd Frhr. v. Gleichen-Uslar, Kgl. Sächs. Oberst a. D., an Hitler, 18. 1. 1934, BA R 43 II/1554).

75 DAB 8 vom 11. 3. 1927, S. 152.

76 Hindenburg an Bentheim, 24. 3. 1934 (Fotokopie), BA R 43 II/1555. Bentheim gab, so muß man annehmen, der Reichskanzlei Kenntnis von diesem privaten Schreiben, um Hitlers Rückendeckung zu erhalten.

77 Bentheim an Graf Kleist, 28. 1. 1937 (Abschr.), AM, LA BY, 6.

78 Die Freiherren Erwein und Karl v. Aretin und Georg-Enoch v. Guttenberg gehörten zu den rührigsten bayerischen Monarchisten und waren Mitglieder der DAG, erstere an führenden Stellen. Vgl. etwa: Erwein v. Aretin, Krone und Ketten, München 1955; Elisabeth v. Guttenberg, Holding the Stirrup, New York und Boston 1952; Karl Schwend, Die Bayerische Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. v. E. Matthias u. R. Morsey, Düsseldorf 1960, bes. S. 481 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kisch-progressiven Richtung in der DAG, der Landesabteilung Hinterpommern, kam es über die monarchische Frage zum offenen Bruch. Ohne Ankündigung löste der Landesführer, Graf Ewald v. Kleist-Wendisch-Tychow, seinen Verband im Januar 1937 auf. In der Begründung hob er die Bereitschaft Hinterpommerns, sich zum nationalsozialistischen Staat und zu Hitler zu bekennen, hervor, erklärte aber „die Preisgabe des Wirkens für den monarchischen Gedanken der Überlieferung und der Ehre des Adels nicht für würdig". Kleist berief sich auf „Mein Kampf" und Hindenburgs politisches Testament, sprach von „schmählichem Undank" den Hohenzollern gegenüber und davon, daß sich die DAG selbst das Rückgrat gebrochen habe. Ihre Führung arbeite den Feinden des Adels in die Hände: der Adel solle „sich von einer Demütigung zur anderen hinschleppen und so sein letztes Ansehen selbst preisgeben, bis sie ihn dann mit einem letzten Fußtritt erledigen"[79]. Aus gutem Grund klagte Bentheim den Grafen der „schwersten Schädigung" der DAG an, war es doch gerade der Vorwurf reaktionärer Gesinnung, gegen den man sich täglich zur Wehr setzen mußte. Die Streichung des monarchischen Bekenntnisses sei eine „unabweisbare Notwendigkeit" gewesen, vor allem, da die Genossenschaft ohne die Offiziere und die Angehörigen der Parteigliederungen „sehr wesentlich ihres Sinnes" entbehre[80].

Wie schon vor 1933 arbeitete der bayerische Adel der DAG auch danach aus Sorge um seinen Besitz, wenn auch ohne große Begeisterung für die ideologische Befrachtung, mit. Für zwei seiner profiliertesten Köpfe aus der Weimarer Zeit, den Obersthofmarschall Freiherrn Wilhelm v. Leonrod und Graf Karl August v. Drechsel, hatte sich die Genossenschaft zu weit von ihrer christlich-monarchischen Grundüberzeugung entfernt; sie traten nach kurzer Zeit aus. Aber charakteristisch für die Mehrheit in der Landesabteilung war doch wohl die Einstellung des Grafen Eugen v. Quadt-Isny, ehemaliger Bayerischer Volksparteiler und Wirtschaftsminister, der sich im Frühjahr 1934 zum Propagandaleiter der Landesabteilung machen ließ. Seine Standesgenossen rief er auf, mit ihm ihre frühere Gegnerschaft zum Nationalsozialismus aufzugeben, nachdem der bayerische Episkopat seine Haltung modifiziert und Bentheim mit Hitler gesprochen habe. Des Adels Mitarbeit im Staat sei durch die Existenz großer „verdorbener Volksteile" wichtiger denn je. Getreu seiner Tradition solle er sich jedoch weder zu 50% noch zu 150% einset-

[79] Rundschreiben der Landesabteilung Hinterpommern, 20. 1. 1937, AM, LA BY, 6. – Auch Goßler war überzeugt, daß die Politik der DAG-Führung an die Substanz adliger Tradition ging. Er meinte, dieselben Ziele hätten nicht nur durch die „dem Arsenal der nationalsozialistischen Kampfesweise entlehnten, adliger Gesinnung und Tradition wenig entsprechenden Mittel" erreicht werden können. Er erklärte, „daß letzten Endes die Bewahrung adliger, vornehmer Gesinnung wichtiger ist als die Erhaltung einer diese Grundsätze verleugnenden Organisation" („Lebenserinnerungen", BAM N 98/1).

[80] Bentheim an Kleist, 28. 1. 1937 (Abschr.), ebda. – Die Affäre wurde in der Öffentlichkeit bekannt; der Pariser „Figaro" berichtete, Hitler habe den Ausschluß aller Monarchisten aus der DAG gefordert, ihre Auflösung sei daher unvermeidlich (Bentheim an Landesführer, Vertraulich, 16. 4. 1937, AM, LA BY, 2).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zen, sich nicht „anbiedern". Wer die, wie Quadt es nannte, „Adelsproben", d. h. den Ariernachweis erbringen könne, solle nur mitarbeiten. Leider habe der Adel früher die Erfolgschancen der Partei unterschätzt. Auch jetzt wolle man zur Monarchie halten, versicherte der Graf, aber deshalb keinesfalls „nun plötzlich etwa zu Putschisten werden". Von den monarchistischen Kundgebungen in Preußen anläßlich des Kaisergeburtstages 1934[81] setzte er sich ab: selbst wenn die Bayern vormals so bunte Uniformen wie die Preußen gehabt hätten, würde es ihnen „der Verstand eingeben", zu einem derartigen Anlaß doch lieber in Feldgrau zu erscheinen. Einigkeit im deutschen Volk und zwischen Adel und Partei sei jetzt die Hauptsache, nicht zuletzt des Eindrucks im Ausland wegen[82].

Bei denjenigen Adligen, die nicht der DAG, aber seit Jahren der Partei angehört und dafür trotz verwandter Ideologie von ihren Standesgenossen Gleichgültigkeit oder gesellschaftliche Ächtung erfahren hatten, traf Bentheims Politik auf die stärksten Widerstände. Diesen Männern konnte es nicht einleuchten, um die erkämpften Posten mit der Masse organisierter Adliger konkurrieren zu müssen, die gleichsam von oben her einsteigen und führende Rollen in der noch vor kurzem als sozial minderwertig abgelehnten Bewegung spielen wollten. 1934 machten neun adlige „Kämpfer" in einer herausfordernden Schrift ihrem Zorn Luft[83]. Da hieß es, der Adel habe als solcher seiner mangelhaften Beteiligung am „Freiheitskampf" wegen keine Daseinsberechtigung mehr, er habe sich selbst getötet, die DAG sei ein „trauriges Überbleibsel" zur Befriedigung der Eitelkeit und zur Verteidigung des Besitzes. Zwar hetze und schimpfe der Adel noch, aber das werde ihm „auch noch abgewöhnt werden"[84]. Von „Vermorschung und Verfall" seien nur „kleine besitzlose Teile des deutschen, meist preußischen Uradels" freigeblieben[85]. Das triumphierende Siegesgefühl einer einst gedemütigten Jugend, ihre Verachtung von Klassenstolz, Egoismus und Materialismus zieht sich durch alle Beiträge. Der Herausgeber, Goebbels' Adjutant Prinz Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe, faßte in seinem Schlußwort die Warnung an Bentheim und die DAG zusammen:

> „Wir haben nicht gekämpft und gesiegt, um uns heute diesen Sieg in seiner Totalität auch nur auf einem einzigen Gebiet des Lebens bestreiten zu lassen. Weil wir allein kämpften, ohne Euch ‚Standesgenossen', ja vielfach von Euch sogar bekämpft, bestimmen wir heute auch allein über unsere und Euere Zukunft. Was wir mit ‚Adel' bezeichnen – das habt Ihr von nun an darunter zu verstehen. Selbst dann, wenn Ihr Euch danach selbst nicht mehr dazuzählen könnt."[86]

Die Verbitterung dieser Kreise kann man sich ausmalen, als Hitler selbst die DAG

---

81 Vgl. dazu Bracher, Sauer, Schulz, a. a. O., S. 911.

82 „Der Adel im Dritten Reich", 12. 4. 1934, AM, LA BY, 6. – Vgl. zu Quadt: Schwend, a. a. O., S. 498 ff.

83 Prinz Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe (Hrsg.), Wo war der Adel?, Berlin 1934.

84 Graf Bernhard zu Solms-Laubach, Der Adel ist tot – es lebe der Adel, ebda., S. 5–8.

85 Heinz Günther v. Obernitz, Adel und Volksgemeinschaft, ebda., S. 40.

86 Zum Schluß, ebda., S. 50.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihnen gegenüber in Schutz nahm. Dem Potsdamer Polizeipräsidenten Graf Helldorf z. B. erteilte er eine Abfuhr, als ihn dieser bat, „die Bestrebungen der DAG nicht zu fördern", da sie „hauptsächlich den nicht nationalsozialistischen Teil des deutschen Adels" umfasse[87].

So isoliert, wie es die „Kämpfer" wollten, waren sie in der Bewegung nicht gewesen. Dagegen spricht u. a., daß in der SA[88] und vor allem in der SS der Adel nach 1933 gerade in den höheren Stellungen auffällig häufig vertreten war[89]. Unter diesen Adligen der mittleren Generation gab es mehr Verständnis für die Bestrebungen der DAG. Der SA-Obergruppenführer und Professor der Wehrwissenschaften Achim v. Arnim bedauerte zwar die „Minderzahl alter Nörgler" im Adel, betonte aber auch, daß die frühere Oberschicht kraft des Klanges ihrer Namen einen Vorsprung habe, den es durch rückhaltlose Hingabe zu wahren gelte[90]. Arnims Kollege im Hauptvorstand der DAG, der SA-Obergruppenführer Georg v. Detten, der ein Opfer der Junimorde von 1934 werden sollte, versuchte den noch zögernden Standesgenossen besonders weit entgegenzukommen, indem er auf ihre spezifischen Bedenken einging. Wenn der Adel zwar Hitler selbst, nicht jedoch überall seine Revolution freudig bejahe, so liege das vielleicht an „bedauerlichen und auch entsetzlichen Übergriffen" der Partei: „Gewiß sind die neuen Führer und Unterführer nicht alle Engel." Aber die Einigung des gesamten reinblütigen Adels in der DAG sei unbedingt nötig, um ihm seine Wiedergeburt als politischer Stand zu sichern[91].

Die Praxis des nationalsozialistischen Staates bestätigte die Hoffnung der DAG nicht. Daß man sich *als Adel* der Volksgemeinschaft einfügen wollte, stieß auf kein

---

87 Graf Helldorf an Hitler, 16. 12. 1933. Der Brief ist von dem Reichstagsabgeordneten Frhr. v. Eltz-Rübenach und Prinz Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe mitunterzeichnet. Dazu undat. Konz. Lammers, BA R 43 II/1554. – Auch als die Partei Bentheim einen kommissarischen Geschäftsführer beigeben wollte, intervenierte Hitler und bestimmte, „daß die NSDAP sich jeder Einmischung in die Deutsche Adelsgenossenschaft zu enthalten habe" (Lammers an Bentheim, Konz., 21. 7. 1933, ebda.).

88 Vgl. Broszat, a. a. O., S. 53.

89 Vgl. Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf, Die Geschichte der SS, Frankfurt/M. 1969, S. 134 ff. Mit dem höheren Rang nahm der Prozentsatz Adliger zu. 1938 waren von den 117 höchsten SS-Führern, Brigadeführer bis Obergruppenführer, 15, d. i. 12,8%, adlig (Dienstaltersliste der Schutzstaffel der NSDAP, Stand vom 1. Dez. 1938, Berlin 1938): von ihnen gehörten 7 der DAG an. 1942 machten Adlige 3,2% bei den Obersturmbannführern und 2,55% bei den Sturmbannführern aus (SS-Obersturmbannführer und Sturmbannführer, Stand v. 1. Oktober 1942, National Archives, Washington, D. C. [künftig: NA], „Schumacher-Material", T 611). In beiden Gruppen gehörten je 6 (von 26 bzw. 54) der DAG an, von denen jedoch nur je einer seinen SS-Rang im Mitgliederverzeichnis der DAG aufführte, ein verbreitetes Verhalten, das die DAG-Geschäftsstelle rügte.

90 DAB 33 vom 12. 8. 1933, S. 574.

91 „Adel und Nationalsozialismus", AM, LA BY, 6. – Der Mord an Detten und anderen Mitgliedern des Adels hinderte Bentheim nicht, Hitler für seine Aktionen anläßlich des „Röhm-Putsches" zu danken, die ihn mit „restloser Bewunderung" erfüllten (DAB 28 vom 7. 7. 1934, S. 505).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verständnis. Unter den Größen des Regimes scheint Heinrich Himmler der einzige gewesen zu sein, der an der Arbeit der DAG direktes Interesse zeigte, während z. B. Propagandaminister Goebbels anscheinend für die Fortsetzung der „Adelshetze" der letzten Phase der Republik sorgte. Die Agitation gegen die alte Oberschicht nahm ganz andere Formen an, als man sie in der Republik hatte erleben müssen. Ohne daß die Zustimmung Hitlers, derer man sich sicher war, dabei einen Vorteil gebracht hätte, versuchte die DAG unerschrocken, aber erfolglos, zurückzuschlagen. Im Juni 1933 hatte das Adelsblatt noch darauf bestanden, auch in Zukunft seine Meinung zu verkünden: „Wehe, wenn sie unterbunden wird, wenn die Sorgen und Bedenken der wahrhaft Treuen nicht mehr gehört werden."[92] Aber schnell war die DAG in die Defensive gedrängt, mußte Angriffe gegen bauernlegende Junker, die „schmarotzende feudale Schicht" ihrer Nachfahren, „verjudete" Fürstenhäuser oder „unsozialistisch" gesinnte Gutsfrauen abwehren. Der EDDA-Leiter Freiherr v. Houwald, vor 1933 Ankläger aller nicht „Blutsbewußten" im Adel, sah sich jetzt immer wieder genötigt, mit Hilfe seiner Unterlagen im Adelsblatt Zeugnis für die Blutsreinheit einzelner Verdächtigter abzulegen. Der (besitzlose) Rittmeister a. D. Carl Gustav v. Platen verwickelte sich über Monate hinweg in eine Polemik mit Presseorganen des Reichsnährstandes über eine Rede des zum Reichsernährungsminister gemachten Darré, der vor 30 000 pommerschen Bauern erklärt hatte, die Sünden der Vorfahren des ostdeutschen Adels dürften diesem nicht vergeben werden, sondern müßten die Bauernpolitik des Dritten Reiches beeinflussen[93]. Den Parteistellen war die DAG ein Dorn im Auge; es wollte hier gar nicht einleuchten, warum sie immer noch geduldet wurde, und wo es ging, legte man ihr Schwierigkeiten in den Weg[94].

Bentheim, der beständig auf engen persönlichen Kontakt zwischen DAG und Partei- und Staatsstellen drängte, wollte damit die Unkenntnis genossenschaftlicher

---

[92] DAB 23 vom 3. 6. 1933, S. 377.

[93] Vgl. DAB 23 vom 2. 6. 1934, S. 410; 26 vom 23. 6. 1934, S. 473 f., 28 vom 7. 7. 1934, S. 513 f., 44 v. 6. 10. 1934, S. 736 f. – Bei den Akten der Reichskanzlei findet sich ein umfangreiches Protestschreiben des „eingesessenen Pommerschen Adels" an Hindenburg mit der Bitte um Weitergabe an Hitler. Es ist gegen Darrés Rede gerichtet und läuft auf die Forderung hinaus, „der frühere staatserhaltende deutsche Bürger, wozu auch der Deutschnationale und der Adelige gehört", dürfe „nicht länger als Deutscher II. Klasse behandelt werden" (Oberstlt. a. D. v. Versen-Crampe an Hindenburg, 28. 7. 1934, BA R 43 II/1554; dort auch die Stellungnahme Darrés, um die ihn die Reichskanzlei gebeten hatte, und weitere Dokumente).

[94] Anläßlich des Versuches der DAG, mit der SA ein „Ehrenabkommen" zu schließen, teilte Martin Bormann, Stabsleiter des Stellvertreters des Führers, dem Obersten Parteirichter Buch mit, „daß bei weitem nicht alle Adeligen der Adelsgenossenschaft angehören, sondern daß gerade viele einen Adelsnamen tragende Pgg der Auffassung sind, daß im Dritten Reich eine Adelsgenossenschaft vollkommen überlebt sei. Sogar der Reichswehrminister

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bestrebungen beseitigen, die er für die verbreitete Feindseligkeit verantwortlich machte. Aber das Mißtrauen erwies sich als unüberwindlich: Adel war für breite Volkskreise gleichbedeutend mit Ausbeuterklasse, auch wenn er sich im Sozialismus des armen preußischen Junkeroffiziers präsentierte. Im Lichte ihrer eigenen bedrängten wirtschaftlichen Lage war es vielen Adligen nicht klar, warum sie dazu verurteilt sein sollten, „die Rolle einer besonderen Species von Gangstern zu spielen"[95]. Jahrhundertelange Isolierung von anderen Volkskreisen gerade des preußischen Adels rächte sich jetzt. Bentheim mußte als krasser Opportunist verstanden werden, wenn er auf Angriffe des Gauleiters Kube schrieb: „Wir Adligen in der Genossenschaft stellen uns bewußt auf den Boden des Nationalsozialismus, der in seiner ganzen Weltanschauung so fritzisch, so sozialistisch, so aristokratisch ist, wie es unserem unverfälschten Wesen nicht besser entsprechen kann."[96] Ein Zwischenfall, dessen Folgen erst durch einen Appell des Adelsmarschalls an den Obersten SA-Führer und Lutzes Machtwort aus der Welt geschafft wurden, illustriert das Dilemma. Auf dem Winterfest der Landesabteilung Magdeburg-Anhalt im Dezember 1935 untersagte der Landesführer Graf Hertzberg zwei adligen SA-Führern, einer davon DAG-Mitglied, ihre Sammeltätigkeit für das Winterhilfswerk mit der Begründung, sie störe den Festverlauf und beeinträchtige den Erfolg einer von ihm selbst geplanten Tellersammlung. Nachdem die beiden unter Protest den Ball verlassen hatten, entwickelte sich eine Affäre, auf deren Höhepunkt der Magdeburger SA-Führer Kob seinen Männern die Mitgliedschaft in der DAG verbot, deren Einstellung, wie er sagte, „uns gänzlich unverständlich bleiben wird"[97]. Der „SA-Mann" griff die Angelegenheit auf und beschrieb die DAG folgendermaßen:

> „Man nehme etwas Drückebergerei, mische eine Dosis Verständnislosigkeit dazu, begieße das Ganze mit einem Schuß Frechheit und rühre zwei Eier mit stark kalkhaltiger Schale dazu. Während des Kochvorganges ist der Geldbeutel hermetisch geschlossen zu halten."[98]

---

v. Blomberg gehört m. W. der Adelsgenossenschaft nicht an ... Wenn die Leitung der [DAG] sich restlos auf den Boden des Nationalsozialismus gestellt hätte, dann hätte sie sich m. E. als überflüssig auflösen müssen; der Führer war zu jenem Zeitpunkt im Hinblick auf den Reichspräsidenten v. Hindenburg gezwungen, in diesen Fragen besondere Rücksicht zu üben" (Bormann an Buch, 23. 1. 1935, Streng vertraulich, NA, „Schumacher Material", T 580, Nr. 31). – Mit der SS kam übrigens 1938 ein „Ehrenabkommen" zustande (Text: Anschriftenbuch der DAG 1940, Berlin 1940, S. 38).

[95] Bentheim an Johst (Konz.), Oktober 1936, FBHR.

[96] DAB 16 vom 14. 4. 1934, S. 277 f.

[97] Kob an Bentheim, 21. 3. 1936 (Abschr.), BA, NS 26, Vorlage 328.

[98] Der SA-Mann vom 18. 1. 1936, S. 2.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VI

Anfang 1936 mußte das Reichsinnenministerium mit seinem Versuch, der DAG ihren Arierparagraphen zu nehmen, auf Hitlers Eingreifen hin zurückstecken[99]. Es sollte das letzte Zeichen seines Interesses an der Genossenschaft sein. Einige Monate später hielt die DAG-Führung die Zeit für gekommen, mit der Verpflichtung der Angehörigen auf die „Förderung erbwerter Familien mit dem Ziele einer Aufartung" den nächsten Schritt in Richtung auf einen leistungsfähigen Adel zu tun. Die vor allem im Landadel vorhandene „wertvolle und unschwer zu verbessernde Erbmasse" sollte systematisch auf Kosten weniger qualifizierten Erbgutes gefördert und dazu die Jugend überprüft werden, „ob sie in geistiger, körperlicher und charakterlicher Beziehung" den Anforderungen an eine Auslese entspreche. Aufgrund der Ergebnisse sollten dann mit den speziell hierfür von der Mitgliedschaft aufgebrachten Geldmitteln „wertvolle Ehen" und die Erziehung „wertvoller Kinder" unterstützt weden. Zögern und Widerstand sah man voraus: „Zu tief hat sich der Individualismus, die Bindungslosigkeit des 19. Jahrhunderts auch im Adel festgesetzt." Aber es winkte der Beifall der Staatsführung und die Hoffnung, es werde auch die Wehrmacht sich „auf Dauer dem Wert unserer Arbeit nicht verschließen können"[100]. In dem ihm eigenen Kommandoton ließ Fürst Bentheim die DAG-Angehörigen wissen, sie seien nicht in einem Verein: der Adlige werde in die Genossenschaft hineingeboren „wie in die Familie selbst". Das rückhaltlose Bekenntnis zum nationalsozialistischen Staat bedinge ferner, daß die Jugend „ihren Adel unter Beweis stellt, vor allem durch den Nachweis des Dienstes an Volk und Staat, schon in frühester Jugend beginnend mit dem Dienst in Jungvolk und Hitlerjugend"[101].

Wie erwartet, wurde der Aufruf nicht ohne Widerspruch aufgenommen. Für die Reaktion des katholischen Adels dürfte ein Brief des Fürsten Eugen zu Oettingen-Wallerstein an seinen Freund Bentheim typisch sein, in dem er auf das in Adelskreisen verbreitete Mißtrauen und die Verbitterung darüber hinwies, daß der adlige Großgrundbesitz bedroht sei und die Jugend in Jungvolk und Hitlerjugend im religionsfeindlichen Sinne beeinflußt werde. Das Bekenntnis zu adliger Tradition solle die Bejahung von Christentum und Kirche einschließen:

> „Wir müssen uns organisch als eine Schicht, die nichts zu verbergen hat, in den Nationalsozialismus und somit in den neuen Staat einfügen, niemals dürfen wir uns selbst aufgeben, denn sonst verlieren wir an Würde und dadurch an Achtung, und

[99] Vgl. Bentheim an Hitler, 9. 1. 1936, BA R 43 II/1555, und Reichs- und Preußisches Ministerium des Innern an DAG, 19. 3. 1936, ebda.

[100] Der Aufruf in: DAB 44 vom 24. 10. 1936, S. 1473; das Zitat aus: Bentheim an Landesführer, 28. 10. 1936, AM, LA BY, 6.

[101] Der Adel müsse auch hier Vorbild durch „Leistung" sein, d. h. „adlige Haltung und adlige Gesinnung ... und letzten Endes auch adlige Erscheinung". Leider aber seien noch viele Adlige „zu sehr in liberalen Gedankengängen" befangen (Bericht über die Besprechung der Landesführer in Berlin, 16./17. 10. 1936, ebda.).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keiner kann uns dann noch glauben, daß wir als Treueste der Treuen Volk und Staat zu Diensten stehen."

Bentheim erwiderte, der Adel müsse sich vor dem Eindruck hüten, seine materiellen Interessen den ideellen und kulturellen Belangen voranzustellen. Oettingen solle sich nicht an „revolutionären Exzessen" stören und auch „Strohhalme ergreifen". Dieser stimmte zu:

„Aber Strohhalme reißen gar leicht, während ich nach wie vor der Ansicht bin, daß wir uns um so besser durchsetzen, je fester wir auf unserem immerhin ganz soliden, freilich auch nicht ganz neuen und nicht ganz modernen Boden stehen."[102]

Kritik an Form und Inhalt des „unseligen Aufrufs"[103] war verbreitet. Die Führung sah sich genötigt, „alle möglichen Vorbehalte" aus dem Weg zu räumen. Sie gab zu, daß man nicht „jedem Geschehen der heutigen Zeit zustimmen, die adlige Jugend zunächst im Elternhaus gefestigt werden" müsse, bevor sie in den NS-Organisationen führend tätig werden könne[104]. In Bayern jedoch blieb die Unruhe groß. Um eine Austrittswelle zu vermeiden, schlug Fürst Eugen zu Oettingen als „Beruhigungspille" eine Zusammenkunft im engeren Kreise vor, „damit man sich einmal ausschleimen kann"[105]. Das für Berlin bestimmte Protokoll des Treffens verzeichnet Übereinstimmung darin, daß Festhalten an adligem Denken und Handeln mit dem Bekenntnis zum Nationalsozialismus vereinbar sei, daß sich NS-Organisationen aber rückhaltlos zu Christentum und Kirche bekennen müßten, bevor man ihnen die Jugend anvertrauen könne. Ihre „Entchristlichung" sei eine „schwere Gefahr für Volk und Reich", weil sie den Nationalsozialismus seiner besten Waffe gegen den Bolschewismus beraube[106].

Die staatlichen Eingriffe in Leben und Organisation beider christlicher Kirchen ließen viele der im Landadel besonders zahlreichen kirchentreuen Elemente am Nationalsozialismus und damit auch an der DAG irrewerden. Sie erwarteten von der Genossenschaft, die in der Weimarer Republik, angeblich „einer Zeit ödesten Materialismus, krassesten Unglaubens"[107], entsprechende Lippenbekenntnisse abgelegt hatte, daß sie sich im Sinne ihrer Satzung und adliger Tradition für die bedrängten Kirchen einsetze. Der Führung erschien das wenig zweckmäßig. Der gute Wille des Regimes sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden; Bentheim wies jede offene Stellungnahme zurück. Mit dem Bekenntnis zum Glauben und zu christlicher

---

102 Oettingen-Wallerstein an Bentheim, 31. 10. 1936 und 16. 11. 1936 (Abschr.), ebda.

103 Ders. an den bayerischen Landesführer, Fürst Otto zu Oettingen-Spielberg, 15. 11. 1936, ebda.

104 Hauptgeschäftsstelle an Landesabteilungen, 9. 11. 1936, ebda. Gleichzeitig stellte man die Opponenten als einer Zeit nicht gewachsen dar, in der „zum mindesten Europa sich zum Entscheidungskampfe zwischen Nationalismus bzw. Faschismus und Bolschewismus rüstet". Ein Adliger, der dabei „abseits steht und erst einmal abwarten will, wie sich die Dinge entwickeln", habe den Namen Adel „restlos verwirkt".

105 Oettingen-Wallerstein an Oettingen-Spielberg, 15. 11. 1936, ebda.

106 Protokoll der Besprechung in der LA Bayern, „übergeben 8. 12. 1936", ebda.

107 Jahrbuch der DAG für 1927, Berlin 1926, S. 1.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kindererziehung sowie gelegentlichen Aufsätzen im Adelsblatt müsse es sein Bewenden haben. „Ein Mehr würde dem inneren Frieden der DAG nicht dienlich sein." Nur wenn es ums Ganze gehe, könne sich die DAG einsetzen, den Zeitpunkt dafür müsse das „Fingerspitzengefühl" bestimmen. Auch in der delikaten Frage, wie mit den aus der Kirche ausgetretenen Mitgliedern einer Genossenschaft des „christlichen Adels" zu verfahren sei, riet der Fürst zu gewissenhafter Prüfung der „Umstände und Gründe". Die DAG wolle „in erster Linie sammeln und dem Rechnung tragen, daß in Zeiten, in denen um religiöse Fragen gerungen wird wie jetzt, mit besonderem Maße gemessen werden muß"[108]. Die christliche Grundeinstellung, im deutschen Adel allgemein und vor allem in der DAG traditionell ein fundamentales Zugehörigkeitsmerkmal, wurde damit effektiv freigegeben. Ohne die Verpflichtung auf das monarchische und auf das christliche Prinzip blieb von dem überkommenen Adelsbegriff nur noch Nebensächliches übrig. Die DAG spielte mit höchstem Einsatz, wenn sie an einem revolutionär konzipierten „Adel" baute, mit dem sie ohne die volle Unterstützung des NS-Staates ins Bodenlose stürzen mußte.

Um sich ihrer zu vergewissern, um sich gegen die Kritiker in den eigenen Reihen abzusichern, die ihm „den Rücken zu steifen suchten gegen ein zu großes Nachgeben den Zeitströmungen gegenüber"[109], bat der Adelsmarschall um eine neuerliche Aussprache mit Hitler. Sie fand am 18. März 1937 statt. In seinen Tätigkeitsbericht ließ Bentheim einfließen, daß die DAG in Partei und Wehrmacht auf „mancherlei Schwierigkeiten" stoße. Hitler wies mit Nachdruck darauf hin, „daß an beiden Stellen keinerlei Aversion gegen den Adel bestände, daß man seine Mitarbeit mit Freuden begrüße". Allerdings, und das mochte sich auf die erst zwei Monate zurückliegende Kleist-Affäre beziehen, deuteten immer wieder Anzeichen darauf hin, daß man in Adelskreisen an die Wiederaufrichtung der Monarchie denke. „Das sei natürlich nicht möglich, der Adel müsse sich auf den Boden des heutigen Staates stellen und in ihm mitarbeiten. Auch jetzt habe der Adel große verantwortungsvolle Aufgaben." Und es folgten die inhaltsschweren Worte: „Im übrigen werde er [der Adel] sich mit der Zeit von selbst durchsetzen und an führende Stellen kommen."[110]

Was wollte es schon bedeuten, wenn sich Hitler im weiteren Verlauf des Gesprächs konziliant zum Kirchenstreit äußerte, Rosenbergs „Mythus" als eine „Pri-

---

108 Vertrauliche Ergänzungen zum Bericht über das Adelskapitel, 10. 7. 1937, AM, LA BY, 6. – In Westfalen hielten sich Teile gerade des grundbesitzenden Adels aus Protest gegen die laue Haltung der DAG in der Kirchenfrage von der Landesabteilung fern (vgl. DAB 10 vom 5. 3. 1938, S. 306).

109 Oettingen-Spielberg, Persönliche Eindrücke vom Adelskapitel (Vertraulich), o. D., wohl Januar 1938, AM, LA BY, 6.

110 Bentheim an die Mitglieder des Hauptvorstands und Landesführer, 8. 4. 1937 (Vertraulich), MA LA BY, 6. – Hitlers Desinteresse sollte im Zusamenhang mit der um diese Zeit beginnenden Wende in der Innenpolitik des Reiches gesehen werden. „Hitler verließ nunmehr definitiv den Boden des Kompromisses zwischen traditionell nationalen und nationalsozia-

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vatarbeit" abtat und dem Fürsten Einblick in innen- und außenpolitische Pläne gewährte. Die scheinbare Vertraulichkeit konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß nun auch Hitler selbst auf Distanz ging, der Traum von der staatlichen Anerkennung ausgeträumt war, die Hoffnungen, sich den Platz in der neuen Führerschicht eben gerade nicht „erwerben" zu müssen, sinnlos wurden. Bentheim gestand sich die Niederlage wohl ein, das Scheitern einer Politik, für die er selbst, die DAG und viele Adlige große Opfer gebracht hatten. Doch Rücktritt, Aufgeben war nicht seine Art. In einem Schreiben an die Landesführer schlug er jenen Ton an, der in den kommenden Jahren immer deutlicher die Äußerungen des getäuschten Adels bestimmen sollte, den Ton gefaßter Resignation, der „Haltung". Der Adel habe sich bevorzugter Behandlung noch nicht würdig gezeigt. Er müsse im Staat weiterarbeiten und dabei „manche Kränkung, manche Zurücksetzung" hinnehmen. „An persönlichen Dingen hängenzubleiben, halte ich für kleinbürgerlich. Adel steht über der Sache und bringt ihr das Opfer persönlicher Selbstüberwindung."[111]

Mit der hier skizzierten Entwicklung verlor die Arbeit der DAG viel von ihrem Schwung. In der Partei herrschte die Meinung, „der Adel stehe abseits"[112]. Die Landesführer beklagten sich über „Unverständnis" und „Gleichgültigkeit". Man komme zur DAG des Zeichens im „Gotha" wegen[113] oder aber aus „Anstand", aus „Ehrgeiz und Eitelkeit"[114]. Offiziere und Beamte legten keinen großen Wert mehr darauf, Mitglieder zu werden. Sie hatten das Ziel der Existenzsicherung auf individueller Basis erreicht, sorgten sich wohl auch vor dem Vorwurf der „Exklusivität". Statt dessen hielt der Zulauf freiberuflich tätiger Adliger, von Angestellten usw. an, auf die man geringeren Wert legte[115]. 1935 konnte ein Bericht an die Hauptgeschäftsstelle noch ausführen: „Die Stimmung in der Landesabteilung Bayern ist eine gute, aber vielleicht etwas erregt, was wohl mit der fiebernden Erwar-

listischen Zielen und Methoden" (Broszat, a. a. O., S. 432). Vgl. auch Joachim Fest, Hitler, Eine Biographie, S. 739: „Tatsächlich wurden seit der zweiten Hälfte des Jahres 1937 die abgestoppten radikalen Energien wieder freigesetzt und die Nation konsequenter denn je auf die Gewaltabsichten des Regimes hin organisiert."

111 Bentheim an Landesführer, 16. 4. 1937 (Vertraulich), AM, LA BY, 2.

112 Bogen an Landesabteilungen, 13. 7. 1937, ebda., 1.

113 Die DAG unternahm eine fünffache Unterteilung des Adels. In die oberste Kategorie gehörten die in die EDDA Aufgenommenen, denen seit 1935 in den Gothaischen Genealogischen Taschenbüchern („Gotha") ein „E" hinter ihre Namen gesetzt wurde. Es folgten die Mitglieder der 1. Abteilung des DAG-Verzeichnisses, dann die der 2., bei denen die „Ahnenforschung noch nicht völlig abgeschlossen" war. Beide Gruppen wurden im Gotha seit 1936 mit „DAG" hinter ihrem Namen gekennzeichnet. Die vierte Kategorie bildeten die zur Mitgliedschaft berechtigten Nichtmitglieder, die fünfte die „nicht-reinrassischen" Adligen. Zwischen dem Gotha und der DAG bestanden seit Kriegsende enge Beziehungen; 1924 wurden die Taschenbücher zur „Adelsmatrikel" der DAG.

114 Graf Konrad v. Degenfeld-Schonburg an Oettingen-Spielberg, 1. 11. 1936, AM, LA BY, 6.

115 Protokolle der Vorstandssitzungen der Landesabteilung Sachsen, 25. 5. 1934, Bd. 27, S. 122 f., AM.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung zusammenhängt, die dem Kommenden entgegengebracht wird."[116] Drei Jahre später hieß es: „Für eine wirksame Propaganda sind die Ideen der DAG vielleicht doch nicht zugkräftig genug, denn die Ideale des Dritten Reiches kann man auch außerhalb der DAG pflegen und hochhalten, und die Ideale des Adels auch allein oder in der Familie. Die Landesabteilung Bayern ersehnt daher schon seit Jahren ein gelindes Druckmittel"[117] – womit die versprochene staatliche Anerkennung gemeint war. Es häuften sich die Stimmen, die meinten, die DAG werde ja doch früher oder später aufgelöst[118], ein Ausdruck des deutlichen Gefühls, sie passe nicht mehr in die politische und gesellschaftliche Landschaft. Dennoch dauerte es sehr lange, bis auch in dem Kern der DAG die Einsicht Platz griff, daß man einer Illusion zum Opfer gefallen war. Der Stellvertreter des Adelsmarschalls, Generalleutnant a. D. Freiherr v. Schleinitz, schrieb im März 1944 an Bentheim: „Bei mir taucht doch immer wieder ein starker Zweifel auf, ob man wirklich einen neuen Adel aufbauen will. Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen mir meine Zweifel nicht unberechtigt erscheinen. Es wäre gut, wenn darüber Klärung zu schaffen wäre."[119]

VII

Das Fernziel der DAG, der Einbau des historischen Adels an der Spitze einer neuen Elite, war unerreichbar. Im Gegensatz zu den besitzlosen Teilen des Adels dürfte der adlige Großgrundbesitz mit der Entwicklung des Dritten Reiches auf wirtschaftlichem Gebiet nicht unzufrieden gewesen sein. Hitler hatte bereits vor 1933 entsprechende Zusicherungen gegeben[120], die weitreichenden Pläne Darrés waren wie so manche Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen des Nationalsozialis-

---

116 Bericht über die Arbeit in der LA Bayern (1935), AM, LA BY, 6.

117 Bericht an den rekonvaleszierenden Adelsmarschall (1938), ebda., 3.

118 Vgl. z. B. DAB 29 vom 15. 7. 1939, S. 970. Demgegenüber versicherte Bentheim immer wieder, an führenden Stellen sei von einer Auflösung nie gesprochen worden. – Die DAG entging dem Schicksal des – ebenfalls exklusiv adligen – Johanniterordens, für den das 1938 erlassene Verbot der Zugehörigkeit für Beamte und Parteimitglieder „eine größere Zahl von Austritten und einen stark verminderten Zuzug" zur Folge hatte (so Goßler in seinen Erinnerungen, BAM N 98/1).

119 Schleinitz an Bentheim, 2. 3. 1944, FBHR. – Schleinitz war 1872 als sechstes von sieben Kindern eines Oberförsters und einer bürgerlichen Mutter geboren worden. 1892 in das 2. Garderegiment z. F. eingetreten, war er in der Reichswehr zuletzt Generalkommandant von Berlin gewesen.

120 Am 20. April 1933 erklärte er bei einem Empfang des Grundbesitzerverbandes, „daß sich der gesamte Wirtschaftsaufbau nur in der Form einer Stufenleiter, vom Kleinen aufsteigend zum Großen vollziehen könne. Die Ernährung des Volkes bedinge den Großgrundbesitz. Aus Bevölkerungsgründen müßte aber lebensunfähiger Großgrundbesitz aufgesiedelt werden" (Aktenvermerk Min.-Dir. Wienstein, Reichskanzlei, o. D., Sept. 1934, BA R 43 II/1554).

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mus Papier bzw. Propagandagerede geblieben. Die Schonung des großen Besitzes war aber weit mehr ein zwangsläufiges Resultat wehr- und kriegswirtschaftlich bestimmter Agrarpolitik. Die Ideologie, von der Parteipresse lautstark vorgetragen und von den meist aus kleinen Verhältnissen stammenden örtlichen Funktionären dem Großgrundbesitz ins Gedächtnis gerufen, hielt ihn in dauernder Beunruhigung, Grund genug, die DAG zu fördern. Sie mußte doch als politisch zuverlässig gelten und pflegte Kontakte zu Behörden und einflußreichen Persönlichkeiten. Der Politik Bentheims brachte der Grundbesitz ideelle und materielle Opfer, um sich gegen radikale Eingriffe durch Staat und Partei zu versichern[121].

Im Sommer 1933 hatte im adligen Großgrundbesitz zunächst die Hoffnung bestanden, das erwartete Reichserbhofgesetz werde „auch für den größeren Besitz brauchbar" sein. An sich wollte man des damit verbundenen Aufsehens wegen gar kein Sondergesetz; im Notfall war es akzeptabel, wenn nur das Fideikommißgesetz des Kaiserreichs, entsprechend „zeitgemäß ausgestaltet", wieder in Kraft gesetzt wurde. Zwar befriedigte das Reichserbhofgesetz desselben Jahres längst nicht alle Wünsche, aber es blieb die Hoffnung auf ein wiederbelebtes Fideikommißrecht. Des öfteren kam es zu unerfreulichen Auseinandersetzungen mit dem Reichsnährstand. Bentheim agierte in solchen Fragen besonders vorsichtig, beschränkte sich darauf, persönliche Kontakte auszuspielen, und vermied es grundsätzlich, in seinen offiziellen Verlautbarungen auf die materiellen Anliegen des Adels zu sprechen zu kommen, gehörte „junkerliche Habgier" zusammen mit adliger „Verjudung" doch zu den meistbesprochenen „Sünden" des Adels. Nachdem das Erbhofgesetz auf Teile des Großgrundbesitzes ausgedehnt und das mangels einheitlicher Ausführungsbestimmungen noch verbliebene Drittel der Fideikommisse durch ein Reichsgesetz vom 6. Juli 1938 endgültig beseitigt worden war, mußte selbst der Adelsmarschall in geschlossenem Kreise seine tiefe Enttäuschung eingestehen. Denn es erschien als ein besonders harter Schlag für den Adel in West- und Süddeutschland, dessen Pacht- und Waldbesitz als Erbhof nicht in Frage kam. Aber Bentheim appellierte auch an die Betroffenen, sich der Vergangenheit zu erinnern, da der Adel ohne schützende Gesetze stark gewesen sei[122].

Hatten sich auch die konkreten Erwartungen der verschiedenen Gruppen an die

---

121 1937 meinte der westfälische Landesführer Frhr. v. Elverfeldt, der grundbesitzende Adel habe „das größte Interesse an der Erhaltung der DAG" und müsse daher mehr Beitrag zahlen (Vertrauliche Ergänzungen zum Bericht über das Adelskapitel, 10. 7. 1937, AM LA BY, 6).

122 Bericht über die Sitzung des Adelskapitels am 7. 12. 1938, ebda. Im Adelsblatt vertrat Frhr. Franz v. Stauffenberg die Parteilinie: die Stimmung gegen den gebundenen Besitz sei in der „Systemzeit" dem „Hexenkessel wirrer Ideen von mißverstandener Freiheit, Neid und Ressentiment gegen angebliche Vorrechte früher herrschender Schichten" entsprungen, während ihr im Dritten Reich das Prinzip „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" zugrunde liege. Das Erlöschungsgesetz sei „notwendige Aufräumungsarbeit" für die „Erringung der Nahrungsfreiheit", der deutschen Wehrhaftigkeit (DAB 41 vom 8. 10. 1938, S. 1368–1371). – Im Osten verhalf die NS-Agrarpolitik zu einer beträchtlichen Reduzierung der traditio-

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Genossenschaft nicht erfüllt, so blieb ihre Organisation doch voll funktionsfähig, stieg die Mitgliederzahl ständig an[123]. Es ist denkbar, daß einzelne Landesabteilungen und Bezirksgruppen nicht wie andere von politischen Aktivisten gesteuert, sondern Sammelpunkte für adlige Gegner des Regimes waren, die das Einverständnis und die Gesellschaft von Standesgenossen suchten. Das Adelsblatt erschien wöchentlich in stattlichem Umfang, wenn auch die den Adel speziell interessierenden Themen in der Minderheit blieben und die Familienanzeigen für viele der wichtigste Teil waren.

Die außenpolitischen Erfolge Hitlers wurden im besitzlosen Adel nicht nur wie anderswo in den sog. nationalen Volkskreisen mit Genugtuung, sondern auch mit konkreter Erwartung begrüßt. „Welch ein Jungbrunnen östlich unserer Grenze erworbenes Kolonialland bei unbeschränkten Siedlungsmöglichkeiten wäre, bedarf keiner Ausführung", hatte Ewald v. Kleist-Schmenzin bereits 1926 ausgerufen[124]. Der Familienverband derer v. Knobelsdorff forderte 1933: „Sollte im Dritten Reich in großem Rahmen eine Ostkolonisation durchgeführt werden, so hätten auch die Familienverbände bei der völkischen Regierung alle Schritte zu versuchen, um die entwurzelten Geschlechtsgenossen wieder auf deutschem Boden ansässig zu machen."[125] In diesen Kreisen sah man es als keinen Zufall an, „daß Aufstieg und Niedergang deutschen Adels in der Geschichte stets zusammenfallen mit Gewinn oder Verlust östlichen Lebensraumes"[126]. Aber anderen war doch die Richtung, die das Dritte Reich nahm, nicht mehr geheuer. Auch Fürst Bentheim scheint dazugehört zu haben. Ende 1938 faßte er die Gefühle des Adelskapitels zusammen: „Wo . . . viel Licht ist, wird sich auch mancherlei Schatten einstellen. Wir brauchen über ihn nicht zu sprechen, wir wissen, daß er auch in weiten Teilen unseres Volkes empfunden wird, und sind überzeugt, daß er mit der Zeit verschwinden wird." War er 1932/33 mit Vehemenz für das Neue eingetreten, so forderte der Adelsmarschall jetzt, „daß wir überall die konservativen Elemente mit allen Mitteln stärken – konservativ im richtigen, nicht im reaktionären Sinne verstanden"[127]. Die Gleichschaltung der DAG, wie der anderen Interessenverbände[128], war nicht als

---

nellen Schuldenlast. Dort „haben die autarkistische Agrarpolitik und die generelle Zwangsbewirtschaftung sogar den weiteren wirtschaftlichen Niedergang . . . aufgehalten" (Schultz, a. a. O., S. 40).

[123] 1939 kamen zu 15 124 erwachsenen Angehörigen noch 4570 Kinder. Allerdings waren die einzelnen Landesabteilungen sehr unterschiedlich beteiligt. Während zwischen 1931 und 1939 Schlesien 56,5%, Westfalen 38,5%, Württemberg-Hohenzollern 20,8%, im ganzen zehn Landesabteilungen Mitglieder gewannen, verloren neun, darunter Thüringen 23,6% und Hinterpommern 22,5%. Politische Gründe kommen für die Erklärung weniger in Betracht als z. B. die Rührigkeit der jeweiligen Organisationen.

[124] Adel und Preußentum, in: Süddeutsche Monatshefte 23 (1926), S. 583.

[125] DAB 29 vom 15. 7. 1933, S. 520.

[126] Rohr, a. a. O., S. 157.

[127] Bericht über die Sitzung des Adelskapitels am 7. 12. 1938, AM, LA BY, 6.

[128] Vgl. Broszat, a. a. O., S. 241 f.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Teil der erhofften großen gesellschaftspolitischen Reform bzw. Restauration gekommen, sondern hatte lediglich in völlige Abhängigkeit vom Regime geführt. Ihre Existenz war in Frage gestellt. In der letzten Phase vor dem Zweiten Weltkrieg mußte sie buchstäblich um ein Wort der Anerkennung durch Hitler betteln, so wenn der Hauptgeschäftsführer v. Bogen im November 1938 die Reichskanzlei aufsuchte, „um noch einmal zur Sprache zu bringen, ob nicht die Möglichkeit einer freundlichen Geste des Führers gegenüber der Adelsgenossenschaft bestünde"[129].

VIII

Was wie eine einmalige geschichtliche Gelegenheit ausgesehen hatte, entpuppte sich als schlimme Selbsttäuschung. Der Verhaltenskodex des Adels schloß aber Selbstanklage und Verzweiflung aus und schrieb auch hier, wie es schien, die traditionell adlige Tugend der „Haltung" vor[130]. Die Schwäche des individuellen Elements gerade im ostdeutschen Adel hatte zweifellos im letzten Abschnitt seiner Geschichte zu der „dekadenten Lehre"[131] geführt, Sinn des Lebens könne „gute Haltung" sein. Daß dieser Wert, eingebunden in ein vergangenes Gesellschaftsgefüge, unter der nationalsozialistischen Diktatur seine Geltung verlor, wurde vielen im Adel nicht deutlich. Nur wenige verstanden, daß „Haltung" in Hitler-Deutschland gerade nicht „Zähne zusammenbeißen" hieß, sondern unter Umständen Widerspruch, Befehlsverweigerung, Aufstand bedeuten konnte. Noch weniger waren bereit, diese Haltung zu beweisen. Der Adelsgenossenschaft gehörte nur eine kleine Minderheit der Adligen in der Widerstandsbewegung an[132].

Wer der fundamentalen Fehleinschätzung des Nationalsozialismus erlegen war und andere Konsequenzen nicht zu ziehen vermochte, dem konnte „Haltung" dazu dienen, ein Maß an Selbstachtung und Standesbewußtsein zu bewahren. Völlig ungeeignet jedoch, so scheint es, war diese Tugend als Leitziel für die heranwachsende Generation. Der Bankrott der *kollektiven* Adelsidee könnte nicht besser dokumentiert werden als durch ihren Versuch, der adligen Jugend mit diesem Appell an „adlige Haltung" den Weg in verworrener Zeit zu weisen. In der DAG galt die Offizierslaufbahn als überall dort besonders wünschenswert, wo kein Land-

---

129 Aktenvermerk Min.-Dir. Kritzinger, Reichskanzlei, 1. 12. 1938, BAK R 43 II/1555.

130 „Haltung bewahren" war der Tenor von Bentheims letzter großer Ansprache auf dem (letzten) Adelstag 1939; vgl. DAB 29 vom 15. 7. 1939, S. 970.

131 Sigmund Neumann, Die Stufen des preußischen Konservativismus, Histor. Studien H. 190, Berlin 1930, S. 15.

132 Darunter waren Frhr. Karl Ludwig v. Guttenberg, General v. Hase, Hans-Bernd und Werner v. Haeften, Caesar v. Hofacker, Herbert Mumm v. Schwarzenstein und die Grafen Heinrich v. Lehndorff-Steinort und Ulrich v. Schwerin-Schwanenfeld. Ihre Mitgliedschaft ist jedoch ein beredtes Zeugnis dafür, daß neben politischen auch andere Gründe Angehörige in der DAG hielten.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besitz mehr vorhanden war. Die Beschränkungen der Reichswehr und das Absinken des Adelsanteils am Gesamtoffizierkorps riefen nach dem Ersten Weltkrieg große Besorgnis um dieses traditionelle Übungsfeld adligen Führertums hervor. Um so begeisterter begrüßte man die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Bentheim telegrafierte aus diesem Anlaß an Hitler: „Wir folgen Ihnen bis in den Tod, wie auch des Schicksals Würfel fallen."[133] Wo sich die rechte Einstellung bei Eltern und Söhnen nicht gleich einstellen wollte, da half das Adelsblatt nach:

> „Das Machtwort des Führers hat aber auch jede Art von Entschuldigung dafür beseitigt, daß der eine oder andere, der von Hause aus berufen ist, Soldat und später Offizier zu sein, einen anderen Beruf ergreift, statt – zum Teufel noch mal! – der inneren Stimme zu folgen."

Wenn das Vaterland rufe, gehöre „wie immer auch dann der junge Adel in die erste Angriffswelle"[134]. Der moralische Druck wurde konsequent aufrechterhalten. Im Sommer 1939 leistete selbst der Landesführer der sonst eher zurückhaltenden Landesabteilung Württemberg-Hohenzollern, Erbprinz Gottfried zu Hohenlohe-Langenburg, auf seinem Adelstag seinen Beitrag dazu, die Wehrfreudigkeit im Jungadel zu heben. Er deutete die Geschichte des Adels als eine „Vermählung" des christlichen Glaubens mit dem „germanischen Geist", die den Deutschen „unvergängliche Dinge" geschenkt habe. Die Lebenden könnten sich in Erhaltung und Ausbau des Gewonnenen der großen Tradition würdig erweisen, als Teil deren „ungezählte Schlachtfelder" des Adels „Blut getrunken" hätten. Die unerhörten Leistungen des Führers forderten jetzt wieder dazu heraus[135].

Doch die Worte des Erbprinzen setzten nur den Ton für den folgenden Vortrag des Majors Wilhelm Volrad v. Rauchhaupt zum Thema „Wehrmacht und Adel". Er spiegelt das ganze Dilemma einer Schicht, deren verwundbar simple Begriffswelt ihres Sinnes entleert war. Der Kavallerist beklagte, daß nicht genügend Fahnenjunker aus den alten Soldatenfamilien zur Verfügung stünden. Vor allem versagten die Väter, die aus Bequemlichkeit und Nachgiebigkeit nicht mehr wie früher den Söhnen den Beruf vorschreiben wollten. Aber auch den Müttern gehe der alte opferbereite Geist ab. Zwar sei nicht Krieg, „aber die Not der Zeit ist trotzdem groß". Für jeden der Weltkriegsgefallenen, deren Leitmotiv „seine herrlichste und ewige Bejahung fand vor Langemarck", müsse der junge Adel im Dritten Reich am besten zwei „Sachwalter ihres Erbes" stellen. Die nach 1918 verbreiterte Berufswahl für den Nachwuchs lehnte Rauchhaupt rundweg ab, nicht einmal die Übernahme des väterlichen Erbes galt ihm als Entschuldigung: „Fertigwerden mit der Penne, Soldat werden, Offizier sein!" Ihn faszinierten die jungen Freiwilligen vergangener Kriege, „die ihr Leben hinwarfen mit einem Schwung, mit einer Selbstaufopferung ohnegleichen für eine Idee, deren Größe sich niemals wegdebat-

---

133 DAB 13 vom 23. 5. 1935, S. 289.

134 Hauptmann Frhr. I. v. Wechmar in DAB 2 vom 11. 1. 1936, S. 67 f.

135 DAB 23 vom 3. 6. 1939, S. 769.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tieren läßt". An keiner Stelle seines Vortrags versuchte Rauchhaupt eine Definition dieser Idee. Das weithin entwertete Erbe der Scharnhorst, Clausewitz, Moltke wurde vollends ad absurdum geführt, wenn der letzte Satz den Aufruf zusammenfaßte: „Denn Offizier sein ist nicht ein System, ist auch keine Tendenz – ist Haltung."[136]

Kein Gegner der alten Führungsschicht hätte ein vernichtenderes Urteil über dies letzte Aufgebot der Adelsgemeinschaft fällen können. Fürst Bentheim hatte ihre Bankrotterklärung bereits 1933 abgegeben, als er versprach, der reinblütige deutsche Adel werde entweder mit Adolf Hitler „die nationale Revolution gewinnen" oder sich „mit Ehren unter ihren Trümmern begraben lassen"[137]. Hitlers Sorge vor dem Adel als dem Kern einer monarchistischen Verschwörung oder einer oppositionellen Sammlungsbewegung war, wenn sie je bestanden haben sollte, völlig unbegründet. In seinem Haß auf seine „Feinde, die ‚vons' . . ., die sich Aristokraten nennen"[138], einerseits und dem nach dem 20. Juli 1944 gegebenen Befehl andererseits, in der Diskussion nicht „das Offizierkorps, die Generalität, *den Adel* oder Wehrmachtsteile in corpore anzugreifen oder zu beleidigen"[139], spiegelt sich die Tatsache wider, daß sich gerade in jener Zeit eine Entwicklung vollendete, die die Existenz *des Adels* zur Fiktion machte. Die ihm nach dem Sieg zugedachte Liquidation[140] wäre nicht nur monströs, sondern auch überflüssig gewesen: stärkere Kräfte hatten der Schicht bereits das Rückgrat gebrochen.

Im Adel ahnte man, daß nach dem Zweiten Weltkrieg so rigoros wie nie zuvor nach der Existenzberechtigung seiner Sondergemeinschaft gefragt werden würde. Von Anfang an sammelte und veröffentlichte die DAG die Namen und Fotografien aller Gefallenen adligen Namens[141]. Die Hinterbliebenen wurden aufgefordert,

---

136 DAB 29 vom 15. 7. 1939, S. 976–978. Der Vortrag wurde im Adelsblatt abgedruckt und auf dem letzten deutschen Adelstag wiederholt.

137 DAB 12 vom 18. 3. 1933, S. 165.

138 Hitler am 20. Juli 1944 zu irrtümlich verhafteten Bauarbeitern, in: Max Domarus (Hrsg.), Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. II, Würzburg 1963, S. 2127.

139 Reichsverfügungsblatt der NSDAP vom 9. 8. 1944, Anordnung 170/44 (Hervorhebung vom Verf.).

140 Vgl. Hugh Trevor-Roper (Hrsg.), Hitler's Secret Conversations 1941–1944, New York 1953, S. XIX.
Vgl. dazu Goerdelers Vermutung, „Hitler wolle im Grunde Adel und Gebildete ausrotten" (Ulrich v. Hassell, Vom andern Deutschland, Zürich 1946, S. 91). Ferner Adolf Heusinger (Befehl im Widerstreit, Tübingen 1950, S. 366): Ihn habe, so sagte Hitler, die Beteiligung von Sozialisten und ostelbischem Adel an dem Attentat des 20. Juli „zutiefst verletzt". Er habe sie „gewonnen und kaltgestellt" geglaubt, „diese Herren zu gut behandelt". Und er fügte hinzu: „Aber ich werde jetzt Ordnung schaffen, unerbittlich und ohne Schonung . . . Mit eisernem Besen werde ich diese Cliquen beseitigen. Sie haben es nicht anders gewollt." – Feindliche Äußerungen Hitlers v. a. gegen Fürstlichkeiten sind zahlreich überliefert; sie entstammen einem primitiven Adelshaß, den seine Herkunft erklärt. Vgl. z. B. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, Stuttgart, 2. Aufl. 1965, S. 162, 291, 335, 342, 358.

141 Alle Unterlagen gingen jedoch verloren. – Graf Matthias v. Schmettow hat die Namen von

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anzeigen auch in die von breiten Volksschichten gelesenen Zeitungen zu setzen. Bei Kriegsausbruch wurde Fürst Bentheim als Pferdevormusterungskommissar eingezogen und überließ die Führung der DAG weitgehend seinem Stellvertreter Schleinitz. Im Frühjahr 1943 sollte das weitere Erscheinen des Adelsblattes zunächst ganz untersagt werden; „nach schwersten Kämpfen" erschien es dann noch einmal im Monat in stark vermindertem Umfang[142]. Im August des gleichen Jahres wurden Hauptgeschäftsstelle und Unterstützungsbüro geschlossen, im November fielen sie einem Luftangriff zum Opfer. Mit der Septembernummer 1944 stellte das Adelsblatt sein Erscheinen ein. Sie enthielt die Namen von mehr als 100 neuen Mitgliedern und die Aufforderung, die Gefallenen weiterhin zu melden.

So manchem Adligen mochte es scheinen, als sollte sich nicht einmal Bentheims Wunsch, der Adel möge „mit Ehren" unter den Trümmern des Hitlerreiches begraben werden, erfüllen. In der Julinummer 1944 des Adelsblattes mußten sie lesen, daß Fürst Bentheim im Namen des Standes an Hitler geschrieben hatte, er sei von Abscheu vor dem „verruchten Verbrechen" erfüllt[143].

Unter den 150 prominenten Opfern des 20. Juli waren knapp ein Drittel Adlige. Daraus den Schluß zu ziehen, „daß der ‚Aufstand des Gewissens' ein Aufstand derjenigen konservativen Gruppen der deutschen Gesellschaft gewesen ist, die häufig so verhängnisvoll Hitler in die Hände gespielt hatten"[144], geht nicht an. Ebensowenig wie die Geschichte der DAG als eine pauschale Verurteilung des deutschen Adels mißverstanden werden sollte, ist eine pauschale Apologie am Platze. Als Überbleibsel traditioneller Adelsfrömmigkeit bzw. als Selbsttäuschung oder Mythenbildung seitens Adliger selbst geht sie an der historischen Wirklichkeit vorbei. Adel wird im Kollektiv gesehen. Seit Deutschland zum Industriestaat geworden war, hielten vor allem die nicht integrierten Träger adliger Namen an der Vorstellung einer Adelsgemeinschaft fest, deren Qualitäten sie den Zeitströmungen entsprechend als „Blut", „Erbmasse", zuletzt noch als „Haltung" definierten. Wer geneigt schien, diese letzten Trumpfkarten zu honorieren, dem gehörte ihre Loyalität. Wie der Mittelstand, die Schwerindustrie, die bürokratische und intellektuelle Oberschicht, so verwechselten auch diese Adligen im Nationalsozialismus „einzelne Erscheinungsformen, Richtungen und Taktiken mit dem Ganzen"[145]. Wie für andere vorindustrielle Eliten, z. B. das Bildungsbürgertum, war für den in der DAG

8284 gefallenen und umgekommenen Angehörigen deutscher und deutschsprachiger Adelsgeschlechter für den Zweiten Weltkrieg zusammengestellt (Gedenkbuch des deutschen Adels, Limburg/L. 1967).

142 Hauptgeschäftsstelle an Landesabteilungen, 2. 4. 1943, AM, LA BY, 1.

143 DAB 7 vom Juli 1944, S. 50. Das Schreiben ist datiert vom 24. 7. Bentheim betonte später, er habe es ohne Kenntnis des Inhalts unterschrieben.

144 Zapf, a. a. O., S. 162.

145 Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln 1972, S. 179.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tonangebenden Adel die Proletarisierung eine ernsthafte Bedrohung, nicht selten schon Wirklichkeit. Wie die Akademiker, so erfuhr auch er die Führungsauslese der Industriegesellschaft als Widerspruch zu den eigenen Wertvorstellungen[146]. Wie jene klammerte er sich zur psychischen Bewältigung seines gesellschaftlichen Zustands an ideologische Hilfsmittel, jene „adligen Qualitäten", die sich in dem siegreichen antimodernistisch-utopischen Nationalsozialismus (wieder-)fanden. War diese Verbindung einmal hergestellt, so mußte eine Auflösung besonders schwierig sein, denn Prinzipientreue, als dem „bürgerlichen" opportunistischen Schwanken entgegengesetzt, gehörte ja mit zu jenen spezifischen Standeseigenschaften.

Sicherlich war viel ungeschminkter Eigennutz, viel unreflektiertes Mitläufertum in der DAG vertreten, aber in ihren führenden Vertretern, z. B. Fürst Bentheim, herrschte doch das Gefühl vor, bester Adelstradition getreu zu handeln, an ererbten Wertvorstellungen um ihrer selbst willen festzuhalten. NS-Parolen von nationaler Größe und Ehre, von selbstloser Hingabe an die Gemeinschaft übten, in Erinnerung an das alte Preußen, eine starke Anziehungskraft aus. Aber warum mangelte vielfach die Fähigkeit, Zweckpropaganda als solche zu entlarven? Die Geschichte des Adels legt nahe, die Antwort bevorzugt in ökonomischen Motiven zu suchen. Voraussetzungen für stabile Wertvorstellungen sind jedoch weithin eine stabile materielle Basis, ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Sicherheit und ein Gleichgewicht zwischen Erwartung und Wirklichkeit, wie sie schon die preußische Monarchie ihrem Adel nicht mehr hatte garantieren können. Eine schwindende Basis kann die Ideale entwurzeln, sie in den Zeitströmungen unbemerkt das Vorzeichen wechseln lassen. Der Adel als Stand war schon lange vor 1914 in Frage gestellt. In der Deutschen Adelsgenossenschaft, dem einzigen überregionalen, überkonfessionellen Adelskollektiv, die diese Entwicklung rückgängig machen wollte, manifestierte sich die Verwundbarkeit der Ideale, während viele adlige Einzelpersönlichkeiten in Frieden, Krieg und in der Nachkriegszeit auch unter bedrückenden materiellen Bedingungen eigenen und fremden Ansprüchen an die Mitglieder einer Elite voll genügten[147]. Es gehört zum Adelsmythos, daß „geistig-sittlicher Gehalt" von der materiellen Grundlage unabhängig ist[148]. Die Geschichte der DAG wider-

---

146 Vgl. Heide Gerstenberger, Der revolutionäre Konservatismus (Sozialwiss. Abhandlungen H. 14), Berlin 1969, S. 139 ff.

147 David Schoenbaum beschreibt die Gesellschaft des Dritten Reiches als eine „zweigesichtige Gesellschaft, in der die soziale Stellung von Gruppen und Individuen sich unabhängig von ihren alten sachlichen Grundlagen verschob" (in: Die braune Revolution, Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln 1968, S. 345 f.).

148 H. G. v. Studnitz schlug Anfang der dreißiger Jahre vor, „die Institutionen des deutschen Adels sollten die Berechtigung zur Führung von Adelstiteln nur noch denjenigen zuerkennen, die sich durch den Nachweis eines Landbesitzes im Sinne einer ‚standesgemäßen' Lebensführung als Adlige zu qualifizieren vermöchten". Der so oder ähnlich bereits in vielen Adelsreformprojekten des 19. Jahrhunderts gemachte Vorschlag beruhte auf der Einsicht, „daß sich der deutsche Adel, sofern er unter den neuen Verhältnissen als Stand, besser ge-

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

legt die universale Gültigkeit dieser Vorstellung. Fürst Bentheim gab die enge Verbindung beider indirekt zu, wenn er in seiner Rechtfertigungsschrift von 1945 meinte, durch die Anpassung der DAG an das Dritte Reich habe man Schlimmeres verhüten wollen: „Der deutsche Adel wollte stets eine Elite seines Volkes und ein Vorbild sein", schrieb er, „das waren die letzten Motive unseres Handelns. Eine völlige Zerschlagung und etwaige Enteignung hätte uns aller Möglichkeiten beraubt."[149]

Das Grundproblem moderner deutscher Geschichte, die unzulängliche Synchronisierung von sozialökonomischer und politischer Entwicklung, ist auch das Grundproblem deutscher Adelsgeschichte. Sie endete 1945, als der Kern des Adels, seine preußischen Teile, durch die Radikalkur des Krieges und der Kriegsfolgen seiner Strukturprobleme für immer enthoben wurde.

---

sagt als soziologische Schicht bestehen bleiben wolle, auf die Wurzeln seiner materiellen Kraft besinnen müsse". Der Vorschlag „stieß auf nahezu einhellige Ablehnung. In fast allen Zuschriften wurde geltend gemacht, daß eine solche Beschränkung des Adels am geistig-sittlichen Gehalt des Gedankens der Aristokratie vorbeigehe und den Standesbegriff einer Materialisierung unterwerfe ... Daß die wütendsten Proteste aus der Masse der besitzlosen Adligen kamen, war nur natürlich" (in: Der deutsche Adel heute, in: Der Monat 9 [1957], S. 44).

149 Bentheim fährt fort: „Dies verhindert zu haben, ist immerhin unter den gegebenen Verhältnissen ein Erfolg gewesen" (Denkschrift vom 18. 4. 1945, FBHR). –
Am 15. 5. 1956 wurde die DAG mit veränderter Satzung neu konstituiert. Als „Vereinigung der Deutschen Adelsverbände" ist sie im Gegensatz zu früher föderalistisch aufgebaut. Sie ist der Dachverband für die in der Bundesrepublik bestehenden regionalen und landsmannschaftlichen Adelsverbände (frdl. Mitt. des Vorsitzenden, Herrn Robert v. Schalburg, früher Schriftführer und Schatzmeister der Landesabteilung Mecklenburg, vom 9. 4. 1974). Das Mitteilungsblatt der Vereinigung erschien zunächst (1945–1961) als „Deutsches Adelsarchiv", seitdem wird monatlich wieder ein „Deutsches Adelsblatt" veröffentlicht. Zu einer Auseinandersetzung mit seiner Vergangenheit ist der organisierte Adel bisher nicht vorgestoßen; beruft man sich auf sie, so wird die politische Betätigung der zwanziger und dreißiger Jahre vollkommen weggelassen.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ANHANG

Tabelle 1

Anteile (in %) der einzelnen Erwerbsgruppen an der Mitgliedschaft in ausgewählten DAG-Landesabteilungen (1926)

	Deutsches Reich	Baden u. Wttbg-Hohenzollern	Bayern	Mark Brandenburg	Hamburg	Hann.-Oldenburg Braunschw.	Hinter-pommern	Schl.-Holst. u. Mecklenbg	Sachsen	Schlesien
(1. Männl. Mitgl.)	(9143)	(468)	(653)	(1747)	(214)	(674)	(322)	(688)	(515)	(797)
2. Landwirtschaft[a]	21,1	15,0	21,9	7,6	0,5	18,5	48,1	27,0	5,6	35,0
3. Offiziere a. D. bis Major	20,1	18,4	16,2	22,9	30,4	19,1	18,3	20,5	22,5	23,2
4. Offiziere a. D. ab Oberstlt.[b]	15,6	25,2	18,6	17,7	6,5	21,7	9,0	12,6	18,1	11,4
5. Offiziere und Beamte a. D.[c]	41,1	50,9	42,7	45,9	38,3	46,0	30,4	36,6	49,7	40,3
6. Aktive Offiziere und Beamte	17,4	16,0	17,0	21,0	12,6	19,1	10,9	16,0	16,9	13,0
7. „Kaufleute"[d]	6,0	4,0	3,4	8,8[e]	25,7	5,0	2,2	5,8	6,2	3,4
8. Leitende kaufm. Tätigkeit	2,3	2,1	3,7	2,1	7,0	1,9	0	1,3	3,1	1,8
9. „Unadlige" Berufe[f]	13,2	9,4	13,5	19,6	41,6	10,7	5,9	9,6	15,9	6,3

a) Pächter, Landwirte, Gutsbesitzer, Rittergutsbesitzer, Majoratsbesitzer, Fideikommißbesitzer, usw.
b) einschl. Hofbeamte
c) einschl. Forst- und Polizeibeamte (letztere besonders häufig)
d) einschl. landwirtschaftliche Beamte, Inspektoren usw.
e) fast ausschließlich in Berlin
f) Spalten 7 und 8, freie Berufe und Subalternbeamte

Quelle: Jahrbuch der Deutschen Adelsgenossenschaft 1927, Berlin 1926.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 2

Anteile (in %) der in Regionen zusammengefaßten DAG – Landesabteilungen an den Erwerbsgruppen (1926)

	Deutsches Reich	Ostelbien[a] incl. M. Brandenbg	Ostelbien excl. M. Brandenbg	Norden[b]	Mitte[c]	Westen[d]	Süden[e]
1. Männl. Mitgl.	100	48,5	29,4	11,7	16,7	8,2	13,4[f]
2. Landwirtschaft	21,1	60,8	53,9	8,4	11,8	6,2	11,9
3. Offiziere a. D. bis Major	20,1	49,8	28,0	12,5	15,3	8,6	11,5
4. Offiziere a. D. ab Oberstlt.	15,6	40,1	18,5	13,1	22,0	5,7	18,7
5. Offiziere und Beamte a. D.	41,1	45,2	23,8	12,2	18,7	7,4	15,3
6. Aktive Offiziere und Beamte	17,4	46,8	23,8	12,3	17,0	10,1	12,3
7. „Kaufleute“	6,0	47,6	19,7	19,0	14,7	7,2	7,6
8. Leitende kaufm. Tätigkeit	2,3	28,6	11,1	13,1	16,5	21,8	17,0
9. „Unadlige“ Berufe	13,2	44,3	24,7	15,6	15,9	9,7	11,6

a) Landesabteilungen Frankfurt/Oder, Hinterpommern, Mecklenburg, Ostpreußen, Pommern, Schlesien
b) Landesabteilungen Hamburg, Hannover-Oldenburg-Braunschweig, Schleswig-Holstein
c) Landesabteilungen Kassel, Magdeburg-Anhalt, Sachsen, Thüringen-Ost, Thüringen-West
d) Landesabteilungen Rheinland und Westfalen-Lippe
e) Landesabteilungen Baden, Bayern, Hessen-Darmstadt, Württemberg-Hohenzollern
f) die Werte aller Regionen zusammen ergeben deshalb nicht 100%, weil „unbekannt verzogene“ und im Ausland lebende Mitglieder unberücksichtigt bleiben.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

RÜCKBLICK AUF WEIMAR

Ein Briefwechsel zwischen Otto Braun und Joseph Wirth im Exil

Dokumentation von Hagen Schulze

I

„Ich gehe jetzt daran, meine goldene Uhr und sonstige entbehrliche Dinge, die man zu Geld machen kann, in Lebensmittel umzuwandeln. Muß sehen, wie lange das so geht. [. . .] Also warte ich hier auf bessere Zeiten und mache mir keine allzugroßen Sorgen, da ja mein Lebensfaden ohnehin schnell kürzer wird. [. . .]"[1] In dieser Lage befand sich Otto Braun im Sommer 1941 im Schweizer Exil. Der einstige „Rote Zar von Preußen", 1920 bis 1933 mit nur zwei kurzen Unterbrechungen preußischer Ministerpräsident und für lange Jahre der mächtigste Mann im Weimarer Staat, hatte am 4. März 1933, körperlich und seelisch gebrochen, menschlich und politisch gedemütigt, die Grenze zur Schweiz überschritten[2]. Er war der erste bedeutende Politiker der Weimarer Republik, der nach der nationalsozialistischen Machtergreifung den Schritt in die Emigration tat; zwar hatte er aus dem Büro des Reichspräsidenten eine Warnung vor seiner unmittelbar bevorstehenden Verhaftung erhalten, und ihm sollte in den nächsten Monaten und Jahren ein Strom von Flüchtlingen folgen, aber für die noch kämpfenden und hoffenden Demokraten hatte Brauns Flucht gerade am Tag vor der Reichstagswahl etwas von der Desertion eines Kommandierenden Generals während der Entscheidungsschlacht an sich. Für eine namhafte politische Rolle in der deutschen Emigration hatte er sich damit aus dem Spiel gebracht, und es spricht auch nichts für die Annahme, ihm sei in den dreißiger und beginnenden vierziger Jahren an einer solchen Rolle gelegen gewesen; Theodor Wolff, der ehemalige Chefredakteur des „Berliner Tageblatts", der Braun im Sommer 1935 in dessen Haus, der „Casa Erna" am Monte Verità über Ascona, besuchte, fand ein „blühendes Eremitenparadies", den Hausherrn Wurzeln rodend und Kartoffeln setzend und dem politischen Getriebe

---

[1] Braun an Weichmann, 18. 7. 1941, in: Sammlung Herbert Weichmann, Hamburg.

[2] Zu Brauns Biographie s. die beiden aus Anlaß seines 60. Geburtstages erschienenen Arbeiten: Erich Kuttner, Otto Braun, und: Hans Steffen (= Hans Goslar), Otto Braun, beide Berlin 1932; Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Eine Biographie, Berlin 1977; Eric D. Kohler, Otto Braun, Prussia and Democracy, 1872–1955, phil. Diss. Stanford Univ. 1971 (soll erheblich umgearbeitet und erweitert als Buch erscheinen); ferner Manfred Beer, Otto Braun als preußischer Ministerpräsident 1925–1932, phil. Diss. Würzburg 1970.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vollkommen entrückt. Wolff verstand das nicht: „Hannibal floh, um zu handeln, und pflanzte nicht Salat."[3]

In der Tat hatte Braun resigniert. Er glaubte nicht an eine erfolgversprechende politische Arbeit aus der Emigration heraus, und sein politisches Comeback nach einem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland hielt er für ausgeschlossen[4]. Ihm kam es nur noch darauf an, noch einmal publizistisch den Beweis zu führen, den er früher als Politiker zu führen gesucht hatte: daß eine parlamentarisch-demokratische Entwicklung auch und gerade im einstigen Kernland der Reaktion, in Preußen, möglich gewesen sei; ihm ging es darum, dem angesichts der nationalsozialistischen Untaten grassierenden Preußenhaß im westlichen und neutralen Ausland das Wasser abzugraben, „der im Hinblick auf die 14 Jahre demokratisch-republikanischer Politik in Preußen ungemein deprimierend wirkt, besonders auf mich, der ich mein Wirken und Ringen um die friedlich-freiheitliche Gestaltung eines neuen Preußens so völlig ignoriert sehe . . ."[5] Aus diesem Grund schrieb er sein „politisches Testament"[6], seine Memoiren, die, von ihm selbst, von kritischen Freunden und hauptsächlich von der schweizerischen Armee-Zensur stark gekürzt, im Herbst 1939 unter dem Titel „Von Weimar zu Hitler" erschienen[7].

In seinen Erwartungen sah sich Braun enttäuscht. Zwar erregte sein Buch in den Kreisen der deutschen Emigration, in denen das Ende von Weimar ein nie versiegendes, schrill umstrittenes Thema darstellte, Aufsehen, denn Braun war der erste der „großen" Weimarer Politiker, der sich zu Wort meldete. Aber eine Breitenwirkung, wie sie Braun sich erhofft hatte, blieb aus; Übersetzungsprojekte ins Französische und Englische scheiterten, und unter deutschem Druck verschärfte der Schweizer Bundesrat die Zensurbestimmungen; seit 1941 durfte Emigrantenliteratur in den Buchhandlungen nicht mehr ausgelegt werden[8]. Auch in materieller Hinsicht war der geringe Erfolg seines Buches ein Schlag für Braun[9], denn ein laufendes Einkommen besaß er nicht. Freunde in den USA, Herbert Weich-

---

[3] Theodor Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, Amsterdam 1936, S. 359.

[4] Brüning an Sollmann, 19. 3. 1943, abgedr. in: Thomas A. Knapp, Heinrich Brüning im Exil, in dieser Zeitschrift 22 (1974), S. 115.

[5] Braun an Arnold Brecht, 28. 5. 1942, in: Sammlung Arnold Brecht, New York.

[6] Braun an Heinrich Georg Ritzel, 9. 2. 1950, in: Archiv der sozialen Demokratie (künftig: AdsD) Bonn, Nachlaß (NL) Ritzel.

[7] Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, 1. Aufl. New York (–Zürich) 1940 (1939), 2. Aufl. New York 1940, 3. veränderte Aufl. Hamburg 1949; handschriftliches und maschinenschriftliches Urmanuskript in: Geheim. Staatsarchiv (künftig: GStA) Berlin, NL Braun A/67–68.

[8] Braun an Weichmann, 9. 10. 1941, in: Sammlung Herbert Weichmann, Hamburg; vgl. Peter Stahlberger, Der Zürcher Verleger Emil Oprecht und die deutsche politische Emigration 1933–1945, Zürich 1970, S. 281 f.

[9] Die 837 Franken, die sein Verleger ihm 1941 als erstes und einziges Honorar überwies, reichten nicht einmal zur Deckung der Hypothekenzinsen für sein Haus, das seit Jahren zum Verkauf stand, ohne einen Käufer zu finden: Braun an Weichmann, 18. 7. 1941, in: Sammlung Herbert Weichmann, Hamburg.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mann, Heinrich Brüning, Friedrich Stampfer, die German Labor Delegation versuchten, ihn zur Reise durch den unbesetzten Teil Frankreichs nach Spanien und Portugal und weiter nach Amerika zu überreden, wo er genügend Hilfe gefunden hätte, aber Braun lehnte ab: im Februar 1941 waren seine Parteifreunde Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding in Südfrankreich von Vichy-Polizisten festgenommen und der Gestapo ausgeliefert worden, und das Schicksal der „beiden Rudis" schreckte Braun ab: „Wenn schon mal ein Ende sein muß, dann besser hier und selbstgewählt als dort zum Gaudi anderer."[10] So verzweifelt war seine Lage in der Zeit, in der er den Briefwechsel mit Joseph Wirth über seine Memoiren führte.

Die Beziehungen zwischen Wirth und Braun waren nie eng, aber doch in der Regel gut gewesen; die Klagen Wirths in seinem Schreiben vom 22. Juli 1941 (Dok. Nr. 1) über die schlechte Behandlung durch Braun während seiner Zeit als Reichsinnenminister und über abfällige Bemerkungen, die Braun über ihn in seinen Memoiren gemacht hatte, führen da fehl. Bereits während seiner Amtszeit als Reichsfinanzminister (März 1920 bis Mai 1921) hatte Wirth ein ungewöhnlich gutes Verhältnis zur preußischen Regierung unterhalten; in einem später von ihm selbst gestrichenen Passus seiner Memoiren rühmte Braun, daß Wirth damals „weniger als seine Kollegen vor und nach ihm sich durch bürokratische Bedenken hemmen ließ"[11]. Mit dem ersten Reichskabinett Wirth (Mai bis Oktober 1921) hatte Braun nichts zu tun gehabt, denn von April bis November 1921 regierte in Preußen ein aus Zentrums-, DDP- und Fachministern zusammengesetztes Minderheitskabinett unter der Führung des Zentrums-Gewerkschaftlers Adam Stegerwald. Aber zwischen dem zweiten Kabinett Braun, das im November 1921 seine Arbeit im Preußischen Staatsministerium aufnahm, und dem zweiten Reichskabinett Wirth, das vom Oktober 1921 bis zum November 1922 amtierte, waren die Beziehungen so entspannt wie weder zuvor noch später zwischen den Regierungen des Reiches und Preußens, wobei fraglos die ähnliche Parteizusammensetzung der beiden Kabinette eine Rolle spielte, denn im Reich regierte ein Kabinett der Weimarer Koalition, das sich gelegentlich im Parlament auch auf die DVP stützen konnte, während das zweite Kabinett Braun die Parteien der Großen Koalition – SPD, DDP, Zentrum, DVP – umfaßte. In den Hauptfragen der Reichspolitik – Reparationen, Republikschutz, Auseinandersetzungen mit Bayern – wußte Wirth die Regierung des weitaus größten deutschen Landes annähernd bedingungslos hinter sich – darauf bezieht sich der für Wirths Stil charakteristische geschraubt-verschwommene Satz in seinem Schreiben vom 22. Juli 1941 (Dok. Nr. 1): „Sie waren gewiß immer entschuldigt. Sie waren der beste Gatte. Das wurde stets und allseitig anerkannt."

Nach seinem Rücktritt vom Reichskanzleramt entwickelte sich der empfindsame

---

[10] Braun an Weichmann, 9. 10. 1941, in: ebd.

[11] Memoiren-Manuskript, S. 174, in: GStA Berlin, NL Braun A/68.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einzelgänger Wirth[12] zunehmend zum enfant terrible der Zentrumspartei. Gewiß spielte dabei eine Rolle, daß Wirth als linker Flügelmann des Zentrums im Zuge der fortschreitenden Rechtsanlehnung seiner Partei natürlicherweise immer häufiger in Konflikte mit der Parteimehrheit geriet; er gehörte zu den wenigen führenden Zentrumspolitikern, die sich über die ganze Weimarer Zeit hin aktiv und aus voller Überzeugung für die Republik und für den Zusammenhalt der demokratischen Parteien der Weimarer Koalition einsetzten. Aber einen „Wirth-Flügel"[13] im Sinne einer organisierten oder auch nur mobilisierbaren innerparteilichen Hausmacht hat es im Zentrum nie gegeben; Wirth konnte nicht der Kristallisationskern einer linken Parteifraktion werden, daran hinderte ihn seine „Ichbezogenheit", die ein Freund und späterer Gegner Wirths aus dem „Freiburger Boppelegeist" erklärte[14]. Er besaß einen Zug ins Eigenbrödlerische, Unberechenbare, der bereits offenbar wurde, als Wirth im August 1925 aus der Reichstagsfraktion des Zentrums wegen deren Unterstützung des Bürgerblock-Kabinetts Luther ausschied, ein Jahr später freilich wieder zurückkehrte, um bald darauf die Kreise der Parteiführung durch die Gründung einer „Republikanischen Union" zu stören. Seine im Alleingang unternommene öffentliche Kampagne gegen das vierte Kabinett Marx 1927/28 führte ihn an den Rand des Parteiausschlusses[15]. Daß er im zweiten Reichskabinett Müller und im ersten Kabinett Brüning noch einmal als Reichsminister für die besetzten Gebiete (April 1929 bis März 1930) bzw. als Reichsinnenminister (März 1930 bis Oktober 1931) amtierte, verdankte er nicht so sehr seiner eigenen Fraktion als vielmehr den Forderungen der SPD und den

---

[12] Zur Charakterisierung Wirths s. u. a.: Viscount d'Abernon, Ein Botschafter der Zeitwende, Memoiren, Bd. I, S. 99 ff., II, S. 55 f., Leipzig o. D. (1929); Otto Gessler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, Stuttgart 1958, S. 128, 377 ff.; Arnold Brecht, Aus nächster Nähe, Stuttgart 1966, S. 343 f.; Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1937, Frankfurt/M. 1961, S. 294 f., 324 f.; Akten der Reichskanzlei, hrsg. v. K. D. Erdmann und H. Booms, Ingrid Schulze-Bidlingmaier (Bearb.), Die Kabinette Wirth I und II, Boppard 1973, S. XXIII. Nennenswerte biographische Arbeiten über Wirth existieren nicht, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß Wirths Nachlaß sich in Privathand befindet und nicht benutzbar ist. Ersatzweise brauchbar für die Zeit bis 1928: Josef Becker, Joseph Wirth und die Krise des Zentrums während des IV. Kabinetts Marx (1927–1928), Darstellung und Dokumente, in: Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins 109 (1961), S. 362–436; ferner: Karl Griewank, Dr. Wirth und die Krisen der Weimarer Republik, in: Wiss. Zeitschr. der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jg. 1951/52, H. 2, S. 1–10; eine aufschlußreiche, wenn auch aus stark persönlicher Sicht abgefaßte Studie in: Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen eines Politikers und Staatsmannes 1878–1949, hrsg. v. Josef Becker, Stuttgart 1964, S. 169–188. Die Amtszeit Wirths als Reichskanzler ist fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Reparationspolitik bearb. von Ernst Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22 (= Histor. Studien 402), Lübeck 1968. Die Politik der Kabinette Wirth findet sich detailliert dokumentiert in: Schulze-Bidlingmaier, a. a. O., passim; ebd., S. XIX ff., eine umfassende Übersicht der Politik Wirths auf der Grundlage der abgedr. Dokumente.

[14] Köhler, Lebenserinnerungen, S. 171.

[15] Siehe Becker, Joseph Wirth, passim; Köhler, Lebenserinnerungen, S. 173 ff., 182 ff.

[13] So Josef Becker, Joseph Wirth, S. 391.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erwartungen der liberal-demokratischen Presse vom Schlag des „Berliner Tageblatts" und der „Vossischen Zeitung", daneben taktischen Überlegungen der Zentrumsführung, die in Wirth einen passablen Verbindungsmann zur SPD und zur preußischen Regierung sah[16].

Das Unberechenbare in Wirths Wesen verstärkte sich mit zunehmendem Alter. Es besteht kein Zweifel daran, daß Wirth sich der Entscheidung der Zentrumsfraktion zur Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 bis zum letzten Moment widersetzt hat und seine Stimme mit Tränen in den Augen abgab[17]; aber ebensowenig steht in Zweifel, daß er bald darauf mit fragwürdigen Mitteln den Versuch unternahm, sich mit den neuen Machthabern zu arrangieren. Wenig später als Braun, im April 1933, reiste er ins Ausland, denn als prominenter Linkspolitiker, der zudem während seiner Amtszeit als Reichsinnenminister in Kampfstellung gegen die NSDAP gestanden hatte, war er persönlich gefährdet[18], und entfaltete dort eine rege, wenngleich undurchsichtige Aktivität. Mit dem Staatssekretär in der Reichskanzlei Heinrich Lammers wechselte er zahlreiche Briefe, in denen er einerseits mit der Veröffentlichung geheimer Einzelheiten über die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee drohte, wenn der Schutzhaftbefehl gegen ihn nicht aufgehoben werde[19], was tatsächlich zum Erfolg führte[20], in denen er aber auch andererseits nachzuweisen suchte, als Reichsminister und Reichskanzler den geheimen Ausbau der Reichswehr forciert und mit dem Vertrag von Rapallo den von Versailles konterkariert zu haben[21], und versicherte: „Niemals wird man mir irgendwie nachsagen können, daß ich mich aus irgendwelchen Gründen an einer Bewegung gegen Deutschland beteilige."[22] Er unternahm auf eigene Faust Vermittlungsversuche bei der österreichischen Regierung, die er dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Bernhard v. Bülow meldete, welcher ihn peinlich berührt um Zurückhaltung bat[23], und trat sogar mit der Begründung, „daß er sich auch dem neuen Deutschland gegenüber stets als Deutscher fühle", an deutsche diplomatische Vertretungen heran, um ihnen nach-

---

16 Siehe Becker, Joseph Wirth, S. 365 ff.; Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 162, 187.

17 Siehe Rudolf Morsey: Die Deutsche Zentrumspartei, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 564, Anm. 65; Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter, München 1959, S. 92 f.

18 Der Alemanne, Nr. 176, vom 28. 6. 1933 meldete, „dieser Tage" solle „im Verfolg des großen politischen Reinemachens in Deutschland der frühere Reichskanzler Dr. Joseph Wirth in Schutzhaft genommen werden".

19 Wirth an Lammers, 12. 7. und 10. 8. 1933, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA), R 43 I/3633.

20 Lammers an Reichsstatthalter Baden, 24. 8. 1933, in: Politisches Archiv d. Auswärt. Amts Bonn (künftig PA), Ref. D, Po 5 N. E. adh. 4 Nr. 1, Bd. 1a.

21 „Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag", 2. 9. 1933, in: BA, R 43 I/3633.

22 Wirth an Lammers, 1. 9. 1933, ebd.

23 Wirth an v. Bülow, 3. 7. 1933, und: Vermerk v. Bülows, 18. 9. 1933, in: PA, Ref. D, Po 5 N. E. adh. 4 Nr. 1, Bd. 1a.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richtendienstliche Mitteilungen aus britischen und französischen Regierungskreisen und selbst aus deutschen Emigrantenzirkeln zu machen[24]. So hatte er sich schnell zwischen sämtliche Stühle gesetzt, denn seine Unternehmungen sprachen sich herum; in französischen Zeitungsmeldungen wurde er als „Agent Hitlers" denunziert, was nicht zutraf, denn das Geheime Staatspolizeiamt hätte anderenfalls nicht den Zeitungsausschnitt mit einem erkennbar erheiterten Kommentar der Reichskanzlei übersandt[25]. Auch Brüning wußte von Wirths Kontakten mit v. Bülow und deutschen Diplomaten und schrieb später: „Das entfremdete ihm leider die Menschen, die der Ansicht waren, ein Mann in seiner Position dürfe so etwas nicht tun und müsse dem Nazi-Regime in Deutschland vollkommen reserviert gegenüberstehen."[26] Brüning wies auch darauf hin, daß Wirths „frühe Flucht aus Deutschland sehr stark dazu bei[-trug], daß die Verwirrung in der Partei wuchs", was zusätzlich zu seiner Isolierung in der Emigration geführt habe[27] – in diesem Punkt fällt die Parallele zur Situation Otto Brauns auf.

So spielte Wirth in der deutschen politischen Emigration der dreißiger Jahre keine Rolle; er lebte teils in der Schweiz, teils in Paris, bis ihn die Kriegsereignisse dazu zwangen, einen dauerhaften Wohnsitz in Luzern aufzuschlagen, wo er hauptsächlich von der Unterstützung durch Jakob Kindt-Kiefer lebte, einem reichsdeutschen und ehemals dem Zentrum zugehörigen Schriftsteller, der eine vermögende Schweizer Fensterrahmenfabrikantin geheiratet hatte und deutschen katholischen Emigranten großzügig aushalf[28]. Auch Wirth befaßte sich, ähnlich wie Braun, mit der Niederschrift seiner Memoiren auf der Grundlage seiner geretteten Unterlagen, und aus der beiderseitigen Beschäftigung mit der politischen Vergangenheit entstand der in der Folge abgedruckte Briefwechsel zwischen Braun und Wirth[29].

Der so wiederhergestellte Kontakt zwischen Braun und Wirth überdauerte diesen Anlaß; Braun traf sich Ende November 1941 mit Wirth in Zürich[30], und ihr

---

[24] Aufzeichnung des Legationsrats Forster, Paris, 3. 11. 1933, in: PA, Ref. D, Po 5 N. E. adh. 4 Nr. 1, Bd. 4.

[25] Gestapa Berlin an Reichskanzlei, 28. 2. 1934, mit Abschrift aus „Marianne", Nr. 1335, Okt. 1933, in: BA, R 43 I/3633.

[26] Brüning an Werner Thormann, 21. 1. 1941, abgedr. in: Heinrich Brüning, Briefe und Gespräche 1934–1945, hrsg. v. Claire Nix, Stuttgart 1974, S. 338.

[27] Ebenda.

[28] Mündliche Mitteilung von Wolfgang Glaesser, einem späteren Mitarbeiter Wirths in der Arbeitsgemeinschaft „Demokratisches Deutschland", an den Verf.; beglaubigte Tonbandabschrift im Besitz des Verf.

[29] Wirths Memoiren sind nie an die Öffentlichkeit gelangt; Hinweise darauf finden sich neben den Briefen Wirths an Braun in dem Schreiben Wirths an Staatssekretär Lammers, 1. 9. 1933, in: BA, R 43 I/3635; ferner in: Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 20, Anm. 24. Das Manuskript befindet sich im unzugänglichen Nachlaß.

[30] Siehe Anm. 196.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gespräch kreiste vermutlich nicht allein um Fragen der Vergangenheit. Wirth besaß einige Verbindungen zu alliierten Missionen in der Schweiz und zum Vatikan, die er zu nutzen hoffte, um seine Vorstellungen von der Neuordnung Nachkriegs-Deutschlands in alliierten Kreisen zu lancieren, und auch Braun begann sich um die Jahreswende 1941/42 langsam aus seiner selbstgewählten Einsamkeit zu lösen; ihn schreckten die bekanntgewordenen amerikanischen „dismemberment"-Pläne einer Zerschlagung Preußens nach Kriegsende, und nach dem Mißerfolg seiner Memoiren schien ihm der Weg über die britische und die amerikanische Gesandtschaft in Bern zur Bekanntmachung seiner politischen Vorstellungen der am ehesten erfolgversprechende[31]. So fand sich im Laufe des Jahres 1942 ein lockerer Kreis von über die ganze Schweiz verstreuten deutschen Emigranten mit dem Ziel zusammen, mittels gemeinsam ausgearbeiteter Memoranden und Denkschriften Einfluß auf die alliierte Nachkriegspolitik zu gewinnen. Braun und Wirth bildeten in diesem – völlig informellen – Zirkel die Kristallisationszentren; um Wirth sammelten sich frühere Zentrumsmitglieder, so Kindt-Kiefer und der Biophysiker und frühere Reichstagsabgeordnete Friedrich Dessauer, während Braun mit deutschen Sozialdemokraten in Beziehung trat, mit dem früheren Parteivorstandsmitglied Wilhelm Dittmann, dem einstigen bayerischen Staatsanwalt und Reichstagsabgeordneten Wilhelm Hoegner und mit Heinrich Georg Ritzel, ebenfalls Reichstagsabgeordneter, nach 1933 Völkerbundsbeamter im Saargebiet und jetzt Generalsekretär der schweizerischen Europa-Union. Auf die einzelnen Stadien ihrer Zusammenarbeit soll hier nicht näher eingegangen werden[32]; es genügt der Hinweis, daß die Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten und den Zentrums-Katholiken äußerst schwierig war. Das gegenseitige Mißtrauen schlug hohe Wellen, denn jeder hütete eifersüchtig seine privaten Beziehungen zu alliierten Stellen, und in den brieflichen und mündlichen Diskussionen wucherten Detailprobleme, als säße man bereits in einem parlamentarischen Verfassungsausschuß. So drohte Wirth, weil im Entwurf eines Memorandums für den deutschen Nachkriegsaufbau die Schulfrage nicht in seinem Sinn formuliert wurde: „Das kann Krach geben. Zu Weimar war es auch so", lenkte allerdings ein: „Da muß ich mich halt mit Herrn Otto Braun verständigen, ehe mit den anderen weiter zu formulieren ist."[33] In den sich dauernd, sachlich wie persönlich, verschärfenden Konflikten zwischen dem

---

[31] Braun an Arnold Brecht, 28. 5. 1942, in: Sammlung Arnold Brecht, New York.

[32] Näheres in: Schulze, Otto Braun, S. 805 ff.; eine Gesamtdarstellung der sozialistischen deutschen Emigration in der Schweiz soll demnächst als Erlanger Dissertation erscheinen: Wolfgang Jean Stock: Exil in der Schweiz, Die sozialistische und kommunistische deutsche Arbeiterbewegung im Schweizer Exil 1933–1946 (Arbeitstitel). Teilaspekte finden sich in: Hoegner, a. a. O., S. 135 ff. (mit einigen Erinnerungsfehlern, vor allem hinsichtlich der Daten); Karl Hans Bergmann, Die Bewegung „Freies Deutschland" in der Schweiz 1943–1945, München 1974 (aus der Sicht der kommunistisch gelenkten Gegenorganisation); Hans Teubner, Exilland Schweiz, Berlin (-O) 1975 (ein Beitrag aus dem Blickwinkel der SED-Historiographie).

[33] Wirth an Kindt-Kiefer, 8. 2. 1943, in: BA, Kl. Erw. 469.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„roten Kleeblatt"[34] und dem „heiligen Joseph und seinem Kindt"[35], die sich ständig neu und in der Regel an geringfügigen Anlässen entzündeten, Ausfluß eines klassischen Emigrantensyndroms, bildete schließlich nur noch die wenn nicht freundschaftliche, so doch sachliche Beziehung zwischen Braun und Wirth eine Brücke und ermöglichte den Zusammenhalt des Kreises bis zum 12. April 1945, als er, von den bisherigen politischen Beschränkungen durch die Schweizer Immigrantengesetzgebung befreit, als Arbeitsgemeinschaft „Das Demokratische Deutschland" an die Öffentlichkeit treten konnte, an seiner Spitze zwei Präsidenten: Otto Braun und Joseph Wirth[36].

Das „Demokratische Deutschland" wurde ein größerer Erfolg, als man aufgrund seiner organisatorisch wie personell inhomogenen Ursprünge hätte annehmen sollen. Zweierlei kam dem entgegen: Einmal wirkte das Bestehen einer anderen antifaschistischen Emigrantenorganisation, der Bewegung „Freies Deutschland", bei den Mitgliedern der zahlenmäßig starken deutschen Kolonie ebenso alarmierend wie bei einem Großteil der Emigranten und Internierten, denn dieser Schweizer Ableger des Moskauer „Nationalkomitees Freies Deutschland" befand sich offensichtlich in den Fahrwassern der sowjetischen Deutschlandpolitik[37]; eine gemäßigte Alternative auf der Grundlage aller nichtkommunistischen antifaschistischen Kräfte in der Schweiz konnte daher allein aus diesem Grund auf Zulauf rechnen. Zum anderen besaß das „Demokratische Deutschland" in der Person Heinrich Georg Ritzels einen hochbegabten Organisator, der in kürzester Zeit zahlreiche Hilfsprogramme, vom Lebensmittelpäckchen-Versand nach Deutschland bis zu Einreisevisa für Emigranten in die westlichen Besatzungszonen, ankurbelte, und zwar mit Unterstützung der Schweizer Behörden und des Schweizer Arbeiterhilfswerks, wie sie der kommunistisch gelenkten Konkurrenz nicht oder in geringerem Maße zuteil wurde.

Die Organisationsstruktur des „Demokratischen Deutschland" verriet die politische Herkunft seiner Väter; der liberale Emigrant Wolfgang Glaesser, der um sich einen Kreis aus früheren DDP-Mitgliedern gesammelt hatte und bei Braun erschien, um eine Zusammenarbeit zu vereinbaren, fand diesen „sehr erfreut" und bekam zu hören: „Die Liberalen haben doch immer das Geld. Wir sollten doch die alte Weimarer Koalition wieder aufmachen."[38] So geschah es; korporativ schlossen sich dem „DD" – so die gängige Abkürzung – an: eine sozialdemokratische „Union deutscher Sozialisten und Gewerkschaftler in der Schweiz" – Vorsitzender: Braun –, eine „Gruppe Christlicher Demokraten" unter Wirth, eine

---

[34] Ebenda.

[35] Ritzel an Braun, 27. 8. 1943, in: GStA Berlin, NL Braun C/I/233.

[36] „Demokratisches Deutschland" an die Schweizerische Bundesanwaltschaft, 12. 4. 1945, Durchschrift in: Ebd., NL Braun A/15a.

[37] Siehe Bergmann, Freies Deutschland, passim, hauptsächlich S. 149 ff.

[38] Mündliche Mitteilung von Wolfgang Glaesser, s. Anm. 28.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Liberaldemokratische Vereinigung" unter Glaesser, denen sich zeitweise noch eine „Evangelische Arbeitsgemeinschaft" zugesellte[39].

So erfolgreich die praktische Arbeit des „DD" war, so unerfreulich gestaltete sich die Zusammenarbeit im Hauptvorstand: „Bald stellte sich heraus, daß die einzelnen Gruppen untereinander verkracht waren", fand Glaesser. „All ihren Krach aus der Weimarer Republik brachten sie mit. Im Grunde genommen war mit ihnen überhaupt nichts anzufangen. [. . .] Bei Braun hatte ich das Gefühl, daß er nie daran gedacht hat, noch einmal etwas zu werden. Er war körperlich und geistig noch sehr rege, aufrecht und stark wie eine alte Eiche. Aber er war nicht, wie Wirth, von den Furien des Ehrgeizes getrieben.[. . .]"[40] Wirth, der im engen Kreis gern die Möglichkeit erörterte, mit Hilfe einer „radikal-sozialen Bewegung", zu der sich Zentrum und SPD zusammenschließen sollten, Reichskanzler zu werden[41], sah im „Demokratischen Deutschland" anscheinend hauptsächlich ein Vehikel für seinen Ehrgeiz; als Nahziel hatte er die badische Staatspräsidentschaft ins Auge gefaßt, die er mit Hilfe seiner Kontakte zur französischen Gesandtschaft in Bern zu erreichen hoffte[42]. Auch Braun hatte eine Zeitlang erneut die Hoffnung gehegt, als preußischer Ministerpräsident, der er rechtlich-theoretisch nach wie vor war, denn seine Amtsenthebung am 20. Juli 1932 war vom Staatsgerichtshof für ungültig erklärt worden, und seine erneute Absetzung durch Hitler am 6. Februar 1933 stand im offenen Gegensatz zu der Entscheidung des Staatsgerichtshofs, nach Deutschland zurückzukehren[43], aber mit Kriegsende hatte er resigniert: „[. . .] Es hat zu lange gedauert und ist anders gekommen, als wir es uns gedacht haben und für den Wiederaufbau so sorgfältig vorbereitet hatten", schrieb er an Ritzel. „Jetzt ist die Entspannung gekommen und hat mich physisch und seelisch müde gemacht. Preußen ist russisch, was bleibt da für den preuß. Ministerpräsidenten?"[44]

Ihm blieb das Präsidium des „DD" neben Wirth, aber es wurde ihm zunehmend zur Last. Folgt man den Briefwechseln aus seinem, Ritzels und Hoegners Nachlaß – die Briefwechsel Wirths in dessen gesperrtem Nachlaß könnten das Bild möglicherweise ändern –, so verhielt sich Wirth launisch und unberechenbar, wozu sein hoher Rotweinkonsum das seine beigetragen haben soll[45]. „Wirth und

---

[39] Rundschreiben Nr. 2 der Arbeitsgemeinschaft „Demokratisches Deutschland", 12. 7. 1945, in: GStA Berlin, NL Braun A/15a.

[40] Siehe Anm. 28.

[41] Wirth an Braun, 24. 5. 1944, in: GStA Berlin, NL Braun A/14; Braun an Hoegner, 6. 6. 1944, Durchschrift in: ebd., NL Braun A/10; mündliche Mitteilung von Wolfgang Glaesser an den Verf., s. Anm. 28.

[42] Braun an Ritzel, 2. 9. 1945, in: AdsD Bonn, NL Ritzel; mündliche Mitteilung von Wolfgang Glaesser an den Verf., s. Anm. 28.

[43] Braun an Kurt Cerf, 26. 9. 1944, in: GStA Berlin, NL Braun C/I/41; Wilhelm Hoegner an Hans Vogel, 3. 11. 1944, in: AdsD Bonn, Emigration-Sopade/55.

[44] Braun an Ritzel, 6. 6. 1944, in: AdsD Bonn, NL Ritzel.

[45] Mündliche Mitteilung von Wilhelm Hoegner an den Verf., beglaubigte Tonbandabschrift im

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Braun haben sich gegenseitig toleriert, aber nicht mehr", erinnert sich Wilhelm Hoegner[46], aber Hoegner erlebte auch nur die Anfangsphase des „Demokratischen Deutschland", da er als einziger der Runde Mitte 1945 mit amerikanischer Hilfe nach Deutschland zurückkehrte, um ab September das bayerische Ministerpräsidium zu übernehmen[47]. Kaum war Hoegner nicht mehr Mitglied des Hauptvorstands, als Ritzel einen Brandbrief nach Ascona schrieb: „Es entsteht ein Vakuum, das sich schwer ausfüllen läßt. Ich spüre bereits, daß Wirth die absolute Führung an sich reißen möchte. [. . .]"[48]

Brauns Gesundheit war um diese Zeit auf einem Tiefpunkt angelangt, rheumatische und neuralgische Beschwerden machten ihm erheblich zu schaffen[49], und daher verstrichen einige Monate ohne seine Anwesenheit in Zürich, in denen Wirth seine Hausmacht ausbaute. Schließlich, am 8. August 1945, erschien Braun im Hauptausschuß des „DD" und legte ihm den Antrag vor, „Schritte bei den Vereinten Nationen zu unternehmen, um eine Nachprüfung der von der Potsdamer Konferenz vorbereiteten Gebietsabtretungen zu erbitten"[50]. Daraufhin Wirths Widerspruch: Gegen die Alliierten anzugehen, bedeute zur Zeit, sich selbst auszuschalten – ein vernünftiges Argument, das den meisten Mitgliedern des Hauptausschusses einleuchtete. So scheiterte Brauns Antrag, doch kam es zu einem Kompromiß: Das „DD" sollte den westalliierten Gesandten in Bern eine Entschließung unterbreiten, in der das Potsdamer Abkommen zwar unterstützt, die darin vorgesehenen territorialen Regelungen und Zwangsevakuierungen jedoch kritisiert wurden. Von Schritten bei der UNO war nicht mehr die Rede[51]. Es vergingen Wochen, ohne daß Braun den Text der Entschließung zur Unterschrift erhielt. Schließlich erfuhr er von der Geschäftsstelle des „Demokratischen Deutschland" in Zürich, Wirth habe sich geweigert, seine Unterschrift zu geben: der französische Gesandte habe ihm von der geplanten Aktion „abgeraten"[52]. Damit war die Initiative gescheitert. Braun, der in dem Protest gegen die Potsdamer Beschlüsse seine wichtigste Aufgabe als Präsident des „DD" gesehen hatte, war tief enttäuscht. Der Kritik seiner sozialdemokratischen Freunde an Wirth stimmte er nun völlig zu: „Ich habe diesen jesuitischen Stänker mit der Biedermannsmiene des trinkfreudigen badischen Demokraten nicht anders eingeschätzt, ihn immer mit etwas Mißtrauen genossen, was offenbar auf Gegenseitigkeit beruhte", schrieb er an Ritzel. „Er ist trotz seiner vielseitigen politischen Tätigkeit der alte Schulmeister geblieben, der

---

Besitz des Verf.; bestätigt durch schriftliche Mitteilung von Gerhard Ritzel, Sohn Heinrich Georg Ritzels, an den Verf.

[46] Siehe Anm. 45.

[47] Siehe Hoegner, a. a. O., S. 184 ff.

[48] Ritzel an Braun, 5. 6. 1945, in: GStA Berlin, NL Braun C/I/233.

[49] Braun an Weichmann, 20. 6. 1945, in: Sammlung Herbert Weichmann, Hamburg.

[50] Resolutionsentwurf in: GStA Berlin, NL Braun A/15a.

[51] Aufzeichnung Brauns, 1. 10. 1945, betr. die Gründe seines Rücktritts von seinen Ämtern im „DD", in: ebd., NL Braun D/37.

[52] Aktennotiz Ritzels, 31. 8. 1945, in: ebd., NL Braun A/13.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor seiner Klasse immer recht haben muß. [. . .] Ich habe die große Abneigung Stresemanns und auch Brünings gegen W. immer auf politische Gegensätze zurückgeführt. Nach dem, was ich jetzt mit dem Mann erlebe, scheint mir sein Geltungsbedürfnis, seine Rechthaberei und Neigung zu Quertreibereien mehr mitgespielt zu haben."[53]

Das Zerwürfnis mit Wirth war nicht rückgängig zu machen, es äußerte sich in der Folgezeit in bitteren Briefwechseln, in denen schließlich Braun Wirth „devote Kriecherei" vor den französischen Wünschen und die Zerstörung des „Demokratischen Deutschland" durch „Quertreibereien und Eigenmächtigkeiten" vorwarf[54], worauf Wirth in seinem wunderlichen Stil erwiderte: „Sie bereiten uns die größte Enttäuschung des politischen Lebens. Statt die vielgerühmte Weisheit des Alters beizubehalten, brausen Sie in explosiver Leidenschaft auf und ergießen Ihren giftigen Groll über uns. Früher waren Galle und Verstand noch gemischt. Jetzt wollen Sie mit mir nach Willkür verfahren. Sie sehen alles – bei Ihrer Parteilampe. Es sei, wie Sie wollen. [. . .] Sie, Herr Präsident, schauen uns an mit dem Blick eines Schlächters, der das Kälblein am Seil führt. Wir danken für die Rolle!"[55] Zu kitten war da nichts mehr; nachdem Braun bereits am 21. September 1945 den Vorsitz des „Demokratischen Deutschland" niedergelegt hatte, trat die „Union deutscher Sozialisten" am 3. April 1946 aus dem „DD" geschlossen aus und gründete zugleich eine „Gemeinschaft deutscher Demokraten in der Schweiz", an der sich Braun jedoch nicht mehr beteiligte. Das Ende der mit großen Hoffnungen begonnenen Zusammenarbeit war deprimierend, niederziehend und lächerlich: Jeder prozessierte gegen jeden, Braun gegen Wirth, weil der sich weigerte, ihm ein einst ausgeliehenes Buch zurückzuschicken[56], Ritzel gegen Wirth wegen Beleidigung, Wirth gegen Ritzel aus demselben Grund[57], und schließlich Glaesser gegen Wirth, weil dieser sich nach einer Abstimmung im Hauptvorstand des „Demokratischen Deutschland", bei der er unterlegen war, von Glaesser mit einem Faustschlag ins Gesicht verabschiedet hatte[58].

Von nun an hielt sich Braun vollständig von der politischen Bühne fern; von einigen Besuchen in Deutschland abgesehen, blieb er im Exil und starb am 15. Dezember 1955 in Locarno. Wirth dagegen sah seine politische Karriere noch nicht als beendet an. Schon im Sommer 1945 hatte er, zu dem Zeitpunkt mit Unterstützung französischer Militärbehörden, in Freiburg die Zentrumspartei neuzugründen versucht, allerdings in Form einer extrem föderalistischen „Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei", die in der Tat das ganze Wohlwollen der Besatzungsmacht besaß und Wirth zum Sprungbrett zu höheren Ämtern hätte dienen kön-

---

[53] Braun an Ritzel, 2. 9. 1945, in: AdsD Bonn, NL Ritzel.
[54] Braun an Wirth, 24. 4. 1946, in: GStA Berlin, NL Braun A/15a.
[55] Wirth an Braun, 2. 5. 1946, in: ebd., NL Braun A/14.
[56] Braun an Ritzel, 2. 11. 1946, in: ebd., NL Braun C/I/233.
[57] Ritzel an Braun, 1. 8. 1946, in: ebd., NL Braun A/15a.
[58] Siehe Anm. 28; Braun an Ritzel, 31. 7. 1947, in: GStA Berlin, NL Braun C/I/233.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen[59]. Aber er scheiterte an einer Intrige: Aus Kreisen des „Demokratischen Deutschland" war der französischen Gesandtschaft in Bern die Behauptung zugespielt worden, Wirth habe sich über die „französische Schandpolitik im besetzten Deutschland" geäußert, und als Wirth Anfang 1946 wieder um ein Einreisevisum in die französische Zone nachsuchte, wurde es ihm brüsk verweigert[60]. Möglicherweise trug dieser böse Streich dazu bei, daß Wirth sich hartnäckig und erbittert immer weiter in die politische Isolation begab. Im Oktober 1948 gründete er in Stuttgart eine kurzlebige „Union der Mitte", im Juni 1952 in Dortmund eine „Deutsche Sammlung", die im Mai 1953 in dem von Wirth und dem ehemaligen Oberbürgermeister von Mönchengladbach, Wilhelm Elfes, gegründeten „Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit" (BdD) aufging. Der „BdD" vertrat eine prononciert neutralistische Politik und nahm energisch gegen die Integrationspolitik der Bundesregierung und die antisowjetische Haltung Adenauers Stellung, trat für offizielle Kontakte zwischen den Regierungen in Bonn und Ost-Berlin ein und bekämpfte die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland[61]. Bis zu seinem Aufgehen in der „Deutschen Friedens-Union" (DFU) 1961 konnte sich der „Bund der Deutschen" nicht von dem Vorwurf entlasten, aus Ost-Berlin finanziert zu werden und von der KPD/SED abhängig zu sein; tatsächlich bildete er nach dem KPD-Verbot 1956 eine Auffangorganisation für kommunistische Parteifunktionäre[62]. Wirths Verhalten in seinen letzten Lebensjahren schien den Vorwurf zu stützen, er sei vollständig in das Fahrwasser der sowjetischen Deutschlandpolitik eingeschwenkt; er reiste mehrfach nach Ost-Berlin, verhandelte mit dem sowjetischen Hochkommissar, mit dem DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und dessen Stellvertreter Otto Nuschke, sprach auf Tagungen des „Weltfriedensrats", nahm an Sitzungen der Volkskammer der DDR teil und erhielt 1955 den Stalin-Preis. Er selbst sah darin aber nichts anderes als die Rückkehr zu der Außenpolitik, die er 1921/22 als Reichskanzler betrieben hatte, und als deren Höhepunkt er jetzt, im Rückblick, den Rapallo-Vertrag betrachtete, dessen Grundlagen es zu erneuern gelte[63]. Die Enttäuschung der Bundestagswahl 1957, bei der der „Bund der Deutschen" ganze 0,2 Prozent der Zweitstimmen erhielt, erlebte

---

[59] Siehe Hans-Georg Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 133; Gerhard Schulz, Die CDU – Merkmale ihres Aufbaus, in: Parteien in der Bundesrepublik (= Schriften des Instituts für Polit. Wiss. 6), Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 29, 63 f.

[60] Mündliche Mitteilung von Wolfgang Glaesser, s. Anm. 28.

[61] Siehe Diskussionsgrundlage zur Vorbereitung des Bundesparteitages der BdD 1961, abgedr. in: Ossip Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 5, Berlin 1966, S. 1 ff.

[62] Gerhard Bednarski, „Volksfront" in Deutschland – Zweimal gescheitert an Walter Ulbricht, in: Neutralität (Zürich), 1. Jg. 1963, Nr. 2, S. 5 ff., auszugsweise abgedr. in: Flechtheim, Dokumente, Bd. 5, S. 22 ff.

[63] Joseph Wirth, Die Reise hinter den Eisernen Vorhang, Der gemeinsame Weg der Deutschen

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wirth nicht mehr; er starb am 3. Januar 1956 in seiner Heimatstadt Freiburg, kaum drei Wochen später als Otto Braun.

II

Es war charakteristisch für Wirths subjektive, in weitem Maße auf zwischenmenschliche Beziehungen als Maßstab für politisches Handeln angelegte Art[64], daß seine Kritik an Brauns Memoiren in erster Linie an dessen Personenbeurteilungen ansetzte. Daß er allerdings gleich zu Beginn seines Schreibens vom 22. Juli 1941 (Dok. Nr. 1) seinen verstorbenen Parteifreund Carl Herold[65] verteidigte, ist überraschend, denn Herold galt allgemein als Vertreter des rechten Zentrumsflügels[66] und war als agrarischer Interessenvertreter, westfälischer Honoratiore und nach seinem Alter das ganze Gegenteil des Volksmannes Wirth. Allerdings war Brauns Kritik an Herold stark persönlich gefärbt; auf den Einfluß Herolds führte er das Scheitern zahlreicher Reformvorhaben aus seiner Amtszeit als preußischer Landwirtschaftsminister zurück, wobei es ihn besonders erbittert hatte, daß Projekte, die ihn in erster Linie interessierten, wie eine effektive staatliche Domänenverwaltung und eine durchgreifende Siedlungspolitik, nicht von der deutschnationalen Opposition, sondern vom Regierungspartner Zentrum konterkariert und verhindert worden waren[67].

Daß Wirth gegen die Darstellung Rathenaus durch Braun protestierte, scheint sachlich kaum gerechtfertigt. Gewiß unterliegt der Satz, Rathenau habe „bewußt eine Zone geistigen Parfüms" um sich gelegt[68], der Beurteilung, aber zuvor hatte Braun notiert, Rathenau sei ein Mann „von hoher geistiger Kultur, der gleichwohl Blick für die materiellen Gegebenheiten des Lebens hatte", gewesen[69] – für den nüchternen Tatsachenmenschen Braun, dem das intellektuelle Flair Rathenaus völlig fremd war, ein Lob von hohen Graden. Wirths tiefe Zuneigung zu Rathenau, die von vielen Beobachtern gesehen worden ist[70], wird gerade durch die

---

zur Einheit oder zum Krieg, Freiburg 1952; zu Joseph Wirth und dem Bund der Deutschen s.: Peter Molt, Die neutralistische Opposition, phil. Diss. Heidelberg 1955, S. 113 ff.; Rainer Dohse, Der dritte Weg, Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974, S. 136 ff.

[64] Diesen Zug hat Arnold Brecht als kommissarischer Chef der Reichskanzlei am Reichskanzler Wirth 1921 sehr deutlich beobachtet: Arnold Brecht, Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966, S. 343 ff.

[65] Siehe Anm. 91.

[66] Siehe Morsey, Zentrumspartei 1917–1923, S. 424.

[67] Braun, Von Weimar, S. 56 ff.; charakteristisch für die persönlich gefärbte Abneigung Brauns gegen Herold: ebd., S. 110 f.

[68] Braun, Von Weimar, S. 118.

[69] Ebenda.

[70] Siehe Köhler, Lebenserinnerungen, S. 180; Brecht, Aus nächster Nähe, S. 346 ff.; Gessler, Reichswehrpolitik, S. 378.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

übertriebene Vehemenz, mit der er ihn gegen Brauns spöttische Nebenbemerkung verteidigte, bestätigt.

Weiterhin richtete sich Wirths Kritik auch gegen Brauns Politik und die der deutschen Sozialdemokratie. Der Vorwurf an Brauns Adresse – „wenn Sie fort waren, tanzten im preußischen Staatsministerium die Mäuse" (Dok. Nr. 1) – ist vor allem deshalb von Interesse, weil auch Brüning verschiedentlich diese Behauptung aufgestellt hat[71]. Braun hatte diesen Vorwurf in seinem Antwortschreiben vom 25. August 1941 (Dok. Nr. 2) energisch zurückgewiesen, nicht anders als sein ehemaliger persönlicher Referent Herbert Weichmann dreiunddreißig Jahre später[72], und er war auch bislang nicht beweisbar; außerdem spricht dagegen, daß Brauns Verwaltungs- und Regierungsstil als außerordentlich straff, wenn nicht autoritär, galt.

Ein weiterer Vorwurf gegen Braun schien Wirth auch sehr viel gewichtiger: die preußische Regierung habe 1921/22 den Abschluß eines Reichskonkordats verhindert. Brauns Begründung für seine damalige Gegnerschaft zum geplanten Reichskonkordat mit dem Heiligen Stuhl – in einem solchen Konkordat wäre vermutlich die Schulfrage nach den Wünschen der Kurie geregelt worden, und die Länder hätten dergleichen Regelungen durchführen müssen – wollte Wirth nicht gelten lassen: er wäre den Wünschen des päpstlichen Nuntius nicht so weit entgegengekommen, wie Braun befürchtete (Dok. Nr. 1–3). Aus dem Briefwechsel wird nicht recht ersichtlich, weshalb Wirth überhaupt einen so großen Wert auf das Reichskonkordat legte und Brauns „Dazwischenfunken" (Dok. Nr. 3) so übelnahm. Der hier erweckte Eindruck, es habe sich im wesentlichen um ein parteispezifisches Problem gehandelt – auf der einen Seite der Zentrums-Reichskanzler mit dem Interesse, die katholische Bekenntnisschule auf dem Umweg über ein Reichskonkordat wieder einzuführen, nachdem im „Weimarer Schulkompromiß" die Reichsverfassung die Gemeinschafts- als Regelschule bezeichnet hatte, auf der anderen Seite der sozialdemokratische Ministerpräsident, der der laizistischen Tradition seiner Partei verpflichtet war –, dieser Eindruck täuscht. Gewiß hatten diese Gesichtspunkte 1921/22 bei dem Streit zwischen dem Reich und Preußen um das Reichskonkordat eine unübersehbare Rolle gespielt, dafür hatten schon die publizistischen Organe von SPD und DDP auf der einen, die des Zentrums auf der anderen Seite gesorgt. Daß aber andere Gesichtspunkte im Vordergrund standen, ergibt sich bereits daraus, daß sowohl Reichsinnenminister Georg Gradnauer als auch sein Amtsnachfolger Adolf Köster, beides Sozialdemokraten, den Abschluß eines Reichskonkordats energisch forderten[73], während der dem Zentrum angehörige Preußische Ministerpräsident Adam Stegerwald seine Zustimmung zu einem Reichskonkordat an ge-

---

[71] Brüning an Sollmann, 29. 9. 1941, abgedr. in: Knapp, Brüning, S. 108 f.; Brüning, Memoiren, S. 67, 582.

[72] Siehe: Kritische Bemerkungen Herbert Weichmanns zu den Briefen Brünings an Sollmann, in dieser Zeitschrift 22 (1974), S. 458 ff.

[73] Reichsminister des Innern an den Reichskanzler, 5. 10. 1921, in: BA, R 43 I/2202; Köster

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nau dieselben Kautelen band wie sein Vorgänger und Nachfolger Otto Braun: daß nämlich Preußen einem solchen Vertrag nur dann zustimmen werde, wenn es lediglich Rahmenvereinbarungen enthielte, die die Länder nicht präjudizierten[74] – an diesem Vorbehalt sollten die Verhandlungen des Reichs mit der Kurie scheitern, denn die Einbeziehung der Schulfrage in ein Reichskonkordat gehörte zu den zentralen Forderungen des päpstlichen Nuntius.

In der Tat war Wirths Interesse an einem Reichskonkordat in erster Linie außenpolitisch begründet gewesen: Ihm war es darum gegangen, durch Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl die Änderung der Bistumsgrenzen im Saargebiet, Rheinland und in Oberschlesien, die von polnischer und französischer Seite gefordert worden war, zu verhindern und damit den Vatikan indirekt zum Verbündeten des Reichs bei der angestrebten Revision der Grenzziehungen des Versailler Vertrags zu machen[75]. Braun dagegen sah die Angelegenheit aus dem Blickwinkel der verfassungsmäßigen Länderrechte: er protestierte, denn Schulfragen gehörten grundsätzlich in den Entscheidungsbereich der Länder, und Braun war in den Anfangsjahren seiner Regierungszeit mit besonderer Anstrengung bemüht, die durch die Weimarer Reichsverfassung stark beschnittenen Länderrechte jedenfalls für Preußen zu konsolidieren und möglichst auszuweiten. Hinter dem Streit um das Reichskonkordat stand also in erster Linie jener Dualismus Reich–Preußen, der sich in der Folgezeit als eins der schwierigsten Strukturprobleme der Weimarer Verfassungsordnung erweisen sollte[76].

Wirths Neigung, Sachprobleme zu personalisieren, kommt auch in seinem Hauptvorwurf gegen Braun zum Ausdruck: „Wie konnte der preußische Ministerpräsident Otto Braun, ein sonst so klug und kühl abwägender Mann, es auf den Bruch mit Hindenburg ankommen lassen?" (Dok. Nr. 1) Man muß dazu wissen, daß gegen jede Erwartung bald nach Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten im Jahr 1925 zwischen dem Preußischen Ministerpräsidenten und dem Reichspräsidenten eine Beziehung entstanden war, die erkennbar über die amtlichen Notwendigkeiten hinausging. Ausgehend von ihrer gemeinsamen Jagdleidenschaft, entwickelte sich zwischen Braun und Hindenburg eine sonderbare, durchaus persönlich gefärbte Verbindung, die sich unter anderem darin äußerte, daß der Reichs-

---

in: Chefbesprechung in der Reichskanzlei, 11. 11. 1921, abgedr. in: Akten der Reichskanzlei, Schulze-Bidlingmaier, Die Kabinette Wirth I und II, Dok. Nr. 139, S. 390.

[74] Preußischer Ministerpräsident und Kultusminister an Reichskanzler, 15. 6. 1921, in: BA, R 43 I/2202.

[75] Wirth sowie der Vatikan-Referent im AA, Prof. Richard v. Delbrück, in: Akten der Reichskanzlei, Schulze-Bidlingmaier, Die Kabinette Wirth, Dok. Nr. 139, S. 387 ff.; ähnlich Wirth und Delbrück in: Chefbesprechung vom 10. 11. 1921, in: ebd., Dok. Nr. 134, S. 373 ff.; vgl. Braun, Von Weimar, S. 275.

[76] Zur Konkordatsfrage 1921/22 siehe Ernst Deuerlein, Das Reichskonkordat, Düsseldorf 1956, S. 1–40; Dieter Golombeck, Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929), Mainz 1970, S. 7–20; Ludwig Volk, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933, Mainz 1972, S. 1–31.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

präsident öfters den politischen Rat Brauns einholte und sogar seine Freunde, etwa den General v. Cramon oder Admiral v. Schröder, ins Preußische Staatsministerium sandte, um ihnen durch den Ministerpräsidenten maßvolle republikanische Lagebeurteilungen nahelegen zu lassen[77]. Das Vertrauensverhältnis zwischen dem preußischen Junker Hindenburg und dem Königsberger Buchdrucker Braun war so auffallend, daß eine Zeitlang in der Wilhelmstraße das Wort kursierte: „Wer von Hindenburg etwas will, geht am besten vorher zu Otto Braun."[78] Es liegt auf der Hand, daß dieser Kontakt für die Stabilität der demokratischen Verhältnisse im Weimarer Staat und für die Beziehungen zwischen dem Reich und Preußen von erheblichem Wert war, und so erklärt sich Wirths Vorwurf an Brauns Adresse, den Bruch mit dem Reichspräsidenten in Kauf genommen zu haben, als das preußische Innenministerium am 8. Oktober 1929 die rheinisch-westfälischen Landesverbände des „Stahlhelm" wegen illegaler militärischer Übungen verboten hatte. Braun hatte damals allen Versuchen des Reichspräsidenten, der sich als Ehrenmitglied des „Stahlhelm" diesem Verband verpflichtet fühlte, widerstanden, ihn direkt oder auf dem Umweg über die Reichsregierung zu einer Aufhebung des Verbots zu bewegen; in Fragen des Republikschutzes konnte Braun stur bis zur Unbeweglichkeit sein. Daß die schlagartige Abkühlung der Beziehungen zwischen dem Staatsministerium und dem Reichspräsidentenpalais um das Jahr 1930 auf das preußische „Stahlhelm"-Verbot zurückging, konnte bislang nur vermutet werden; Wirths Ausführungen bestätigen die Annahme[79]. Daß allerdings, wie Wirth behauptet, die Freundschaft zwischen Braun und Hindenburg angedauert haben würde, wenn das preußische „Stahlhelm"-Verbot zurückgenommen worden wäre, ist ebenso unwahrscheinlich wie seine Schlußfolgerung, der Papen-Putsch, die Absetzung der preußischen Minister durch die Reichsregierung am 20. Juli 1932, wäre so zu vermeiden gewesen; auf solche Weise entstehen Legenden. Brauns Erwiderung, der tiefere Grund für seine Entfremdung von Hindenburg habe in dem zunehmenden reaktionären Einfluß auf „den alten Herrn" gelegen (Dok. Nr. 2), kommt den entscheidenden Ursachen sehr viel näher.

Auf der anderen Seite sah Wirth aber ganz klar, daß die Politik des Preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun durchaus nicht immer mit der der deutschen Sozialdemokratie identisch war. Das zentrale Thema seiner Briefe an Braun, das offenbar auch das seiner Memoiren war, lautete, die SPD habe sich in der Weimarer Zeit „geradezu krankhaft [. . .] in die Büsche und auf die Seite geschlagen" (Dok. Nr. 1). Noch deutlicher in dem Schreiben vom 19. September 1941 (Dok.

---

[77] Zu den Beziehungen Hindenburg-Braun siehe Schulze, Otto Braun, S. 488 ff.; dort auch weiterführende Literatur.

[78] [Anonym], Gestalten rings um Hindenburg, Führende Köpfe der Republik und der Berliner Gesellschaft von heute, 2. verb. Aufl. 1929, S. 59 f.

[79] Zum preußischen Verbot des rheinisch-westfälischen „Stahlhelm", dessen Hintergründen und Folgen siehe Volker Berghahn, Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966, S. 122 ff., S. 220 ff.; Schulze: Otto Braun, S. 615 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nr. 5): Entscheidend für die Beurteilung der demokratischen Kräfte der Weimarer Republik sei, „ob wir in der historischen Stunde unsere Pflicht erfüllt haben"; Braun habe dies getan, seine Partei dagegen nicht. Die SPD, so Wirths Diagnose, sei an ihrer einseitigen politischen Theorie gescheitert, die lediglich der Gesellschaftskritik Platz einräumte, ohne die Staatsmacht als Voraussetzung für die Veränderung der Gesellschaft erkannt zu haben: „Hermann Müller hat mehrmals die Macht im Reiche weggeworfen oder auf die Seite geschoben, als ob es [!] nichts bedeuten würde."

Aber auch diese Überlegung leitete Wirth von seiner persönlichen Erfahrung ab: vom Verhalten der SPD bei seinem Sturz als Reichskanzler im November 1922. In diesem Zusammenhang gewinnt der Briefwechsel besonderes Interesse für den Historiker, weil Braun – „von meiner sonst geübten Diskretion abweichend" – in seinem Schreiben vom 25. August 1941 (Dok. Nr. 2) auf einige Hintergründe der Kanzlerkrise im Herbst 1922 einging, die bislang der Forschung verschlossen gewesen sind.

Die Entwicklung, die zum Sturz Wirths führte, stellt sich in kurzen Worten so dar: Seit dem Beginn des ersten Kabinetts Wirth hatte es Bestrebungen aus den verschiedensten Lagern gegeben, die parlamentarische Basis der Minderheitsregierung, die auf den drei Parteien der „Weimarer Koalition", SPD, DDP und Zentrum, beruhte, zu verbreitern. Lange Zeit führten diese Bestrebungen zu keinem Ergebnis, denn die beiden Alternativmöglichkeiten, die Einbeziehung der USPD oder der DVP, stießen jeweils auf den Widerstand zumindest einer der Regierungsparteien. Erst die Annäherung von SPD und USPD im Sommer 1922 schien das Problem zu lösen, und seit Ende September, nach dem Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Parteien auf dem Nürnberger Vereinigungsparteitag, verfügte Wirth über eine ansehnliche parlamentarische Mehrheit von 289 der insgesamt 459 Reichstagssitze. Es handelte sich jedoch, wie sich schnell herausstellte, um eine lediglich quantitative Stabilisierung der Kabinettsbasis; am 24. Oktober 1922, als im Reichstag über eine Regierungsvorlage über den Getreideumlagepreis abgestimmt wurde, fiel die Koalition auseinander – die Vereinigte SPD stimmte gegen, die bürgerlichen Parteien votierten für die Vorlage[89]. Bei DDP und Zentrum fühlte man sich durch dieses Abstimmungsergebnis im Mißtrauen gegen die nach links gerückte SPD bestätigt – bereits im Sommer hatten sich die beiden Fraktionen als Antwort auf die Annäherung zwischen SPD und USPD mit der DVP-Fraktion zu einer „Arbeitsgemeinschaft der Mitte" zusammengeschlossen, und so erschien die erneut vorgebrachte Forderung der bürgerlichen Regierungsparteien nach einer Aufnahme der Volkspartei in die Koalition nur folgerichtig: ein Gegengewicht zum linken Fraktionsflügel der VSPD, damit das alte Gleichgewicht durch eine gleichmäßige Verbreiterung nach rechts wie links aufrechterhalten blieb.

---

[89] Stenographische Berichte des Reichstags, Bd. 357, S. 8933 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch Wirth, der bis Ende Oktober einer Aufnahme der DVP in sein Kabinett ablehnend gegenübergestanden hatte, übernahm jetzt, von Reichspräsident Ebert darin gestützt, die Forderung nach der Großen Koalition im Reich, wie sie in Preußen seit Jahr und Tag existierte. Eine erhebliche Rolle für diesen Sinneswandel Wirths spielten neben der Ermutigung durch den Reichspräsidenten Meldungen deutscher Diplomaten aus Paris, London und Washington, nach denen im Ausland die Regierungsbeteiligung der Partei der Großindustrie, der DVP, als sichtbares Zeichen dafür gewertet werden würde, daß sich die deutsche Industrie für die Reparationen mitverantwortlich fühle. Gespräche zwischen den vier Parteien der Großen Koalition gerieten weit, die parlamentarische Zustimmung dieser Parteien zu einer Note der Reichsregierung an die Entente vom 13. November 1922, in der die Bitte um ein erneutes Moratorium der Reparationszahlungen mit Vorschlägen für eine Stabilisierung der deutschen Währung verbunden war, galt in der Öffentlichkeit und auch in Wirths Augen als Bestätigung für das Zustandekommen eines dritten Kabinetts Wirth auf breitester Basis – da erklärte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit der „Stinnespartei" wegen deren sozialpolitischen Forderungen nicht zusammenarbeiten zu können. Damit war die Bildung einer Großen Koalition gescheitert; am 14. November 1922 trat Wirth von seinem Amt als Reichskanzler zurück[81].

Soweit in großen Zügen die gängige Darstellung. Aus dem Briefwechsel zwischen Braun und Wirth ergeben sich nun allerdings einige Gesichtspunkte, die dieses Bild ergänzen und teilweise verändern. Interessant ist vor allem Brauns Bericht über jenes interparlamentarische Frühstück im Spätsommer oder Herbst 1922, zu dem der etwas schillernde DVP-Abgeordnete Hans v. Raumer seinen Parteivorsitzenden Stresemann – zu dessen schärfsten innerfraktionellen Gegnern er später zählte –, die SPD-Parteivorsitzenden Hermann Müller und Otto Wels sowie Braun eingeladen hatte, um eine Große Koalition gegen den Sturz Wirths auszuhandeln (Dok. Nr. 2). Folgt man Brauns Darstellung, so waren Müller und Wels zu diesem Geschäft bereit, Braun dagegen nicht. Daß das „strategische Frühstück" tatsächlich stattgefunden hat, bestätigt Wirth – ihm hätten allerdings Müller und Wels das Gegenteil über ihre dabei eingenommene Haltung mitgeteilt (Dok. Nr. 3). Es ist kaum anzunehmen, daß Braun einem Außenstehenden wie Wirth eine unzutreffende Mitteilung über seine führenden Parteifreunde gemacht hat, um so weniger, als Wels und Müller dadurch in ein höchst zweifelhaftes Licht gesetzt wurden; bewußte Falschinformationen waren nicht Brauns Art, und im übrigen hatte er durch die Belastung seiner eigenen Partei nichts zu gewinnen. Dies vorausgesetzt, schält sich das Bild einer von den scheinbaren Gegnern SPD und

[81] Siehe u. a. Laubach, Politik der Kabinette Wirth, S. 293 ff., 306 ff.; Akten der Reichskanzlei, Schulze-Bidlingmaier, Kabinette Wirth I und II, S. XXII f., Dok. Nr. 391 ff., S. 1156 ff.; aus der Zentrumsperspektive: Morsey, Zentrumspartei 1917–1923, S. 484 ff.; aus dem Blickwinkel der SPD: Alfred Kasting, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919–1923, Paderborn 1970, S. 105 ff.; eine Geschichte der DVP, hauptsächlich

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DVP gemeinsam angezettelten Intrige gegen Wirth heraus. Gründe auf seiten der SPD bestanden durchaus: Da war der Vertrag von Rapallo, den Wirth weitgehend im Alleingang, gegen den Willen der sozialdemokratischen Minister und namentlich Eberts, abgeschlossen hatte – auf Eberts Groll verweist Wirth selbst (Dok. Nr. 1, 3). Hinzu kam, daß Wirth in einem der schwerstwiegenden kabinettsinternen Differenzpunkte, der Frage der Währungssanierung, sich zunehmend den Standpunkt der Reichsbank und der Großindustrie zu eigen machte, nach dem eine Steigerung der Arbeitsleistung und damit eine Abschaffung des Acht-Stunden-Tags Voraussetzung für eine Markstabilisierung sei; der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Robert Schmidt hatte deshalb schon Anfang Oktober 1922 demissionieren wollen und war nach der Beobachtung des württembergischen Gesandten in Berlin, Karl Hildenbrand, der als Mitglied des Parteivorstands der SPD und enger Freund Eberts über sehr genaue Hintergrundkenntnisse verfügte, „nur sehr schwer zu bewegen, unter dem Reichskanzler Wirth weiter zu bleiben"[82]. Der Gedanke an Wirths Kanzlersturz fand also innerhalb der sozialdemokratischen Parteiführung durchaus seine Befürworter; für ein Übereinkommen mit der DVP in dieser Frage sprechen auch die Ausführungen v. Raumers vor den Abgeordneten der „Arbeitsgemeinschaft der Mitte" am 27. Oktober 1922: Es seien alle Weichen gestellt, um mit der VSPD zu einem gemeinsamen Regierungsprogramm zu gelangen, auch und gerade auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet, und er warne in dieser Situation vor öffentlichen Angriffen auf die Sozialdemokratische Partei[83]. Ob dagegen auch Andreas Hermes, Reichsfinanzminister unter Wirth, der SPD Avancen gemacht hat, um den Kanzler zu beseitigen, ist schwer zu verifizieren; Wirths dahingehende Darstellung (Dok. Nr. 3) muß unter dem Vorbehalt gesehen werden, daß Hermes und Wirth miteinander in einer scharf ins Persönliche gehenden Fehde lagen.

Auf alle Fälle wird so verständlich, weshalb der Gesandte Hildenbrand am Tag nach Wirths Sturz nach Stuttgart meldete: „Der Verlauf der versteckten Regierungskrise der letzten Tage hat gezeigt, daß es sich eigentlich in Wirklichkeit nur um eine ‚Kanzler-Wirth-Krise' gehandelt hat."[84] In der Tat steuerten zunächst alle Koalitionsverhandlungen, ganz im Sinne der Vereinbarungen von jenem „strategischen Frühstück" des Abgeordneten v. Raumer, auf die Herstellung einer Großen Koalition ohne größere Ministerrevirements hin; als Reichskanzler eines solchen Kabinetts waren der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, An-

---

zwischen 1918 und 1923, ist noch ein Desiderat, ersatzweise Henry A. Turner jr., Stresemann – Republikaner aus Vernunft, Berlin 1968, S. 101 ff.

[82] Bericht Nr. 5993 der Württembergischen Gesandtschaft Berlin an das Staatsministerium Stuttgart, 11. 11. 1922, Durchschrift in: Staatsarchiv (StA) Detmold, L 75 X 4 Nr. 16, Bd. 1.

[83] Protokoll der Besprechung der Arbeitsgemeinschaft, 27. 10. 1922, 17 Uhr, in: BA, Nachlaß Rudolf ten Hompel/16.

[84] Bericht Nr. 6506 der Württembergischen Gesandtschaft Berlin an das Staatsministerium Stuttgart, 15. 11. 1922, Durchschrift in: StA Detmold, L 75 X 4 Nr. 16, Bd. 1.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dreas Hermes oder aber Otto Braun im Gespräch[85]. Die Kabinettsbildung scheiterte daran, daß sich in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion starker Widerstand gegen die Zusammenarbeit mit den Volksparteilern zeigte, die Fraktions- und Parteiführung sich zu eigen machten, um nicht die jüngst errungene Einheit mit den Unabhängigen Sozialdemokraten zu gefährden[86]. So entstand statt der zunächst von Müller, Wels und Ebert angestrebten Koalition „von Scheidemann bis Stresemann" auf Kosten Wirths das erste „Kabinett der Fachminister" der Weimarer Republik unter der Kanzlerschaft Wilhelm Cunos, offen gestützt von den Parteien der Arbeitsgemeinschaft und notgedrungenermaßen toleriert von der Sozialdemokratie, die so für ihre zweideutige Haltung gegenüber Wirth teuer zu zahlen hatte.

Die aus dem Briefwechsel zwischen Braun und Wirth sich ergebenden Hintergründe der „Kanzler-Wirth-Krise" von 1922 illustrieren besonders deutlich, worin der Wert dieser Briefe für den Historiker liegt: Hier werden Strömungen, Hinter- und Untergründe sichtbar, die weder aus amtlichen Aktenbeständen noch aus der Publizistik jener Zeit zu erhellen sind; sie liefern personelle Bezüge, die dem Historiker als Korrektiv dienen können, wenn es darum geht, einer allzu mechanisch-deterministischen, rein strukturanalytischen Betrachtungsweise der Historie entgegenzuwirken, die häufig nur das Resultat einer ungenügenden Quellenlage ist.

III

Der im folgenden mit der freundlichen Genehmigung Professor Dr. Herbert Weichmanns abgedruckte Briefwechsel zwischen Otto Braun und Joseph Wirth findet sich im Nachlaß Braun im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem. Streng genommen handelt es sich hierbei um einen Teilnachlaß; bereits 1947 hatte Braun einen Teil seiner in die Schweiz geretteten Papiere, soweit sie den Zeitraum der Weimarer Republik betrafen, aus Platz- und Geldmangel an das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam verkauft. Dieser Nachlaßteil ist der Forschung bereits seit längerem zugänglich. Anders steht es mit dem Berliner Nachlaßteil; er umfaßt diejenigen Papiere, die Brauns früherer Referent und Freund Herbert Weichmann nach dessen Tod im Dezember 1955 in Locarno barg. Anfang der siebziger Jahre übergab Weichmann das Material dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin, wo es jetzt, durch ein vorläufiges Findbuch erschlossen, der Forschung mit einigen Einschränkungen zugänglich ist. Im Unterschied zu dem Amsterdamer Nachlaßteil ist der Bestand in Berlin recht heterogen zusammengesetzt; in ihm finden sich hauptsächlich die Akten des Königsberger Rechtsanwalts und bedeutenden sozialistischen Politikers Hugo Haase über den

[85] Ebd.; Kessler, Tagebücher, Aufz. v. 14. 11. 1922, S. 346; Akten der Reichskanzlei, Karl-Heinz Harbeck, Das Kabinett Cuno, Boppard 1968, Dok. Nr. 1, Anm. 1, S. 1.

[86] Siehe Kastning, Deutsche Sozialdemokratie, S. 106 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Königsberger Hochverratsprozeß im Jahr 1904, in dem Braun als Hauptangeklagter aufgetreten war, weiterhin Brauns Tagebücher für den Zeitraum vom Juli 1914 bis zum Februar 1916, einige amtliche Schriftwechsel aus der Weimarer Zeit, das Manuskript der Memoiren, Personenstandsunterlagen, Zeitungsausschnitte, persönliche Fotos sowie Brauns Briefwechsel in der Schweizer Emigration, seit etwa 1943 weitgehend geschlossen[87]. In dieser letzteren Abteilung des Nachlasses finden sich die Briefwechsel zwischen Braun und Wirth unter der Signatur Rep. 92 Braun C/I/335. Welchen Wert Braun selbst auf die Überlieferung der hier abgedruckten Schreiben gelegt hat, geht daraus hervor, daß sie noch existieren; alle anderen Briefe mit auch nur entfernt politischem Inhalt hat er bis 1943 vernichtet, zunächst aus Besorgnis vor einer möglichen deutschen Invasion der Schweiz, dann aber auch aus konspirativer Vorsicht, denn während des Krieges waren deutsche Nachrichtendienste und die Gestapo in der Schweiz allgegenwärtig.

Ihrer Provenienz entsprechend handelt es sich bei den Dokumenten 1, 3 und 5 (Wirth an Braun) um maschinenschriftliche Originale, bei den Dokumenten 2 und 4 (Braun an Wirth) um maschinenschriftliche Durchschriften, jeweils, auch bei den letzteren, mit Unterstreichungen, Einfügungen und Randnotizen in Brauns Handschrift. Was die Textgestaltung angeht, so wurden falsch geschriebene Eigennamen, offenkundige Rechtschreibe- und Zeichensetzungsfehler stillschweigend verbessert; in einigen Fällen wurden der besseren Übersichtlichkeit halber neue Absätze eingezogen. Einfügungen des Bearbeiters wurden in eckige Klammern gesetzt; spitze Klammern dienen der Eingrenzung von Passagen, die einer textkritischen Anmerkung bedürfen.

Dokument 1

Dr. Josef Wirth,
Haldenstr. 7,
Luzern.

Luzern, den 22. Juli 1941.

Herrn Otto Braun,
Ministerpräsident a. D.
Ascona / Tess.

Sehr geehrter Herr Braun!

Wir können wohl alle Titel zurückstellen. Ich ordne z. Z. meine Papiere, da man nicht weiß, was damit noch geschehen kann. Alles ist möglich: Meine kleine Wohnung in Paris ist wie meine ehemalige Wohnung in Berlin von der Gestapo beschlagnahmt.
Gerne hätte ich mit Ihnen über die Zeitläufe wie über Ihr interessantes Buch „Von

[87] Näheres zum Nachlaß Braun sowie zur Quellenbasis einer Braun-Biographie s.: Hagen Schulze, Auf der Suche nach Otto Braun, Ein Forschungsbericht, in: Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz X/1972, Köln/Berlin 1973, S. 189 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weimar bis Hitler"[88] einmal gesprochen. Wiederholt wurde das Buch durchgearbeitet. Katholische Freunde sind darüber ungehalten. Und ich glaube – leider mit etwas Recht. Man kann wohl auf 455 Seiten nicht alles sagen, was darzustellen ist. Vielleicht haben Sie auch noch irgendwo weitere Erinnerungen verborgen, um sie später zu verwenden. Das ist vielleicht die Tragödie Ihres Buches. Ähnlich ist es bei Stampfer[89]. Es ist schade, daß Sie viel in Polemik[90] machen. Ihr Urteil über preußische Zentrumspolitiker ist zum Teil hart und abwegig. Herold[91] war nur ein „Agrarfuchs", und zwar ein guter und intelligenter. Da war der Alte im Barte Ihren soz[ialistischen] Gewerkschaftlern und auch unseren christlichen Gewerkschaftsführern wohl überlegen. Politisch, und das berühren Sie nicht, weil es Ihnen vielleicht entgangen ist, war er allen Nurorganisationsmenschen weit überlegen. – Herold war ein Republikaner. Nie hat er in den höchsten politischen Fragen Schwierigkeiten gemacht. Er stand sogar in politischen Dingen zu Erzberger[92] und auch zu mir. Er sagte mir einmal wörtlich: „Ich war immer Republikaner, auch vor 1918." Der alte Herold hing an seiner Scholle und kämpfte dafür. Seinen Gegnern auf der Linken fehlte es dafür häufig an Verständnis. Sie waren eben keine Agrarier. –

Ich möchte zunächst nur einige Ungenauigkeiten Ihres Buches erwähnen: Seite 117 bemerken Sie, daß Rathenau[93] am 26. Oktober 1921 Außenminister wurde. Rathenau wurde erst 1922 Außenminister. Er hat nach der unglücklichen Entscheidung über Oberschlesien[94] aus Protest mehrere Monate der Regierung ferngestanden[95]. Es tut

---

[88] Siehe Anm. 7.

[89] Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der Ersten Deutschen Republik, Karlsbad 1934; im Folgenden zitiert nach: 5. Aufl. Hamburg 1952.

[90] Handschriftl. Randnotiz Brauns: „2–3 Stellen, die als Polemik anzusprechen wären".

[91] Carl Herold (1848–1931): 1889–1931 Mitgl. des Preußischen Abgeordnetenhauses/Landtags, 1898–1931 MdR (Zentrum), Vors. der westfälischen Zentrumspartei, Ehrenvors. der Deutschen Zentrumspartei, stellvertr. Vors. der Zentrums-Fraktion im Preußischen Landtag, Direktor des landwirtschaftl. Hauptverbands des Regierungsbezirks Münster, Mitgl. des Vorst. der Landwirtschaftskammer Westfalen und des Westfälischen Bauernvereins.

[92] Matthias Erzberger (1875–1921): 1903–1921 MdR (Zentrum), Führer des linken Zentrums-Flügels. Okt. 1918 – Febr. 1919 Staatssekretär o. Geschäftsbereich, Febr. 1919 – März 1920 Reichsfinanzminister, Aug. 1921 wegen seiner maßgeblichen Rolle bei der Unterzeichnung des Waffenstillstands und des Friedensvertrags von Versailles von rechtsradikalen ehem. Offizieren ermordet.

[93] Walther Rathenau (1867–1922): Präsident der AEG, Geschäftsinhaber der „Berliner Handelsgesellschaft". Im Ersten Weltkrieg Organisator der Kriegsrohstoffabt. im Preußischen Kriegsministerium, entwickelte aus den dabei gewonnenen Erfahrungen eine „gemeinwirtschaftliche" Organisationstheorie. Mai–Nov. 1921 Reichsminister für den Wiederaufbau, Febr.–Juni 1922 Reichsaußenminister. Da er Jude und Mitverantwortlicher für die Erfüllungspolitik Wirths war, wurde er im Juni 1922 von rechtsradikalen ehem. Offizieren ermordet.

[94] Aufgrund des Abstimmungsergebnisses vom 20. 3. 1921 in Oberschlesien hatte der Völkerbundsrat am 20. 10. 1921 die Aufteilung Oberschlesiens zwischen Polen und Deutschland beschlossen. Da das erste Kabinett Wirth u. a. mit dem programmatischen Vorhaben, Oberschlesien als Ganzes für Deutschland zu retten, angetreten war, demissionierte es am 22. 10. 1921, um drei Tage später ohne die Beteiligung der DDP, die der Koalition erst wieder am 31. 1. 1922 beitrat, neugebildet zu werden.

[95] Möglicherweise mißverständlich formuliert; Rathenau war von der DDP, der er zugerechnet wurde, obwohl er parteilos war, aufgefordert worden, aus Protest gegen die Teilung

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mir leid, daß Sie Seite 118 schreiben: „. . . Dabei hatte ich immer das Gefühl, daß er bewußt eine Zone geistigen Parfums um sich legte, so daß man mit ihm schwer warm werden konnte." Oh, Herr Braun! Von Ihnen sagten wir: „Sie sind ein ostpreußischer Eiszapfen, der nie schmelzen kann. Auch im Sommer nicht." Rathenau war Geist, vielleicht eine zu sehr geistige Persönlichkeit. Er sah Dinge kommen, von denen Ihre sozialistischen Wirtschaftler nichts spürten. Sie nennen ihn selbst Seite 118 einen ausgezeichneten Mann. Es ist gut, daß Sie damit doch den Menschen und Gelehrten noch anerkannt haben.

Ihre Partei hatte eben leider keinen großzügigen Wirtschaftler; Intelligenz wohl! – Denken wir nur an Dr. Hilferding[96], den wir alle sehr bedauern. Wir haben für Hilferding und Breitscheid[97] alles nur Mögliche getan. Dr. Breitscheid sitzt, wie ich neulich hörte, in einem Gefängnis in Berlin, und Hilferding ist nach der Auslieferung aus Frankreich verschollen. Sie hatten ohne Zweifel in Ihrer Partei große Intelligenzen. Das hat niemand bestritten. Auch sehr viele hochanständige Leute und sogar – „Heilige" – wie Otto Braun, Robert Schmidt[98] und Otto Bauer[99], um nur diese drei zu nennen. Ich werde darüber einiges niederschreiben. Aber praktische Wirtschaftler von großem Format hatten Sie nicht. Da muß man mit dem ›Andenken Rathenaus sehr pfleglich umgehen‹[100].

Seite 119 erwähnen Sie auch mich. „Wirths ‚Der Feind steht rechts' fand in den weitesten Kreisen des Volkes tiefgehenden Widerhall."

Scheidemann[101] war über diese Sache sehr ungehalten. In seinen Erinnerungen hat er

---

Oberschlesiens aus der Regierung auszuscheiden; er fügte sich, obwohl er den Beschluß für falsch hielt (siehe: Laubach, Politik der Kabinette Wirth, S. 105).

96 Rudolf Hilferding (1877–1941): Sozialdemokratischer Theoretiker, 1905–1917 „Vorwärts"-Redakteur, 1917–1922 Mitgl. der USPD und Chefredakteur der „Freiheit", 1924–1933 MdR (SPD), 1922–1933 Mitgl. des Parteivorstands der SPD, Aug.–Okt. 1923, Juni 1928 – Dez. 1929 Reichsfinanzminister, 1933 nach Frankreich emigriert, 1941 in Südfrankreich von französ. Polizei verhaftet und der Gestapo ausgeliefert, am 12. 2. 1941 im Gefängnis La Santé in Paris ermordet.

97 Rudolf Breitscheid (1874–1944): Seit 1912 Mitgl. der SPD, 1917–1922 Mitgl. der USPD, 1920–1933 MdR (USPD/SPD), seit 1928 Mitvors. der SPD-Reichstags-Fraktion, seit 1931 Mitgl. des Parteivorst. der SPD, 1933 emigriert, 1941 zusammen mit Hilferding festgenommen und der Gestapo ausgeliefert, Aug. 1944 im KZ Buchenwald durch einen Luftangriff ums Leben gekommen.

98 Robert Schmidt (1864–1943): Sozialdemokratischer Gewerkschaftler, 1893–1930 MdR (SPD), Okt. 1918 – Febr. 1919 Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, Febr. 1919 – Juni 1920 Reichsernährungsminister, seit Juli 1919 zusätzl. Reichswirtschaftsminister, Mai 1921 – Nov. 1922 Reichswirtschaftsminister, Aug.–Nov. 1923 Reichsminister für den Wiederaufbau und Reichsvizekanzler, Dez. 1929 – März 1930 Reichswirtschaftsminister.

99 Otto Bauer (1882–1938): Österreichischer Sozialdemokrat, führender Theoretiker des Austro-Marxismus, Nov. 1918 – Juli 1919 österreichischer Staatssekretär des Auswärtigen, 1934 in der Tschechoslowakei, dann nach Frankreich emigriert.

100 Von Braun unterstrichen.

101 Philipp Scheidemann (1865–1939): 1903–1933 MdR (SPD), 1911–1921 Mitgl. des Parteivorst. der SPD, 1917–1919 Mitvors. der SPD, Okt.–Nov. 1918 Staatssekretär o. Geschäftsbereich, Nov. 1918 – Febr. 1919 Mitgl. des Rats der Volksbeauftragten, Febr.–Juni 1919 Reichsministerpräsident, 1920–1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1933 nach Dänemark emigriert.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Satz ausdrücklich als sein geistiges Eigentum reklamiert[102]. Scheidemann hat im Jahre 1919 im „Vorwärts" dieses Schlagwort geprägt. Er hat es mir sehr bitter, sogar persönlich übelgenommen, daß man mir die Prägung dieses Satzes nachgesagt hat – wie Sie es auch in Ihrem Buche tun. Mein Satz nach der Ermordung Rathenaus lautete nach dem stenographischen Bericht des Reichstages: „Da steht der Feind, wo Mephisto sein Gift in die Wunden des deutschen Volkes träufelt ... Und darüber ist kein Zweifel: *Dieser* Feind steht rechts!" So steht es im unkorrigierten Stenogramm des Reichstages[103].

Ich frage mich auch – und meine Freunde frugen mich schon mehrmals danach –, warum Sie Seite 120 die abfällige Bemerkung über mich machen[104]. Auch Stampfer hat das getan, und zwar ohne Begründung wie Sie[105]. Sie werden sich deshalb nicht wundern, wenn Sie später auch einiges hören müssen, was Sie und Ihre engeren Freunde versäumt haben, sofern Sie selbst anwesend waren. Sie waren gewiß immer entschuldigt. Sie waren der beste Gatte. Das wurde stets und allseitig anerkannt. Aber wenn Sie fort waren, tanzten im preußischen Staatsministerium die Mäuse[106] unter Ihrem Herrn Weismann[107], der übrigens besser war als sein Ruf. In Ihrem Buch fand ich übrigens nicht einmal seinen Namen.

›Ebert[108] und seine Zeit kommen zu kurz in Ihrer Darstellung‹[109]. Leider brach

---

[102] Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Dresden 1928, S. 586 f.

[103] Im korrigierten Stenogramm der Reichstagsrede Wirths vom 25. 6. 1922 lautet der zitierte Passus: „Da steht (nach rechts) der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!" (Stenographische Berichte des Reichstags, Bd. 356, S. 8056; abgedr. in: Joseph Wirth, Reden während der Kanzlerschaft, hrsg. v. Heinrich Hemmer, Berlin 1925, S. 406.) Zur Wirkung dieser Rede siehe Kessler, Tagebücher, Aufz. v. 25. 6. 1922, S. 324 f. Nach 1933 hat Wirth verschiedentlich gegen das ihm zugeschriebene Zitat „Der Feind steht rechts" protestiert, so in einem Schreiben an Staatssekretär Lammers, 13. 1. 1934: „Von mir stammt das Wort: ‚*Dieser* Feind steht rechts', und diesen Feind habe ich zunächst bestimmt als jenen Feind, der da steht, wo Mephisto sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt", in: Bundesarchiv Koblenz, R 43 I/3633.

[104] Braun, Von Weimar, S. 120: „Auch hier bestätigte sich wieder einmal meine alte Erfahrung, daß ein glänzender Redner und ein zielklarer, vorausschauender zäher Politiker und Staatsmann sehr selten in einer Person vereinigt sind. Wirth hatte nach dem Tode Rathenaus auch das Auswärtige Amt übernommen und sich damit zuviel zugemutet. [...] Aber nicht nur das immer sichtbarer werdende persönliche Versagen Wirths, auch nicht die Widerstände der Rechtsparteien, die ihm seine Kampfansage nachtrugen, führten seinen Sturz herbei, sondern der Umstand, daß er in der eigenen Partei, dem Zentrum, nicht mehr die rechte Stütze hatte. [...]"

[105] Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 296: „Bei Wirth schien es, als hätte er sich in seinen großen rednerischen Leistungen erschöpft und als wäre an die Stelle der früheren Zuversicht die Verzweiflung getreten."

[106] Siehe Anm. 71, 72.

[107] Robert Weismann (1869–1942): 1920–1923 Preußischer Staatskommissar für die Öffentliche Ordnung, 1925–1932 Staatssekretär im Preußischen Staatsministerium, 1933 in die Schweiz, dann nach USA emigriert.

[108] Friedrich Ebert (1871–1925): 1905 Mitgl. des Parteivorst. der SPD, 1913–1919 Vors. der SPD, 1912–1918 MdR, seit 1916 Vors. der SPD-Reichstagsfraktion, Nov. 1918 – Febr. 1919 Mitgl. des Rats der Volksbeauftragten, Febr. 1919 – Febr. 1925 Reichspräsident.

[109] Von Braun unterstrichen.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ebert schon im Frühjahr 1922 mit Rathenau. Er erklärte mir vor Rapallo[110]: „Ich bin fertig mit Rathenau und seiner Sippe!" Schlimm war es nach Rapallo. Schon im April 1922 sagte mir Ebert in bezug auf die Anknüpfung mit Rußland: „Wie können Sie sich mit diesen Lumpen ... einlassen?" Schon im Mai 1922 war der Sturz der von mir geführten Regierung eine beschlossene Sache. Ich habe schon bald nach dem Tode Rathenaus Herrn Ebert meine Demission angeboten. „Suchen Sie sich eine andere Gelegenheit!" war die Antwort des sehr mißtrauisch gewordenen Herrn Ebert. Meine Kampfrede im Reichstag[111] war Herrn Ebert und seinen Leuten sehr unbequem. Auch Breitscheid meinte im Sommer 1922: wir werden Wirth stürzen. Anfang Oktober 1922 erfuhr Herr Kardinal Schulte[112] in Köln, daß Wirth und sein Kabinett den Herbst 1922 nicht überstehen werden. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Ihnen offen sage, daß Ihre Leute im Reiche einander nicht verstanden, und daß man im Gegensatz zu Preußen, was ich gerne anerkenne, Angst hatte, die ›Last weiterer Verantwortung zu übernehmen‹[113]. Das kann ich heute wie damals, vom Parteistandpunkte aus, wohl verstehen. Parteilorbeeren waren eben nicht zu ernten. Auch für das Zentrum waren sie nicht zu pflücken.

Als dann die Deutsche Volkspartei nach dem Tode Rathenaus geneigt war, endlich mitzumachen, haben Ihre Leute geradezu krankhaft, erschüttert durch außenpolitische Mißerfolge, sich in die Büsche und auf die Seite geschlagen. Das ging ja nicht allzu schwer. Ebert hatte, wie oben erwähnt, den Sturz des Kabinetts längst beschlossen. Und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stolperte ohne tiefere Selbstbesinnung ins Unglück geradezu hinein. Bis zum Jahre 1928 mußte die Sozialdemokratie im Reich sozusagen Hilfsdienste leisten[114]. Erst im Jahre 1928 kam sie wieder zum Zuge, um dann im Frühjahr 1930 über ein halbes Prozent Arbeitslosenunterstützung erneut zu fallen[115]. Sie durfte dann unter Brüning[116] noch Stützen abgeben. Wahrhaftig eine erschütternde Tragödie! Die Entwicklung in Preußen ging, was nochmals anerkannt sei, anders. Das ist im wesentlichen Ihr Werk und auch das Werk der preußischen Zentrumsfraktion mit ihrem Führer Hess[117], der gerade Ihnen die Treue ge

---

[110] Deutsch-russischer Vertrag vom 16. 4. 1922: Gegenseitiger Verzicht auf Ersatz von Kriegs- und Zivilschäden, deutscher Verzicht auf Ersatz für deutsches sozialisiertes Eigentum in der Sowjetunion, Vereinbarung zur Wiederaufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen, Meistbegünstigungsklausel, gegenseitige wirtschaftliche Förderung (RGBl 1922, II, S. 677 ff.). Entgegen einer verbreiteten Auffassung waren mit dem Vertrag keine politischen oder militärischen Geheimabkommen verbunden.

[111] Siehe Anm. 103.

[112] Karl Joseph Schulte (1871–1941): 1909–1920 Bischof von Paderborn, 1920–1941 Erzbischof von Köln, seit 1921 Kardinal.

[113] Von Braun unterstrichen.

[114] Irrtum Wirths; im August 1923 trat die SPD in ein Reichskabinett der Großen Koalition unter Reichskanzler Stresemann ein, zog allerdings am 3. 11. 1923 ihre Minister aus dem 2. Kabinett Stresemann wegen sozialpolitischer Differenzen zurück und wurde dann erst wieder im Juni 1928 unter Reichskanzler Hermann Müller Regierungspartei.

[115] Das im Juni 1928 gebildete Reichskabinett unter dem Reichskanzler Hermann Müller (SPD) trat im März 1930 zurück, da die SPD-Reichstagsfraktion der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3 1/2 auf 3 3/4 Prozent nicht zustimmte.

[116] Heinrich Brüning (1885–1970): 1924–1933 MdR (Zentrum), 1929–1930 Vors. der Zentrumsfraktion im Reichstag, März 1930 – Mai 1932 Reichskanzler, seit Okt. 1931 zusätzlich Reichsaußenminister, 1934 in die USA emigriert.

[117] Joseph Hess (1878–1932): Oberregierungsrat bei der Regierung Koblenz, 1908–1932 Mitgl.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halten hat. Auch das kommt in Ihrem Buche nicht genügend zum Ausdruck. In meinen Erinnerungen möchte ich darüber noch einige Einzelheiten mitteilen. Ich hätte sie gerne begraben. Allein Ihre z. T. nicht ganz gerechten und schiefen Bemerkungen zwingen uns dazu, zu Ihrem Buche kritisch Stellung zu nehmen.

Dazu kommt noch etwas besonderes, nämlich Ihre Stellung zum Reichskonkordat[118]. Verehrter Herr Braun! Kulturell sind Sie ein echter Liberaler. In bezug auf das Reichskonkordat dachte Ebert anders[119]. Ich besitze darüber die Akten. Es ist für mich einfach tragisch, Ihnen in bezug auf das Reichskonkordat antworten zu müssen. Gewiß ist es ein Verdienst, und zwar auch Ihr Verdienst, daß das preußische Konkordat[120] schließlich zustande gekommen ist. Aber ein Unglück war es meines Erachtens, daß im Jahre 1922 das Reichskonkordat fallengelassen wurde. Das hat Ebert klar gesehen. So kam dann das bayerische Konkordat[121] zustande, das in der Entwicklung der Dinge geradezu abschreckend für die anderen deutschen Länder gewirkt hat. Doch darüber dann an anderer Stelle, unter Berücksichtigung des Liberalismus des Herrn Otto Braun.

Mit großem Interesse liest man Ihre Ausführung über Hindenburg[122]. Doch auch da ist eine kritische Bemerkung am Platze. Erinnern Sie sich noch, daß ich die Ehre hatte, mit Ihnen im Auftrage des Reichspräsidenten über die Zurücknahme des Verbotes des Stahlhelmes im Rheinland[123] zu verhandeln? Es sei davon abgesehen, daß Sie mich in Gegenwart des Herrn Staatssekretärs Weismann ausgesprochen schlecht behandelt haben. Es war selbstverständlich Ihr Recht, die Aufhebung des Verbotes abzulehnen. Ich will auch gerne hinwegsehen über Ihren allzu scharfen ostpreußischen Ton, der mir als gemütlichem Badener nie gelegen hat. Das Gespräch ist mir noch in sehr guter Erinnerung. Beschwichtigend bat ich Sie, doch bedenken zu wollen, daß der frühere Reichskanzler Hermann Müller[124] dem Herrn Reichspräsidenten Hindenburg versprochen hat, das Stahlhelmverbot im Rheinland aufzuheben. Mit ungewöhnlicher Schärfe haben Sie diesen Hinweis abgelehnt. Sie meinten sogar, ob ich auch alle anderen Versprechungen, die Hermann Müller sonst als Parteimann gemacht hat, noch zur Ausführung bringen wolle. Ich war sprachlos über die Härte, mit der Sie meine auftragsgemäß ausgeführte Intervention beim preußischen Ministerpräsidenten abgelehnt, besser zurückgewiesen haben. Das ist mir heute noch unerklärlich. Ich hatte den Eindruck, daß Sie den Reichspräsidenten Hindenburg treffen wollten. Meine dorthin gegebenen Mitteilungen erfolgten in der mildesten Form.

---

des Preußischen Abgeordnetenhauses/Landtags (Zentrum), seit 1919 Mitgl. des Fraktionsvorst., seit Jan. 1930 Fraktionsvors., seit Mai 1930 Vors. der Preußischen Zentrumspartei.

118 Siehe S. 157.

119 Das traf zu, vgl. Deuerlein, Reichskonkordat, S. 12 f.; Golombeck, Preußenkonkordat, S. 7.

120 Vertrag des Freistaats Preußen mit dem Heiligen Stuhl, 14. 6. 1929 (Preußische Gesetzsammlung 1929, S. 152 ff.). Das „Preußenkonkordat" enthielt im Unterschied zu den vorliegenden Entwürfen zum Reichskonkordat und zum bayerischen Konkordat (siehe Anm. 121) keine Schulartikel.

121 Vertrag des Freistaats Bayern mit dem Heiligen Stuhl, 29. 3. 1924 (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1924, S. 53 ff.).

122 Paul v. Beneckendorff und v. Hindenburg (1847–1934): Preußischer Generalfeldmarschall, 1916–1919 Chef des Generalstabs des Feldheeres, 1925–1934 Reichspräsident.

123 Siehe S. 159.

124 Hermann Müller (-Franken) (1876–1931): 1916–1931 MdR (SPD), seit 1906 Mitgl. des Parteivorst. der SPD, seit 1919 Mitvors. der SPD, Juni 1919 – März 1920 Reichsaußenminister, März–Juni 1920, Juni 1928 – März 1930 Reichskanzler.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Heute noch muß ich die Bemerkung niederschreiben, daß Ihr Buch alles vermissen läßt, was eine Erklärung abgeben könnte, warum der Bruch Ihres Vertrauensverhältnisses zu Hindenburg[125] eingetreten ist. Das ist historisch von großer Bedeutung. Ich möchte deshalb auch anregen, ja diese Sache in die Form einer ›herzlichen Bitte‹[126] kleiden, Sie möchten doch in passender Form irgendwo, ganz nach Ihrem Belieben, einen Brief deponieren, in dem Sie den Zwiespalt zwischen Ihnen und Hindenburg in passender Form niederlegen. Das ist nämlich für das Verhalten Hindenburgs unter Papen[127] gegen die preußische Regierung sehr wichtig. Aus Ihrem Buch geht nämlich über die inneren Zusammenhänge der Dinge leider nichts hervor. Meine Frage ist eine ganz direkte: Wie konnte der preußische Ministerpräsident Otto Braun, ein sonst so klug und kühl abwägender Mann, es auf den ›Bruch mit Hindenburg ankommen lassen‹[128]? Wie konnte dieser grundgescheite Politiker die ›Stahlhelmsache im Rheinland so wichtig‹[129] nehmen, um damit Hindenburg vor den Kopf zu stoßen? Man kann den Kampf gegen Hindenburg sehr wohl verstehen. Wenn schon, dann durfte der Kampf gegen Hindenburg, und zwar rechtzeitig, nicht mit Nadelstichen und mit Lappalien geführt werden. Darüber sind im einzelnen noch Bemerkungen niederzuschreiben.

Wenn Sie mir nachsagen, daß ich wohl als Redner etwas geleistet, aber als Politiker versagt hätte[130], so muß ich Ihnen, um der historischen Wahrheit willen, antworten, daß es mich nicht nur interessiert, warum Sie das niedergeschrieben haben, ähnlich wie Stampfer[131], sondern daß es mir auch im Exil zur Pflicht gemacht ist, im Interesse der Geschichte der Nachkriegszeit danach zu forschen, wie es kam, daß die preußische Regierung und besonders ihr Ministerpräsident die Gefahr Papen[132] nicht rechtzeitig erkannt und entsprechend gehandelt hat. Und vor allem, daß die preußische Regierung mit dem Reichspräsidenten Hindenburg keinen Kontakt mehr gehabt hat. Oh, Herr Braun! Sie haben die Böcke zugunsten des alten Herrn Hindenburg geschont[133], aber Sie haben den allergrößten Bock geschossen, als Sie es versäumten, gegen Papen,

---

125 Siehe S. 159.

126 Von Braun unterstrichen.

127 Franz v. Papen (1879–1969): 1930–1932 MdR (Zentrum), Juni–Nov. 1932 Reichskanzler, 20. 7. 1932 – 2. 12. 1932, 30. 1. 1933 – 7. 4. 1933 Reichskommissar für das Land Preußen, Jan. 1933 – Aug. 1934 Vizekanzler im Kabinett Hitler.

128 Von Braun unterstrichen.

129 Von Braun unterstrichen.

130 Siehe Anm. 104.

131 Siehe Anm. 105.

132 Gemeint ist der „Papenputsch", die Absetzung der preußischen Regierung durch den Reichspräsidenten und die Reichsregierung am 20. 7. 1932, die von den preußischen Ministern nicht durch Gewaltmaßnahmen – theoretisch hätte sich der Einsatz der preußischen Polizei angeboten, verstärkt durch Reichsbanner und unterstützt durch einen Generalstreik, der von den Freien Gewerkschaften auszurufen gewesen wäre – beantwortet wurde, sondern mit einer Klage vor dem Staatsgerichtshof. Die Frage, ob die preußische Regierung hätte gewaltsamen Widerstand leisten sollen und können, wie Wirth hier meint, ist in der Literatur überwiegend positiv beantwortet worden, so von Karl-Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 5. Aufl. Villingen 1971, S. 518 ff.; Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Matthias/Morsey, Ende der Parteien, S. 127 ff.; der Bearb. vertritt die entgegengesetzte Auffassung: Schulze, Braun, S. 745 ff.

133 Eine Anspielung auf die Jagdleidenschaft, die Braun ursprünglich mit Hindenburg verbunden hatte; ihre Jagdreviere in der Schorfheide lagen nebeneinander, und Braun berichtet in

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit der Waffe sogar, zur Wehr zu schreiten und rechtzeitig Hindenburg auf die Gefahr blutiger Auseinandersetzungen aufmerksam zu machen.
So, nun habe ich mir einiges vom Herzen heruntergeschrieben. Dann fühlt man sich schon etwas erleichtert. Dieser Brief lag im Entwurf schon im letzten Jahr in meiner Mappe. Er wurde jetzt endlich hervorgeholt, auch unter dem Gesichtspunkt, meine Sache definitiv zu ordnen. Nehmen Sie bitte den Brief so auf, wie er gemeint ist. Als Menschen im langjährigen Exil haben wir ja einander nichts zu verbergen.

Mit vorzüglicher Hochachtung und vielen herzlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener
[handschr.:] Joseph Wirth

Dokument 2

Dr. Otto Braun

Ascona, den 25. August 1941.
Casa Erna

Lieber Herr Wirth,

über Ihren Brief vom 22. v. M. habe ich mich gefreut, und das nicht nur, weil er mich mit einem exilierten Schicksalsgefährten in Verbindung bringt, sondern weil auch sein Inhalt für mich von Interesse und um so wertvoller ist, als er von einem Menschen herrührt, der, um mich sportlich auszudrücken, mit im Spiele und nicht nur Zuschauer war. Aus letzterem Kreise sind mir viele Urteile zu Gesicht gekommen, die für mich von geringem Wert waren, da sie meist von Sachkenntnis ungetrübt, mir nur bestätigten, was ich in dem Vorwort zu meinem Buche über die vorschnell Urteilenden niedergeschrieben habe[134].
Dem, was Sie im ›allgemeinen‹[135] über das Buch sagen, kann ich bis zu einem gewissen Grade zustimmen; auch was seine Mängel anlangt. Man kann eben auf 455 Seiten nicht alles sagen, was man weiß, und nicht allem gerecht werden. Vieles mußte ich aus politischen und persönlichen Gründen unterdrücken; auch zwang mich die schweiz[erische] Militärzensur noch zu einigen Streichungen. Dazu kam, daß mein Verleger mich drängte, das Buch auf einen handlichen Umfang zu bringen, wobei ich zu umfangreichen, mir zum Teil sehr schmerzlichen, Streichungen gezwungen wurde. Das ursprüngliche Manuskript hätte mehr als zwei Bände gegeben. Zudem mußte ich den Inhalt so gestalten, daß er den ausländischen Leser interessierte, da an ein Erscheinen und eine Verbreitung in Deutschland ja vorerst nicht zu denken ist und ich auch auf den finanziellen Erfolg Wert legen mußte. Er ist nun allerdings infolge der Kriegswirren ausgeblieben, was nicht nur den Verleger, sondern auch mich hart trifft,

---

seinen Memoiren, er habe verschiedentlich Hirsche geschont, „so daß der alte Herr auf sie zum Schuß gebracht werden konnte" (Braun, Von Weimar, S. 173).

134 Im Vorwort zu seinen Memoiren erklärt Braun, ihn leite nicht das Rechtfertigungsbedürfnis, „denn die Zeitgenossen, die bereits vorschnell über meine Politik abgeurteilt haben, wobei sie oft Fehler sehen, wo ich Richtiges sehe, und Richtiges, wo ich Fehler erblicke, bekehre ich kaum, denn nur wenige Menschen geben ein Urteil, das sie sich einmal gebildet und ausgesprochen oder gar niedergeschrieben und gedruckt haben, gerne auf" (Braun, Von Weimar, S. 5).

135 Von Braun unterstrichen.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

da meine finanziellen Verhältnisse sich mangels Einnahmen immer prekärer gestalten. Soviel im allgemeinen über das Buch.

Wenn ich nun kurz zu Ihren Beanstandungen Stellung nehme, so möchte ich zuerst bemerken, daß ich nicht finden kann, daß ich zuviel in Polemik mache. Ich habe mich bemüht, möglichst objektiv die Ereignisse zu schildern, soweit das, wie ich ja bereits im Vorwort hervorhebe, in einem persönlichen Buche überhaupt möglich ist. Kritische Urteile über Vorgänge und Personen sind natürlich immer subjektiv. Ihrer Auffassung, daß ich preußische Zentrumspolitiker zum Teil hart und abwägig beurteile, kann ich nicht zustimmen. Ich gebe allerdings zu, daß Sie als guter Zentrumsmann das anders wie ich beurteilen. Was den alten Herold anlangt, so glaube ich ihn fast besser kennengelernt zu haben wie Sie. Daß er, wie Sie schreiben, bereits vor 1918 Republikaner war, habe ich nie gemerkt, im Gegenteil, ich erinnere mich noch an eine interfraktionelle Besprechung, die im Reichstag stattfand, und an der auch Herold mit Porsch[136] von der Zentrumspartei teilnahmen, und die einem ev[entuellen] Kompromiß über das preußische Wahlrecht galt. Herold wehrte sich fast am verbissensten gegen ein gar zu demokratisches Wahlrecht, obwohl es bereits in dem Gebälk des alten Preußens bedenklich krachte, denn die Sitzung fand etwa zwei Wochen vor dem Novemberzusammenbruch statt[137]. Im übrigen war Herold nicht nur ein Agrarier vom reinsten Wasser, der eigensüchtige agrarische Interessen oft energischer vertrat als manche weitsichtige ostelbische Agrarier, sondern er war auch ein überaus verbissener kleinlicher Eigentumsfanatiker, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Interessen des Privateigentums über die des Allgemeinwohls stellte.

Was meine Stellung zu Rathenau betrifft, so habe ich mich hier der weitesten Zurückhaltung befleißigt, da ich ja mit ihm dienstlich und auch sonstig wenig in Berührung gekommen bin. Allerdings schätze ich ihn als Wirtschaftler, wie übrigens auch andere deutsche Wirtschaftler, nicht so hoch ein, wie das allgemein geschah. Ich habe jetzt kürzlich wieder in seinem Buch „Von kommenden Dingen"[138] gelesen und dabei gefunden, daß er sich doch zu sehr in zum Teil recht widerspruchsvolle philosophische, bis zur religiösen Mystik gehende Betrachtungen ergeht. ›Derartige‹[139] Wirtschaftler hatte meine Partei vielleicht nicht, dafür aber doch Leute, die die Gegebenheiten und Erfordernisse der Wirtschaft etwas weniger philosophisch, dafür aber nüchterner und sachlicher betrachteten, was schließlich in der praktischen Politik mir das Wertvollere erscheint, besonders in der kritischen Wiederaufbauperiode der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege.

Es tut mir leid, daß Sie meine kurze Erwähnung Ihrer Person und Ihrer Tätigkeit als Kanzler als „abfällig" empfinden. So war sie sicherlich nicht gemeint. Wenn ich Sie in Ihrer amtlichen Tätigkeit als Redner höher schätzte als als Politiker, so resultiert das aus meiner Auffassung über die Aufgaben und die Pflichten des verantwortlichen Politikers. Der darf nach meiner Auffassung, wenn er an verantwortlicher Stelle steht,

---

136 Felix Porsch (1853–1930): 1884–1930 Mitgl. des Preußischen Abgeordnetenhauses/Landtags (Zentrum), seit 1903 dessen Vizepräsident.

137 Wahrscheinlich meint Braun die Besprechung des Interfraktionellen Ausschusses über die preußische Wahlrechtsfrage am 4. 10. 1918, an der auch Vertreter der preußischen Fraktionen der Mehrheitsparteien teilnahmen; für die preußische Zentrumsfraktion waren Porsch und Herold, für die preußische SPD-Fraktion Hirsch und Braun anwesend, siehe Reinhard Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964, S. 223, Anm. 2.

138 Walther Rathenau: Von kommenden Dingen, Berlin 1918.

139 Von Braun unterstrichen.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Flinte nicht so leicht ins Korn werfen, wie Sie das und übrigens auch andere Kanzler im Reiche, wobei ich meinen verstorbenen Freund Müller nicht ausnehme, getan haben; besonders nicht in kritischen Situationen. Da muß sich der Politiker gerade bewähren und zähe an seiner Position festhalten und mit aller Kraft versuchen, die Dinge zu meistern. So habe ich auch bedauert, daß Sie sich so leicht stürzen ließen.

Es würde über den Rahmen dieses Briefes hinausgehen, wenn ich auf die Vorgänge, die zu Ihrem Sturze führten, soweit sie mir bekannt und noch im Gedächtnis sind, hier eingehend zurückkommen wollte. Allerdings möchte ich, von meiner sonst geübten Diskretion abweichend, Ihnen einen Vorgang mitteilen, der für die Vorgeschichte Ihres Sturzes nicht unerheblich ist[140]. Es war wohl im Spätsommer oder Herbst 1922 – mangels Tagebuchführung kann ich mich auf Daten ja nicht einlassen –, als Herr von Raumer[141] Stresemann[142], Müller, Wels[143] und mich zu einem internen Frühstück einlud, das ja zweifellos nicht nur dem guten Essen, das er servieren ließ, galt, sondern eine wichtige politische Bedeutung haben sollte. Tatsächlich ging es bei diesem Frühstück auch um Ihren Kopf als Kanzler. Stresemann und Raumer erklärten ganz offen, jawohl, die Volkspartei wolle in die Reichsregierung eintreten, aber nicht unter der Kanzlerschaft Wirths. Ich habe mich damals gegen diese Auffassung gewendet, meine Parteifreunde Müller und Wels waren leider geneigter, darauf einzugehen, und so kam es denn auch so, wie es gekommen ist, besonders weil, wie ich wußte, auch sehr starke rechtsstehende Zentrumspolitiker, die die Beteiligung der Volkspartei an der Reichsregierung höher schätzten als die Kanzlerschaft Wirths, im geheimen den Wunsch der Stresemann und Genossen unterstützten. Ich habe damals bedauert, daß Sie, wie ich den Eindruck hatte, etwas müde geworden, den Kampf gar zu leicht aufgaben. Hätte ich in Preußen in kritischen Situationen derart kapituliert, so wäre es mir sicherlich nie gelungen, 14 Jahre lang die Geschicke Preußens mehr oder weniger zu leiten. Sie sehen, mein lieber Wirth, so ein „ostpreußischer Eiszapfen" ist doch oft beharrlicher als der leichtbeschwingte, sanguinische Badenser, als der Sie mir immer lieb und wert gewesen sind.

Die Unterstützung des Zentrumsführers Hess in meiner Politik habe ich immer sehr geschätzt, da er eine ausgesprochene demokratische Einstellung und auch das Geschick hatte, mit den reaktionärer eingestellten Mitgliedern seiner Fraktion fertig zu werden.

Wenn Sie schreiben, daß es ein Unglück war, daß im Jahre 1922 das Reichskonkordat nicht zustande kam, so muß ich Ihnen darauf antworten, daß es nach meiner Auffassung ein Unglück gewesen wäre, wenn es zustande gekommen wäre. Denn sicher wäre bei einem katholischen Kanzler im Reiche und dem katholischen preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald[144] ein Reichskonkordat geschaffen worden, das mehr

---

140 Siehe S. 160 ff.

141 Hans v. Raumer (1870–1965): Geschäftsführendes Vorst.-Mitgl. der Deutschen Elektrotechnischen Industrie, 1920–1950 MdR (DVP), Juni 1920 – Mai 1921 Reichsschatzminister, Aug.–Nov. 1923 Reichswirtschaftsminister.

142 Gustav Stresemann (1878–1929): 1907–1929 MdR (Nationalliberal/DVP), Mitbegründer und Vors. der DVP, Aug.–Nov. 1923 Reichskanzler und Reichsaußenminister, seit Nov. 1923 Reichsaußenminister.

143 Otto Wels (1873–1938): 1912–1933 MdR (SPD), seit 1913 Mitgl. des Parteivorst. der SPD, seit 1919 Mitvors. der SPD und der SPD-Reichstags-Fraktion, seit Juni 1933 Vors. der Sopade in Prag.

144 Adam Stegerwald (1874–1945): 1902–1919 Generalsekretär, 1919–1929 Vors. des Gesamtverbands Christlicher Gewerkschaften, 1919–1933 MdR (Zentrum), März 1919 – April 1921

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem bayerischen als dem später zustande gekommenen preußischen geähnelt hätte. Vor allem wäre in solch einem Reichskonkordat, wie es ja aus dem Gespräch mit Delbrück[145], das ich auf Seite 275 des Buches wiedergebe, hervorgeht, auch die Schule den Wünschen der Kurie entsprechend behandelt worden[146]. Damit wären alle Länder, die ja die Schulangelegenheiten auf eigene Verantwortung und ihre Kosten zu betreuen hatten, durch einen Reichsvertrag gefesselt worden. Das wollte ich nicht, und deswegen habe ich das Reichskonkordat bekämpft und mich redlichst bemüht, was schließlich mir auch der Vatikan zugestehen mußte, das preußische Konkordat zustande zu bringen[147]. Mein lieber Herr Wirth, ich bin nicht so sehr ein „echter Liberaler", wie Sie schreiben, als Sie vielmehr ein echter Klerikaler sind. Gewiß, die Sozialdemokratie hat auf kulturellem Gebiet viel liberales Gedankengut aufgenommen, nachdem insbesondere die deutschen Liberalen dieses mehr und mehr über Bord geworfen hatten und nur noch ›mehr‹[148] in Aktien und Dividenden zu denken gewohnt waren. ›Aber wirtschafts- und sozialpolitisch stand die Sozialdemokratie doch eher mit dem Zentrum in einer Front als mit den mehr oder weniger von manchesterlichen Gedankengängen geleiteten Liberalen‹[149].

Wenn Sie meinen, daß Ebert und seine Zeit in meinem Buch zu kurz kommen, so kann ich dem nur zustimmen, aber da muß ich Sie, was auch für viele andere Vorgänge in der Reichspolitik zutrifft, darauf hinweisen, daß ich in meinem Vorwort ja ausdrücklich bemerke, daß ich vornehmlich über die preußische Politik schreibe und die Reichspolitik nur soweit berühren kann, als sie mit jener im Zusammenhang steht.

Übrigens möchte ich noch nebenbei bemerken, daß es ein Irrtum von Ihnen ist, wenn Sie schreiben, daß Sie den Namen meines Staatssekretärs Weismann nicht einmal erwähnt finden in meinem Buch. Schon bei flüchtiger Durchsicht finde ich ihn auf Seite 129, 250, 306[150] und 348 erwähnt. Ebenso befinden Sie sich über das, was in meiner Abwesenheit in meinem Amte vorgegangen sein soll, in einem argen Irrtum. Ich hätte nur gewünscht, daß in den diversen Reichsämtern, einschließlich Kanzleramt, der Wille des Chefs sich immer so durchgesetzt und von der ihm untergebenen Beamtenschaft respektiert worden wäre, wie das in den langen Jahren in meinem Amte der Fall war[151].

Mein Verhältnis zu Hindenburg und der Bruch mit ihm wird von Ihnen, wie übrigens allgemein, nicht richtig beurteilt. Ich habe den Bruch mit ihm nicht herbeige-

---

Preußischer Wohlfahrtsminister, April–Nov. 1921 Preußischer Ministerpräsident, April 1929 – März 1930 Reichsverkehrsminister, März 1930 – Mai 1932 Reichsarbeitsminister.

145 Richard v. Delbrück (1875–1939): Professor für Archäologie in Berlin, seit 1920 Leiter des Vatikan-Referats im AA.

146 Delbrück erklärte Ministerialrat v. Kameke vom Preußischen Staatsministerium am 10. 11. 1921, ein Reichskonkordat sei das einzige Mittel, um das Saargebiet, Rheinland, Ermland und Oberschlesien beim Reich zu halten, da andernfalls die Bistümer den polnischen und französischen Wünschen gemäß neu abgegrenzt und besetzt würden. „Der einzige Weg, um dieses Unglück zu verhüten, sei der schleunige Abschluß eines Reichskonkordats unter Einbeziehung der Schulfragen, um die es sich für die Kurie in erster Linie handle" (Braun, Von Weimar, S. 275). Die dort, S. 275 f., wiedergegebene Aufzeichnung v. Kamekes ist stark gekürzt; das Original in: GStA Berlin, NL Braun D/90.

147 Siehe Anm. 120.

148 Von Braun handschr. aus „vornehmlich" verbessert.

149 Von Braun nachträglich handschr. eingefügt.

150 Irrtümlich anstelle von „308".

151 Siehe Anm. 71, 72.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

führt, sondern, und das glaube ich in meinem Buche hinreichend klar zum Ausdruck zu bringen, die im Reiche immer stärker werdenden reaktionären Kräfte haben letzten Endes den alten Herrn, der seiner Grundeinstellung nach diesen Einflüssen gegenüber empfänglicher war, mir mehr und mehr entfremdet. Wenn Sie aber schreiben, daß ich die Stahlhelmsache, die nach Ihrer Meinung eine Lappalie war, zu wichtig genommen hätte, so spricht daraus jene verhängnisvolle Kurzsichtigkeit, die leider bis in meine Partei hinein viele republikanische Politiker zur falschen Beurteilung und Bewertung der immer stärker werdenden reaktionären Welle veranlaßte. Doch, ich möchte dem, was ich darüber in meinem Buch schreibe, hier nichts weiter hinzufügen. Die späteren Ereignisse haben mir leider recht gegeben und bewiesen, daß ich in den Dingen klarer sah als mancher andere. Die Unterredung mit Ihnen in dieser Angelegenheit ist mir tatsächlich, lieber Herr Wirth, nicht mehr im Gedächtnis. Es würde mir heute noch leid tun, wenn ich dabei Ihnen mit der allerdings in der Sache begründeten Schroffheit entgegengetreten sein sollte. Meine Stellung Hindenburg gegenüber in dieser Angelegenheit galt nicht so sehr seiner Person, als jenen vorerwähnten Kräften, die immer mehr Einfluß auf ihn gewannen. Das kam auch bei den verschiedensten Angelegenheiten zum Ausdruck. Ich bitte Sie, darüber nur meine Ausführungen auf Seite 298 und 304, 313 und 316, 319–320, 333–334, 386, wie schließlich auf den Seiten 415 und 368 noch einmal nachzulesen.

Zum Schlusse Ihres Briefes geben Sie auch der leider vielfach verbreiteten Auffassung Ausdruck, daß ich anläßlich der Reichsexekutive gegen Preußen gegen Papen mit der Waffe zur Wehr hätte schreiten müssen, wie Sie schreiben. Im einzelnen will ich darauf nicht eingehen, ich habe meine Haltung, wie ich glaube, in meinem Buche hinreichend begründet[152]. In jener Situation, wo übrigens einflußreiche Zentrumspolitiker bereits mit Hitler verhandelten[153], gegen das Reich mit der Waffe in der Hand vorzugehen, wäre Sache eines Don Quichottes, nicht aber eines verantwortlichen Politikers gewesen. Doch genug davon, der Brief ist schon länger geworden, als ich es wollte, das haben Sie nur dem Umstand zu verdanken, daß ich augenblicklich eine schreibkundige Freundin zu Besuch habe, die das Diktierte auf der Maschine wiedergeben kann. Mir wäre es aber sehr lieb, wenn wir einmal in aller Ruhe persönlich über diese Dinge reden könnten. Vielleicht kommen Sie mal nach dem Tessin und suchen mich hier auf meiner Burg auf, denn meine finanziellen Verhältnisse legen mir im Reisen jetzt eine erhebliche Beschränkung auf.

So verbleibe ich denn mit herzlichen Grüßen

Ihr ergebener
[handschr.:] Br[aun]

---

[152] Brauns Gründe für den unterlassenen Widerstand gegen Papen lauteten, zusammengefaßt: die sozialdemokratische Arbeiterschaft war unbewaffnet; die Verordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 Abs. 1 und 2, die die Grundlage des Putsches gebildet hatte, war nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. 10. 1932 teilweise, wenn auch nicht vollständig, verfassungskonform; die Anhänger der rechtmäßigen preußischen Regierung hätten die Reichswehr, die rechtsradikalen Verbände, die Kommunisten und wahrscheinlich sogar einen Teil der preußischen Polizei gegen sich gehabt; durch einen Kampf gegen Reichspräsident und Reichsregierung wäre das innenpolitische Gefüge der Republik stärker gefährdet worden, als dies durch den Papen-Putsch geschah. Außerdem habe sich Braun als Chef einer Minderheitsregierung für derart dramatische Schritte nicht legitimiert gefühlt; Braun, Von Weimar, S. 409 ff.

[153] Siehe Morsey, Zentrumspartei, in: Matthias/Morsey, Ende der Parteien, S. 305, 311 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 3

Josef Wirth
Haldenstr. 7, Luzern.

Luzern, den 29. Aug. 1941.

Sehr verehrter Herr Braun!

Gerne sei der Empfang Ihres geschätzten Briefes vom 25. August bestätigt. Schade, daß ich Ihnen nicht unter die Arme greifen kann. Meine Lage ist auch sehr prekär geworden, und für das nächste Jahr ist überhaupt vorerst nur der Blick ins Leere vorhanden. Bei der Mendelsohnbank in Amsterdam ging alles verloren.
Für Ihren ausführlichen Brief sei bester Dank übermittelt.
In Sachen Herold bin ich leider anderer Meinung wie Sie. Wenn man den alten Herold einen Republikaner nennt, so ist damit noch nichts gesagt in bezug auf seine besondere westfälische Art. Daß er ein Agrarier war, ist mir zu sehr bekannt. Und gleichzeitig ein Eigentumsfanatiker! Auch Herold hat mit dem Zusammenbruch hinzugelernt, wenn auch, wie ich es wiederholt konstatiert habe, bei ihm der westfälische Eigentumsbegriff nie geschwankt hat. Wenn man die Westfalen gut verstehen will, so darf man nur dasjenige nachlesen, was Freiherr vom Stein darüber gesagt hat. Im übrigen sei zu diesem Kapitel noch eine heitere Bemerkung beigefügt. Wir frugen in unserer Zentrumsfraktion häufig: Warum heißt der Alte im weißen Barte eigentlich Herold? Nun, weil er zwischen dem preußischen Landtag und dem Reichstage hin- und herrollt. Er ging nämlich zu Fuß.
Hochinteressant sind Ihre Ausführungen bezüglich meines Rücktritts im Spätjahr 1922. Ihre Mitteilung bezgl. der Vorgeschichte meines Sturzes war mir bekannt. Daß Sie bei dem „strategischen" Frühstück dabeiwaren, ist mir bisher unbekannt gewesen. Ebenso war mir die Haltung Müllers und Wels' unbekannt. Mir gegenüber haben die genannten Herren das Gegenteil von dem geltend gemacht, was beim Frühstück besprochen worden ist. Wels und Müller erklärten mir, Gegner des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu sein. Man machte mir auch ›schwere‹[154] Vorwürfe, daß ich mich mit Herren der Deutschen Volkspartei bei einem Frühstück getroffen habe. Noch heute muß man den Kopf schütteln über die Dinge, die damals gegangen sind. Es tut mir leid, daß das Andenken an die genannten Herren nunmehr bei mir getrübt erscheint. Ich habe bisher Wels als einen ›Naturburschen von großer Urwüchsigkeit, aber ohne Falschheit angesehen‹[155]. Es wäre mir recht, wenn Sie diese üblen Eindrücke wieder zerstreuen könnten. Ich habe Wels wiederholt in Paris getroffen, wo er mir eindringlichst nahelegte, mit ihm im Exil in die politische Arena zu reiten. Über sein Verhalten bei meinem Sturze hat er sich später geschämt, ohne daß ich wußte, daß er mit Hermann Müller bei der Deutschen Volkspartei bezüglich meines Sturzes Hoffnungen geweckt hatte.
Es ist durchaus richtig, daß es in [der] Zentrumsfraktion Leute gab, die unter allen Umständen die Volkspartei in die Regierung aufnehmen wollten; auch wenn ich dabei stürzen sollte. Dazu gehört in erster Linie Adam Stegerwald, der es als untragbar bezeichnete, dauernd sozusagen „allein neben der Sozialdemokratie" Verantwortung

---

154 Von Wirth unterstrichen.

155 Von Braun unterstrichen und am Rand mit einem Fragezeichen versehen; die Beziehungen zwischen Braun und Wels waren zumindest seit dem Beginn der Regierungszeit Brauns gespannt gewesen; siehe Schulze, Braun, S. 406 f.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tragen zu müssen[156]. Ebenso gehört dazu Herr Dr. Hermes[157]. Hermes hat sich der Sozialdemokratie direkt angeboten, die Kanzlerschaft zu übernehmen, um die Volkspartei beizuziehen[158]. Ihre Herren haben mir davon Mitteilung gemacht. Hermes hat auch hinter meinem Rücken Leute gefragt, ob sie bereit wären, eine Regierung Hermes zu unterstützen und darin Minister zu werden. Hermes wußte, ›daß Ebert auf den Sturz des Kabinetts Wirth hinarbeitete‹[159]. Es wäre mir sehr lieb, wenn Sie darüber aus dem Schatze Ihrer Erinnerungen heraus noch etwas beisteuern könnten. Die Sache ist nämlich von einer gewissen historischen Bedeutung. Der ehemalige tschechische Gesandte Tusar[160] hat mir nämlich später einige Eröffnungen gemacht über das Verhängnisvolle meines Sturzes[161]. Wie Sie wohl selbst wissen, war es geglückt, eine Note an die Westmächte fertigzustellen, die für uns alle, einschließlich der Volkspartei, eine gemeinsame Aktionsbasis abgegeben hatte[162]. Sozusagen von selbst erwuchs also „organisch" die Notwendigkeit, die Volkspartei zum Eintritt in die Regierung einzuladen. ›Tusar, der bekanntlich ein großer Freund der Sozialdemokraten war‹[163], war erschüttert über die Haltung seiner politischen Freunde. Zu meiner Ge-

---

156 So in Adam Stegerwald, Zusammenbruch und Wiederaufbau, Berlin 1922, S. 9; zu Stegerwalds Bemühungen um eine Neutralisierung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung durch die Ausweitung der Koalition nach rechts siehe Helmut J. Schorr, Adam Stegerwald, Recklinghausen 1966, S. 67 ff.; zu den persönlichen Beziehungen zwischen Stegerwald und Wirth: Morsey, Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, S. 428 ff.

157 Andreas Hermes (1878–1964): 1925–1928 Mitglied des preußischen Landtags, 1928–1933 MdR (Zentrum), März 1920 – März 1922 Reichsernährungsminister, Okt. 1921 – Aug. 1923 Reichsfinanzminister, 1928–1933 Präsident der deutschen Bauernvereine und des Raiffeisenverbands, 1945 Mitbegründer der CDU, 1946–1954 Präsident des Deutschen Bauernverbands.

158 Die Vorwürfe Wirths gegen seinen ehemaligen Finanzminister müssen auf dem Hintergrund der persönlichen Feindschaft zwischen Wirth und Hermes gesehen werden (siehe Morsey, Zentrumspartei 1917–1923, S. 452). Hermes entwickelte sich zu Wirths schärfstem Gegner im Reichskabinett, er kritisierte dessen Reparationspolitik, den Abschluß des Rapallo-Vertrags und die Republikschutzgesetzgebung; zu einer in der Öffentlichkeit ausgetragenen Kontroverse kam es, als Wirth Hermes vorwarf, bei Reparationsverhandlungen in Paris im Mai 1922 seine Kompetenzen weit überschritten zu haben, und von Ebert und den meisten Kabinettsmitgliedern zugunsten Hermes' desavouiert wurde (siehe: Akten der Reichskanzlei, Schulze-Bidlingmaier, Kabinette Wirth, S. XXVIII, XL ff.; Laubach, Politik der Kabinette Wirth, S. 228 ff.). Wirths Vorwurf, Hermes habe hinter seinem Rücken mit der SPD-Führung Kontakt aufgenommen, um an seiner Stelle Kanzler einer Großen Koalition zu werden, findet ihr Gegenstück in der Behauptung Hermes', Wirth habe nach seinem Sturz in der Zentrumsfraktion durchgesetzt, daß Hermes nicht neuer Reichsaußenminister werden konnte (Fritz Reichardt, Andreas Hermes, Neuwied 1953, S. 93). Beide Behauptungen sind nicht zu verifizieren.

159 Von Braun unterstrichen.

160 Vlastimil Tusar (1869–1924): 1921–1924 tschechoslowakischer Gesandter in Berlin.

161 Die Information Tusars hatte Wirth bereits früher erwähnt: „Es sind mir später Mitteilungen gemacht worden, daß das Zustandekommen der Großen Koalition in Deutschland, in der auch die Wirtschaftskräfte dem Staate verpflichtet worden wären, dem Gang der Reparationspolitik sehr förderlich gewesen wäre" (Joseph Wirth, Die Festigung der Republik, in: Friedrich Ebert und seine Zeit, Charlottenburg 1928, S. 328).

162 Siehe S. 161.

163 Von Braun unterstrichen; vgl. d'Abernon, Botschafter, I, S. 315, II, S. 72, III, S. 81.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1.
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nugtuung ersehe ich aus Ihrem geschätzten Briefe, daß Sie sich ›bei den Intrigen nicht beteiligt haben‹[164], und daß Sie die Lage klar erkannt haben.
Dazu muß noch die Tatsache erwähnt werden, daß der dämonische Hugo Stinnes[165] sich schließlich mit Ebert und mit mir zusammensetzte, um durch die Praxis, ähnlich wie es Rathenau getan hatte, mit Frankreich zu Lieferungsabkommen zu gelangen. Das muß man wohl berücksichtigen, wenn man wie Sie den Eindruck hatte, daß ich müde geworden sei. Ich habe den Kampf nicht nur nicht aufgegeben gehabt, sondern ich hatte im Hinblick auf die drohenden Gefahren für das Reich nicht nur freiwillig alle Bedenken gegen die Volkspartei und gegen Hugo Stinnes auf die Seite gestellt, sondern ich hatte, wie historisch feststeht, alle Fäden so gezogen, daß es ›nur vom guten Willen Ihrer Leute abgehangen‹[166] hat, zum politischen Erfolg zu kommen. Poincaré[167] gegenüber durfte die Regierung Wirth nicht gestürzt werden. Und ebenso durfte der Eintritt der Volkspartei nicht verhindert werden. Ich möchte darüber nicht mehr sagen. Es ist ein trauriges Kapitel der deutschen Geschichte, das in meinen Erinnerungen zur Darstellung kommen wird.
Die Sozialdemokratie hat übrigens durch Fraktionsbeschluß den Eintritt der Volkspartei abgelehnt. Ich darf wohl annehmen, daß Sie der Fraktionssitzung beigewohnt haben[168]. Am gleichen Tage fand die Sitzung des Reichskabinetts statt. Ich berichtete kurz über die Vorgänge dieses Tages und teilte mit, daß die sozialdemokratische Fraktion es abgelehnt habe, dem Eintritt der Volkspartei zuzustimmen. Ehe eine Aussprache stattfinden konnte, meldete sich Herr Gustav Bauer[169] zum Worte. Mit einer Schärfe, die mir sonst bei diesem anständigen Manne niemals begegnet ist, sagte Herr Bauer: Der Rücktritt des Kabinetts ist unvermeidlich. Damit kam die totale Absage an die Regierung Wirth von der sozialdemokratischen Seite[170]. ›Ebert und

---

164 Von Braun unterstrichen.

165 Hugo Stinnes (1870–1924): Großindustrieller, 1920–1924 MdR (DVP).

166 Von Braun unterstrichen.

167 Raymond Poincaré (1860–1934): 1913–1920 französischer Staatspräsident, 1922–1924 Ministerpräsident, 1926–1928 Ministerpräsident und Finanzminister.

168 Nach der einzigen, grob stichwortartigen Quelle zur Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion am 13. 11. 1922 hatte Hermann Müller der Fraktion vorgeschlagen, die Große Koalition abzulehnen; alle Redner bis auf Otto Braun stimmten Müller zu. Braun erklärte, ein entschiedener Kurs der SPD gegen die DVP werde die Regierung in deutschnationale Arme treiben, was zur Folge haben werde, daß man ohne ausländische Getreidelieferungen dastehen werde. Die abschließende Abstimmung ergab eine Dreiviertelmehrheit gegen eine Große Koalition (AdsD Bonn, NL Giebel, Kassette II; s. auch: Kastnig, Deutsche Sozialdemokratie, S. 106 ff.).

169 Gustav Adolf Bauer (1870–1944): 1908–1918 2. Vors. der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, Febr.–Juni 1919 Reichsarbeitsminister, Juni 1919–März 1920 Reichskanzler, Mai 1921 – Nov. 1922 Reichsschatzminister und Vizekanzler.

170 Das Protokoll der Kabinettssitzung vom 14. 11. 1922, 21.30 Uhr, ergibt ein etwas anderes Bild. Danach hatte Wirth über den Stand der Koalitionsverhandlungen und über den ablehnenden Beschluß der SPD-Fraktion referiert und Bauer gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Nachdem Bauer Wirths Mitteilungen bestätigt hatte, fährt das Protokoll fort: „Der *Reichskanzler* frug, ob es das letzte Wort der Vereinigten Sozialdemokratischen Parteien sei. Vizekanzler *Bauer* bejahte diese Frage und fügte hinzu, er halte den Rücktritt der jetzigen Regierung für unvermeidlich. Der *Reichskanzler* erklärte, daß das Kabinett diese Erklärung zur Kenntnis nehme. Er habe die gleiche Auffassung wie der Vizekanzler Bauer

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bauer spielten geschickt zusammen‹[171]. So geschah es auch, wie es gekommen ist, um Ihre eigenen Worte zu gebrauchen. Nicht mit einem Worte habe ich die ganze Zeit hindurch von meinem Rücktritt gesprochen, trotzdem ich Anlaß hatte, mich von Ihren Freunden wie von Ebert hintergangen zu fühlen. Ich muß es deshalb ablehnen, mir nachsagen zu lassen, daß ich kapituliert hätte. Nur in einer Hinsicht war ich konsequent, nämlich in der strengen Sachlichkeit, aus der gegebenen Lage im Hinblick auf die Gefahren des Reiches im richtigen Augenblick die Forderung erhoben zu haben, daß die Deutsche Volkspartei, aus außenpolitischen Gründen besonders, in die Regierung eintreten sollte. Auf diesem Wege zu einer rein sachlichen Politik hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages versagt, um dann, nicht einmal ein Jahr später, in die Regierung Stresemann einzutreten. Darüber steht selbst bei Stampfer meiner Erinnerung nach ein abfälliges Wort[172]. Wenn Sie das Werk von Stampfer zur Verfügung haben, wäre ich sehr dankbar, wenn Sie mir dieses Buch für einige Zeit leihen könnten.

In bezug auf das Reichskonkordat bin ich auch trotz Ihrer beachtlichen Belehrung ganz anderer Meinung. Mit Ihrer Bemerkung und mit der Retourkutsche, daß ich ein echter Klerikaler sei, haben Sie mir eine heitere Stunde bereitet. Herzlichen Dank dafür! Das hat bisher noch niemand behauptet, während Ihre Feindschaft gegen ein Reichskonkordat durchaus, meiner Auffassung nach, auf starke liberale Neigungen schließen läßt. Ich kann es sehr wohl verstehen, daß der damalige Nuntius Pacelli[173] die Schulfrage angeschnitten hat. Ihre Partei hat nämlich auf dem Görlitzer Parteitage[174] auch die Frage der Einheitsschule angeschnitten. Stampfer[175] erhob die Forderung nach der ›weltlichen‹[176] Einheitsschule. Das geschah im Jahre 1921. Man muß wissen, was die ›weltliche‹[176] Einheitsschule für Katholiken und für Protestanten bedeutet. In der katholischen Monatsschrift „Stimmen der Zeit" kam deshalb im Jahre 1922 ein heute noch sehr interessanter Artikel, in dem ausgeführt wird, daß die Kluft zwischen der katholischen Kirche und der Sozialdemokratie erneut aufgerissen ist. Seite 324 steht der Satz: „Gerade mit dieser Forderung reiht sich auch der sonst so vorsichtige und geflissentlich vermittelnde Stampfer in die Reihe der ›Unversöhnlichen‹[176] ein."[177]

äußern wollen. Auch er halte einen Rücktritt des Kabinetts für erforderlich." (Abgedr. in: Schulze-Bidlingmaier, Kabinette Wirth I und II, Dok. Nr. 408, S. 1169.)

171 Von Braun unterstrichen.

172 „Blicken wir zurück, so finden wir, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen wunderlichen Weg gegangen ist. Sie hat im Herbst 1922 Wirth gehen lassen, weil sie Bedenken trug, sich mit Stresemann oder anderen Volksparteilern an einen Koalitionstisch zu setzen. Die Folge davon war die Bildung einer Regierung der ‚Wirtschaft' mit stark volksparteilichem Einschlag. [. . .] Jetzt, im Sommer 1923, stürzte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diese Regierung, um Stresemann an die Spitze zu bringen, denselben Stresemann, den sie neun Monate zuvor so scharf abgelehnt hatte, daß Wirth darüber zu Fall kam" (Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 341).

173 Eugenio Pacelli (1878–1958): 1917–1925 päpstlicher Nuntius für Bayern, 1920–1929 Nuntius für das Deutsche Reich, 1930–1939 Kardinalstaatssekretär, 1939–1958 Papst Pius XII.

174 18.–24. 9. 1921.

175 Friedrich Stampfer (1874–1957): 1916–1933 Chefredakteur des „Vorwärts", 1920–1933 MdR (SPD), 1925–1933 Mitgl. des Parteivorst. der SPD, 1933 über Prag und Paris nach New York emigriert.

176 Von Wirth unterstrichen.

177 Der von Wirth zitierte Satz bezieht sich nicht auf Ausführungen Stampfers vor dem Gör-

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Man muß also sehr vorsichtig sein in der Beurteilung der Vorarbeiten zu einem Reichskonkordat. Mehr als Vorarbeiten lagen nämlich nicht vor. Daß die Wünsche der Kurie, wie sie geäußert wurden, ein Maximum darstellten, die nie erfüllt werden konnten, war mir als Reichskanzler durchaus klar. Das hat sogar Herr Kaas[178] eingesehen. Ich stelle nur fest, daß Sie, um ganz offen zu sein, mitten in die Vorarbeiten mit Ihrer Opposition hineingefunkt haben. Ich selbst galt bei meinen Parteifreunden als ein badischer Liberaler[179]. Sie wissen, oder Sie haben es vergessen, daß ich mein badisches Reichstagsmandat verloren habe, weil ich für die christliche Simultanschule etwas übrig gehabt habe[180]. Das war in den Augen gewisser klerikaler Heißsporne ein schweres Vergehen. Das Zentrum hat im Weimarer Schulkompromiß die weltliche Schule zugestanden. Das war schon allerhand. Die weltliche Schule war die Schule ohne Religionsunterricht. Sie war aber keine gottlose Schule, wie die Kommunisten sie gewollt haben. Der Parteitag in Görlitz hat bezüglich der Schule ein großes Unheil angerichtet, um das auch ganz offen zu sagen. Wenn Sie deshalb, verehrter Herr Braun, ›am Zentrum Kritik üben‹[181], so ist das selbstverständlich Ihnen ganz unbenommen; nur müssen Sie mir erlauben, zu bemerken, daß bezüglich der Reichspolitik die Sozialdemokratie Fehler gemacht hat, die selbst bei Ihren eigenen Leuten noch heute Kopfschütteln hervorrufen. Da stimme ich mit Ihnen bezüglich der Politik Hermann Müllers ganz überein. Da sind mir auch noch Äußerungen Eberts in Erinnerung, die im Lichte der Geschichte sehr wichtig sind. Ebert ist an Ihrer Reichstagsfraktion geradezu verzweifelt[182]. Dazu kommen noch schwere Differenzen Ihrer Leute mit Ebert; auch ›Zwistigkeiten persönlicher Art‹[183], wie aus einem Briefe Scheide-

---

litzer Parteitag, sondern in dessen Broschüre: Das Görlitzer Programm, Berlin 1922, S. 52 (Constantin Noppel S. J., Kirche und Sozialdemokratie nach der Revolution, in: Stimmen der Zeit 103 [1921/22], S. 321 ff.).

178 Ludwig Kaas (1881–1952): Prälat, 1920–1933 MdR (Zentrum), außenpolitischer Sprecher der Zentrums-Reichstagsfraktion, seit 1928 Vors. der Deutschen Zentrumspartei, 1933 emigriert, seit 1935 Kanonikus von St. Peter in Rom. Während der Konkordatsverhandlungen 1921/22 mit der Reichsregierung Wirth hatte Kaas als Berater des Nuntius fungiert und die Auffassung vertreten, „daß der Kern des Konkordats der Schulparagraph sei" (Mitteilung Delbrücks während der Chefbesprechung in der Reichskanzlei, 10. 11. 1921, abgedr. in: Schulze-Bidlingmaier, Kabinette Wirth I und II, Dok. Nr. 134, S. 574).

179 Vgl. Köhler, Lebenserinnerungen, S. 171.

180 Die Formulierung Wirths ist irreführend. In der Tat war er auf der Sitzung des Zentralkomitees der badischen Zentrumspartei am 3. 3. 1928 gegen die Forderungen einiger Anwesender nach der Konfessionsschule aufgetreten, aber daß er bei der Aufstellung der Kandidatenliste des badischen Zentrums zu den Reichstagswahlen 1928 nicht berücksichtigt wurde, lag daran, daß ihm seine mangelnde Parteidisziplin in den vergangenen Jahren vorgeworfen wurde. Wirth erhielt statt dessen einen Platz auf der Reichsliste (siehe Becker, Joseph Wirth, S. 415 ff.; Köhler, Lebenserinnerungen, S. 186 f.).

181 Von Braun unterstrichen und am Rand mit einem Fragezeichen versehen.

182 Siehe Peter-Christian Witt, Friedrich Ebert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/71, 30. 1. 1971, S. 74 ff.; vgl. die von Stresemann notierte Äußerung Eberts gegenüber Parteifreunden nach dem Sturz des 2. Kabinetts Stresemann am 23. 11. 1923: „Was Euch veranlaßt, den Kanzler zu stürzen, ist in sechs Wochen vergessen, aber die Folgen Eurer Dummheit werdet Ihr noch zehn Jahre lang spüren" (Gustav Stresemann, Vermächtnis, hrsg. v. Henry Bernhard, Bd. I, Berlin 1932, S. 245).

183 Von Braun unterstrichen.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

manns vom 24. Juli 1923 an mich hervorgeht[184]. Der Brief liegt soeben im Original vor mir. Gelegentlich soll er Ihnen zur Erforschung der historischen Wahrheit unterbreitet werden. Nun ist auch leider mein Brief etwas lang geworden. Ganz neu ist mir zum Schluß noch Ihre Mitteilung, daß schon ›unter Papen Zentrumsleute mit Hitler verhandelt haben sollen‹[185]. Es wäre mir dringendst erwünscht, darüber etwas hören zu können. Leider ist eine Reise nach Locarno nicht mehr möglich. Da geht es mir, wie oben schon gesagt, ganz wie Ihnen.

Mit vielen herzlichen Grüßen, Ihr sehr ergebener:
[handschr.:] Wirth

Dokument 4

Dr. h. c. Otto Braun

Ascona, 18. September 1941
Casa Erna

Lieber Herr Wirth,

für Ihren Brief v. 29. v. Mts. verbindlichsten Dank. Da ich niemand habe, dem ich diktieren kann, und zudem auf der Maschine noch sehr unbeholfen bin, muß meine Antwort sehr kurz ausfallen.
Auf die persönlichen Interna, die in der Politik oft eine nicht unerhebliche Rolle spielen, will ich nicht eingehen. Ich habe das in meinem Buche möglichst vermieden und möchte es auch in unserer Korrespondenz dabei bewenden lassen. Ihren Sturz haben Sie nach meiner Auffassung mehr Ihren Parteifreunden Stegerwald, Hermes und Leuten ähnlicher Sinnesart in der Zentrumspartei zu verdanken als der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Minierarbeit Ihrer eigenen Parteifreunde, denen Sie zu demokratisch waren, gegen Sie bestärkte auch die Deutsche Volkspartei in ihrer feindlichen Haltung gegen Sie. Hätten Sie es damals auf einen offenen Kampf ankommen lassen, wären Ihre Zentrumsgegner nicht offen gegen Sie aufgetreten, und auch die sozialdemokratische] Fraktion wäre dann zu einer anderen Haltung Ihnen gegenüber zu bewegen gewesen. Denn Bauer war zwar ein intimer Freund Eberts und dessen willfähriges Werkzeug, hatte aber in der Fraktion keinen erheblichen Einfluß. Aber es hat ja jetzt wenig Wert, den Fehlern der einen oder der anderen Partei nachzuspüren. Überlassen wir das neidlos jenen, die in bequemer Passivität verharrend mit unerbittlicher Strenge und von den Realitäten wenig oder gar nicht belastet die Fehler der Aktiven kritisieren, die sie für sich wirken ließen. Ich glaube, wir sind nun allzu-

[184] Das erwähnte Schreiben Scheidemanns dürfte sich im unzugänglichen Nachlaß Wirth finden; vermutlich geht Scheidemann darin auf seine Differenzen mit Ebert Anfang Februar 1919 in Weimar ein, als es um Eberts Kandidatur um die Reichspräsidentschaft ging. In seinen Memoiren gibt Scheidemann als Grund für diese Auseinandersetzung an, „daß unsere Anschauungen in der Beurteilung der Aufgaben des Reichspräsidenten weit auseinandergingen" (Scheidemann, Memoiren, II, S. 355). Vermutlich spielten hierbei auch Scheidemanns eigene Aspirationen auf das Amt des Reichspräsidenten eine Rolle. Nähere Mitteilungen über die Konflikte zwischen Scheidemann und Ebert sollen sich im unveröffentlichten Manuskript des dritten Memoirenbandes von Scheidemann finden, das ebenso wie der Nachlaß Wirth z. Z. in Privathand und unzugänglich ist.

[185] Von Braun unterstrichen und am Rand mit dem Verweis auf seine Memoiren versehen: „S. 424/25."

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mal Sünder und mangeln des Ruhms, den wir vor der Welt haben sollen. Überdies sehen wir jetzt rückschauend leicht Fehler, die wir damals, als sie begangen wurden, oft nicht erkannt haben, wohl auch nicht erkennen konnten.
In der Konkordatsfrage sind wir wohl kaum auf einen Nenner zu bringen. Ich habe diese Angelegenheit in meinem Buche ziemlich eingehend behandelt und möchte dem nichts weiter hinzufügen. Was die von mir erwähnten Verhandlungen des Zentrums mit den Nazis anlangt, kann ich Sie nur auf Seite 424 u. f. meines Buches verweisen. Das gespannte Verhältnis zwischen meinen Freunden Ebert und Scheidemann war mir wohl bekannt; ich kenne auch die Ursache, die bis Weimar zurückreicht. Doch sie sind beide tot, lassen wir sie ruhen.
Gern möchte ich über all diese Dinge mit Ihnen mal plaudern. Sollte ich im Winter einmal nach Zürich fahren, werde ich in Luzern für einige Stunden Station machen und, wenn es Ihnen recht ist, Sie aufsuchen.
Inzwischen grüßt Sie herzlichst Ihr ergebener

[handschr.:] Br[aun]

Anbei mit der Bitte um Rückgabe einen Artikel über die Große Koalition, der meinen Standpunkt darlegt[186]. Das Buch Stampfers folgt gesondert.

Dokument 5

Josef Wirth,
Haldenstr. 7,
Luzern.

Den 19. Sept. 1941.

Sehr geehrter Herr Braun!

Heute ist gerade eine günstige Gelegenheit, um Ihren Brief vom 18. September umgehend zu beantworten. Ihr dankenswertes Schreiben stimmt mich sehr elegisch, um nicht mehr zu sagen. Das hängt auch mit den Dingen zusammen, die man soeben hört. Schon die Zeitung hat gemeldet, daß Hilferding gestorben ist. Das englische Radio meldet dazu noch, daß Hilferding in einem Gefängnis in Paris erhängt aufgefunden worden ist. Die Meldung ist schwer nachzuprüfen. Von Ihren Freunden konnte nur festgestellt werden, daß Breitscheid sich in einem Gefängnis in Berlin befindet. Hilferding galt als verschollen. Sein Schicksal gleicht dem des badischen Staatsrates und Mitgliedes des Reichstages Marum[187]. Über beide will ich einige Zeilen meinen

[186] Otto Braun, Große Koalition?, in: Freie Presse (Elberfeld-Barmen), Nr. 9, 12. 1. 1926; auszugsweise abgedr. in: Vorwärts, Nr. 17, 12. 1. 1926. Vor dem Hintergrund des Rücktritts des 1. Reichskabinetts Luther beschwor Braun in diesem Aufsatz die Parteigremien, einer Großen Koalition zuzustimmen: „Es kommt jetzt darauf an, daß die vier Parteien, die die Große Koalition bilden müssen, von dem ernsten Willen beseelt sind, unter zeitweiser Zurückstellung eigener Grundsätze und Forderungen, ohne nach links oder rechts zu sehen, das zu tun, was die schwierige wirtschaftliche und politische Lage unseres Volkes heischt. [...] Da muß auch die Sozialdemokratische Partei, die stärkste Partei des Reiches, Vertrauen zu ihrer inneren Kraft beweisen und den Mut zur Verantwortung finden [...]" Der Appell Brauns wurde von der Parteipresse allgemein abgelehnt; an den Koalitionsverhandlungen, die am 20. 1. 1926 zur Bildung des 2. Kabinetts Luther führten, beteiligte sich die SPD nicht.

[187] Ludwig Marum (1882–1934): Sozialdemokratischer Rechtsanwalt, Jude, 1914–1928 Mitgl. des Badischen Landtags (SPD), 1918–1919 Badischer Justizminister, dann Staatsrat, 1928–

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erinnerungen anvertrauen. Beides waren Männer von höchster Intelligenz. Sie waren auch zuverlässige und treue Ratgeber. Einen besseren Sachverständlichen, auch für politische Fragen, als Hilferding konnte ich mir nicht einmal denken. Ganz anders war seine Tätigkeit als Minister. Da hatte er unvorstellbare Hemmungen. Während der Haager Konferenz[188] mußten wir ihn geradezu drängen, das Wort zu ergreifen. Ich glaube, daß in bezug auf diese Seite Hilferdings unser Urteil gut zusammenklingt[189].
Das ›Kapitel meines Rücktritts‹[190] können wir wohl abschließen. Ich kann es schlechthin nicht verstehen, daß Sie meinen, ich hätte es auf einen offenen Kampf ankommen lassen sollen. Aber, sehr verehrter Herr Braun, das habe ich ja gerade getan. Und Ihre Leute waren über das Drängen der Herren Stegerwald und Genossen auf das Beste unterrichtet. Ich selbst habe Hermann Müller davon Kenntnis gegeben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist ganz offen vor die Frage der Großen Koalition gestellt worden. Es war für Ihre Partei zwar eine kritische Situation entstanden im Hinblick auf den linken und wilden Flügel Ihrer Partei, aber auch eine historisch sehr bedeutsame Stunde: gegenüber den drohenden Gefahren von der Seite Poincarés war die Große Koalition eine historische Notwendigkeit. Ich weiß ganz genau, warum ich diese Dinge nachdrücklichst durchleuchte und studiere. Es wird mir nämlich vorgeworfen, daß ich noch viel kräftiger die Große Koalition hätte erstreben sollen, um den Bemühungen Poincarés besser entgegentreten zu können. Wie schon gesagt, hat Tusar die These vertreten, daß Poincaré es sich überlegt hätte, gegen Deutschland schon im Jahre 1923 vorzugehen. Auf diese Dinge wird sich noch eine scharfe Polemik gegen mich und Ihre Partei aufbauen, wie mir vor einigen Jahren angekündigt worden ist. Ich muß deshalb leider Ihrer Auffassung widersprechen, als ob es jetzt wenig Wert hätte, den Fehlern der einen oder der anderen Partei nachzuspüren.
Auf gar keinen Fall habe ich mir vorgenommen, einen Vorwurf vor der Geschichte zu tragen, als ob mir irgendein Versäumnis für die historische Stunde der Großen Koalition im Spätjahr 1922 nachsagen könnte. Das muß ich feierlichst unterstreichen und betonen. Im übrigen haben einige Ihrer Freunde mir später das Tragische der sozialdemokratischen Stellungnahme auseinandergesetzt und darüber sehr bittere Klage geführt. Ich freue mich, daß Sie, sehr geehrter Herr Braun, auf der Seite der Verständigen gestanden haben. Nachforschungen mache ich noch über die Debatte, die damals in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stattgefunden haben soll. Sie sei nämlich sehr kurz gewesen, vor allem im Hinblick darauf, daß man aus der Gefahrenzone und aus dem Risiko einer Fortführung der damaligen Reichspolitik herauswollte, um gleichzeitig der Gefahr zu entgehen, eine Rebellion des linken Flügels zu umgehen[191]. Ein tragisches Geschick, nehme ich mit Absicht das Los der Sozialdemo-

---

1933 MdR; am 16. 5. 1933 verhaftet, im KZ Kieslau schwer mißhandelt, am 31. 3. 1934 von Gestapoleuten erwürgt und zur Vortäuschung eines Selbstmords aufgehängt.

188 Hilferding hatte als Reichsfinanzminister zu der deutschen Delegation zur ersten Haager Konferenz im August 1929 gehört, die zu Verhandlungen über den Young-Plan und die Rheinlandräumung zusammengetreten war.

189 Braun hielt Hilferding für einen zur praktischen Tätigkeit unfähigen Theoretiker; zu Stresemann sagte er einmal, seinen Memoiren zufolge: „Hilferding wäre ein wertvoller wissenschaftlicher Berater für einen entschlußfähigen Minister, zum Minister selbst ist er zu klug." (Braun, Von Weimar, S. 126 f.)

190 Von Braun unterstrichen.

191 Siehe Anm. 168; die beiden von Wirth vermuteten Motive für die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion treffen zu; vgl. Kastning, Deutsche Sozialdemokratie, S. 105 ff.; Kessler, Tagebücher, S. 546.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kratie im Reiche wie mein eigenes. Es handelt sich dabei nicht um eine Frage des Ruhms, sondern um die höchst ernste Frage, ob wir in der historischen Stunde unsere Pflicht erfüllt haben. Eine solche Pflichterfüllung kann ich Ihnen, sehr verehrter Herr Braun, stets bestätigen, von dem einen Fall abgesehen, wo Sie sich ohne letzte Gegenwehr von Papen absetzen ließen. Und diese Sache hängt im letzten Kerne von der ›Auffassung des Staates und der Gesellschaft‹[192] ab, worüber von Ihrer Seite bis jetzt keine Mitteilungen vorliegen.

Mit dem unglücklichen Hilferding habe ich mich in Paris darüber auseinandergesetzt. Er war ja einer der großen Theoretiker Ihrer Partei. Er hat mir erklärt, daß die ›theoretische Stellungnahme zu Staat und Gesellschaft‹[192] nicht mehr haltbar gewesen sei, und daß in bezug auf den Staat eine ›neue Theorie‹[192] erstehen müsse.

Die Gesellschaftskritik, die in Ihrer Partei fleißig geübt wurde, habe ich sehr wohl verstanden. Auch ich stand jenen Dingen dieser Welt sehr kritisch gegenüber. Darüber hat es auch in denkwürdigen Unterhandlungen mit einigen Ihrer Freunde kaum eine Differenz gegeben. Ganz anders lag aber die Sache, wenn man auf den Staat zu sprechen kam. Da hat die sozialistische Theorie nicht einmal eine Basis zur Diskussion abgegeben. Es ist für mich nach dieser Hinsicht eine denkwürdige Erinnerung an Hilferding, daß er seine Monatsschrift, die meiner Erinnerung nach in der Schweiz erschien[193], „Gesellschaft" genannt hatte. In Wirklichkeit dreht es sich beim Gang der Dinge durch die Jahrtausende immer um Staat und Gesellschaft. Von der praktischen Seite aus gesehen, haben Sie, lieber Herr Braun, den Staat nicht nur gesehen, Sie haben auch die preußische Staatsmacht, die Sie mehr wie zehn Jahre in Händen gehabt haben, berechtigterweise und zu unserer Genugtuung geschätzt. Die Staatsmacht ist eben etwas ganz anderes als nur ein Hebel, den man von seiten der Gesellschaft einsetzen kann. In der Gesellschaft kann man den Hebel zur Reform wie zum totalen Umsturz, wie in Rußland, ansetzen, wenn man nicht übersieht, daß man gleichzeitig die Staatsmacht fest in der Hand halten muß. Daran hat es bei Ihren Leuten im Reiche leider gefehlt. Ich wiederhole: Hermann Müller hat mehrmals die Macht im Reiche weggeworfen oder auf die Seite geschoben, als ob es [sic] nichts bedeuten würde. Der stark zur Ironie aufgelegte Breitscheid, der in Berlin unter der Last seiner Lage seufzt, hat mir darüber Aufschluß gegeben. Nun ist der Brief leider schon wieder etwas länglich geworden. Doch fühle ich mich verpflichtet, Ihnen diese Dinge zu unterbreiten, damit Sie wissen, wie ungefähr meine Stellungnahme zu Ihrer Partei in meinen schriftlichen Darstellungen aussehen wird.

In bezug auf Gustav Bauer bin ich leider auch anderer Auffassung. Ich habe diesen Mann als Menschen sehr verehrt. Die sozialdemokratische Fraktion hat ihn auch, was hervorzuheben ist, mehrmals als Vizekanzler und Minister präsentiert. Das läßt nicht darauf schließen, daß er in der Fraktion wenig Einfluß gehabt hat.

Mit etwas Erstaunen ruht mein Blick auf Ihrem Satze: „Doch sie sind beide tot, lassen wir sie ruhen." Wenn man das durchgehend beachten würde, so gäbe es keine Geschichtsschreibung und keine Wissenschaft vom Wesen der Geschichte. Beide liegen mir sehr am Herzen, und nach diesem furchtbaren Kriege sollten noch einige Menschen leben, die Verantwortung getragen, um weitere Beiträge zur Geschichte der 14 Jahre zu schreiben, wie Sie es ja selbst dankenswerterweise getan haben. Der Konflikt zwischen Ebert und Scheidemann ist mir auch in seiner Entstehung bekannt. Ich

---

[192] Von Wirth unterstrichen.

[193] „Die Gesellschaft – Internationale Revue für Sozialismus und Politik" erschien von 1924 bis 1933 in Berlin und wurde von Hilferding im Auftrag des SPD-Parteivorstands herausgegeben.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

danke Ihnen aufrichtigst, daß Sie ihn bis Weimar zurückverfolgen. Scheidemann hat auch bei mir geltend gemacht, daß er berufen gewesen sei, Reichspräsident zu werden[194]. Darüber kann man sehr wohl verschiedener Meinung sein. Für die freundliche Überlassung des Zeitungsausschnittes übersende ich gerne den herzlichsten Dank. Vielleicht könnten Sie mir noch einige andere Artikel leihweise überlassen, die nach Ihrer Meinung geeignet sind, Licht auf die 14 Jahre zu werfen. Wenn Sie nach Zürich fahren, so bitte ich herzlichst um eine sehr gefl. Mitteilung. Ich werde nicht verfehlen hinüberzufahren, um mit Ihnen über der Zeiten Verhängnis zu plaudern.

Mit vielen herzlichen Grüßen, Ihr sehr ergebener:
[handschr.:] Joseph Wirth

NB. Soeben höre ich aus Amerika, daß Dr. Spiecker[195] in New York eingetroffen ist. Spiecker ist ein kluger Mann![196]

---

[194] Siehe Anm. 184.

[195] Carl Spiecker (1888–1953): 1919–1922 preuß. Staatskommissar für Oberschlesien, 1922–1923 Verlagsleiter des Zentrumsorgans „Germania", 1923–1926 Pressechef der Reichsregierung, Vorst.-Mitgl. des „Reichsbanners", 1931 Sonderbeauftragter des Reichsinnenministeriums für die Bekämpfung des Nationalsozialismus, 1933 nach Frankreich, dann in die USA emigriert, 1946 Mitbegründer, 1948 Vors. der Zentrumspartei, 1949 Übertritt zur CDU, seit Sept. 1949 nordrhein-westfäl. Bundesrats-Minister.

[196] Neben dem Briefkopf zu diesem Schreiben findet sich der handschriftliche Vermerk Brauns: „26/XI. 41 in Zürich mit W. gesprochen".

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

QUANTITATIVE ANALYSEN ZUR GESCHICHTE DES NATIONALSOZIALISMUS

Tagung der Arbeitsgemeinschaft QUANTUM in Bad Homburg Oktober 1977

Am 3. und 4. Oktober 1977 veranstaltete die „Arbeitsgemeinschaft für Quantifizierung und Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung" e. V., QUANTUM, eine Tagung über quantitative Analysen zum Nationalsozialismus.

Die 1975 von Historikern und Sozialwissenschaftlern an der Universität Köln gegründete Organisation QUANTUM hat sich zum Ziel gesetzt, quantitative Forschungen im Grenzbereich von Geschichte und Sozialwissenschaft durch Informationsaustausch, Beratung und Schaffung von Kommunikationsmöglichkeiten für die gerade in diesem Bereich häufig sehr vereinzelten Forscher zu fördern und im internationalen Rahmen zu koordinieren. Da derartige Untersuchungen, zumindest soweit die Forschung in der Bundesrepublik betroffen ist, sich noch auf methodischem Neuland bewegen, steht die Diskussion methodischer Probleme im Mittelpunkt der von QUANTUM veranstalteten Konferenzen. Dies gilt auch für die internationale Tagung über quantitative Analysen zum Nationalsozialismus, an der außer deutschen Historikern und Sozialwissenschaftlern auch Referenten aus Kanada, Norwegen, Dänemark und Österreich teilnahmen.

Dem „Werkstatt"-Charakter der Tagung entsprechend wurden die 10 auf der Tagung vorgestellten, derzeit laufenden bzw. kürzlich abgeschlossenen Untersuchungen in einem relativ kleinen Kreis von überwiegend aktiven Tagungsteilnehmern diskutiert.

Die Arbeiten, die von den „Kommentatoren" Heinz Boberach (Koblenz), Rainer Lepsius (Mannheim), Hans Mommsen (Bochum) und Paul Müller (Köln) in den jeweiligen fachspezifischen Forschungskontext eingeordnet wurden, waren vier größeren Themenkomplexen zugeordnet:

1. Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der NSDAP-Mitgliedschaft auf der Basis früher Mitgliederlisten (Jürgen Genuneit, Hamburg) und der NSDAP-Reichskartei im Document Center Berlin (Michael Kater, Toronto, Kanada);
2. Analysen der Sozialstruktur und des Rekrutierungsprozesses der österreichischen NSDAP (Gerhard Botz, Linz), der dänischen DNSAP (Malene Djursaa, University of Essex) und der norwegischen „Nasjonal Samling" (Stein Larsen als Berichterstatter für das Forschungsprojekt der Universität Bergen);
3. Untersuchungen zur Sozialstruktur des Führungskorps der nationalsozialistischen Sonderorganisationen SS (Gunnar Boehnert, Guelph, Kanada) und SA (Mathilde Jamin, Bochum);
4. Auswertung großer Bestände von Gestapo-Akten (Reinhard Mann, Köln), Sondergerichtsakten und sonstigen Prozeßakten (Peter Hüttenberger, Düsseldorf; Jochen Hofmann, Würzburg) mit dem Ziel, die von den Verfolgungsbehörden des Dritten Reiches selbst als politisch eingestuften untersuchten bzw. bestraften Delikte als potentielle Widerstandshandlungen zu analysieren und die soziale Rekrutierung des betroffenen Personenkreises zu erforschen.

Die methodische Diskussion beschäftigte sich mit den Fragen der Stichprobengröße und der statistischen Repräsentativität – mit Ausnahme des Projekts der Universität Bergen beruhen alle Untersuchungen

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf Teilerhebungen – sowie mit der für die EDV-Aufbereitung notwendigen Kategorisierung des Datenmaterials, die vor allem im Bereich der Berufsangaben mit zahlreichen Schwierigkeiten verbunden ist. Probleme ergeben sich hier u. a. aus der mangelnden Vergleichbarkeit der von den einzelnen Forschern verwendeten „individuellen" Kategoriensysteme untereinander und mit den Systemen der zeitgenössischen amtlichen Statistiken, die oft ihrerseits von Berufszählung zu Berufszählung variieren. QUANTUM plant daher, die Erarbeitung eines einheitlichen Schlüssels für die verschiedenen von 1870 bis 1945 in amtlichen Statistiken und Forschungsarbeiten benutzten Berufsklassifizierungssysteme zu fördern, der für alle derzeit laufenden und geplanten Untersuchungen verwendet werden könnte, in denen Berufsangaben der fraglichen Zeit verarbeitet werden. Interessenten an einem solchen Projekt sind aufgerufen, sich mit QUANTUM in Verbindung zu setzen.

An theoretischen Erklärungsmodellen, die über eine rein deskriptive Sozialstruktur-Untersuchung hinausgehen, wurden diskutiert:

Versuche, den sozialen Kontext der Untersuchungspersonen durch strukturelle Variablen und Erforschung sozialer Netzwerke in die Analyse einzubeziehen,

die Methode der norwegischen Forscher, den Rekrutierungsprozeß der untersuchten Organisation in seinem zeitlichen Ablauf mit Hilfe mathematischer Modelle ohne a priori festgesetzte historische Periodisierungen zu beschreiben,

die spezifischen „prozeßhaften" Erklärungsmodelle, die durch die einigen Untersuchungen zugrunde liegende Rekonstruktion von „life histories" ermöglicht werden.

Die Tagung wurde von der VW-Stiftung finanziert und von den QUANTUM-Mitarbeitern präzise organisiert; die Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg, die auch das Tagungsgebäude zur Verfügung stellte, sorgte für einen außerordentlich angenehmen äußeren Rahmen, der auch zahlreiche informelle Kontakte zwischen den Tagungsteilnehmern begünstigte.

Die auf der Tagung diskutierten Referate werden 1978 in der von QUANTUM-Mitarbeitern herausgegebenen Reihe „Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen" (HSF) des Klett-Verlags erscheinen. 1979 wird QUANTUM voraussichtlich eine weitere Konferenz zu diesem Thema veranstalten.

Eventuelle Anfragen können an Reinhard Mann, QUANTUM, Greinstr. 2, 5000 Köln 41, gerichtet werden.

Mathilde Jamin

MITARBEITER DIESES HEFTES

Mathilde Jamin, wiss. Hilfskraft an der Ruhr-Universität Bochum, Abt. für Geschichtswissenschaft, 4630 Bochum-Querenburg, Universitätsstraße 150 GA

Georg H. Kleine, Associate Professor, Dept. of History, University of South Florida, Tampa, Florida 33620, USA.

Dr. Wilfried Loth, wiss. Mitarbeiter in der Fachrichtung Geschichte der Universität des Saarlandes, 6600 Saarbrücken 11.

Dr. habil. Hagen Schulze, Privatdozent am Historischen Seminar der Universität Kiel, Henri-Dunant-Allee 13, 2300 Kronshagen

Dr. Peter D. Stachura, Lecturer in History, Dept. of History, University of Stirling, Stirling, Scotland.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte